

Israel Schwierz

Zeugnisse jüdischer Vergangenheit in Thüringen

Eine Dokumentation



unter Mitarbeit von Johannes Mötsch

Zeugnisse jüdischer Vergangenheit in Thüringen

Eine Dokumentation

Israel Schwierz

Landeszentrale für politische Bildung Thüringen
Regierungsstraße 73, 99084 Erfurt
www.lzt.thueringen.de
2007

Satz und Gestaltung: Druckerei Sömmerda GmbH



Inhalt

Grußwort	4
Vorwort des Verfassers	5
Einleitung: Zur Geschichte der Juden in Thüringen	13
Zeugnisse Jüdischer Vergangenheit	24
Synagogen und Bethäuser	24
Friedhöfe	29
Schulen	37
Ritualbäder	39
Straßen-, Gelände- und Flurnamen	40
Jüdische Häuser (sogenannte „Judenhäuser“)	41
Urkundliche Erwähnungen	42
Ortskatalog	43
Altenburg	43
Apolda	44
Arnstadt	45
Aschenhausen	50
Bad Blankenburg	55
Bad Frankenhausen	55
Bad Langensalza	58
Bad Liebenstein	59
Bad Salzungen	59
Bad Tennstedt	60
Barchfeld	60
Battgendorf	64
Bauerbach	64

Berka/Werra	69
Berkach	70
Bibra	75
Blankenhain	77
Bleicherode	78
Borsch	84
Breitungen	84
Brotterode	84
Buchenwald	85
Crawinkel-Jonastal	88
Creuzburg	92
Daberstedt	92
Dreißigacker	94
Eisenach	94
Eisfeld	99
Ellrich	100
Erfurt	104
Gehaus	121
Geisa	126
Gera	128
Gerbershausen	135
Gleicherwiesen	135
Goldlauter	139
Gompertshausen	139
Gotha	140
Gräfenthal	146
Greußen	147
Heilbad Heiligenstadt	147
Heinrichs	152
Heldrungen	156
Herbsleben	156
Herpf	156
Heyda	156
Hildburghausen	156
Hohengandern	161
Ilmenau	161

Immenrode	163
Jena	168
Kahla	169
Kaltennordheim	169
Kapellendorf	170
Kölleda	170
Königsee	170
Marisfeld	170
Meiningen	175
Mittelhausen	180
Mühlhausen	180
Neubrunn	190
Neustadt an der Orla	190
Nordhausen	190
Nordhausen-Krimderode	197
Oberdorla	202
Oberhof	202
Obermaßfeld	203
Oepfershausen	203
Ohrdruf	203
Plaue	204
Pößneck	207
Römhild	208
Rudolstadt	211
Rüdigershagen	213
Saalfeld	215
Salza	216
Schleiz	216
Schleusingen	216
Schmalkalden	220
Schwallungen	226
Schwarza	226
Simmershausen	233
Sollstedt	233
Sondershausen	233
Sonneberg	239

Stadtilm	239
Stadtlengsfeld	240
Stepfershausen	247
Sülzhayn	247
Sünna	248
Suhl	248
Tambach	251
Thamsbrück	251
Themar	252
Treffurt	253
Vacha	253
Vachdorf	257
Völkershausen	257
Wahlhausen	258
Walldorf	258
Walterhausen	263
Wasungen	263
Weida	263
Weimar	264
Weißensee	269
Weitersroda	270
Werna	273
Wiehe	273
Zella-Mehlis	274
Verzeichnis hebräischer Fachausdrücke	275
Literatur	287
Dank	314

Grußwort

קהילה היהודית ארפורט
**Jüdische Landesgemeinde
 Thüringen**

Sitz Erfurt
 Körperschaft des öffentlichen Rechts



99084 Erfurt, den
 Büro: Juri-Gagarin-Ring 16
 Eingang Karthäuserstraße
 99012 Erfurt, PF 599
 Fernsprecher: 03 61/5 62 49 64 + Fax: 5 66 86 90

Vorwort

Die Geschichte der Juden in Thüringen ist sehr facettenreich, doch sehr wenig bekannt.

Leider ließ die nationalsozialistische Barbarei wenige Zeugnisse dieser Geschichte übrig.

Mit diesem Band „Zeugnisse jüdischer Vergangenheit in Thüringen“ von Israel Schwierz, legt die Landeszentrale für politische Bildung eine Dokumentation vor, die mit Akribie Thüringenweit einen Teil der Überlieferung jüdischen Lebens zusammenfaßt ; den guten Ort.

Jüdische Friedhöfe, von uns Juden auch der „ gute Ort „ genannt, gibt es in Thüringen 34. Nur einer davon wird noch belegt, die anderen sind nur noch „ Denkmale „ , Stätten der Erinnerung und Zeugen der jüdischen Vergangenheit in Deutschland.

Die hier vorliegende Dokumentation ist das Ergebnis einer langen und sehr sorgfältigen Recherche. Es sollte nicht nur ein Nachschlagewerk sein, um etwas darin herumzublättern. Nein, es sollte ein Ausgangspunkt sein, um sich anregen zu lassen, sich noch tiefer mit der Geschichte jüdischen Lebens in Thüringen zu befassen.

Die Geschichte der Juden in Deutschland ist ein Teil der deutschen Geschichte, das gilt auch für Thüringen !

Die Nationalsozialisten vernichteten fast alle Spuren jüdischen Lebens, gipfelnd in einem beispiellosen Völkermord.

Noch wichtiger aber ist es, das kulturelle Erbe der jüdischen Gemeinde Thüringens zu bewahren. Dazu muß dem Werteverfall Einhalt geboten und das Bewußtsein der Jugend geschärft werden, um die besondere geschichtliche Verantwortung des deutschen Volkes zu fördern.

Es wäre wichtig, auch für mich , wenn dieses Buch in den Thüringer Schulen, aber auch allgemein, eine große Resonanz findet, denn Aufklärung tut Not.

W. M. Nossen

Wolfgang M. Nossen
 Vorsitzender
 der Jüdischen Landes-
 gemeinde Thüringen

Vorwort des Verfassers

Als mit Beginn des Jahres 1990 der grenzüberschreitende Verkehr an der früheren DDR-Grenze erleichtert wurde, durften nun auch die bisher nur den grenznahen Bewohnern der Bundesrepublik Deutschland zugänglichen Orte in der damaligen DDR besucht werden. Im Verlaufe vieler Hunderter von Fahrten in viele große und kleine Orte in den einstigen Bezirken Erfurt, Gera und Suhl der DDR – dem heutigen Land Thüringen – und in Gesprächen mit sehr vielen Bewohnern dieses neuen Bundeslandes musste leider festgestellt werden, dass ein sehr großer Mangel an Information zum Thema JUDENTUM und JUDEN, besonders bei den Thüringern unter 50 Jahren herrschte und noch immer herrscht. Sehr viele junge Menschen – aber nicht nur sie – konnten, abgesehen von einigen Wissensfakten über die systematische Ausrottung der Juden im Dritten Reich und über den „antifaschistischen Kampf“ gegen die nationalsozialistischen Verbrecher und Mörder sowie von einer oft nur geringen Kenntnis über die Juden im Staate Israel, recht wenig mit den Begriffen JUDENTUM und JUDEN anfangen. In Gesprächen mit ihnen hatte man sehr oft den Eindruck, dass sie mit dem JUDENTUM und der SCHOA (oder HOLOCAUST) so umgingen wie mit Erzählungen aus einer anderen Welt oder mit grausigen Märchen aus weiter Ferne, nicht wie mit Fakten und Menschen aus ihrer unmittelbaren Nachbarschaft.

Im Gespräch mit über 50-jährigen Einwohnern Thüringens und mit einigen wenigen interessierten Jüngeren – meist berufsmäßigen Archivaren, Heimatforschern und kirchlichen Mitarbeitern – konnte ich dann doch erfahren, dass zum Beispiel das Haus Nr. 20 in der Hauptstraße des betreffenden Ortes früher eine jüdische Schule gewesen war, dass die wenigen Steine, die in einem Garten zu sehen sind, in Wirklichkeit die Überreste eines rituellen Tauchbades (Mikwe) sind, dass auf dem Areal, auf dem sich nun ein Garten befindet, einst die Synagoge der Ortschaft gestanden hatte, die 1938 angezündet und später dann bis auf die Grundmauern zerstört worden war, dass der Friedhof im Wald, in dem fast alle Gräber in einer Richtung stehen und der immer verschlossen ist, ein jüdischer Friedhof ist. Bis in die 1990er-Jahre wurde über das Thema JUDEN und JUDENTUM kaum gesprochen. Ältere Leute – und nur diese konnten das noch – gaben Auskunft über das Leben vor und in der Nazizeit. In wenigen Jahrzehnten wird kaum mehr ein Zeitzeuge in der Lage sein, über das „Tausendjährige Reich“ und die Zeit davor sowie über das Leben seiner jüdischen Mitbürger von damals zu berichten. Daher

wäre es an der Zeit, in Thüringen eine möglichst große Anzahl von Menschen – und hier besonders Kinder und Jugendliche in den verschiedenen Bildungseinrichtungen – im Heimatkunde-, Religions-, Ethik- oder Geschichtsunterricht mit dem Thema „Juden und jüdisches Leben in Thüringen“ in Ansätzen vertraut zu machen.

Das muss geschehen, solange noch Augenzeugen am Leben sind, die die jüdischen Stätten Thüringens zu der Zeit kannten, als die hier lebenden Juden sie zu gottesdienstlichen und kultischen Zwecken nutzten.

Eigentlich kann jeder die Frage, warum man sich heute mit der Suche nach Überresten der ehemaligen jüdischen Gemeinden Thüringens beschäftigen sollte, von allein beantworten: Es gibt diese Gemeinden – bis auf eine einzige – nicht mehr!

Die Beschäftigung mit Zeugnissen jüdischer Vergangenheit in Thüringen ist deshalb so enorm wichtig, weil heute wie früher sehr vielen Menschen nicht klar ist, dass die Geschichte der Juden in Thüringen – ob im Guten oder im Schlechten – ein fester Bestandteil der Geschichte Thüringens ist, der untrennbar dazugehört. Jeder Versuch, die Geschichte der Juden aus der thüringischen Geschichte herauszulösen oder beide voneinander zu isolieren, wäre eine eklatante Geschichtsverfälschung. Die Geschichte zahlreicher schrecklicher Pogrome und Verfolgungen ist ohne den Hinweis auf den tausendfachen Mord an den Juden auf dem Gebiet des heutigen Thüringen nicht zu schreiben. Der Wohlstand vieler Städte wäre ohne das tatkräftige Mitwirken der in vielen Orten ansässigen jüdischen Fabrikbesitzer und Kaufleute (z. B. die SIMSON-Werke in Suhl, das Kaufhaus TIETZ in Gera, u. a. m.), insbesondere zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts, kaum erreicht worden.

Es scheint angebracht, die Geschichte der jüdischen Gemeinden Thüringens in Form von Heimatgeschichte (local history) zu bearbeiten, denn diese ist ein Teil der Gesamtgeschichte und nimmt in ihr einen festen, bedeutenden Platz ein. Oft ist die Beschäftigung mit der Lokalgeschichte die einzig mögliche, da das Verhalten den Juden gegenüber von einem Ort zum anderen grundverschieden sein konnte! Lokalgeschichte soll die Erkenntnis vermitteln, dass sich Geschichte nicht irgendwann und irgendwo in fernen Ländern, sondern konkret in der eigenen Heimat, im Heimatort ereignet hat, dass hier Menschen in der Nachbarschaft vor einem mehr oder weniger langen Zeitraum gewirkt, gehandelt, gearbeitet und gebetet, sich gequält und gelitten, sich gefreut und getrauert, geweint und gelacht haben.

Daher wurde versucht, für Thüringen eine Übersicht über die Gemeinden und Friedhöfe zu erstellen, wobei unter „Gemeinden“ alle Orte zusammengefasst wurden, in denen entweder Kultbauten (Synagogen / Bethäuser / Mikwaot / Schulen u.s.w.) stehen oder nachweislich gestanden haben (manchmal durch einen Gedenkstein belegt!), in denen das Wissen um die Existenz einer jüdischen Gemeinde noch vorhanden ist, oder in denen die Existenz einer jüdischen Gemeinde urkundlich nachgewiesen werden kann. Bei den Friedhöfen kann es sich sowohl um bestehende, heute noch vorhandene Friedhöfe, als auch historische, heute nur noch als Flur- oder Geländenamen vorhandene „fossile“ Friedhöfe, die inzwischen nicht mehr existieren, als auch KZ-Gedenkstätten und „Ehrenfriedhöfe“ handeln. Örtlichkeiten, an denen auch jüdische KZ-Tote bestattet sind oder an denen der KZ-Toten gedacht wird. Daraus ergibt sich folgende Aufstellung:

Gemeinden im Überblick:

Existierende Gemeinden:	1
Vorkriegs-Gemeinden:	48
Historische Gemeinden:	12
Gesamt	61

Friedhöfe und Gedenkstätten im Überblick:

Existierende Friedhöfe [auch Ortsfriedhöfe mit jüdischen Gräbern]:	34
Historische Friedhöfe:	16
KZ-Ehrenfriedhöfe [auch Ortsfriedhöfe mit KZ-Ehrenabteilungen]:	4
KZ-Gedenkstätten mit Denkmälern für jüdische KZ-Tote:	5
Gesamt	59

Die Suche nach Zeugnissen jüdischer Vergangenheit kann, trotz teilweiser Zerstörung und Vernichtung von Synagogen und all der anderen Spuren jüdischen Lebens und trotz fast vollständiger Ausrottung der gesamten jüdischen Bevölkerung Thüringens bis zum heutigen Tage noch recht erfolgreich sein.

Abschluss

Es sei mir gestattet, an dieser Stelle einige Worte des Dankes niederzuschreiben: Danken möchte ich den vielen Stadt- und Gemeindeverwaltungen, den Mitarbeitern von Museen und Archiven und den vielen Privatpersonen, die ich interviewt habe, und die mir bereitwillig Auskunft gegeben und mir bei dem oft ganz und gar nicht einfachen Beschaffen von Informationen hilfreich zur Seite gestanden haben.

Mein ganz besonderer Dank gilt den folgenden Persönlichkeiten die mir – weit über das normale Maß hinaus – geholfen und mich unterstützt haben:

Herrn Fritz Armbruster, Wasserburg

Herrn Militärrabbiner Major Dr. Morris M. Faierstein, US Air Force

Herrn Oberrabbiner Oberstleutnant (LTC) Kenneth Leinwand, US-Army

Herrn Wolfgang Nossen, Jüdische Landesgemeinde Thüringen, Erfurt

Herrn Leibl Rosenberg, Nürnberg

Herrn Hans Rosenfeld, New York

Herrn Dr. Herbert Schultheis, Würzburg

Herrn Dr. Ludwig Walter, Würzburg

Herrn Dr. Ulman Weiß, Erfurt

Danken möchte ich zum Schluss ganz besonders meiner Frau Anneliese und meinem Sohn Benjamin-David, die mir durch ihr verständnisvolles Verhalten ermöglicht haben, dass ich dieses Buch anfertigen konnte.

Würzburg, Sommer 1995

Israel Schwierz

Ergänzung zum Vorwort

Seit dem Jahr 1995 lag mein Manuskript „Zeugnisse jüdischer Vergangenheit in Thüringen“ vor. Der Druck, der zugesagt war, ist zu meinem großen Bedauern nicht zustande gekommen. Erst 2005 kam wieder Bewegung in die Sache, als mir von den Archivaren Dr. Bernhard Post (Thür. Hauptstaatsarchiv Weimar) und Dr. Johannes Mötsch (Thür. Staatsarchiv Meiningen) der Vorschlag gemacht wurde, den Text zu aktualisieren und im Internet einzustellen. Die nötige Überarbeitung ist 2006 vorgenommen worden. Dabei hat sich herausgestellt, dass die Kenntnisse zur jüdischen Vergangenheit an vielen Orten durch bürgerliches Engagement vermehrt worden sind. Zahlreiche Veröffentlichungen zu den jüdischen Gemeinden im Lande sind in den letzten zehn Jahren neu erschienen. Alle Friedhöfe sind heute, bedingt durch den Vertrag zwischen dem Freistaat und der Jüdischen Landesgemeinde, in einem ordentlichen Zustand.

Wie schon die Erstellung des Manuskripts in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre ist auch die Überarbeitung nur dank der Unterstützung engagierter Frauen und Männer überall im Lande möglich gewesen, die zum Teil neue Texte zugeliefert haben. Vielfach handelte es sich dabei um die Personen, die das Projekt bereits in der ersten Phase unterstützt und gefördert hatten. Zahlreiche, meist jüngere, sind nun hinzugekommen. Ihre Namen sind am Schluss des Bandes aufgelistet. Dieses Engagement lässt mich hoffen, dass die Kenntnisse zur Geschichte der Juden in Thüringen weiter wachsen und die Erinnerung auch künftig wachgehalten wird.

Würzburg, Herbst 2006

Israel Schwierz

Einleitung:

Zur Geschichte der Juden in Thüringen

Im Gebiet des heutigen Freistaates Thüringen sind Juden erst im 12. Jahrhundert sesshaft geworden. Dies ist Teil einer Ausbreitung der jüdischen Siedlung, die im 12. und 13. Jahrhundert in ganz Deutschland zu beobachten ist. Gleichzeitig entstanden im Heiligen Römischen Reich die Territorien, die die politische Landkarte Deutschlands über Jahrhunderte so vielfältig erscheinen lassen und deren Existenz letztlich die Ursache dafür ist, dass wir bis heute in einem föderalen, nicht in einem zentralistischen Staat leben.

Der Schutz der Juden hatte ursprünglich in den Händen der Könige und Kaiser gelegen. Im Spätmittelalter kam er in die Hände der immer mächtiger werdenden Landesherrn. So teilte Kaiser Ludwig der Bayer im April 1330 den Städten Erfurt, Mühlhausen und Nordhausen mit, dass er alle Juden in der Landgrafschaft Thüringen, in der Markgrafschaft Meißen und im Osterland (um Altenburg) dem Markgrafen von Meißen, Landgrafen von Thüringen (seinem Schwiegersohn) geschenkt habe. Die Ansiedlung und Duldung, in Krisenzeiten auch die Vertreibung und Ermordung der Juden war von nun an von der Gnade dieser Landesherrn abhängig, die freilich oft ihrerseits auf die – oft jüdenfeindliche – „öffentliche Meinung“ reagierte. Die jüdische Besiedlung in Thüringen zum jeweiligen Zeitpunkt ist daher nur auf der Grundlage der territorialpolitischen Landkarte verständlich, auf die deshalb immer wieder verwiesen werden muss.

Da sich die Juden, ursprünglich vielfach (Fern-) Händler, auf die Städte konzentrierten, sind die frühen Belege für ihre Ansiedlung gleichzeitig Nachweise für die wirtschaftliche Bedeutung des jeweiligen Ortes zum damaligen Zeitpunkt. Daher kann es nicht verwundern, dass Erfurt / Erzstift Mainz (nach 1160) an der Spitze steht. Im 13. Jahrhundert folgen Eisenach / Landgrafschaft Thüringen (Anfang 13. Jahrh.), Meiningen / Hochstift Würzburg (1243), Gotha / Landgrafschaft Thüringen und Mühlhausen / Reichsstadt (beide um 1250), Arnstadt / Grafen von Schwarzburg (1264) und Nordhausen / Reichsstadt (1290). Von dem durch einen Anführer namens Rindfleisch ausgelösten, vor allem in Franken wütenden Pogrom des Jahres 1298 waren unter anderem Juden in Römhild, [Bad] Salzungen, Schleusingen, Schmalkalden, Themar und Wasungen betroffen; an diesen Orten waren jeweils nur wenige Juden ansässig gewesen.

Obwohl damit eine Welle lokaler und regionaler Verfolgungen einsetzte, brachten die Ende des 13. Jahrhunderts beginnenden Vertreibungen aus England und Frankreich weiteren Zuzug, da nur das Heilige Römische Reich (d.h. Deutschland mit Böhmen, Mähren und Österreich) den Juden offenstand. Es entstanden neue Gemeinden an Orten und in Territorien, in denen bis dahin keine Juden ansässig gewesen waren. In Thüringen waren dies etwa Hildburghausen (1331), Saalfeld (vor 1310) und Vacha (1323).

Mit der großen Pestepidemie von 1348/49 verschlechterten sich die Beziehungen zwischen Juden und Christen. Da die Ausbreitung der Krankheit vielfach den Juden angelastet wurde, kam es in allen zuvor erwähnten Städten zu Pogromen und größtenteils zum Untergang der Gemeinden. Die Mehrzahl der Überlebenden floh in den Osten Europas.

In der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts sind einzelne Juden oder jüdische Gemeinden nur noch an wenigen Orten belegt: in der Grafschaft Henneberg in Schmalkalden (1375) und Wasungen (1384), in den wettinischen Landen u. a. in Eisenach (1378), Eisfeld (1394), Gotha (1379), Hildburghausen (1388), Jena (1379), Kahla (1382), Saalfeld (1389), [Bad] Tennstedt (1389), Weimar (1379) und Weißensee (1390), dazu in Erfurt (1354). Im 15. Jahrhundert kamen noch das den Grafen von Henneberg gehörende Römhild (1414), das zum Hochstift Würzburg gehörige Meiningen (1432, vielleicht schon 1373) sowie das gemeinsam dem Abt von Fulda und dem Landgrafen von Hessen gehörende Vacha (1414) hinzu. Diese Gemeinden waren und blieben klein. Daneben gab es Orte geringerer Bedeutung, an denen nur eine oder zwei jüdische Familien ansässig waren. Einen guten Überblick über die jüdische Besiedlung geben die 1418 im Zusammenhang mit der Erhebung einer Reichssteuer entstandenen Dokumente.

Nachdem die Wiederansiedlung durch die Landesherren zunächst vielfach gestattet worden war, setzte mit dem 15. Jahrhundert in den größeren Territorien eine Welle von judenfeindlichen Maßnahmen und schließlich von Vertreibungen ein. Folge war eine erneute Auswanderung nach Ost- und Südosteuropa und der völlige Untergang der meisten Judengemeinden in Thüringen und in Deutschland. Daran waren auch einige Landesherren in der hier interessierenden Region beteiligt. Kurfürst Friedrich von Sachsen befahl 1430/36, die Juden aus seinen Landen zu vertreiben. Dies erfolgte nur an wenigen Orten (u.a. Langensalza) sofort, an anderen (Altenburg, Gotha, Jena) erst zwischen 1441 und 1467, in Saalfeld zwischen 1484 und 1494. Bischof Gottfried von Würzburg hatte nach 1450 versucht, die Juden aus dem Territorium zu vertreiben, nahm die Maßnahmen jedoch bald

(1453) teilweise wieder zurück. Aus Erfurt wurden die Juden 1453/54 vertrieben. Die Grafen von Schwarzburg führten 1496 und 1532 Judenvertreibungen durch. In Mühlhausen sind nach 1511 keine Juden mehr belegt. In weiten Teilen Thüringens lebten danach keine Juden mehr. Zu den Territorien, in die die vertriebenen Juden auswichen, gehörten zunächst auch die Grafschaften Henneberg (Schmalkalden, Wasungen) und Hohenstein (Bleicherode, Ellrich).

Reformation und Gegenreformation brachten für die Mehrzahl der im Lande lebenden Juden neue, vor allem aber wirtschaftlich bedingte Schikanen und schließlich die Vertreibung, die zu einer neuen Auswanderungswelle in den Osten Europas führte. Die protestantischen Landesherren konnten sich dabei auf Martin Luther berufen, der die Landesverweisung aller Juden gefordert hatte, die Katholischen forderten vor einschlägigen Maßnahmen die Zustimmung des Papstes ein. Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen wies 1536 die an einigen Orten wieder sesshaft gewordenen Juden aus seinen Landen aus; 1539 gestattete er ihnen wenigstens den Durchzug. Auch in der Landgrafschaft Hessen hatte die 1524 erlassene Landesordnung zunächst eine Ausweisung der Juden vorgesehen; 1532 sprach Landgraf Philipp eine Duldung auf kurze Frist aus. 1539 erließ er eine Judenordnung, die auf Dauer das Zusammenleben von Juden und Christen in Hessen regelte. Mehrere Äbte von Fulda widersetzten sich in dieser Zeit den ihnen von ihren Landständen angesonnenen Vertreibungen der Juden aus ihrem Territorium. Die Reichsstadt Nordhausen erwirkte 1546 beim Kaiser ein Ausweisungsmandat. Die Grafen von Henneberg, die noch 1543 und 1552 Schutzbriefe für die in ihren Landen lebenden Juden ausgestellt hatten, kündigten diese für 1556 auf und versuchten, auch die Juden aus den ritterschaftlichen Dörfern, in denen sie Lehensrechte hatten, zu vertreiben (Barchfeld, Walldorf). Zwischen 1579 und 1582 folgte auch der Erzbischof von Mainz, dessen Vorgänger die aus Erfurt vertriebenen Juden in den der Stadt benachbarten „Küchendörfern“ (Daberstedt, Hochheim) aufgenommen hatte. Nach dem Erlöschen der Grafen von Hohenstein (1593) hat der Rechtsnachfolger, Herzog Heinrich Julius von Braunschweig-Wolfenbüttel, die Juden auch aus diesem Territorium vertrieben.

Für die aus den wettinischen, schwarzburgischen, hennebergischen und hohensteinischen Landen vertriebenen Juden bestand daher als Alternative zur Auswanderung in den Osten Europas zunächst nur der Umzug in bestehende Gemeinden an Orten, die zu auswärtigen Territorien gehörten (Geisa / Stift Fulda; Schmalkalden und Vacha / Landgrafschaft Hessen; Schwarza / Grafen von Stolberg).

Die Reichsritterschaft erkannte bald, dass Schutzbriefe für Juden, basierend auf entsprechenden Privilegien des Kaisers, eine neue Finanzquelle darstellten. Viele der zur Reichsritterschaft in Franken gehörenden niederadligen Familien haben daher in ihren Kleinterritorien Juden aufgenommen. Diese reichsritterschaftlichen Dörfer konzentrieren sich im Südwesten und Westen des heutigen Thüringen (Aschenhausen, Bauerbach, Berkach, Bibra, Gehaus, Gleicherwiesen, Marisfeld, Simmershausen, Stadtlengsfeld, Völkershausen, Walldorf). Von dort aus trieben die Juden, meist als Hausierer und Viehhändler ihren Handel. Bei der Überquerung von Grenzen mussten sie den demütigenden Leibzoll zahlen. Das vormals städtische Judentum war so zum Landjudentum geworden.

Erst in der Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert gingen einzelne Regenten der vielfach aufgeteilten wettinischen und schwarzburgischen Territorien dazu über, wieder Juden in ihren Städten oder in benachbarten Orten anzusiedeln (Dreißigacker, Hildburghausen, Immenrode, Sondershausen).

Die territorialen Veränderungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts (1803, 1806, 1815) hatten auch Konsequenzen für die Juden, vor allem für diejenigen, die bis dahin unter dem Schutz reichsritterschaftlicher Familien gestanden hatten – also für die große Mehrheit. Die Staaten, denen diese vormals reichsritterschaftlichen Dörfer zugefallen waren, gingen zunächst mit einiger Energie an die Regelung der rechtlichen Stellung dieser Juden heran (Sachsen-Meiningen, 5. Januar 1811; Sachsen-Hildburghausen, 11. Mai 1814). Darin wurde den Juden u. a. auch die Verpflichtung auferlegt, sich feste Familiennamen zuzulegen. In den nächsten Jahren wurden in den jüdischen Gemeinden Zivilstandsregister angelegt, in die alle Zivilstandsfälle (Geburten, Heiraten, Sterbefälle) eingetragen wurden. Diese Register sind z. T. bis in die 1930er-Jahre, also bis zum Untergang der jüdischen Gemeinden, weitergeführt worden.

Zu einer vollen rechtlichen Gleichberechtigung kam es allerdings nicht. Immer noch bestanden Beschränkungen bei der Wahl des Wohnortes. Aus jeder jüdischen Familie durfte nur ein Sohn heiraten; die übrigen Söhne wanderten daher vielfach aus. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden zahlreiche Neubauten von Synagogen und Schulen in Dörfern und Kleinstädten errichtet. Nach dem Fall der letzten Beschränkungen auf wirtschaftlichem Gebiet setzte eine massive (Rück-) Wanderung der Juden in die Städte ein, wo von nun an neue Synagogen und Schulen entstanden, neue Friedhöfe angelegt wurden.

Die volle bürgerliche Gleichstellung (Zugang zu allen akademischen Berufen) wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts erreicht. Diese so heiß ersehnte und mit

viel Blut und Tränen erkämpfte volle Emanzipation der Juden (im Ersten Weltkrieg starben über 12 000 jüdische deutsche Soldaten) war aber nur von allzu kurzer Dauer.

1933 war das „Schicksalsjahr“ der Juden in Thüringen und im ganzen Deutschen Reich. Adolf Hitler hatte bereits in seinem 1924 geschriebenen Buch mit dem Titel „Mein Kampf“ die Juden als Feinde des deutschen Volkes bezeichnet. Mit peinlicher Gründlichkeit wurden die Juden zunächst wirtschaftlich, dann rechtlich und politisch ausgegrenzt, bis sie im Zuge der „Endlösung der Judenfrage“ von 1942 bis 1945 in den Vernichtungslagern des Deutschen Reiches in Europa bestialisch ermordet wurden. Die Juden aus Thüringen und dem preußischen Regierungsbezirk Erfurt sind zum größten Teil am 10. Mai 1942 (mit einem Zug von Weimar nach Belzyce) und am 20. September 1942 (mit einem Zug von Weimar nach Theresienstadt) deportiert worden.

Denkmäler für jüdische Kriegsteilnehmer und Gefallene



Grabstein auf dem Friedhof in Eisenach



Denkmal auf dem Friedhof in Erfurt



Grabstein in Erfurt

Sechs Millionen Juden – davon 1,5 Millionen jüdische Kinder – vom neugeborenen Säugling bis zum sterbenden Greis – fielen dem deutschen Rassenwahn zum Opfer. Auch dieses für alle bittere, schmerzliche und schreckliche Geschehen ist ein – wenn auch äußerst trauriges – Kapitel der Geschichte der Juden in Thüringen.

Nach der Kapitulation des Großdeutschen Reiches wurde von Überlebenden des NS-Terrors, wieder eine Gemeinde aufgebaut. Heute existiert eine Jüdische Landesgemeinde Thüringen mit Sitz in Erfurt (es gab aber zeitweise auch in anderen thüringischen Orten kurzfristig ganz kleine Kultusgemeinden, die jedoch bald wieder aufgelöst wurden). Viele Tausende Juden – besonders KZ-Opfer aus den Konzentrationslagern Buchenwald und Mittelbau-DORA sowie ihren Außenlagern – befanden sich nach 1945 in Thüringen, wo sie auf Ausreisemöglichkeiten nach Israel oder in andere Länder (z. B. USA, Canada, Australien, Neuseeland, Südafrika, u. a. m.) warteten. Mit dem Einsetzen der stalinistischen Verfolgungen verließen viele Juden Thüringen und ließen sich in Westdeutschland, der späteren Bun-

Zeugnisse jüdischen Sterbens



Gedenkstein für die Opfer von Nebenlagern des KZ Buchenwald auf dem Hauptfriedhof in Gera



Grabsteine auf dem Hauptfriedhof in Gera



Todesmarsch-Denkmal in Arnstadt

desrepublik Deutschland nieder. Erst in den 1990er Jahren stieg die Anzahl der Mitglieder der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen, die nicht nur in Erfurt, sondern auch in vielen anderen Orten dieses neuen Bundeslandes leben, durch Zuwanderung von Juden aus der GUS wieder an. 1995 zählte die Jüdische Gemeinde wieder über 500 Mitglieder.

Orte mit Zeugnissen jüdischer Vergangenheit

Die folgende Liste ist durch Auswertung der im Literaturverzeichnis genannten Werke entstanden. Sie spiegelt daher den Forschungsstand zur Geschichte der Juden in Thüringen wider. Für die Zeit bis 1519 (*Germania Judaica*) und den folgenden Zeitraum bis 1650 (*St. Litt*) liegen flächendeckende Forschungen vor. Für diesen Zeitraum sind daher nicht nur Gemeinden, sondern auch Wohnorte einzelner Familien erfasst. Die erneute Ausbreitung der jüdischen Siedlung nach Erlangung der Freizügigkeit in der Mitte des 19. Jahrhunderts ist (noch) nicht in gleicher Weise dokumentiert. Hier wird man nur bei der Erfassung der Gemeinden von Vollständigkeit ausgehen können. Lediglich dort, wo Untersuchungen für Teilregionen vorliegen (Nothnagel, Südthüringen) kennen wir auch für das 19. und 20. Jahrhundert Wohnorte einzelner Familien. In den übrigen Regionen Thüringens wird man in diesem Punkt mit Lücken zu rechnen haben.

Spalten:

- 1: Ortsname
- 2/3: (schriftliche) Zeugnisse Erstnennung / Wiederansiedlung nach Vertreibung im Mittelalter / in der Neuzeit
- 4: KG-Kultusgemeinde (h = historisch)
- 5: F-Friedhof (h = historisch, nicht mehr existent; e = existent)
- 6: KZ-Ehrenfriedhof
- 7: KZG-Gedenkstätte

Ortsname	Z	Z	KG	F	KZ	KZG
Altenburg	vor 1350	1364/Ende 19. Jh.	x			
Apolda	nach 1850		x			
Arnstadt	1264	2. Hälfte 19. Jh.	x	h/e		
Aschenhausen	1695		x	e		
Bad Blankenburg	1434					
Bad Frankenhausen	1346	1524/1813	x	h/e		
Bad Langensalza	Anfang 14. Jh.	1418	x (h)	h		
Bad Liebenstein	vor 1870					
Bad Salzungen	1298	1323/19. Jahrh.	x (h)			
Bad Tennstedt	1303	1389				
Barchfeld	1557		x	e		
Battgendorf	1298					
Bauerbach	1782		x	e		
Berka / Werra	1536					
Berkach	1628		x	e		
Bibra	1758		x			
Blankenhain	Ende 13. Jh.	1765	x (h)	h		
Bleicherode	vor 1368	1418/1620/1725	x	e		
Borsch	1600					
Breitungen	1539	19. Jahrh.				
Brotterode	1517					
Buchenwald	1938					x
Crawinkel-Jonastal	1944					x
Creuzburg	1348/49					
Daberstedt	vor 1579					
Dreißigacker	1716		x (h)	e		
Eisenach	Anfang 13. Jh.	1378/Mitte 18. Jh.	x	h/e		
Eisfeld	1394	Anfang 20. Jh.	x			
Ellrich	vor 1320	1418/1570	x	h/e		
Erfurt	Ende 12. Jh.	1221/1354/nach 1806	x	h/h/e		
Gehaus	Ende 16. Jh.		x	e		
Geisa	vor 1450	1571/1786	x	e		
Gera	vor 1349	1478/Mitte 19. Jh.	x	e	x	
Gerbershausen	Ende 16. Jh.					

Gleicherwiesen	1680		x	e		
Goldlauter	1552					
Gompertshausen	1533					
Gotha	1. Hälfte 13. Jh.	1379/1768	x	h/h/e		
Gräfenthal	1421	nach 1871				
Greussen	1298		x (h)			
Heilbad Heiligenstadt	1212	1400/1796	x	e		
Heinrichs	Anfang 18. Jh.		x	e		
Heldrungen	1418					
Herbsleben	vor 1349		x (h)			
Herpf	1543					
Heyda	1568					
Hildburghausen	1331	1388/1680	x			
Hohengandern	1600					
Ilmenau	1531	nach 1870	x			
Immenrode	nach 1720		x	e		
Jena	1379	1825	x			
Kahla	1349	1382				
Kaltennordheim	1552	nach 1848	x			
Kapellendorf	1381					
Kölleda	1303	1360 / 1526	x (h)			
Königsee	1298					
Marisfeld	1679		x	e		
Meiningen	1243	vor 1298/1373/1837	x	h/e		
Mittelhausen	1565					
Mühlhausen	Mitte 13. Jh.	1374/nach 1808	x	e		
Neubrunn	1491					
Neustadt /Orla	1287					
Nordhausen	1290	1350/1630/nach 1808	x	h/e	x	
Nordhausen-DORA						x
Oberdorla	1559					
Oberhof	vor 1924					
Obermaßfeld	1554					
Oepfershausen	1537	nach 1866				
Ohrdruf	1944					x
Plaue	1434	nach 1820	x	e		
Pößneck	1310	1372/Ende 19. Jh.	x			

Römhild	1298	1414/1869	x		x	x
Rudolstadt	vor 1349	1784	x	h		
Rüdigershagen	1808		x	h		
Saalfeld	1310	1389/19. Jh.	x (h)			
Salza	1554					
Schleiz	vor 1450					
Schleusingen	1298	1534/1704	x	e		
Schmalkalden	1298	1375/vor 1499	x	h/e		
Schwallungen	1543					
Schwarza	1525		x	e		
Simmershausen	1711		x			
Sollstedt	1554					
Sondershausen	vor 1300	1695	x	e		
Sonneberg	1716		x			
Stadttilm	vor 1349	1428	x (h)			
Stadtlengsfeld	Ende 17. Jh.		x	e		
Stepfershausen	1552					
Sülzhayn	1568 (?)	18. Jh.				
Sünna	1610					
Suhl	1552	vor 1871	x	e		
Tambach	vor 1334					
Thamsbrück	vor 1349		x (h)			
Themar	1298	nach 1865	x			
Treffurt	vor 1320					
Vacha	1323	1414/Anfang 18. Jh.	x	e		
Vachdorf	1552					
Völkershäuser	1584		x			
Walldorf / Werra	1560		x	e		
Waltershausen	1566					
Wasungen	1298	1384	x (h)			
Weida	1351	1418				
Weimar	1323	1379/1770	x	e	x	
Weißensee	1303	1390	x (h)			
Weitersroda	1680			e		
Werna	1568 (?)	18. Jh.	x (h)			
Wiehe	1315	1824		h		
Zella-Mehlis	19. Jh.					

Zeugnisse jüdischer Vergangenheit

Synagogen und Bethäuser

Bereits zur Zeit des Tempels in Jerusalem gab es im ganzen damaligen Israel Kultstätten zu Andachtsübungen, in denen keine Opfer dargebracht wurden: die Synagogen. Sie wurden auch später überall dort errichtet, wo sich Juden ansiedelten. Ihr Zweck war es, das gemeinsame Gebet zu ermöglichen. Damit ein Gottesdienst stattfinden kann, müssen mindestens zehn gesetzspflichtige jüdische Männer, ein MINJAN zusammenkommen (jeder männliche Jude ist nach Vollendung des 13. Lebensjahres ein gesetzspflichtiger jüdischer Mann, ein „Sohn des Gesetzes“ – Bar Mitzwa). Die Synagogen dienten aber auch als Versammlungshäuser und als Schulen für die Jugend; die Erwachsenen erfuhren hier religiöse Unterweisung und fanden Gelegenheit zum Thorastudium; Arme und Fremde erhielten Unterstützung und Bewirtung. In jeder Synagoge gibt es zwei wichtige charakteristische Stellen, das Podium (Bima) und ein Behältnis für die Thorarollen (Tewa). Von dem Podium in der Mitte der Synagoge werden die Abschnitte aus dem Pentateuch (Thora) und aus den Propheten (Haftara) gelesen. Die eigentlichen Gebete werden oft an einem Pult an einem niederen Standort in der Nähe der Heiligen Lade (Aron Hakodesch) verrichtet. Die Lade oder Heilige Lade befindet sich in fast allen Synagogen westlich von Jerusalem in der Mitte der Ostseite. Die Betenden stehen gewöhnlich mit dem Gesicht in Richtung Jerusalem (die Juden westlich von Jerusalem, z.B. in Erfurt, stehen während des Gebetes mit dem Gesicht nach Osten, während die östlich von Jerusalem Lebenden, z.B. in Singapur, sich nach Westen wenden). In den meisten Synagogen brennt eine Lampe, ein „ewiges Licht“ (Ner Tamid) in der Nähe des Aron Hakodesch. Erwähnenswert ist noch, dass in orthodoxen Synagogen Männer und Frauen räumlich voneinander getrennt sind (in einigen Synagogen, z. B. in Israel sogar visuell).

Außer den erwähnten Punkten zeichnen sich fast alle Synagogen durch größtmögliche Einfachheit aus, durch das Fehlen jeglichen Bildschmucks, seien es Gemälde oder Statuen, außer der Menora (siebenarmiger Leuchter) und der Chanukiah (achtarmiger Leuchter für das Chanukkahfest). In der Synagoge und auf dem Friedhof tragen männliche Juden den Kopf bedeckt.

In Thüringen wird heute nur die nach 1945 neu erbaute Synagoge der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen in Erfurt regelmäßig für Gottesdienste

Synagoge der Jüdischen Landgemeinde, Erfurt



Große Synagoge



„Wochentagssynagoge“

genutzt. Alle anderen Synagogen und Bethäuser im jetzigen Thüringen sind gegenwärtig nicht mehr in jüdischem Besitz und werden deshalb auch nicht mehr im ursprünglichen Sinne gebraucht. Sie wurden früher oder später an Nichtjuden verkauft und im „Dritten Reich“ beschlagnahmt. Sehr verschieden ist ihre heutige Nutzung: Sie reicht über Gedenkstätten (z.B. in Berkach) und Kulturtempeln (z.B. Aschenhausen) zu Wohn- und Geschäftshäusern (z.B. Hildburghausen). Die wohl größte Zahl einstiger Synagogengebäude ist verschwunden. An ihrer Stelle findet man heute leerstehende Grundstücke oder neue Häuser.

In einer ganzen Reihe von Orten in ganz Thüringen – z.B. in Arnstadt, Barchfeld, Bleicherode, Eisenach, Geisa, Gera, Gotha, Meiningen, Nordhausen, Suhl

und Walldorf a.d.Werra – wurden in der Zeit von ca. 1960 bis 1990 (fast ausnahmslos zur DDR-Zeit) Denkmäler für die zerstörten Synagogen errichtet oder an Gebäuden (entweder dem einstigen Kultgebäude oder einem an seiner Stelle neu errichteten Bauwerk) – z. B. Heilbad Heiligenstadt, Schleusingen und Schmalkalden, – eine Gedenktafel für die vernichtete Kultusgemeinde angebracht.



Synagogendenkmal in Gera



Synagogendenkmal in Schmalkalden

Denkmäler für zerstörte Synagogen



*Synagogendenkmal
in Meiningen*



*Synagogendenk-
mal in Barchfeld*



*Synagogendenk-
mal in
Nordhausen*

Gedenktafel in
Schleusingen



Gedenktafel in
Heiligenstadt

Gedenktafel in
Römhild



Jüdische Friedhöfe – Stumme Zeugen jüdischer Präsenz

Wir finden in Thüringen insgesamt 59 jüdische Friedhöfe (in dieser Zahl sind sieben Ortsfriedhöfe mit jüdischen Gräbern enthalten) und haben zudem bis jetzt Kenntnis von 16 ehemaligen, inzwischen nicht mehr existenten oder auffindbaren Friedhöfen (sogenannten „fossilen Friedhöfen“), die im Laufe der Zeit verschwunden sind oder abgeräumt wurden. Heute sind alle Friedhöfe – mit Ausnahme des Friedhofes der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen in Erfurt – aufgelassen, d. h., es finden dort normalerweise keine Bestattungen mehr statt. Außerdem gibt es in Thüringen noch vier KZ-Ehrenfriedhöfe (vermutlich sind es noch einige mehr); das sind Friedhöfe, auf denen eine unbekannte Anzahl jüdischer KZ-Opfer zusammen mit nichtjüdischen KZ-Toten bestattet wurden. Zusätzlich wurden exemplarisch fünf KZ-Gedenkstätten (es existieren wahrscheinlich noch viel mehr!) für KZ-Tote – unter denen sich nachweislich jüdische KZ-Häftlinge befunden haben, die jedoch nicht erwähnt sind – aufgeführt.

Es gibt einige Merkmale, die – von wenigen Ausnahmen abgesehen – allen jüdischen Friedhöfen gemeinsam sind: Die meisten Friedhöfe liegen (oder lagen vor mehr oder weniger langer Zeit) außerhalb von Ortschaften. Ausnahmen sind Meiningen, u.a.m. – hier sind sie, obwohl räumlich getrennt, Teil des Einzugsbereiches des allgemeinen städtischen Friedhofes. Für die Einrichtung von Friedhöfen außerhalb von Ortschaften gab es verschiedene Gründe. Nichtjüdische Bewohner duldeten meist keinen jüdischen Friedhof in ihrer Nähe. Jüdischerseits hoffte man, den seit Jahrhunderten bekannten und gefürchteten Grabschändungen dadurch entgehen zu können, dass man den Friedhof so anlegte, dass er durch die Natur geschützt und ein Gang dorthin mit einiger Mühe, zumindest aber mit einem längeren oder beschwerlichen Anmarschweg verbunden war. Aus meist finanziellen Gründen wurden die Friedhöfe oft in Wäldern oder an Berghängen platziert, wo der Boden wenig fruchtbar und daher auch billig war.

Alle jüdischen Friedhöfe sind von einer Mauer oder einem Zaun umgeben und haben ein oder zwei Tore (manchmal, bei sehr großen Friedhöfen, auch mehrere). Die Grabsteine (Mazewot), dicht nebeneinanderstehend, um möglichst viel Platz zu sparen, zeigen (bei den orthodoxen Friedhöfen fast alle) größtenteils in Richtung Osten, wo Jerusalem liegt. Bei den neueren (meist städtischen) Friedhöfen oder denen, die zu nicht-orthodoxen Gemeinden gehören, wurde jedoch von diesem Grundsatz abgerückt. Hier wurde meist die Anordnung der nichtjüdischen Ortsfriedhöfe übernommen.

Platz musste – besonders in den ärmeren Gebieten Thüringens und da insbesondere von den orthodoxen und konservativen Kultusgemeinden – gespart werden, denn es war weder einfach noch billig, neuen Grund und Boden für eine notwendig gewordene Friedhofserweiterung zu erwerben.

Ein jüdisches Grab wird unter keinen Umständen (Ausnahme: Leerstehen der Grabstelle wegen Überführung der/des dort Bestatteten nach Israel oder von einem nichtjüdischen auf einen jüdischen Friedhof) wiederverwendet. Grundsätzlich gilt: Wo jemand einmal beerdigt worden ist, dort bleibt er. Die Totenruhe, die bis zur Auferstehung der Toten andauert, ist für jeden Juden eine unantastbare Angelegenheit, über die es keinerlei Diskussion gibt. Jeder, ob arm oder reich, erhält auf sein Grab einen Grabstein (Mazewa); eine Ausnahme bilden lediglich Massengräber für KZ-Opfer. Hier sind Tote aller Konfessionen und Länder gemeinsam in einem Grab bestattet.

Die jüdischen Grabsteine, besonders auf den alten Friedhöfen, sind oft wahre Kunstschätze, die auch kulturhistorisch sehr aufschlussreich und sehr wertvoll sind (z. B. in Bauerbach, Berkach, Erfurt, Walldorf, Nordhausen, u.v.a.m.). Sie können sehr alt sein, da sie ja niemals, außer aus Ignoranz oder in böser Absicht (z. B. in Bad Frankenhausen, Schleusingen, Bleicherode, besonders aber in Erfurt, wo ein ganzer Friedhof komplett verschwunden ist) entfernt werden. Auf ihnen sind die Namen der Bestatteten, das Sterbedatum und persönliche Angaben über die Toten (z. B. Geburtsort, Geburtsdatum, Alter, Beruf, Tätigkeiten, u.a.m.) in hebräisch und deutsch, bei besonders frommen Persönlichkeiten nur in hebräisch eingetragen. Besondere Zeichen informieren auch über den Stand oder besondere Tätigkeiten der Verstorbenen: Segnende Hände bedeuten, dass es sich bei dem hier Bestatteten um einen Cohen (Kohen, Kohn, Katz), einen Angehörigen des Priesterstandes handelt.

Das jüdische Volk ist ja bekanntlich in drei „Schichten“ aufgeteilt: an der Spitze des Volkes stehen die Priester (Nachkommen des Hohepriesters Aharon), die Kohanim, danach kommen die Leviten, die Leviim, und schließlich die breite Masse, das „einfache Volk“, die Israel, die Israelim; die Zugehörigkeit zu einem der drei Stände ist erblich, sie wird vom Vater auf den Sohn weitervererbt (aber die Zugehörigkeit zum Judentum nur durch die Mutter!). Eine Kanne auf dem Grabstein kündigt davon, dass es sich bei dem hier Bestatteten um einen Nachkommen der Leviten handelt, einen Angehörigen des Stammes Levi, (aus dem auch die Kohanim hervorgegangen sind, denn Moses´ Bruder Aharon war, wie Moses selbst, ein Angehöriger des Stammes Levi) die mit der Kanne Wasser auf die Hände der

Kohanim gossen, bevor diese das jüdische Volk segneten; in frommen Gemeinden der Galut (= Diaspora) und im Lande Israel ist dies heute noch der Fall.

Ein Widderhorn (Schofar) bedeutet, dass der Betreffende als Schofarbläser tätig war. Schofar = Widderhorn, das vor und besonders an den „hohen Feiertagen“ (Rosch Haschana und Jom Kippur) in der Synagoge zum Gottesdienst

Gräber von Kohanim in Marisfeld, Weitersroda, Stadtlengsfeld



Marisfeld



Weitersroda



Stadtlengsfeld

Gräber von Leviten



Gleicherwiesen



Weitersroda



Marisfeld



Gleicherwiesen

Jüdischer Friedhof – Darstellung religiöser Funktionen



*Grab eines Thoragelehrten und Schofarbläusers
in Weitersroda*



Schwarza: Krone des guten Namens

Jüdischer Friedhof – Darstellung verschiedener Symbole



Gleichewiesen: Levit und freigiebiger Mann



Meiningen: Biene (für eine fleißige Hausfrau)



Schwarza: Wächterin am Sabbat



*Gleicherwiesen:
Durch Umwelteinflüsse
zerstörter Grabstein*



Heilbad Heiligenstadt: Verwahrloster Zustand (1995)

geblasen wird; ein Messer (manchmal mit einem Ölbehälter) zeigt an, dass hier ein „Mohel liegt (Mohel = Beschneider, frommer Mann, der nach gründlicher Lehre und Praxis die Genehmigung erhält, die männlichen Juden am achten Tag nach der Geburt in die Gemeinschaft des Judentums – den „Bund Abrahams“ offiziell durch den Akt der Beschneidung einzuführen). Es gibt noch eine große Anzahl von Zeichen und Symbolen, z. B. Kronen, Davidsterne, Bücher, Tiere, Pflanzen, Gegenstände, u.v.a.m.), doch würde es den Rahmen dieser Arbeit sprengen, wollte man alle Symbole zu deuten versuchen.

Es verwundert den nichtjüdischen Besucher eines jüdischen Friedhofes, dass man sehr selten (auf alten Friedhöfen gar keine) Blumen sieht. Statt dessen kann man auf Grabsteinen Steinchen liegen sehen, Blumen sind nicht üblich, auf orthodoxen Friedhöfen (z. B. Weitersroda, Bauerbach, Berkach, Walldorf u.a.m.) waren und sind sie sogar verpönt. Die Steinchen auf dem Grabstein (oder Gedenkstein) zeigen die Ursprünge des jüdischen Volkes zur Zeit des Auszugs aus Ägypten auf: Konnte man damals einem Toten in der Wüste eine größere Liebe und Ehre erweisen, als auf sein Grab möglichst viele Steine zu häufen, die verhinderten, dass der Leichnam bei Nacht von wilden Tieren ausgegraben wurde? Gleichzeitig trug jeder, der einen Stein auf die Begräbnisstätte legte, seinen Teil dazu bei, dem Toten ein „Denkmal“ aus Steinen zu errichten (wie es heute bei den Beduinen in der Negev und im Sinai noch der Fall ist).

Auf vielen, aber nicht auf allen jüdischen Friedhöfen gab es eine Leichenhalle, auch Tahara-Halle genannt. Hier wurde (und wird auch gegenwärtig noch) von der Chewra Kadischa, der „Heiligen Bruderschaft“ (bei Frauen: „Heiligen Schwesternschaft“), der Leichnam für die religiös ordnungsgemäße Bestattung vorbereitet. Auf einem steinernen (oder manchmal auch hölzernen) Tisch wurde der Leichnam gewaschen, mit einer bestimmten Menge Wasser übergossen und dadurch rituell gereinigt; danach wurde er in weisse Totengewändern (jiddisch „Sargenes“ gekleidet, in einen schlichten Holzsarg gelegt und nach der staatlich vorgeschriebenen Wartezeit bestattet. Weitere Handlungen fanden und finden weder bei der Vorbereitung, noch während und nach der Beerdigung (hebr. „Lewaja“, jidd. „Lewaje“) statt.

Es gibt in Thüringen einige große Friedhöfe (z. B. die „Gebietsfriedhöfe“ in Aschenhausen, Barchfeld, Bauerbach, Gleicherwiesen, Nordhausen, Sondershausen, Stadtlengsfeld und heute ganz besonders in Erfurt – Friedhöfe, auf denen die Toten mehrerer Gemeinden bestattet wurden), aber mehrheitlich findet man relativ kleine Friedhöfe (z. B. die „Ortsfriedhöfe“ Arnstadt, Aschenhausen, Berkach,

Dreißigacker, Gotha, Plaue, Suhl, u.a.m.). Etliche dieser Friedhöfe sind heute verschlossen, um Unbefugte oder Böswillige am Betreten zu hindern und um dadurch eine Störung der Totenruhe und Entweihungen bzw. Schändungen – was leider bis in unsere Tage immer wieder vorkommt (auch zu DDR-Zeiten gab es immer wieder Friedhofsschändungen) – zu verhindern.

Der Zustand der Friedhöfe war in den 1990er-Jahren noch sehr unterschiedlich. Durch einen Vertrag zwischen der Landesregierung und der Jüdischen Landesgemeinde hat sich dies wesentlich gebessert, alle Friedhöfe werden inzwischen regelmäßig gepflegt.

Zu den Friedhöfen in Thüringen – stummen Zeugnissen jüdischer Vergangenheit – gehören nicht nur die „normalen“ und die historischen Friedhöfe, sondern auch christliche bzw. städtische Friedhöfe, auf denen (zusammen mit den nicht-jüdischen) auch jüdische KZ-Opfer bestattet sind (z.B. Nordhausen, Weimar u.a.m.). Es wurden zusätzlich noch einige wenige KZ-Gedenkstätten dokumentiert – Denkmäler für KZ-Tote (z. B. Jonastal, Ohrdruf, aber auch Buchenwald, Nordhausen-Dora) und Gedenkstätten für Opfer der Todesmärsche, (z. B. Crawinkel, Kranichfeld, Weimar u.v.a.m.). – die zwar heute von einigen Menschen nicht mehr allzu gerne gesehen werden, für viele Menschen trotzdem sehr schmerzliche Zeugnisse jüdischen Lebens und Sterbens in Thüringen darstellen.

Sonstige Zeugnisse jüdischen Lebens

Es ist unmöglich, alle nur möglichen noch vorhandenen Zeugnisse jüdischer Vergangenheit Thüringens in dieser Dokumentation zu beschreiben. Deshalb werden die wesentlichsten Beispiele exemplarisch dargestellt.

Jüdische Schulen

Wenn man die Beschreibungen der Gemeinden und ihrer Synagogen aufmerksam durchliest, dann kann man feststellen, dass die meisten jüdischen Gemeinden über eigene Schulräume oder sogar über eigene Schulhäuser verfügten. Hier wurden die jüdischen Kinder entweder vollständig im jüdischen Sinne unterrichtet, oder sie erhielten eine religiöse Unterweisung durch einen jüdischen Religionslehrer. Exemplarisch seien einige Orte genannt, in denen noch einstige

jüdische Schulen als Bauwerke erhalten geblieben sind: Berkach, Marisfeld, Schwarza und Walldorf.



Schule in Schwarza



Schule in Berkach



Schule in Walldorf

Ritualbäder (Mikwaot)

Fast alle der jüdischen Gemeinden in Thüringen waren orthodox oder konservativ; daher besaßen sie auch fast alle ein Ritualbad (Mikwe). Dieses Bad in fließendem (= lebendigem) Wasser dient auch heute noch zur rituellen Reinigung (durch vollständiges Untertauchen) der Frauen. Die Prozedur muss gemäß Religionsgesetz jeden Monat nach der Menstruation stattfinden, damit die Frau für ihren Ehemann wieder rituell rein ist. Die Mikwe dient aber auch der rituellen Reinigung von Männern vor dem Versöhnungstag (Jom Kippur) oder zu sonstigen rituellen Reinigungszeremonien, z. B. zum Eintauchen von Geschirr und Besteck, die von Nichtjuden hergestellt sind. Damit werden diese Haushaltsgeräte für orthodoxe Juden zum Gebrauch frei. In vielen Orten Thüringens wurden die Ritualbäder zerstört. Als Beispiel für ein erhaltenes bzw. 1993 sehr schön renoviertes Ritualbad ist die Mikwe von Berkach zu nennen; sie ist ein in ihrer Art einmaliges, kostbares Kulturgut. Auch das Haus, in dem sich bis zum Anfang unseres Jahrhunderts die Mikwe der Gemeinde Hildburghausen befand, ist noch vorhanden.



Mikwe in Berkach

Straßen-, Gelände- und Flurnamen

In einigen Orten, z.B. Wasungen, gibt es vermutlich seit Jahrhunderten keine Kultusgemeinde mehr. Und doch gibt (oder gab) es dort Straßen- und Ortsbezeichnungen, die mit dem Substantiv JUDE zusammengesetzt sind. Die Erklärungen für die Existenz solcher Namen sind vielfältig. Eine der Auslegungen ist, dass es in diesen Orten einstmalig Juden gegeben hat, die in der heutigen „Judenstraße“ oder „Judengasse“ gewohnt haben. Wo immer in früheren Zeiten Juden zusammen waren, bemühten sie sich nach Kräften – das ist eine religiöse Vorschrift! – eine Gemeinde zu bilden. Daher waren höchstwahrscheinlich bis weit in das 18. Jahrhundert hinein Juden gezwungen, innerhalb einer jüdischen Gemeinde bzw. Gemeinschaft zu leben und so eine Jüdische Kultusgemeinde zu bilden.

In einigen Orten Thüringens verschwanden Straßenbezeichnungen, die mit dem Begriff JUDE verbunden waren: So erledigten sich die Kommunen ihres (sehr oft ungeliebten) geschichtlichen Erbes. Eine Ausnahme bildet die Stadt Mühlhausen: hier wurde der „Judenstraße“, die im Dritten Reich in „Wahlstraße“ umbenannt worden war, 1990 wieder der ursprüngliche Name „Judenstraße“ zurückgegeben.

Neben Straßen und Plätzen gibt es auch Flurbezeichnungen, die mit dem Wort JUDE verbunden sind; oft ist bis heute der Ursprung des Namens unklar und rätselhaft. Auf jeden Fall aber weist er auf das Leben und Wirken von Juden am Ort oder in der Gegend hin. Aus diesem Grund erscheinen mir, besonders heute, mit dem Substantiv JUDE zusammengesetzte Namen wichtige Zeugnisse jüdischer Vergangenheit in Thüringen zu sein.



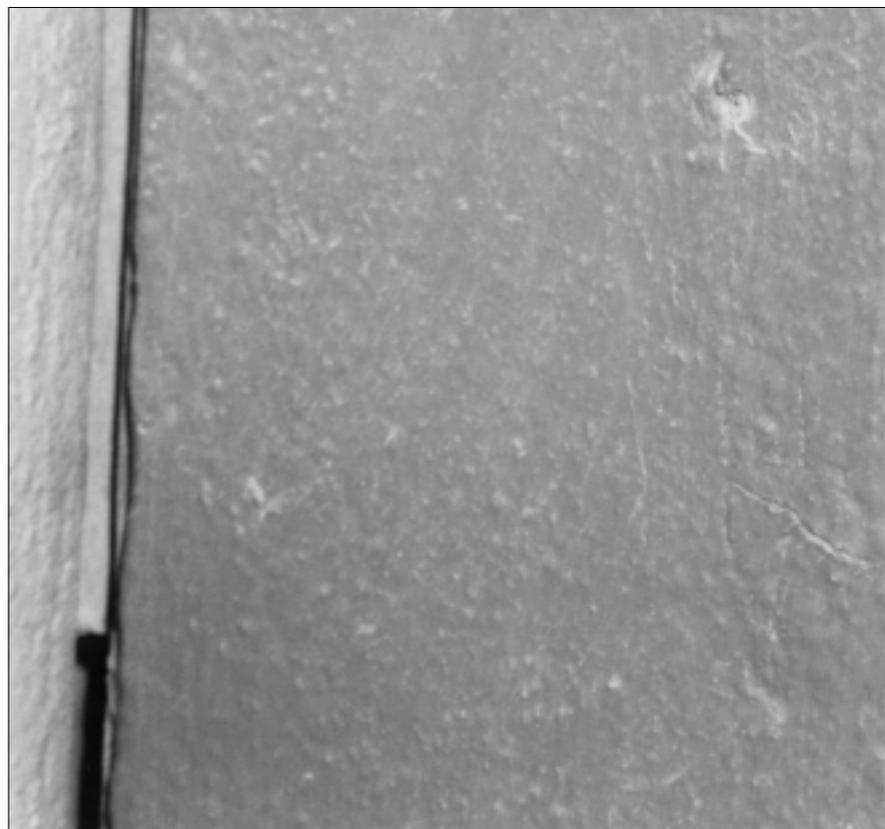
*Straßenname
„Judenstraße“ in Gotha*

Jüdische Häuser (so genannte „Judenhäuser“)

Es gab einst auch in Thüringen einige jüdische Häuser als Zeugnisse jüdischen Lebens. Dies waren Bauten, die entweder hebräische Inschriften aufwiesen oder solche, die am rechten oberen Drittel des rechten Türpfostens Spuren des jüdischen Türpfostensymbols, der Mesusa, aufwiesen, wie z.B. an einem Bauwerk in Schwarza (hier sind noch Spuren der Befestigung der Mesusa zu erahnen). Auch heute kann man in Deutschland Wohnungen frommer Juden am Vorhandensein der Mesusa erkennen.

Als „Judenhäuser“ versteht man aber heute auch noch Häuser, die sich entweder lange Zeit in jüdischem Besitz befanden (z. B. der Prachtbau in Bleicherode oder das Oppe'sche Haus in Mühlhausen). Solche Bauwerke kann man noch in mehreren thüringischen Orten finden.

„Judenhäuser“ waren aber auch in jüdischem Besitz befindliche Häuser, in denen zur Zeit der NS-Verfolgung Juden wohnen mussten – eine Art Getto (z. B. in Mühlhausen, Nordhausen u.a.m.) – bevor diese Unglücklichen in die Vernichtungslager abtransportiert wurden.



*Spuren der Mesusa am
Haus Dolmarstraße 3
in Schwarza*

Urkundliche Erwähnungen

Es gibt eine ganze Reihe von Orten in ganz Thüringen, deren Stadt- bzw. Gemeindeverwaltungen alle Anfragen nach der Existenz einer Kultusgemeinde mit dem Vermerk „Fehlanzeige“ beantworteten (falls sie sich überhaupt zu einer Antwort entschließen konnten). Und doch – es gab auch in diesen Orten vor Jahrhunderten jüdische Siedlungen bzw. Gemeinden, die jedoch durch Pogrome oder andere Ereignisse, die nicht bekannt sind, ausgelöscht worden sind: Dies ist insbesondere 1298 („Rindfleisch-Verfolgung“) und 1348/49 („Pest-Pogrom“) der Fall gewesen. Um diese Dokumentation so gründlich und vollständig wie möglich zu machen, sind diese Orte in der Tabelle mit einem (h) für „historisch“ gekennzeichnet.

Ortskatalog

Altenburg (Landkreis Altenburger Land)

Juden, die sich nach Altenburg nennen, sind 1350 in Eger (Pogromopfer) und 1367 in Erfurt belegt. Dies beweist, dass Juden in Altenburg bereits in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts ansässig gewesen sind. Zwischen 1357 und 1404 lebten fünf Juden mit dem Herkunftsnamen „von Altenburg“ in Erfurt. 1364 ist in Altenburg selbst ein Jude bezeugt, für den der Markgraf von Meißen, Landgraf in Thüringen, einen Schutzbrief ausstellte. 1418 lebten hier 14 Steuer zahlende Männer. Diese Gemeinde dürfte – wohl in der Johannisgasse – eine Synagoge besessen haben. Von den 1430 einsetzenden Vertreibungen der Juden aus den Territorien der Wettiner waren auch die Juden in Altenburg betroffen. 1620/21 wurde vier Juden die Ansiedlung im Bereich des Deutschen Hofes gestattet; Belege, dass diese von der Erlaubnis Gebrauch gemacht haben, gibt es allerdings nicht. In der Folgezeit lebten hier keine Juden mehr. Zeugnisse jüdischen Lebens im Mittelalter sind lediglich der Straßename Jüdengasse und der Flurname Jüdengrund.

Erst seit Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts gab es wieder jüdisches Leben in der Stadt: Nach den Volkszählungen von 1925/1933/1939 lebten 165/134/72 Juden im Stadtkreis Altenburg. Dort kam es zur Gründung einer Israelitischen Vereinigung, die wohl überwiegend aus Juden bestand, die aus dem Osten gekommen waren: die Ost-Israelitische Gemeinde, hatte 1924/25 etwa 59 und 1932/33 100 Mitglieder. Diese Gemeinde, über die kaum Informationen vorliegen, hatte ihren Betsaal im Haus Pauritzer Gasse 54. Die zugehörige Gebäudezeile wurde in den 1980er-Jahren abgerissen. Am Standort des Gebäudes wurde 1998 eine Gedenktafel angebracht. Standort des einstigen Betsaales der Ost-Israelitischen Gemeinde: Pauritzer Gasse 54.

Außer dem Wissen um die einstige mittelalterliche Gemeinde, den beiden auf jüdische Existenz hinweisende Ortsbezeichnungen und der Gedenktafel in der Pauritzer Gasse gibt es heute keinerlei weitere Zeugnisse jüdischen Lebens mehr in Altenburg.

Apolda (Landkreis Weimarer Land)

In Apolda kam es erst nach 1850 zur Ansiedlung erster jüdischer Familien. Im Jahr 1880 lebten hier 12, 1885 dann 39 und 1895 schließlich 47 Juden. Seit dem 1. Oktober 1899 waren die meisten von ihnen in einer Religionsvereinigung namens „Israelitische Religions-Gemeinschaft zu Apolda“ zusammengeschlossen, der 1901 14 (von 18) Familien, 1905 dann 63 Mitglieder, und 1924 schließlich 59 Juden angehörten. Ein Antrag auf Umwandlung in eine Israelitische Kultusgemeinde wurde 1901 durch das Staatsministerium des Großherzogtums Sachsen abgelehnt. Die Juden von Apolda führten ihre religiösen Feiern in einem Betsaal im Obergeschoss des „Bürgervereins“ durch. 1925/26 scheint die Israelitische Religions-Gemeinschaft nicht mehr bestanden zu haben, der Betsaal erhielt eine andere Nutzung.

Einige jüdische Apoldaer Familien begruben ihre Toten auf dem jüdischen Friedhof zu Erfurt. Obwohl es seit Mitte der 1920er-Jahre in Apolda kein organisiertes Gemeindeleben mehr gab, bekannten sich bei der Volkszählung 1933 insgesamt 80 Einwohner zum jüdischen Glauben. Die NS-Behörden führten 1936 im „Verzeichnis der in Apolda wohnhaften Juden und Judenstämmlinge“ 114 Personen auf.

Das Haus des „Bürgervereins“ (nach 1945: „Volkshaus“), in dessen Obergeschoss sich von 1901 bis 1925 das Betlokal der „Israelitischen Religions-Gemeinschaft“ befunden hatte, wurde 1993 abgerissen. Anschließend wurde auf dem Grundstück die Apoldaer Stadthalle errichtet.

Standort des früheren „Israelitischen Betlokals“: Grundstück Klause 3.

Ein weiteres Zeugnis früherer jüdischer Präsenz in Apolda ist die „Bernhard-Prager-Gasse“. Die frühere „Sandgasse“ ist nach einem Juden, der früher in Apolda lebte und wirkte und 1944 in Theresienstadt den Tod fand, umbenannt worden. Am ehemaligen Wohn- und Geschäftshaus von Bernhard Prager (die einstige Firmeninschrift war 1995 noch schwach zu erkennen!) wurde rechts vom Eingang eine Gedenktafel mit folgendem Wortlaut angebracht: (Davidstern) BERNHARD PRAGER / GEB. 29.6.1888 / IN WENINGS / VERFOLGT WEGEN / SEINER JÜD. HERKUNFT / DEPORTIERT VON DEN / FASCHISTEN IN DAS KZ / THERESIENSTADT / ERMORDET AM 26.9.1944 / VERGESST SIE NIE.

Standort des ehemaligen Wohn- und Geschäftshauses von Bernhard Prager: Bernhard-Prager-Gasse Nr. 8.



Wohn- und Geschäftshaus Bernhard Pragers mit Gedenkstein (Apolda)

Arnstadt (Landkreis Ilm-Kreis)

Erstmals sind Juden in Arnstadt anlässlich einer Verfolgung im August 1264 erwähnt, bei der fünf Juden den Tod fanden. Im Februar 1349 wurden fast alle in Arnstadt lebenden Juden erschlagen. Zu den Überlebenden gehörten wohl zwei Männer, die sich nach Arnstadt nannten und 1357 die Judengemeinde in Erfurt neu begründeten. In der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts ließen sich erneut Juden in Arnstadt nieder; 1429 lebten 53 Juden am Ort. Sie besaßen eine 1423 belegte Synagoge und einen 1428 erwähnten Friedhof. Juden mit der Herkunftsbezeichnung „von Arnstadt“ lebten u.a. in Erfurt und Schmalkalden. Ein 1441 von mehreren Adligen geschlichteter Streit zwischen dem Grafen Heinrich von Schwarzburg und drei in Arnstadt lebenden Juden ist von der älteren Forschung fälschlich als Vertreibung der Juden interpretiert worden. Diese erfolgte im Jahr 1466. Die Arnstädter Juden hatten nach Ausweis einer Nachricht aus dem Jahr 1481 unter anderem in einem Steinhaus in der Erfurter Straße in Arnstadt gelebt; vermutlich hat sich auf diesem Grundstück auch die ehemalige Synagoge befunden. Der Friedhof lag in der Ichtershäuser Straße. Ein „Jodenberg“ in der Nähe von Holzhausen westlich von Arnstadt ist 1412 belegt.

1526 ist ein in Arnstadt wohnhafter Jude belegt, der das Bürgerrecht besaß. Auch danach gibt es gelegentliche Hinweise für die Anwesenheit von Juden, vielfach Auswärtige, die in Arnstadt ihren Geschäften nachgingen. Das Ausweisungsmandat von 1532 ist offenbar nicht konsequent umgesetzt worden. Belege dafür, dass Juden in Arnstadt Handel trieben, setzen sich auch im 18. Jahrhundert fort. Diese Juden waren jedoch nicht in der Stadt wohnhaft. Der Zuzug nach Arnstadt begann um 1875. Einige dieser Juden waren vorher im nahegelegenen Plaue ansässig gewesen.

Am 3. Januar 1860 wurde für die Juden im Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen durch Gesetz eine Synagogengemeinde mit Sitz in Sondershausen geschaffen, der auch die jüdischen Einwohner von Arnstadt angehörten. Am 1. Juli 1884 wurde in Arnstadt durch fürstliche Gesetzesänderung eine eigene Synagogengemeinde gebildet, die etwa 65 Mitglieder zählte. Diese Synagogengemeinde, deren Statuten aus den Jahren 1889 und 1908 erhalten sind, besaß bis 1912 einen Betsaal im Hause des Kaufmannes Julius Jonas in der Ritterstraße 7. Als der Raum für die Gemeindemitglieder zu klein geworden war (1912 lebten in der Stadt 35 steuerpflichtige jüdische Familien), erwarb die Kultusgemeinde ein Grundstück von 600 Quadratmetern gegenüber der Südseite des Alten Friedhofes in der Krappgartenstraße. Hier wurde die Gemeindesynagoge errichtet, die am 26. September 1913 feierlich mit einem Sabbatgottesdienst, geleitet von Landrabbiner Dr. Fränkel aus Meiningen, eingeweiht wurde. Durch Deportationen wurde in den Jahren 1942 bis 1944 die Gemeinde ausgelöscht.

Standort der ersten Synagoge: früher Erfurter Straße 17 (Hinterhaus). Das Gebäude existiert heute nicht mehr. Gleiches gilt für den ersten Friedhof in der Ichtershäuser Straße. Auch sein exakter Standort konnte trotz intensiver Recherchen nicht ermittelt werden.

Standort des Betsaales bis 1912: Ritterstraße 7. Das Haus, in dem sich der Betsaal befand, existiert heute noch. Es steht unter Denkmalschutz und wird jetzt als Wohn- und Geschäftshaus genutzt. Standort der Synagoge ab 1913: Krappgartenstraße 47.

Die Synagoge wurde am 9./10. November 1938 von SA-Angehörigen niedergebrannt, die verbliebenen Reste später dem Erdboden gleichgemacht. Die jüdischen Einwohner Arnstadts wurden von 1942 bis 1944 in die Vernichtungslager deportiert. Eine Kultusgemeinde war vernichtet worden.

Am 26. Oktober 1988 wurde unweit des Synagogengrundstücks - direkt neben der katholischen Kirche - ein Gedenkstein für die einstige Synagoge enthüllt, auf



Betsaal Ritterstraße 7



Synagogendenkmal

dessen Metalltafel der folgende Text zu lesen ist: UNWEIT DIESER STELLE BEFAND/SICH DIE SYNAGOGE DER / JÜDISCHEN GEMEINDE ARNSTADT / DIE AM 27.09.1913 GEWEIHT WURDE / IN DER POGROMNACHT / AM 9. NOVEMBER 1938 / WURDE SIE DURCH DIE / FASCHISTEN ZERSTÖRT / VERGESST ES NIE!

Der 1428 und 1521 erwähnte Friedhof an der Ichtershäuser Straße (in Richtung Holzhausen) existiert schon lange nicht mehr. Es konnten trotz intensiver Recherchen keine Überreste festgestellt werden. Bis 1921 begruben die Arnstädter Juden ihre Toten in Plaue oder an anderen Orten. Standort des Friedhofs: Im Stadtgebiet auf dem Neuen Friedhof an der Ilmenauer Straße / Ecke Elxlebener Weg.

Weg: Vom Parkplatz neben dem Synagogendenkmal fährt man rechts in die Krappgartenstraße und biegt dann an der Kreuzung rechts in die Turnvater-Jahnstraße ein, die man bis zur Ampel vorfährt. Hier biegt man wieder rechts in die Wachsenburgallee (in Richtung Stadtilm) ein, auf der man, rechts am Denkmal für die Opfer des Todesmarsches des KZ Buchenwald vorbei, immer geradeaus fährt, auch wenn der Straßename in „Dammweg“ und nach dem Unterqueren von zwei Eisenbahnunterführungen in „Hammerecke“ wechselt, bis man auf die Ilmenauer

Straße stößt. Hier biegt man an der Ampel links in die Ilmenauer Straße ein, von der man nach etwa 100 Metern rechts in die Elxlebener Straße abbiegt. Genau an der Abbiegung befindet sich der Eingang zum Jüdischen Friedhof und zum Ehrenfriedhof für die Kriegsgefangenen. Zustand: Sehr gut gepflegt.

Allgemeine Übersicht: Im Jahre 1921 erwarb die Jüdische Gemeinde ein größeres Areal neben dem (christlichen) „Neuen Friedhof Arnstadt“, das – abgetrennt von diesem durch eine Mauer – von nun an als jüdischer Gemeindefriedhof genutzt wurde. Hier befindet sich neben etwa 25 Gräbern (letzte Bestattung 1939) auch ein Gedenkstein für die Opfer der Shoa mit der folgenden Aufschrift: DEM GEDENKEN / DER JÜDISCHEN / BÜRGER DIE / OPFER DER / FASCHISTISCHEN / GEWALTHERRSCHAFT / WURDEN.

An dem jüdischen Friedhof grenzt ein Ehrenfriedhof für verstorbene russische Kriegsgefangene (mit Denkmal) sowie für Zwangsarbeiter, Zwangsarbeiterinnen und deren Kinder (aus mehreren Nationen), die hier bis 1945 bestattet wurden.



*Gedenkstein
auf dem Friedhof*



Grabstein



Aschenhausen (Landkreis Schmalkalden-Meinungen)

Aschenhausen war Besitz der Adelsfamilie v. Speßhardt, die der Reichsritterschaft angehörte und daher zur Aufnahme von Schutzjuden berechtigt war. Davon wurde erstmals 1695 Gebrauch gemacht; für diese Juden ließen die Ortsherren kleine Häuser außerhalb des Schlosshofes errichten. Die ständig wachsende Gemeinde verfügte seit 1707 über einen Friedhof, 1738 über einen Gebetsraum und vor 1752 über eine Schule. 1765 wurde ein Gelände für den Bau von Synagoge, Schule und Backhaus erworben. 1841 fielen Synagoge, Backhaus und etliche Wohnhäuser einem Brand zum Opfer. Die neue Synagoge wurde am 24. Juni 1843 eingeweiht; 1846 folgten Schulhaus und Lehrerwohnung. Es gab in Aschenhausen eine koschere Metzgerei. 1876 wurden die christliche und die jüdische Schule zusammengelegt.

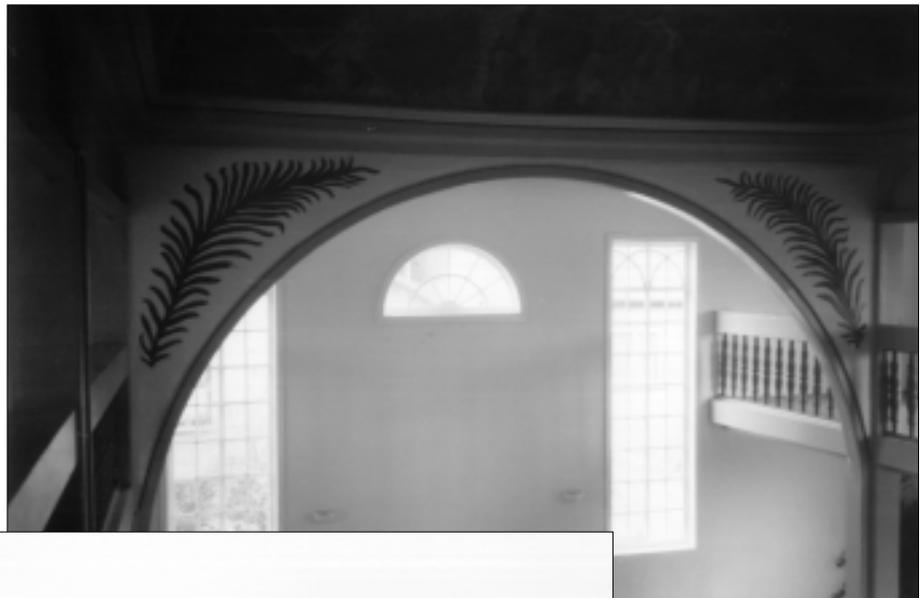


*Ehemalige Synagoge:
vor und nach
der Renovierung*





Inneres der Synagoge



*Ehemaliges jüdisches
Backhaus*

1731 lebten am Ort sechs jüdische Familien; 1808 103 Juden (bei 247 Einwohnern); 1889 wurde 24 Kindern jüdischer Religionsunterricht erteilt; 1895 lebten 97 Juden am Ort (197 Christen).

Mit Beginn des 20. Jahrhunderts setzte auch hier der Rückgang ein. 1919 lebten 95 Juden am Ort (230 Einwohner), 1924/25 waren es nur noch 16, 1933 noch drei Familien mit sechs Personen. 1936 fand in der Synagoge der letzte Gottesdienst, im Februar 1936 auch die letzte Beerdigung auf dem Friedhof statt. Im gleichen Jahr wurde das Synagogengebäude von den Familien Katzenstein und Nußbaum einem Kolonialwarenhändler überlassen, der das Bauwerk als Scheune nutzte. Im November 1938 wollten SA-Angehörige die ehemalige Synagoge in Brand setzen; dies wurde von Ortsbewohnern verhindert, die auch Sorge hatten, dass das Abbrennen des Synagogengebäudes eine Gefahr für alle Häuser des Dorfes darstellen könnte. Mit der Deportation der letzten fünf Juden im September 1942 war die Israelitische Kultusgemeinde Aschenhausen ausgerottet.

Bis zum Jahre 1989 wurde das ehemalige Synagogengebäude zunächst als Scheune und später als Abstellraum genutzt. 1990/1991 wurde es von der Gemeinde erworben, gründlich restauriert und am 18. Mai 1991 als „Stätte der Begegnung und des Erinnerns“, als neuer kleiner „Kulturtempel“ der Öffentlichkeit übergeben.

Standort der einstigen Synagoge: Oberkätzer Straße 16 (Flurstück Nr. 57 a), in unmittelbarer Nähe Standort der früheren koscheren Metzgerei und der Mikwe (Flurstück Nr. 59). Von diesen beiden Bauten ist nichts mehr erhalten. Standort des Backofens: im Haus Oberkätzer Straße 6 (beschriftet: Gemeindeverwaltung/Backhaus).

Lage des Friedhofes: Südwestlich des Ortes am Waldrand.



Grabsteine auf dem Friedhof





Standort: Von der Synagoge fährt man auf der Oberkätzer Straße in Richtung Kaltensundheim. Nachdem man das einstige jüdische Haus („Backhaus“) passiert hat, biegt man in die erste Querstraße nach links ab und folgt dieser, links an der alten Dorfkirche vorbeifahrend, bis zu einer Gabelung, an der man halbrechts abbiegt. Nach dem Abbiegen fährt man noch wenige Meter weiter bis zu einem Parkplatz, wo man das Fahrzeug abstellt. Von hier wird der Weg zum Friedhof durch Schilder gewiesen. Man geht vom kleinen Parkplatz wenige Meter auf einem Schotterweg weiter, dann biegt man links in den ersten Hohlweg über eine Wiese in Richtung Wald ab. Am Waldrand angekommen biegt man scharf links ab, dann steht man nach etwa 10 Metern vor dem Friedhofseingang. Zustand: Sehr ordentlich.

Allgemeine Übersicht: Rundum von Wald umgeben; schönes kunstschmiedeeisernes Metalltor; Umgrenzung zum Teil mit einer in der Rhön gebräuchlichen, aus Natursteinen angehäuften Steinmauer; relativ sanft abfallende Hanglage; neun Gräberreihen mit sehr alten, alten und neueren Grabsteinen, z. T. mit rätselhafter Symbolik (Dreieck mit Auge); 1936 letztes Begräbnis; alter und neuer Teil erkennbar; bereits 1988 als „Kulturgut der DDR“ gekennzeichnet. Rechts neben dem Eingang neuer Gedenkstein für Opfer der Shoa mit folgender Inschrift: MORITZ SCHMIDT GEBOREN 11. AUGUST 1874 ASCHENHAUSEN – KÄTE SCHMIDT GEBOREN 22. JUNI 1895 KALTENNORDHEIM – AM 19. OKTOBER 1941 NACH LODZ, POLEN VERSCHLEPPT.

Bad Blankenburg (Landkreis Schwarzburg-Rudolstadt)

Hier sind im Jahr 1434 Juden belegt. 1496 wurden die Juden aus der Grafschaft Schwarzburg vertrieben.

Bad Frankenhausen (Landkreis Kyffhäuserkreis)

Jüdische Einwohner lassen sich erstmals für den Zeitraum 1346 bis 1349 nachweisen. Ihr Wohngebiet befand sich in der Nähe der Oberkirche in der Oberstadt. Eine hier befindliche Gasse wurde noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts Judengasse genannt. 1349 wurden sie Opfer einer Verfolgung. Danach gab es in Frankenhausen nur vereinzelt Juden (Belege aus den Jahren 1524–1536, 1580–1586, 1614, 1729–1733 und 1735). In der Regel handelte es sich um Juden, die den

Schutz der Landesherren, den Grafen bzw. Fürsten von Schwarzburg-Frankenhausen und Schwarzburg-Rudolstadt, genossen bzw. in ihren direkten Diensten standen.

Erst ab 1813 gab es wieder kontinuierlich Juden in Frankenhausen. Zuerst ließ sich ein gewisser Salomon SCHOENLAND nieder, der aus Posen (heute Poznan, Polen) stammte und sich während der Kriege gegen Napoleon als Dolmetscher für die Stadtverwaltung Verdienste erworben hatte. Er wurde seitens des Stadtrates als einziger Jude mit den Bürgerrechten ausgestattet. Allen weiteren zugewanderten Juden verweigerten Bürgermeister und Rat die Bürgerrechte und forderten sie auf, die Stadt zu verlassen. Über dieses Verhalten der Stadtväter führten die Juden Klage bei der fürstlichen Landesregierung in Rudolstadt. Doch erst zwischen 1845 und 1847 erhielten Abraham Rosenstern, Calmann Wahl, Coppel Levi und Marcus David die Bürgerrechte zugestanden. Bis 1833 hielten sie Kulthandlungen in ihrem privaten Wohnbereich, ab diesem Zeitpunkt in angemieteten Räumlichkeiten in der Schmiedegasse (heute Erfurter Straße) und der Borngasse (heute Bornstraße) ab. Der Ankauf eines Gebäudes zur Einrichtung einer Kultusgemeinde wurde durch die fürstlichen Behörden nicht gestattet. Das Haus in der Bornstraße, in dem sich die Betstube befand, existiert noch. Standort dieses Hauses: Bornstraße 63.

Ihre staatsbürgerlichen Rechte wurden den Juden erst nach 1864 durch den Schwarzburg – Rudolstädtischen Landtag gewährt. Ihre größte Mitgliederzahl hatte die Gemeinde wahrscheinlich 1864 mit 32 Angehörigen; danach scheint sie sich nicht mehr vergrößert zu haben. 1913 umfasste die jüdische Gemeinde 21 Personen in Frankenhausen und eine Person im benachbarten Esperstedt. Bekanntester Vertreter der Gemeinde war der von 1902–1931 in Frankenhausen lebende und am „Kyffhäuser Technikum – Polytechnisches Institut“ wirkende Direktor Professor Siegmund Huppert (1871–1945). 1905 führte er am Technikum ein Studienfach zur Ausbildung von Ingenieuren und Technikern für Landwirtschaftsmaschinenbau ein, und 1908 begann er mit Vorlesungen im Fach Flugzeugkonstruktionslehre. Beides damals ein Novum für Deutschland. Sein heute noch vorhandenes Wohnhaus steht in der Klosterstraße Nr. 15. Bereits mit seinem durch den thüringischen Innen- und Volksbildungsminister Dr. Wilhelm Frick (1877–1946), NSDAP, erzwungenen Ausscheiden aus dem Technikum Ende März 1931 begann der langsame Exodus der Bad Frankenhäuser jüdischen Gemeinde. Einigen wenigen Juden wie Prof. Huppert, gelang die Emigration ins Ausland. Andere – zuletzt 1943 – wurden deportiert und kamen im Konzentrationslager ums Leben.

Ihre Toten begruben die Juden von Frankenhausen bis 1852 auf dem Schlachtberg. Die genaue Lage des Geländes ist heute jedoch nicht mehr bekannt. 1850 gestattete die fürstliche Regierung den Ankauf eines Areals im Napptal im Kyffhäuserwald. 1852 waren die Kaufverhandlungen abgeschlossen und der Friedhof konnte errichtet werden. 1884, 1933, 1954 und 1979 wurden Teile des Friedhofes gewaltsam beschädigt oder wie 1933 fast vollständig zerstört. Zwischen 1954 und 1956 wurde der Friedhof umfassend instand gesetzt und ein Gedenkstein errichtet.

Standort: Von der Stadtmitte kommend fährt man auf der Kyffhäuserstraße immer in Richtung Kyffhäuser. Etwa 250 Meter nach dem Ortsausgang biegt man rechts in den Weg zur Waldgaststätte „Sennhütte“ ein. Nach weiteren 200 Metern auf dem ungeteerten Waldweg befindet sich auf der rechten Seite des Weges – schräg gegenüber dem Hotel – etwas bergauf der Eingang zum Friedhof.

Zustand: 2003/2004 wurde ein optisch ansprechender Zustand hergestellt. Der Friedhof wird durch die Stadt Bad Frankenhausen pflegerisch betreut.

Allgemeine Übersicht: Die etwa 400 Quadratmeter große, mit Bäumen bewachsene Fläche ist mit einem massiven Holzlattenzaun umgeben. Obwohl zahlreiche Grabstellen durch Vorhandensein einer Einfassung bzw. eines Grabhügels erkennbar sind, kann man nur noch einen in den 1950er Jahren (auf Veranlassung der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen in Erfurt) gesetzten Gedenkstein, einen



Friedhof

fast noch kompletten Grabstein und einige Grabsteinfragmente (dazwischen auch einzelne Baumstümpfe) erkennen. Der Gedenkstein, links vom Eingang in der Mitte des Friedhofes stehend, trägt unter einem Davidstern und dem hebräischen ISKOR die folgende Inschrift: ZUM GEDENKEN DER TOTEN, DIE HIER IN FRIEDEN RUHEN.

Bad Langensalza (Landkreis Unstrut-Hainich-Kreis)

Juden müssen sich spätestens zu Beginn des 14. Jahrhunderts in Salza (so hieß der Ort damals) niedergelassen haben. 1321 und 1323 werden Juden, die sich nach Salza nannten, als Hausbesitzer in Erfurt erwähnt. Die Stadt wurde 1346 zerstört. Die Schuld wurde den Juden zugeschoben, viele wurden daraufhin auf dem Scheiterhaufen verbrannt. 1356 kamen der Erzbischof von Mainz und der Landgraf von Thüringen überein, in Salza wieder Juden anzusiedeln. 1418 lebten am Ort 16 oder 17 männliche, steuerpflichtige Juden, mit Familienmitgliedern wohl etwa 80 Personen. 1447 und 1454 befanden sich in der „Judengasse“ 28, inzwischen von Christen bewohnte Häuser; hier lag auch die Synagoge (evtl. das



*Haus Judengasse 4
(Standort der mittelalterlichen Synagoge)*

Gebäude Judengasse 4). Außerhalb, am „Judenhügel“, begruben die Juden ihre Toten. 1436 wurden die Juden durch den Landesherrn aus der Stadt verbannt. Standort der mittelalterlichen Synagoge: Judengasse 4. Im 19. Jahrhundert lebten in der Stadt einzelne Juden, die zur Synagogengemeinde Mühlhausen gehörten.

An die Existenz von Juden in der Stadt erinnert heute neben den Nachweisen im Archiv das Vorhandensein von historischen, noch existierenden Straßen- und Standortbezeichnungen: JUDENGASSE, AM JUDENHÜGEL und AM KLAGETOR (durch das die Mitglieder der mittelalterlichen Judengemeinde ihre Toten auf den JUDENHÜGEL trugen, auf dem sich einst der jüdische Friedhof befand). Der (nichtjüdische) Friedhof mit Gräbern bis 1945 (auf dem es möglicherweise auch jüdische Grabstätten gegeben haben könnte) wurde 1972 eingeebnet und auf dem Terrain ein Tierpark errichtet.

Bad Liebenstein (Landkreis Wartburgkreis)

Hierhin sind Juden zugezogen, sobald ihnen die Gesetze die Möglichkeit dazu boten. Im Jahr 1871 lebten am Ort 22 jüdische Einwohner. Sie besuchten den Gottesdienst im benachbarten Barchfeld. Die Familie Liebenstein, die in der Hauptstraße ein Textilgeschäft betrieb, erhielt 1910 die Erlaubnis zur Anlegung eines privaten Friedhofes. Die jüdischen Einwohner wurden 1942 deportiert. Zwei Juden, deren Ehefrauen „deutschblütig“ waren, wurden 1944/45 deportiert. Nach dem 2. Weltkrieg haben bis 1962 wieder einzelne Juden in Bad Liebenstein gelebt. Der private Friedhof der Familie Liebenstein wurde nach 1962 eingeebnet.

Bad Salzungen (Landkreis Wartburgkreis)

Von den Verfolgungen im Jahr 1298 waren auch Juden in Salzungen betroffen. 1323 sind erneut am Ort lebende Juden belegt, die wohl beim Pest-Pogrom von 1349 vertrieben oder ermordet wurden.

Danach haben sich Juden offenbar erst im 19. Jahrhundert wieder am Ort ansiedeln dürfen. 1895 wohnten in der Stadt 59 jüdische Einwohner, 1910 und 1913 waren es 36, 1933 noch 41. Wer noch in Bad Salzungen geblieben war, wurde im Mai, August und September 1942 deportiert.

Bad Tennstedt (Landkreis Unstrut-Hainich-Kreis)

In Tennstedt lebende Juden waren von den Verfolgungen 1303 (siehe Weißensee) und 1349 betroffen. Für 1389 ist wieder ein Jude in Tennstedt belegt; 1418 lebten zwei Juden am Ort. Aus späterer Zeit gibt es keine weiteren Zeugnisse für jüdisches Leben in Bad Tennstedt.

Barchfeld (Landkreis Wartburgkreis)

Hier lebten seit dem 16. Jahrhundert (Erwähnungen 1557, 1566, 1573 und 1603) Juden, darunter solche, die aus dem Hochstift Würzburg vertrieben worden waren. Es entwickelte sich eine bis 1938 bestehende Jüdische Kultusgemeinde, der im Jahr 1700 sechs Familien, 1720 76 Personen, 1825 32 Haushaltungen mit 165 Personen, 1848 170, 1887 240, 1910 130, 1913 128, 1923 noch 85 und 1932/33 nur noch 63 Mitglieder angehörten.

Die Gemeinde besaß eine aus dem 18. Jahrhundert stammende Synagoge, eine Mikwe, einen Friedhof und eine bereits vor 1836 bestehende (damals von der Regierung bestätigte) Schule, für die 1841/42 ein neues Gebäude errichtet wurde. 1844/45 wurde eine am 19. September 1845 neu eingeweihte Synagoge mit angebauter Rabbinerwohnung errichtet. Da ein Teil des Synagogengebäudes bei einem Brand 1879 zerstört worden war, wurde eine gründliche Renovierung vorgenommen, die am 20. August 1880 abgeschlossen werden konnte. Bis 1938 diente die Synagoge den Juden des Ortes, aber auch Gemeindemitgliedern aus Herrenbreitungen, Seligenthal, Floh, Brotterode und Hallenberg (zeitweise auch aus Schmalkalden) als Gemeindesynagoge.

In der Nacht zum 9. November 1938 wurde das Gebäude abgerissen, alle Holzteile, die Torarollen und die übrigen Ritualien wurden auf einer nahe gelegenen Werrawiese verbrannt. Auf dem Nachbargrundstück befand sich bis 1995 ein inzwischen auf den Friedhof versetzter Gedenkstein.

Standort des Synagogengrundstücks: Nürnberger Straße 40 (Grundstück hinter den Nummern 36 und 38). Der Standort des jüdischen Schulhauses konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.

Lage des Friedhofs: Am Ortsrand an der Straße in Richtung Eisenach, gegenüber dem Haus Nürnberger Straße 90 auf dem Grundstück Nürnberger Straße 73.





Standort: Von der Ortsmitte (Kreisverkehr) fährt man die Nürnberger Straße in Richtung Eisenach. Kurz vor dem Ortsausgang befindet sich der Friedhof auf der linken Straßenseite, gegenüber dem Haus Nr. 90. Zustand: gepflegt.

Allgemeine Übersicht: Es ist fraglich, ob es sich hier um den am 17. April 1714 in einer Urkunde erwähnten, den Juden im Jahre 1686 von der Landgräfin Sophie von Hessen gegen Erbzins überlassenen und in den Jahren 1786, 1803 und 1826 erweiterten Friedhof handelt, denn als Datum für die Anlage des bestehenden Friedhofes wird das Jahr 1843 genannt. Das etwa 350 Quadratmeter umfassende Friedhofsgrundstück, auf dem sich über 50 Grabsteine befinden, ist von einem Holzzaun umgeben. Auf dem relativ großen Areal stehen sowohl einzelne Grabsteine als auch Grabsteingruppen, fast ausschließlich hebräisch beschriftet. Die Anordnung der noch existierenden Grabsteine lässt darauf schließen, dass der Friedhof in der NS-Zeit nicht nur verwüstet wurde, sondern dass gut erhaltene Grabsteine geraubt und nach Bearbeitung wieder verwendet worden sind.

Auf dem Friedhof befindet sich jetzt auch der Gedenkstein, der am 27. November 1988 auf dem Nachbargrundstück des vormaligen Synagogengrundstücks unweit der „Friedenseiche“ eingeweiht und 1995 im Einvernehmen mit der jüdischen Landesgemeinde an den jetzigen Standort versetzt worden ist. Er erinnert an die jüdische Gemeinde Barchfeld und ihre Synagoge. In der Ecke steht ein Gedenkstein mit folgender Aufschrift:

AN DIESER STELLE STAND DIE IM JAHRE 1845 / GEWEIHTE SYNAGOGE / DER JÜDISCHEN GEMEINDE BARCHFELD / DAS GOTTESHAUS WURDE IN DER POGROMNACHT / DES 9. NOVEMBER 1938 / VON DEN NAZISTISCHEN MACHTHABERN ZERSTÖRT / VERGESST ES NIE!



*Synagogendenkmal
(alter Standort)*



*Synagogendenkmal
(alter Standort)*

Am Ausgang zum Denkmal befinden sich zwei Steinpfosten: den linken zierte eine Menora, den rechten ein Davidstern.

Battendorf (Stadt Kölleda, Landkreis Sömmerda)

Bei dem Pogrom von 1298 (Rindfleisch-Verfolgung) wurden in Battendorf lebende Juden umgebracht. Als fünf Jahre später im nahen Kölleda Juden wiederum ermordet wurden, ist von Battendorf keine Rede mehr. Die Kultusgemeinde war vermutlich ausgerottet worden. Danach gibt es heute keine weiteren Zeugnisse jüdischer Vergangenheit in Battendorf.

Bauerbach (Landkreis Schmalkalden-Meiningen)

Hier existierte bereits im 18. Jahrhundert (erster urkundlicher Beleg 1782) auf dem Besitz der Herren von Wolzogen eine kleine jüdische Gemeinde. Zwei Drittel von deren Mitgliedern lebten 1851 vor dem Dorf im einstigen Herrenhaus und in dessen Umfeld, später „Judenbau“ bzw. „Judenhof“ genannt. Im „Judenbau“ hatten sie zunächst auch ihre Synagoge. 1824 wurde daneben eine neue Synagoge errichtet, die 1891 wegen Baufälligkeit abgetragen werden musste.

Die Kultusgemeinde, der 1811 bereits 91 und im Dezember 1833 107 Mitglieder angehörten, erbaute 1835 ein eigenes Schulhaus als jüdische Volksschule (mit Mikwe), in dem 1839 24 Schüler unterrichtet wurden. 1868 erfolgte wegen Schülermangels die Vereinigung mit der Volksschule des Dorfes; der jüdische Religionsunterricht wurde fortan von einem Lehrer aus Bibra erteilt. 1851 lebten in Bauerbach 116 Juden in 26 Familien, 1852 waren es 126. Ab 1872 waren die Juden auch im Gemeinderat vertreten. Nachdem die alte Synagoge 1891 hatte abgetragen werden müssen, wurde 1892 eine neue Synagoge mit Schulraum eingeweiht. Dort wurden 1898 – es lebten im Ort 75 Juden in 15 Haushaltungen – noch 12 jüdische Kinder unterrichtet.

Die starke Abwanderung der Juden aus Bauerbach setzte sich auch nach der Jahrhundertwende fort: 1913 lebten hier 25 Juden, 1924/25 noch elf, 1933 noch 13 und später nur noch neun Personen in vier Familien. Die letzten in Bauerbach wohnenden Juden wurden im Mai und September 1942 deportiert. Bis 1930 wurden in der Synagoge noch Andachten abgehalten. Dann ging die Synagoge mit Schulraum in Privatbesitz über; sie wird seitdem als Wohnhaus genutzt.



„Judenbau“



ehemalige Synagoge

Judenbau und Judenhof sind ein eigener Teil des Ortes Bauerbach. Standort der Synagoge mit Schulraum: Henneberger Straße 58 (Nähe Ortsausfahrt Richtung Henneberg, rechte Straßenseite; die Hausnummern orientieren sich nicht an der Reihenfolge an der Straße, sondern am Alter der Häuser!).

Besonderheiten: Das einstige Synagogengebäude ist noch als Bausubstanz – wenn auch durch Umbauten stark verändert – erhalten. Das runde Fenster – einst über dem Aron Hakodesch – ist noch im Original vorhanden.

Die jüdische Gemeinde Bauerbach besaß seit etwa 1835 einen eigenen Friedhof, der auch von den Kultusgemeinden Bibra und Mühlfeld (Bayern) mitbenutzt wurde. Lage des Friedhofes: Nördlich des Ortes „an der Krackenwand“.

Standort: Von der Ortsmitte fährt man in Richtung Ritschenhausen. An der Bushaltestelle folgt man nicht der Vorfahrtsstraße nach links, sondern fährt die Straße geradeaus sanft hügelan gegen den Wald zu – am „Judenhof“ vorbei. Kurz vor dem Ortsausgangsschild (Richtung Einödhausen) biegt man (einem Hinweisschild folgend) nach links in einen recht stark ansteigenden, geteerten Weg ab, der in einen Schotterweg übergeht. Man folgt ihm bis zum Ende der Zäune, die die Gärten umgeben. Am letzten Zaun (Bienenhaus!) biegt man rechts ab und geht auf den Wald zu. Nach etwa 50 Metern steht man dann vor dem Friedhofseingang auf der linken Seite des Hohlweges.

Zustand: parkähnlich – sehr gut gepflegt.

Allgemeine Übersicht: Größe 0,37 ha; auf sehr nassem Grund; ein Eingang: Holztor zwischen zwei massiven Original-Steinpfeilern; rechts vom Eingangstor



Judenhof







und auf der dem Tor gegenüberliegenden Friedhofsseite Umzäunung durch Holz-
zaun, links des Tores Umfriedung zunächst durch einen kleinen Holzzaun, danach
durch einen lebenden Zaun (Hecke); auf dem vorderen Friedhofsabschnitt rechts
vom Eingang zahlreiche sehr alte Grabsteine, nur Hebräisch beschriftet; vorderer
Friedhofsabschnitt links vom Eingang nur mit Bäumen bewachsen; auf dem rech-
ten hinteren Friedhofsabschnitt zahlreiche sehr schöne Grabsteine, viele nur
Hebräisch, einige vorne Hebräisch und auf der Rückseite Deutsch (längere Verse!)
beschriftet; auf dem linken hinteren Friedhofsabschnitt auch einige neuere Grab-
steine erkennbar; 365 noch vorhandene Grabsteine. Erste Bestattung 1845 (?);
letzte 1936.

Berka/Werra (Landkreis Wartburgkreis)

Hier war 1536 – offenbar nur für kurze Zeit – ein Jude ansässig, der unter hes-
sischem und sächsischem Schutz lebte.

Berkach (Landkreis Schmalkalden-Meiningen)

Hier war während des Dreißigjährigen Krieges (wohl 1628) ein Jude zugezogen, auf den bald weitere folgten. Die Mehrzahl lebte unter dem Schutz der Freiherren von Stein; daneben gab es würzburgische und hildburghäusische Schutzjuden. Der Freiherr von Stein, der Bischof von Würzburg und der Herzog von Sachsen-Hildburghausen (später Sachsen-Meiningen) waren gemeinsam Landesherren von Berkach. 1740 bestanden in Berkach 12 jüdische Haushaltungen; 1819 waren es 32. Im Jahr 1833 lebten 308 Christen und 152 Juden am Ort, 1851 waren es 170 in 36 Familien; 1898 noch 85 in 20 Haushaltungen. Der Rückgang ist vor allem darauf zurückzuführen, dass den Berkacher Juden seit 1869 der Weg in die Städte der Region offenstand.

Der größte Teil der Juden lebte auf dem Gelände des Steinschen Gutshofes. In den dortigen Häusern ist 1687 und 1700 jüdischer Gottesdienst bezeugt. 1748 zahlte die Gemeinde an den Herrn v. Stein Hauszins für ein als „Schule“ (Synagoge) bezeichnetes Gebäude. 1751 ist ein Schulmeister belegt. 1762 wurde eine erste Synagoge erbaut, die fast 100 Jahre in Benutzung war. Die Verstorbenen mussten zu dem weit entfernten Friedhof in Kleinbardorf gebracht werden.

1850 beschloss die jüdische Gemeinde den Neubau von Synagoge und Schule, die am 1. Juni 1854 eingeweiht wurden. Vor 1837 hatte es in Berkach drei Mikwen in Privathäusern gegeben. Die Behörden forderten einen Neubau. Diese Mikwe wurde 1838, ein eigener Friedhof 1846, in Betrieb genommen.

Nachdem die Zahl der Schulkinder rapide zurückgegangen war, wurde 1898 das jüdische Schulhaus verkauft und die jüdische Schule am 16. Mai 1898 mit der Dorfschule vereinigt.

Auch nach 1900 nahm die Zahl der Mitglieder der Israelitischen Kultusgemeinde Berkach weiter ab: 1913 lebten hier 37 Juden, 1924/25 noch 28, 1932/33 waren es nur noch 20. Mit der Deportation der letzten Berkacher Juden am 6. Oktober 1943 ist die Gemeinde vernichtet worden.

Das Synagogengebäude, das im November 1938 nicht beschädigt worden war, wurde 1939 an die politische Gemeinde Berkach verkauft; 1943 erfolgte ein Weiterverkauf (auf Abbruch) an den örtlichen Spar- und Darlehensverein, der das Bauwerk als Raiffeisenlager nutzte. Nach 1945 wurde das Gebäude zunächst als Pferdestall und dann bis 1989 als Werkstatt und Schmiede der örtlichen LPG verwendet. 1990 erwarb die politische Gemeinde Berkach das einstige Synagogengebäude.

1990 erfolgte eine gründliche Instandsetzung und Renovierung der einstigen Synagoge; am 3. November 1991 wurde eine feierliche „Wiedereinweihung“ durchgeführt.

Standort der einstigen Synagoge: Mühlfelder Straße o.Nr. (neben der Schule). Besonderheiten: Bausubstanz fast vollständig erhalten; Frauenempore originalgetreu restauriert; ionische Innensäulen im Original vorhanden; neue Inschrift über dem Eingang DENN MEIN HAUS IST EIN HAUS FÜR ALLE VÖLKER. Das einstige jüdische Schulgebäude neben der Synagoge, das 1898 verkauft wurde, existiert ebenfalls noch. Es befindet sich in Privatbesitz und wird als Wohnhaus genutzt. Standort des früheren jüdischen Schulgebäudes: Mühlfelder Straße 8.

Die 1838 neu erbaute Mikwe wurde bis 1991 als Geräteschuppen inmitten eines Gartens benutzt und danach sehr schön renoviert. Über dem Eingang kann man noch den Familiennamen SACKI und die Jahreszahl „1838“ lesen. Standort der Mikwe: Poststraße ohne Nummer.

Der seit 1846 genutzte Gemeindefriedhof lag bis 1989 direkt neben dem früheren DDR-„Todesstreifen“. Sein Holzzaun verfiel zwar, die Grabsteine wurden kaum beschädigt. Der Friedhof wurde 1938 und 1990 geschändet. 1991 wurde der Zaun erneuert, ein neues Friedhofstor wurde eingesetzt.

Lage des Friedhofs: südöstlich des Ortes.

Standort: Von der Ortsmitte (Kirche) fährt man in Richtung Behrungen/Römhild. Am Ortsausgang folgt man nicht der links abbiegenden Straße nach Römhild,



Synagoge



Ehemalige Schule



Mikwe

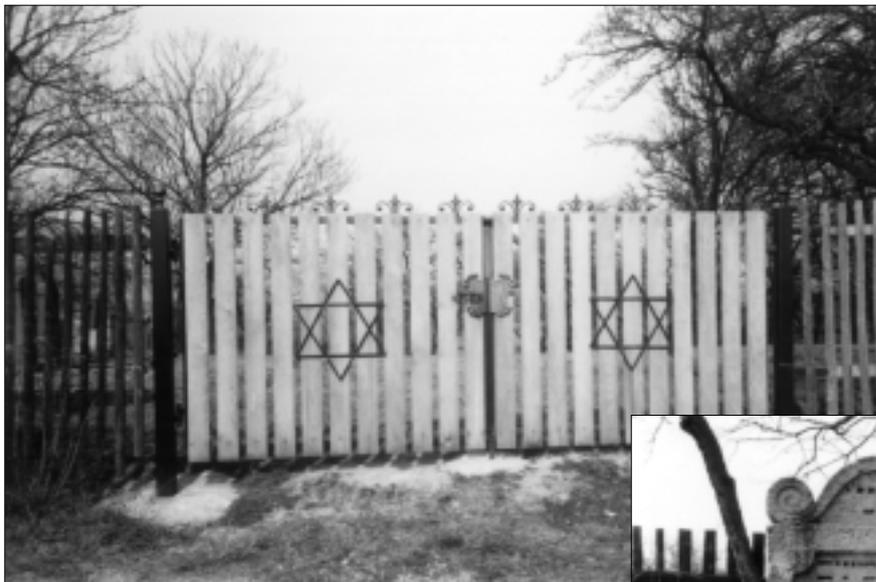


*Mikwe: Stein über dem Eingang
(Familie „Sacki“, Jahreszahl „1838“)*

sondern fährt etwa 750 Meter geradeaus auf der Alten Behrunger Straße; der Friedhof ist ausgeschildert. Nach etwa 750 Meter biegt man in einen Feldweg links ein und steht dann nach etwa 350 Meter Weg vor dem Eingangstor des Friedhofes.

Zustand: Sehr ordentlich.

Allgemeine Übersicht: Holzzaun um das Areal; ein neues Tor mit zwei Davidsternen aus Metall zwischen zwei Original-Steinpfeilern; sieben Reihen mit etwa 160 Grabsteinen; älteste Grabstätte aus dem Jahr 1846; Grabsteine sind vorne hebräisch, hinten deutsch beschriftet; alle Grabsteine haben auf der Vorderseite eine Nummer, bestehend aus Reihe und Grabnummer (z. B. R V/18 = Reihe 5/Grab 18); viele Grabsteine weisen auf der Rückseite längere Inschriften in deutscher Sprache auf; mehrere Grabsteine tragen Spuren früherer Zerstörung; Bewuchs mit diversen Bäumen.



Berkach – Friedhofstor



Grabstein





Bibra (Landkreis Schmalkalden-Meinungen)

Die Herren und Freiherren von Bibra, in deren Besitz der Ort stets war, nutzten – wie ihre Nachbarn und Verwandten in den umliegenden Dörfern – die für die Angehörigen der Reichsritterschaft bestehenden Möglichkeiten zur Ansiedlung von Juden nach dem Dreißigjährigen Krieg. 1658 sind erstmals Juden in Bibra belegt, die Familien von Salomon, Susmann und Mayer. 1673 waren fünf jüdische Familien ansässig, 1720 waren es zwölf. Diese jüdischen Familien bewohnten fast ausschließlich den Torbau, das „Judentorhaus“ (1841 wegen Baufälligkeit abgerissen) an der Straße nach Meinungen und den „Judenbau“, ein altes Wirtshaus. Dort lebten 1775 14 Familien mit 77 Personen; im „Judenbau“ befand sich zunächst auch die Synagoge. Das damalige Gebäude Nr. 50 neben dem Judentorhaus beherbergte bis 1846 ein jüdisches Schullokal, eine Lehrerwohnung und ein Backhaus. Neben diesem Bauwerk befand sich die Mikwe. Ihr Wasser mussten die Juden – gemäß der Verfügung des Josef Hartmann Freiherrn von Bibra vom 18. November 1796 – aus dem „Judenbrunnen“ holen.

Zur Israelitischen Kultusgemeinde Bibra gehörten 1840 117 und 1875 118 Mitglieder. Der Höhepunkt war 1885 mit 134 Personen erreicht. Dann wirkte sich der Fortzug der Juden in die Städte aus: 1890 124, 1892 115 Mitglieder in 20 Familien, 1898 105, 1913 dann 70, 1924/25 noch 62 und 1932/33 immer noch 57 Juden.

Die Gemeinde besaß eine 1842 (im großen Gutsgarten) erbaute und 1846 eingeweihte Synagoge mit einer rechtwinklig angebauten jüdischen Schule (im Obergeschoss) und Lehrerwohnung (im Erdgeschoss); die jüdische Volksschule, die 1847 noch 21 Kinder besuchten, wurde 1876 mit der Dorfschule vereinigt. Ab 1898 gab es in Bibra nur noch eine Israelitische Religionsschule mit 23 Schülern. Auch eine Mikwe stand den Gemeindemitgliedern zur Verfügung. Daneben gab es in Bibra auch ein Schlachthaus zum Schächten.



„Judenbau“



Ehemalige Mikwe



Straßenschild

1938 wurde die Synagoge mit judenfeindlichen Parolen beschmiert, aber nicht zerstört; 1939 wurde der Zwangsverkauf eingeleitet; 1940 ging das Gebäude in das Eigentum der Gemeinde über. Mit der erzwungenen Auswanderung bzw. der späteren Deportation der Bibraer Juden in die Vernichtungslager im Mai und September 1942 wurde die Israelitische Kultusgemeinde Bibra ausgerottet. Als letzter Jude wurde der gelähmte Oskar Meyer im März 1943 deportiert. Standort der Synagoge und der ehemaligen jüdischen Schule: Hauptstraße Nr. 30; Standort der Mikwe: Rückgebäude des Hauses Hauptstraße Nr. 11.

Als Andenken an den letzten Juden aus Bibra, der im Februar 1943 der Deportation in ein Vernichtungslager zum Opfer fiel, wurde 1992 der Platz an der Linde in der Mitte Bibras (unweit des Schlosses) OSKAR-MEYER-PLATZ benannt.

An die Anwesenheit von Juden in Bibra erinnern ferner die Namen von drei jüdischen Gefallenen des Ersten Weltkrieges, angebracht auf dem Soldatendenkmal, das auf dem Dorffriedhof steht.

Blankenhain (Landkreis Weimarer Land)

Juden, die sich nach Blankenhain nannten und wohl zuvor dort gelebt hatten, sind Ende 13./Anfang 14. Jahrhundert in Erfurt belegt.

Im Jahr 1765 siedelten sich hier sechs jüdische Familien an; 1823 bestanden fünf Haushalte mit 18 Personen. Es entstand eine bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts nachweisbare Jüdische Gemeinde, die wohl eine Synagoge oder Betstube, mit Sicherheit eine Mikwe und einen Friedhof besaß. Später gehörten die am Ort wohnenden Juden (1910 waren es 14, 1913 sogar 18) zur Gemeinde Weimar.

Der Standort der beiden Kultgebäude ist heute nicht mehr zu finden. Nördlich des Ortes lag der jüdische Friedhof, der wohl erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts vollkommen verschwunden ist.

Standort des (historischen) Friedhofes: Nähe der Karl-Liebknecht-Straße in Höhe der Berufsschule (früher im Gebiet „Obere Krakau“ am Weg nach Bad Berka).

Bleicherode (Landkreis Nordhausen)

Juden, die sich nach Bleicherode nannten, lebten nach 1368 in Erfurt. 1418 zahlten Juden aus dem Ort Steuern an das Reich. 1570 waren vier, 1589 fünf und 1593 sechs Familien am Ort ansässig; diese dürften zumindest einen Gebetsraum besessen haben. 1593 erfolgte die Ausweisung der Juden aus der Grafschaft Hohenstein, somit auch aus Bleicherode. Schon 1620 aber sind – offenbar nur für kurze Zeit – wieder Juden am Ort belegt.

Später kam es erneut zur Ansiedlung von Juden in Bleicherode: 1725 waren es 86 Juden, 1728 bereits 155; 1812 war die Zahl auf 112 heruntergegangen, 1816 dann wieder auf 121 und 1840 auf 151 angestiegen. 1860 lebten noch etwa 100 Juden in Bleicherode, 1861 war die Zahl auf 110 gestiegen, um 1900 waren es 147 und 1910 dann 151. Danach ging die Zahl zurück: 1933 waren 107, 1937 nur noch 29 Familien mit 77 Personen in der Stadt ansässig, 1942 wurden die letzten Juden in die Vernichtungslager deportiert. Die Gemeinde war ausgelöscht worden.

Die jüdische Gemeinde besaß im 18. und 19. Jahrhundert zunächst einen Betsaal in einem Haus, das 1721 vom Stadtschultheißen Stöckelmann erbaut wurde und ab 1790/91 der Gräfin von Hagen gehörte. Als diese Kultstätte nicht mehr ausreichte, wurde 1882 eine Synagoge erbaut. Dieses Bauwerk wurde in der „Reichspogromnacht“ niedergebrannt. Bis in die 1950er Jahre konnte man noch die Ruine des Gebäudes sehen, dann wurde sie abgetragen. Auf dem Grundstück der einstigen Synagoge, einer Rasenfläche, die mit einer Hecke um-



Gedenkstein am Standort der Synagoge

geben ist, wurde ein Gedenkstein mit der folgenden Inschrift errichtet: HIER STAND DIE SYNAGOGUE / DER JÜDISCHEN / GEMEINDE BLEICHERODE. / SIE WURDE IN DER / POGROMNACHT AM 9. NOVEMBER 1938 / VON FASCHISTEN / NIEDERGEBRANNT.

Standort der ehemaligen Synagoge: Obergebraer Straße / Ecke Gartenstraße. Schräg gegenüber dem Grundstück der einstigen Synagoge befindet sich ein einst in jüdischem Besitz befindliches Haus, eigentlich eine Prachtvilla, die heute unter Denkmalschutz steht.

Standort der Villa: Obergebraer Straße 15.

Auch das 1721 vom Stadtschultheißen errichtete Gebäude, in dem sich im 18. und 19. Jahrhundert – bis zum Bau der Synagoge – der Betsaal befand, ist noch vorhanden. Das unter Denkmalschutz stehende sehr schöne alte Haus, das zunächst Eigentum der Regierung der Grafschaft Hohenstein und ab 1790/91 der Gräfin von Hagen war, wurde in den 1990er Jahren in Teilen renoviert, steht aber leer; 2006 erneute Renovierung.

Standort des Hauses, das im 18. und 19. Jahrhundert den Betsaal beherbergte: Hauptstraße 131.

An die jüdische Bevölkerung von Bleicherode erinnert ferner eine Gedenktafel, die 1988 an der evangelischen Kirche des Ortes angebracht wurde. Sie hat den folgenden bemerkenswerten Text: IN UNSERER STADT GAB ES / EINE GEMEINSCHAFT UNSERER / ÄLTEREN GESCHWISTER / IM GLAUBEN AN GOTT / DIE JÜDISCHE GEMEINDE / BLEICHERODE / IHRE SYNAGOGUE WURDE / AM 9. NOVEMBER 1938 / NIEDERGEBRANNT / DIE MENSCHEN WURDEN / VERÄCHTLICH GEMACHT / GEMIEDEN – VERTRIEBEN / VIELE WURDEN UMGEBRACHT / UND WIR HABEN GESCHWIEGEN / HERR – HILF – DASS WIR / NICHT WIEDER SCHWEIGEN / WENN NEBEN UNS MENSCHEN / VERÄCHTLICH GEMACHT / ODER GEMIEDEN WERDEN / AMEN / 1988 – FÜNFZIG JAHRE DANACH.



Gebäude mit ehemaligem Betsaal
(18./19. Jahrhundert)



Gedenktafel an der evangelischen Kirche

Ab 1728 stand den Juden des Ortes auch ein Friedhof zur Verfügung, der 1857 erweitert wurde. Lage des Friedhofes: Südlich des Ortes am Abhang des Vogelberges.

Standort: Vom Rathaus geht man die Obergebraer Straße 300 Meter nach Süden in Richtung Obergebra und biegt nach rechts in die Angerbergstraße ein. Auf dieser bleibt man etwa 350 Meter, danach biegt man links in den recht steil bergauf führenden Weg „Vogelberg“ ein, dem man bis zur letzten Gabelung am Waldrand folgt; hier wählt man die linke Abzweigung, links an Gärten vorbei. Etwa 80 Meter nach der Abbiegung befindet sich, links vom Weg der Friedhofseingang. Zustand: Ordentlich.

Allgemeine Übersicht: Die 68,41 a große Fläche des Friedhofes (Flur 10, Flurstück 1055) ist auf einem relativ stark abfallenden Berghang gelegen. Sie ist zum Teil von einer Steinmauer, zum Teil von einem Draht- bzw. einem Holzzaun umgeben. Den großen Eingang bildet ein Holzzaun zwischen zwei massiven Steinpfosten. Die Friedhofsfläche ist terrassenförmig unterteilt. Die einzelnen Terrassen sind an beiden Seiten und in der Mitte durch Treppenstufen miteinander verbunden. An der unteren Begrenzung der Friedhofsfläche – einen Holzzaun – ist eine kleine Tür angebracht, von der Treppenstufen talabwärts führen.

Grabsteine







Der Friedhof ist mit Laubbäumen bewachsen, besonders im oberen Teil. Hier befinden sich auch die alten Gräber, während talabwärts immer neuere Grabsteine – der letzte erkennbare stammt von 1938 – zu sehen sind. Die alten Grabsteine haben nur hebräische Inschrift, die in der Mitte sowohl hebräische als auch deutsche; die neuesten Grabsteine wiesen nur noch deutsche Inschriften auf. Mehrere sehr schöne, sehr kunstvolle Grabsteine (einige mit Goldinschrift); zahlreiche Grabmale wiesen (am 29. Januar 1995) sehr deutlich Spuren alter (blaue Farbe – 1938), neuerer und auch neuester (25. Oktober 1994) Schändungen auf.

Der Friedhof ist üblicherweise verschlossen.

Borsch (Landkreis Wartburgkreis)

Im Jahr 1600 ist ein einzelner am Ort wohnhafter Jude belegt.

Breitungen (Landkreis Wartburgkreis)

Unter den Juden, die im Jahr 1552 einen Schutzbrief des Grafen von Henneberg erhielten, befanden sich auch Meier, Salomon und Salomon zu (Frauen-) Breitungen. Vermutlich hat schon 1539 hier ein Jude gelebt. Nach 1555 mussten die Juden die Grafschaft Henneberg verlassen. An diese Juden erinnert die „Juden-gasse“ (Verbindungsweg Borntal – Kreuzgasse / Neue Reihe).

In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts und erneut im 19. Jahrhundert sind einzelne Juden in Breitungen ansässig geworden; sie gehörten zur Kultusgemeinde Barchfeld. Die letzten Juden aus Breitungen wurden im Herbst 1942 deportiert.

Brotterode (Landkreis Schmalkalden-Meiningen)

Zwischen 1517 und 1563 gibt es mehrfach Belege für einzelne, hier wohnhafte Juden.

Buchenwald (Stadt Weimar)

Das Konzentrationslager Buchenwald (vom 15. Juli 1937 bis zum 28. Juli 1937 hieß es K.L. ETTERSBERG, danach BUCHENWALD / POST WEIMAR) ist einer der Orte in Thüringen, die vom Martyrium und vom Sterben der Juden in der Zeit der Herrschaft des Nationalsozialismus Zeugnis ablegen.

In das KZ Buchenwald kamen am 23./24. September 1938 die ersten 2 000 jüdischen Häftlinge (deutsche und österreichische Juden) aus dem KZ Dachau. Ihnen folgten in der Zeit vom 10. bis 13. November 1939 weitere 10.000 Leidensgenossen, die infolge der „Reichskristallnacht“ von der SS hierher verschleppt wurden. In den Jahren bis 1945 gab es immer neue Gruppen jüdischer NS-Opfer, die in das KZ Buchenwald eingeliefert wurden, z. B. 1941 Juden aus Amsterdam, 1944 Transporte aus den Lagern des Ostens (besonders viele aus Auschwitz) und aus Budapest. Ab 6. April 1945 wurde ein großer Teil der Juden aus dem KZ Buchenwald in die KZs Flossenbürg, Dachau und Leitmeritz evakuiert. Viele von ihnen bezahlten diesen „Evakuierungsmarsch“ mit dem Leben. Zahlreiche Gedenksteine auf den Routen der Todesmärsche bezeugen heute noch dieses grauenvolle Geschehen.

An die Leiden und das Sterben der jüdischen KZ-Opfer erinnern heute in der KZ-Gedenkstätte BUCHENWALD zwei Denkmäler: ein Gedenkstein, etwa 150 Meter halblinks vom Haupteingang entfernt und ein weiteres neues Denkmal, etwa 250 Meter abseits des Haupteingangs.



Gedenkstein aus DDR-Zeit

Auf dem zur DDR-Zeit errichteten Gedenkstein erinnert eine Inschrift in deutscher, hebräischer und russischer Sprache an die Leiden und das Sterben einer Gruppe von Juden im KZ Buchenwald. Der Text lautet auf Deutsch:

VON NOVEMBER 1938 BIS FEBRUAR 1939 / WURDEN HIER ETWA 10 000 JUDEN / KNABEN, MÄNNER, GREISE – GEFANGEN / GEHALTEN. 600 VON IHNEN WURDEN IN / DIESER ZEIT BESTIALISCH ERMORDET / SIE STARBEN ALS OPFER DES / FASCHISTISCHEN RASSENWAHNS.

Nach der „Wende“ wurde am 10. November 1993 in den Fundamenten des „jüdischen Blocks“ 22 – etwa 250 Meter geradeaus und dann rechts vom Haupteingang – ein weiteres Denkmal eingeweiht, das dem Gedenken aller in Buchenwald ermordeter jüdischer Opfer gewidmet ist. Es bietet in Englisch (links), Hebräisch (Mitte) und Deutsch (rechts) die Inschrift: AUF DASS ERKENNE DAS KÜNFTIGE GESCHLECHT, DIE KINDER, DIE GEBOREN WERDEN, DASS SIE AUFS TEHEN UND ERZÄHLEN IHREN KINDERN (Psalm 78,6). Zahlreiche Steine auf dem glatten Sockel lassen darauf schließen, dass hier viele jüdische Besucher der ermordeten KZ-Opfer gedenken.



Neues Denkmal



Der Todesmarsch der Häftlinge des KZ Buchenwald

Im April 1945 versuchten diejenigen, die für die Errichtung, den Betrieb und die grauenvollen, unmenschlichen und beispiellosen Verbrechen in den Konzentrationslagern verantwortlich waren, die Spuren ihrer Untaten zu beseitigen. Die KZ-Opfer sollten wohl nicht als Zeugen in die Hände der Alliierten fallen. Deshalb wurden die Häftlinge mit verschiedenen Zielen „in Marsch gesetzt“: dieser „Marsch“ – der **TODESMARSCH** der Häftlinge des KZ Buchenwald und seiner Außenlager – endete für viele der Opfer (unter ihnen natürlich auch viele Juden) tödlich.

Die Todesmärsche führten unter anderem durch die folgenden Orte: Apolda, Arnstadt, Bad Berka, Bad Langensalza, Bad Sulza, Bad Tennstedt, Behringer Schenke, Blankenhain, Crawinkel, Dienstedt, Espenfeld, Hopfgarten, Hottelstedt, Jonastal, Kranichfeld, Legefeld, Magdala, Nahwinden, Obergrunstedt, Ohrdruf, Plau, Schloßvippach, Siegelbach, Sömmerda, Stadtilm, Straußfurt, Tonndorf und Weimar.

Noch zu Zeiten der DDR wurden in diesen Ortschaften bzw. Standorten Denkmäler für die Opfer der Todesmärsche errichtet.



*Todesmarsch-
Denkmal in Weimar*

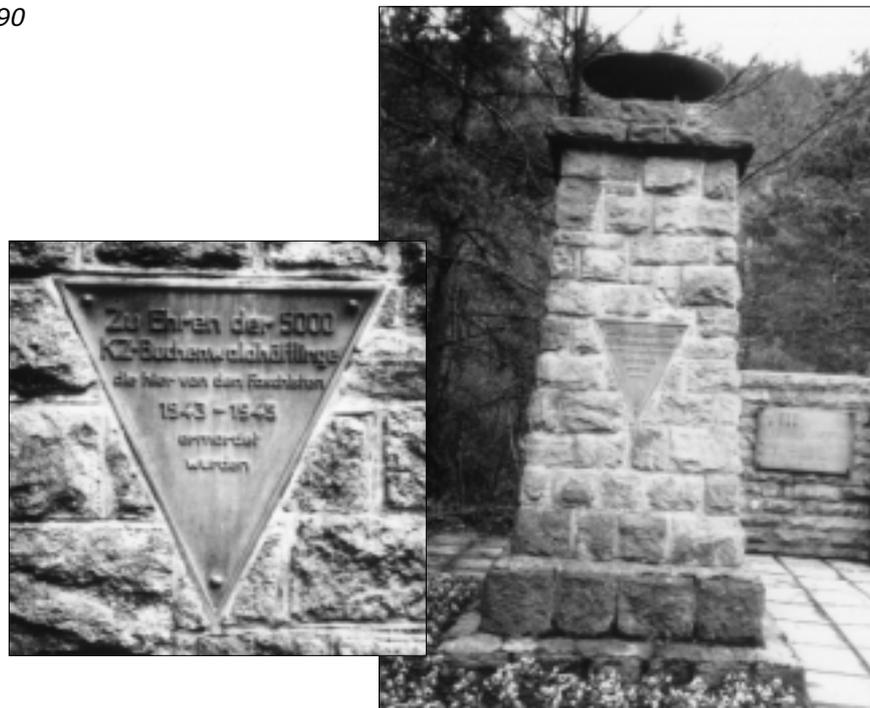
Crawinkel-Jonastal (Landkreis Gotha)

Die Gedenkstätte Jonastal liegt links neben der Straße von Crawinkel nach Arnstadt. Von 1944 – 1945 lag hier das Außenlager S-III Jonastal (Sonderlager) des KZ Buchenwald. Ab Herbst 1944 waren Tausende von Arbeitssklaven – KZ-Häftlinge aus dem nahen KZ Buchenwald (unter ihnen eine große Anzahl von Juden) damit beschäftigt, unterirdisch ein neues „Führerhauptquartier“ zu errichten. Viele der hier zur Sklavenarbeit Gezwungenen fanden dabei den Tod.

Ende der 1960er-Jahre wurde für die KZ-Häftlinge, die hier ihr Leben hatten lassen müssen, ein Denkmal geschaffen – eine „Nationale Gedenkstätte“: Auf einem gepflegten Rasen befindet sich auf der linken Seite des Areals ein Steintürmchen, an der Spitze eine Schale für ein Mahnfeuer, in der Mitte ein Metallschild in Form eines KZ-Dreiecks mit der folgenden Inschrift: Zu Ehren der 5000/ KZ-Buchenwaldhäftlinge/die hier von den Faschisten/1943 – 1945/ermordet/wurden.

Rechts vom Türmchen führt ein mit Steinplatten ausgelegter Weg zu einer dreifach nach vorn versetzten Mauer, auf deren Abschnitten große, rechteckige Schilde aus nichtrostendem Metall installiert sind, die in den 1990er Jahren restauriert und durch Erläuterungstafeln ergänzt worden sind.

Denkmal im Jonastal 1989/90





Denkmal
im Jonastal 1989/90



Denkmal
ohne Tafel



Denkmal nach
Renovierung der Tafeln



Das erste (linke) Schild trägt die Inschrift: S III JONASTAL // SONDERLAGER S III DES KZ / BUCHENWALD // ERRICHTET IM HERBST 1944 / ZUM AUSBAU / UNTERIRDISCHER ANLAGEN. Auf dem mittleren Schild ist der folgende Text zu lesen: BIS ENDE MÄRZ 1945 / WAREN HIER FAST 14000 HÄFTLINGE / AUS VIELEN LÄNDERN EUROPAS / INHAFTIERT // TAUSENDE HÄFTLINGE STARBEN HIER / INFOLGE DER MÖRDERISCHEN / AUSBEUTUNGSMETHODEN / DER FASCHISTEN // AUF DEM EVAKUIERUNGSMARSCH / WURDEN VIELE / ERSCHÖPFTE HÄFTLINGE / VON DER SS ERMORDET. Die dritte, rechte Metallplatte hat den Text: TODESMARSCH DER KZ-HÄFTLINGE / DES LAGERS S III JONASTAL / DURCH DEN KREIS ARNSTADT / IM FRÜHJAHR 1945.

Darunter sind auf der Landkarte Thüringens die Orte Crawinkel, Frankenhain, Gräfenroda, Plaue, Liebenstein, Reinsfeld, Niederwillingen, Trassdorf, Griesheim, Grossliebungen, Nahwinden, Geilsdorf, Stadtilm, Hettstedt, Dienstedt, Dannheim, Siegelbach, Espenfeld, Arnstadt und Marlishausen kunstvoll farbig markiert.

Obwohl in keiner der Inschriften der Gedenkstätte Juden erwähnt wurden, steht fest, dass unter den 5000 KZ-Toten ein hoher Prozentsatz von jüdischen KZ-Opfern zu finden ist.

An vielen Orten Thüringens (z.B. Crawinkel, Weimar, Stadtilm, Arnstadt), durch die die Todesmärsche der Häftlinge des KZ Buchenwald und seiner Außenlager führten, wurden während der DDR-Zeit kleine Gedenkstätten in Form einer Mauer und einer inbegriffenen Tafel errichtet. Auf der Tafel ist unter der Überschrift „TODESMARSCH / DER HÄFTLINGE DES KZ BUCHENWALD / UND SEINER AUSSENLAGER IM APRIL 1945“ eine Landkarte mit den Orten, durch die die Todesmärsche stattfanden, zu sehen. Auf der linken mittleren Seite der Tafel steht unter einem roten KZ-Dreieck: ÜBER 13.000/WURDEN/VON DER SS/ERMORDET. In der rechten unteren Ecke kann man lesen: IHR/VERMÄCHTNIS/LEBT IN UNSEREN/TATEN FORT.

So erinnern an vielen Orten Thüringens heute kleine Gedenkstätten daran, dass hier 1945 KZ-Häftlinge – unter ihnen auch sehr viele Juden – starben.



Todesmarsch-Denkmal

Creuzburg (Landkreis Wartburgkreis)

Im Zuge des „Pest-Pogroms“ (wegen angeblicher Brunnenvergiftung) in den Jahren 1348/49 wurden auch Juden aus Creuzburg ermordet. Die Gemeinde dürfte ausgerottet worden sein, da es keine späteren Zeugnisse zu jüdischem Leben in Creuzburg gibt.

Daberstedt (Stadt Erfurt)

Nach der Vertreibung der Juden aus Erfurt bot der Erzbischof den Juden an, sich in seinen „Küchendörfern“ Daberstedt und Hochheim niederzulassen. Einige Juden haben davon Gebrauch gemacht. Zwischen 1579 und 1583 sind die Juden allerdings auch aus dem Erzstift Mainz ausgewiesen worden.

Dreißigacker (Stadt Meiningen, Landkreis Schmalkalden-Meiningen)

Hier lebten bereits zu Beginn des 18. Jahrhunderts Juden; 1716 besuchte einer von ihnen die Leipziger Messe. Um diese Zeit entstand die Firma des I. M. Strupp, die in Meiningen Getreidehandel betrieb. Den Juden blieb es jedoch noch über 100 Jahre verwehrt, in der Residenzstadt Wohnung zu nehmen. Die dort geschäftlich tätigen Juden waren weiterhin in Dreißigacker ansässig. 1833 hatte die dortige jüdische Gemeinde 56 Mitglieder; 1837 waren erst zwei jüdische Familien in der Residenzstadt wohnhaft. Gustav Strupp, die bedeutendste Persönlichkeit in Industrie und Bankwesen des Herzogtums Sachsen-Meiningen und Vizepräsident des Landtages, ist daher 1851 noch in Dreißigacker geboren. 1856 erhielten die im Herzogtum lebenden Juden die bürgerliche Gleichberechtigung. Damit begann der Wegzug in die Städte, vor allem nach Meiningen. 1867 schlossen sich die vier noch in Dreißigacker lebenden Juden der Kultusgemeinde Meiningen an.

Die am Ort wohnhaften Juden beschäftigten bereits 1735 einen Lehrer. Die Wohlhabenden unter ihnen wohnten in eigenen Häusern, die weniger Begüterten im Schloss, das nicht mehr von der Regentenfamilie genutzt wurde. Die Gemeinde besaß eine Synagoge, eine Mikwe und einen Friedhof. Wegen der Mikwe, die sich in einem der in jüdischem Besitz befindlichen Privathäuser befand, gab es 1811 Streit. Dabei wurde festgestellt, dass die Mikwe von der Gemeinde errichtet und

seit jeher von allen Mitgliedern der Gemeinde benutzt worden war. Die Synagoge befand sich zunächst im Herrenhaus des herzoglichen Domänengutes in der Straße „Am Schloßberg“; 1819 wurden die dafür genutzten Räume den Juden durch die herzogliche Kammer wieder abgenommen. Nachdem die Betstunden zunächst in einem Privathaus stattgefunden hatten, errichtete die Gemeinde 1822 eine eigene Synagoge. Diese wurde beim großen Brand von Dreißigacker am 13. Mai 1867, dem die Mehrzahl der Wohnhäuser zum Opfer fiel, zerstört; der genaue Standort konnte nicht ermittelt werden. Gleiches gilt auch für die Schule, in der 1847 ein jüdischer Lehrer elf jüdische Kinder unterrichtete. Sie wurde beim Brand 1867 völlig zerstört.

Lage des Friedhofs: 200 Meter östlich des Dorfes am Rande der Hochebene.



Standort: Von Meiningen kommend fährt man auf der Hauptstraße nach Dreißigacker hinein und biegt im Ort an der unteren Linde (beim Gasthaus „Zur Linde“) nach rechts in eine schmale Dorfstraße („Schulberg“) ein. Dieser folgt man bis zur dritten Abzweigung, an der man rechts in die „Schöne Aussicht“ abbiegt. Auf dieser Straße bleibt man bis zum letzten Haus des Ortes. Hier lässt man das Fahrzeug stehen und geht nun, nach dem letzten Hause rechts abbiegend, etwa 100 Meter einen Feldweg entlang bis zu einem Aussichtspunkt (mit einer Steinbegrenzung), der sich am Rande eines Abhanges befindet. Der gleiche Punkt kann zu Fuß von der Linde über den „Meininger Fußweg“ (Ludwig-Bechstein-Wanderweg) erreicht werden, von dem nach dem letzten Haus (auf der rechten Seite) nach links ein aufsteigender Weg abbiegt, dem man, stets entlang der Hangkante, bis zum Aussichtspunkt folgt. Nach Querung einer Stromleitung führt von dort der fast zugewachsene Pfad am Hang entlang 200 Meter zum Friedhof, der am Waldrand liegt.

Zustand: Relativ ordentlich.

Allgemeine Übersicht: Der jüdische Friedhof, dessen Anlegungsdatum unbekannt ist, wird auf drei Seiten durch einen Holzzaun, auf der vierten durch den Abhang begrenzt. Die Friedhofsfläche mit ihren 72 Grabstellen ist in zwei Areale aufgliedert. Der ältere Teil an der Westseite besteht aus 44 Gräbern; alle Grabsteine – die Mehrzahl stammt aus dem 18. Jahrhundert – sind nur Hebräisch beschriftet. Der jüngere Friedhofsteil an der Ostseite enthält 28 Grabsteine, von denen fünf nur in hebräischer, acht mit hebräischer und deutscher und 15 nur mit deutscher Schrift versehen sind; hier fallen die Familiennamen ROMBERG und STRUPP auf.

Eisenach (kreisfreie Stadt)

In Eisenach gab es nachweisbar ab dem Beginn des 13. Jahrhunderts Juden. Nach einer erzählenden Quelle aus dem 15. Jahrhundert gestattete Landgraf Hermann I. (gest. 1217) den Juden die Errichtung von Häusern nahe am Markt. Sichere Nachrichten zu Juden in Eisenach bieten die einschlägigen Bestimmungen im Stadtrecht, das aus dem Ende des 13. Jahrhunderts stammt. Die Juden lebten damals in der noch im 15. Jahrhundert so genannten „Judengasse“ (1825 in „Karlstraße“ umbenannt); hier lag wohl auch die Synagoge. Eine Seite dieser Gasse brannte 1343 ab. Das Ende der Kultusgemeinde kam am 25. Februar 1349, als die Juden von Eisenach wegen angeblicher Brunnenvergiftung einem Pogrom zum Opfer fielen. Erst 1378 wird in Eisenach wieder ein Jude genannt. 1418 lebten

zehn jüdische Steuerzahler in Eisenach. 1430 begann die Vertreibung der Juden aus den wettinischen Territorien; für Eisenach lässt sich das genaue Datum nicht bestimmen. 1510 wurde den Juden der Handel, nicht aber die Niederlassung in Eisenach gestattet. Nach 1621 ist für einige Jahre ein einzelner, für den in Eisenach residierenden Herzog Johann Ernst tätiger Jude belegt.

Die jüdische Gemeinde besaß einen Friedhof zwischen den Straßen nach Bad Langensalza und Gotha, von dem sich jedoch nicht sagen lässt, ob dieser schon im 14. Jahrhundert bestand.

In der Mitte des 18. Jahrhunderts suchten Juden aus dem Südwesten Thüringens um die Erlaubnis, in Eisenach Handel zu treiben. 1752 ist der erste „Schutzjude“ in Eisenach belegt. 1804 erwarb der erste Jude das Bürgerrecht. Die Judenordnung für das Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach ermöglichte den Juden den Handel am Ort; der Zuzug wurde jedoch weiter restriktiv gehandhabt. Nachdem sich 1850 die Gesetzeslage verbessert hatte, setzte ein starker Zuzug der Juden aus den Dörfern und Kleinstädten der Region (Geisa, Gehaus, Herleshausen, Stadtlengsfeld) nach Eisenach ein. 1862 oder 1864 (beide Zahlen werden genannt) kam es zur Gründung der Jüdischen Gemeinde Eisenach, die zunächst nur provisorischen Charakter besaß. 1864 wurde im Hintergebäude des von der Gemeinde erworbenen Hauses Jakobsplan 19 ein provisorischer Betsaal eingerichtet, im gleichen Jahr der erste Lehrer eingestellt und 1865 als „Privatunterrichtsanstalt der Israelitischen Gemeinde“ eine Schule zur Erteilung des jüdischen Religionsunterrichtes eingerichtet, welche zunächst von acht, 1875 bereits von 46 Kindern besucht wurde. Im Februar 1867 überließ die Stadt der israelitischen Gemeinde ein Gelände zur Anlage eines Friedhofs, auf dem im Juni 1868 die erste Beisetzung stattfand; bis dahin hatte man den jüdischen Friedhof in Herleshausen mitbenutzt. Seit 1868 gab es Pläne für den Bau eines Frauenbades. Diese wurden jedoch erst 1879 realisiert (Clemensstr. 5).

1877 erfolgte die formelle Verleihung der Statuten an die israelitische Religionsgemeinde, die 287 Personen in 62 Familien zählte. Im November 1883 erhielt sie die Baugenehmigung zur Errichtung einer Synagoge in der Wörthstraße (Karl-Marx-Str.), welche am 8. Januar 1885 eingeweiht werden konnte. Sie wurde 1928 renoviert; dabei wurde hier auch ein Denkmal für die im Ersten Weltkrieg gefallenen jüdischen Soldaten errichtet. Die Gemeinde unterhielt immer noch die jüdische Religionsschule, die in einem Klassenraum der I. Bürgerschule untergebracht war. 1912 wurde Eisenach der Sitz des Landrabbiners des Großherzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach.

Am 9. November 1938 wurde die Synagoge niedergebrannt; die Feuerwehr durfte den Brand nicht löschen. Mit der Deportation der Gemeindemitglieder in die Vernichtungslager wurde die israelitische Religionsgemeinde Eisenach, die 1925 403, im Juni 1933 378 und Ende 1939 noch 275 Mitglieder zählte, bis 1943 fast völlig ausgerottet.

Am Standort der Synagoge wurde am 21. September 1947 ein Denkmal errichtet. Der einstige Synagogenplatz ist von einer Hecke umgeben. Vor dem Denkmal sieht man ein Blumenbeet in Form eines Davidsterns. Auf der dem Eingang zum Synagogenplatz gegenüber liegenden Seite befindet sich zwischen zwei siebenarmigen Leuchtern eine Sandsteintafel, auf der folgendes zu lesen ist: „An diesem Ort stand die Synagoge der jüdischen Religionsgemeinschaft Eisenach. Sie wurde am 9. November 1938 von nationalsozialistischen Horden verwüstet und niedergebrannt.“ Rechts neben dieser Tafel steht eine Metallstele, die auf einer polierten Metallplatte diesen Text trägt: „Ein Leben. Hauf um Hauf sterben sie. Stehn nie auf. Nie und nie. Selma Meerbaum-Eisinger 7. Juli 1941. Im Gedenken an die 119 deportierten und ermordeten jüdischen Bürger Eisenachs“.



Synagogen-Denkmal

Die ursprünglich hier befindlichen Metall-Gedenktafeln trugen folgenden Text: Linke Tafel: MAHNMAL / DER / SYNAGOGEN-GEMEINDE / DES STADT- u. LANDKREISES / EISENACH / 1947. Rechte Tafel: AN DIESER STELLE / VERBRANNTEN u. VERWÜSTETEN / AM 9. NOVEMBER 1938 / BUBENHÄNDE DIE SYNAGOGE / DER JÜDISCHEN / RELIGIONSGEMEINSCHAFT / EISENACH. Die Tafeln wurden auf Beschluss des Stadtrates 1997 entfernt bzw. ersetzt und befinden sich seitdem im Eingangsbereich zum Stadtarchiv Eisenach, Markt 24, Hintergebäude. Etwa zwei Meter über den beiden Tafel befindet sich ein Davidstern mit einem roten Stein in der Mitte. Standort der einstigen Synagoge und des Denkmals: Karl-Marx-Straße 26 (früher Wörthstraße 26).

Bis zum 19. Jahrhundert wurden die verstorbenen Juden Eisenachs auf dem jüdischen Friedhof von Herleshausen beigesetzt. 1868 erwarben die Juden bei Anlage des neuen Eisenacher Friedhofs eine eigene Parzelle auf diesem Friedhof, die später der jüdische Gemeindefriedhof wurde. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde dieser Friedhof erweitert. Lage des Friedhofs: Im Norden der Stadt (Friedhofstraße / Am Wartenberg).

Standort: Von der Stadtmitte (Marktplatz) fährt man, immer den Schildern folgend, in Richtung Mühlhausen. Nach dem Durchfahren der Bahnbrücke und der Überquerung der Hörselbrücke, biegt man – auf der Mühlhauser Straße – bei der ersten Ampelkreuzung rechts in die Friedhofsstraße ab. Hier ist nach etwa 150 Metern der Haupteingang auf der linken Straßenseite zu finden. Zur jüdischen Abteilung gelangt man, wenn man vom Haupteingang geradeaus bis zur Leichenhalle schreitet und dann hier nach rechts abbiegt. Nach etwa 100 Metern befindet sich rechts des Weges der alte Teil des jüdischen Friedhofs. Er besteht aus den Grabmonumenten, die ohne Einfassung auf der Wiese stehen.

Zustand: gut erhalten.

Den neuen Teil des jüdischen Friedhofs erreicht man, wenn man auf dem eingeschlagenen Weg weiter bis zum nächsten Hauptweg geht, hier nach links abbiegt und nach wenigen Metern den Blick nach rechts wendet. Zustand: Gut erhalten; im Mai 1994 wurden fast alle Gräber renoviert, befestigt und neu bepflanzt. Allgemeine Übersicht: Etwa 50 Grabstellen vorhanden, darunter mehrere Kindergräber.



An die Juden Eisenachs erinnern ferner:

- Die „Oppenheimstraße“: Der jüdische Arzt Dr. Paul Oppenheim, der sich als Mitglied des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ um den Arbeitersport große Verdienste erworben hatte, wurde schon 1933 von den Nationalsozialisten in den Tod getrieben.
- Die Medizinische Fachschule in der Schmelzerstraße sowie eine Straße im Süden Eisenachs, die nach dem von 1920 bis 1939 in Eisenach praktizierenden Kinderarzt Dr. Siegfried Wolff benannt sind. Er wurde 1944 in Auschwitz ermordet. Dem Gedenken dient auch eine polierte Messingplatte, die 1993 in der Bahnhofshalle angebracht wurde und folgenden Text trägt: „Zum Gedenken an den Leidensweg der jüdischen Bürgerinnen und Bürger der Stadt Eisenach, deren Deportation in die nationalsozialistischen Vernichtungslager hier ihren Anfang nahm“.

Eisfeld (Landkreis Hildburghausen)

1394 wird hier erstmals ein Jude erwähnt. 1423/25 erteilte der Landesherr vier jüdischen Familien in Eisfeld, Heldburg und Hildburghausen einen Schutzbrief. Diese Juden dürften von den 1441 einsetzenden Vertreibungen aus den wettinischen Territorien betroffen worden sein.

Erst vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis nach 1933 existierte in Eisfeld wieder eine kleine jüdische Gemeinde, der 1910 12, 1924/25 nur sechs und 1933 wieder zehn Mitglieder angehörten. Die kultischen Handlungen wurden wohl in einem als Betstube genutzten Raum des Wohn- und Geschäftshauses des Vorsitzenden der Gemeinde, HERMANN GERSON s.A., abgehalten. Dieses Gebäude besteht heute noch. Es befindet sich in Privatbesitz und wird als Modegeschäft genutzt.

Standort: Kirchberg 8.

Ein weiteres Zeugnis jüdischer Vergangenheit von Eisfeld ist das einstige Ortskrankenhaus (jetzt Seniorenzentrum und Wohnheim für psychisch Kranke und seelisch Behinderte der Henneberg-Kliniken), das im Jahre 1902 mit Zuwendungen des jüdischen Kaufmanns MAX MICHAELIS s.A. gebaut wurde. Das Gebäude wurde in den 1950er-Jahren erweitert, ist jedoch in seiner ursprünglichen Bausubstanz noch erhalten.

Standort: Schleusinger Straße 7.



*ehemaliges Kaufhaus
GERSON (Kirchberg 8)*

Ellrich (Landkreis Nordhausen)

Ein Jude, der sich nach Ellrich nannte und wohl von dort stammte, erscheint 1320 als Bürger in Nordhausen. Auch in Ellrich wurden 1348/49 Juden Opfer des Pestpogroms. 1418 werden hier erneut Juden genannt.

Die nächste Nachricht stammt aus dem Jahr 1570; damals waren sechs Juden mit ihren Familien in Ellrich ansässig. 1580 wurden die Juden kurzfristig aus der Stadt vertrieben; 1591 wohnte hier wieder der Jude Jacob. 1593 erfolgte, wohl auf Bitten des Rates von Ellrich, die Ausweisung aller Juden aus der Grafschaft Hohenstein. Allerdings haben sich nach 1620 wieder Juden am Ort niedergelassen. In der Folgezeit entstand eine jüdische Kultusgemeinde, der im Jahr 1727 26 jüdische Familien angehörten. 1812 gab es im Ort 129 jüdische Einwohner, 1816 waren es 141, 1840 dann 146; 1861 ging die Zahl auf 93 zurück, 1938 lebten noch neun Juden in Ellrich. Die Kultusgemeinde, deren Mitglieder in der „Judenstraße“ wohnten, besaß eine Synagoge, eine Mikwe und einen Begräbnisplatz.

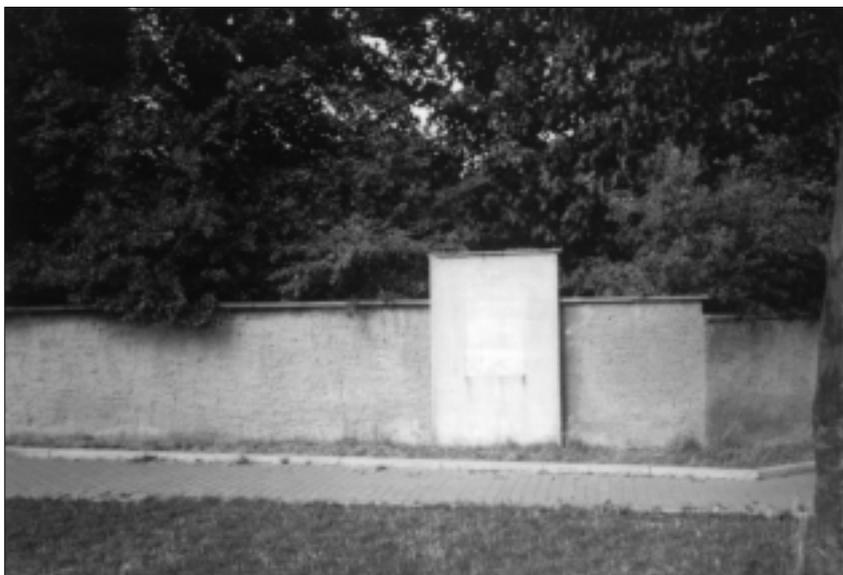
Die Ellricher Synagoge, 1730 in einem einfachen Fachwerkbau eines Hintergebäudes des Hauses Judenstraße 25 eingerichtet, war der älteste, bau- und kunstgeschichtlich interessanteste jüdische Kultbau des Landkreises Nordhausen. Sie beherbergte kostbare Einrichtungsgegenstände und Ritualien. Auch Elemente des Ostjudentums waren in der Synagoge vorzufinden. Im Keller eines Anbaus befand sich die später zugeschüttete Mikwe.

Am 10. November 1938 wurde die Synagoge, die 1927 noch renoviert worden war, verwüstet und anschließend abgerissen. Mit der Zerstörung ihres Kultgebäudes und der Deportation der letzten Juden erlosch die jüdische Kultusgemeinde Ellrich.

Standort der Synagoge: Gelände Judenstraße 25 (Hintergebäude); vom Synagogengebäude ist heute nichts erhalten.

Schon im 16. und 17. Jahrhundert besaß die Kultusgemeinde einen Friedhof vor dem Wernaer Tor. Als dieser gegen Ende des 18. Jahrhunderts zu klein geworden war, erwarb die jüdische Gemeinde 1782 das Gelände vor dem Walkenrieder Tor am Ende der Töpferstraße für eine neue Begräbnisstätte. Dieser Friedhof existiert heute noch, während von seinem Vorgänger nichts mehr erhalten ist. Lage des Friedhofs: Ortsende von Ellrich in Richtung Walkenried: Töpferstraße / Ecke Karlstraße (Eingang Karlstraße).

Standort: Vom Marktplatz gelangt man, den Straßen „Am Markt“ und „Zwischen den Toren“ folgend, nachdem man die „Große Uferstraße“, einen Bach und die „Kleine Uferstraße“ überquert hat, in die „Judenstraße“, der man bis zum Ende (Nikolaipplatz) folgt. Nach Überquerung des Platzes kommt man in die Töpferstraße, auf der man bis zur Einmündung der Karlstraße (erste Straße rechts) bleibt. An dieser Ecke liegt der Friedhof, der Eingang befindet sich in der Karlstraße (40 Metern von der Einmündung). Die stufenförmig angelegte Friedhofsmauer beginnt auf der rechten Seite der Töpferstraße unmittelbar hinter dem Haus Töpferstraße 22. Zustand: gepflegt.



*Friedhofsmauer mit
zerstörtem
Synagogendenkmal (1995)*

Allgemeine Übersicht: Die Friedhofsfläche ist seitens der Töpferstraße und der Karlstraße durch eine massive Steinmauer, an beiden anderen Seiten durch Holzzäune begrenzt. Das Areal ist vom Eingang in der Karlstraße an bis ca. zur Mitte durch eine Baumallee in eine rechte und eine linke Friedhofsseite unterteilt. In der Mitte der Friedhofsfläche teilt weiterer Baumbewuchs den Friedhof in einen vorderen (am Zaun) und einen hinteren Abschnitt (am Tor) auf; während der vordere Abschnitt voll mit Gräbern belegt ist, ist dies nur beim linken hinteren Teil der Fall; der Abschnitt rechts der Allee ist nicht belegt. Das gesamte Friedhofsareal ist neben Mauer und Zaun auch mit Baum- und Strauchbewuchs begrenzt. An der Ecke Töpferstraße / Karlstraße befand sich an der abgeflachten Friedhofsmauer eine Gedenktafel. Diese wurde in den 1990er Jahren zerstört und entfernt. Auch zahlreiche Grabsteine weisen Spuren von früherer Schändung auf.

An der Ecke Töpferstraße/Karlstraße befindet sich ein Gedenkstein mit der Inschrift: ZUM / GEDENKEN / AN DIE / JÜDISCHE / GEMEINDE 1591 – 1938.





Erfurt (kreisfreie Stadt)

Bereits am Ende des 12. Jahrhunderts haben in Erfurt Juden gelebt; der „Erfurter Judeneid“ kann in die Regierungszeit des Mainzer Erzbischofs Konrad (1183 bis 1200) datiert werden. Das erste urkundliche Zeugnis für die Anwesenheit von Juden stammt aus dem Jahr 1212. Am 16. Juni 1221 kam es zu einem Pogrom, bei dem die Feinde in die Synagoge eindrangen und die Thorarollen zerrissen; 26 Juden kamen im Feuer um. Die Rolle, die den in Erfurt lebenden Friesen dabei zugeschrieben wird, deutet darauf hin, dass diese Fernhändler die Juden als ihre Konkurrenten betrachteten.

Bald nach 1221 bildete sich in Erfurt wieder eine Gemeinde; ein erster Beleg stammt aus dem Jahr 1235. Nachdem Juden Opfer eines blutigen Überfalls geworden waren, stellte der Erzbischof von Mainz 1266 einen Schutzbrief aus. Die Juden, die im Zentrum der Stadt zwischen dem Rathaus und dem heutigen Standort der Krämerbrücke wohnten, zahlten 1293 und 1349 für 16 bzw. 27 Häuser Zins; ein abgeschlossenes Judenviertel gab es nicht, wohl aber eine „Judengasse“; die Fleischbänke der Juden lagen vor der Krämerbrücke beim Eingang in die Krautgasse. Die Juden Abraham von Rotenburg und Ephraim (Piscis) besaßen gemeinsam ein Haus (Michaelisstr. 3), das den Zugang zur wohl um 1270 erbauten, 1287 erstmals erwähnten und um 1300 erweiterten Gemeindesynagoge bildete. Weil diese zu klein geworden war, wurde 1283 eine Hofstätte an der Gera zur Errichtung einer zweiten Synagoge erworben; eine Mikwe wird 1248 erwähnt. Die Gemeinde besaß wohl schon vor 1349 ein Gemeindehaus („Tanzhaus“). Ihr Friedhof lag vor dem Moritztor. Dort wurden auch auswärtige Juden aus den Siedlungen bestattet, die der Erfurter Gemeinde zugeordnet waren (Arnstadt, Eisenach, Gotha, Salzungen, Stadtilm, Vacha, Weimar, Weißensee); der älteste erhaltene Grabstein stammt aus dem Jahr 1247. Unter den Gemeinden in Thüringen war Erfurt die einzige, in der mehrere bedeutende Gelehrte ansässig waren.

Gerüchte, dass Juden Brunnen vergiftet hatten, führten auch in Erfurt zum Ende der Gemeinde. Am 21. März 1349 (2. Nissan 5109) überfielen ehemalige Ratsherren, Söhne aus führenden Familien und einige Zunftmeister die Juden und erschlugen mehr als 100 von ihnen. Die übrigen Juden legten Feuer an ihre Häuser und gaben sich selbst den Tod.

Die 1350 profanierte Synagoge diente nacheinander als Speicher, Wirtschaftsgebäude und Saalbau für eine Gaststätte. Dies hatte laufende bauliche Veränderungen zur Folge. Den gotischen Bau mit einem Spitzbogenfenster konnte man in

den 1990er-Jahren von der Michaelisstraße / Ecke Benediktsplatz aus sehen, da das Eckgebäude abgerissen war. Eine Sanierung der Synagoge ist seitdem geplant, aber noch nicht durchgeführt. Der Baustellentafel waren 1992 folgende Informationen zu entnehmen: „Michaelisstraße 3/4. „Alte Synagoge“. Gotischer Maßbau. Wiederaufbau 1375. Mit gewölbter Kellerhalle. Gotische Fenster in den Obergeschossen. Decken und Dachkonstruktionen durch spätere Nutzung (Wirtschaftsgebäude, Saalbau für die Gaststätte). Nach der Vertreibung der Juden aus Erfurt 1485 teilweise verändert. Hoher Sanierungsaufwand aufgrund konstruktiver Schäden. Rückführung zerstörender Veränderungen. Neue Erschließung entsprechend dem historischen Befund und der zukünftigen Nutzung. 1992 wurden weitere Aufmaß- und Untersuchungsarbeiten durchgeführt, die 1993 fortgesetzt werden“.

Standort der Synagoge aus dem 13. Jahrhundert: Hinterhaus Michaelisstraße 3/4. Da diese Seite der Michaelisstraße inzwischen wieder komplett bebaut ist, kann man nur aus einer Baulücke in der „Waagegasse“ einen Blick auf die Synagoge werfen.

Die Mikwe der Gemeinde befand sich in einem Haus in der Horngasse am rechten Ufer der Gera. Es ist möglich, dass das mittelalterliche Haus an der rechten der zwei über die Geraarme verlaufenden Brücken entweder an der Stelle der Mikwe steht oder, dass in dem Bauwerk Teile der Mikwe enthalten sind. Der Standort des mittelalterlichen rituellen Tauchbades könnte das Haus sein, an dem sich eine Gedenktafel für das ehemalige Hospital der Universität Erfurt befindet.



*Alte Synagoge:
Blick von der
Michaelisstraße*



Baustellenschild Michaelisstraße 44

*Möglicher Standort der Mikwe
in der Horngasse/Geraufer*



Standort der mittelalterlichen Mikwe: Horngasse.

Der Friedhof der mittelalterlichen Judengemeinde befand sich in der damaligen Vorstadt vor dem Moritztor. Er lag auf dem Gelände zwischen der Großen Ackerhofsgasse, der Moritzwallstraße und der Moritzstraße, direkt an der Andreasstraße (Rubenmarkt). Grabsteine aus dem 13. Jahrhundert – der älteste aus dem Jahre 1286 – konnten nachgewiesen werden.

Standort des historischen Friedhofes: Gelände (heute teilweise bebaut) zwischen Große Ackerhofsgasse, Moritzwallstraße und Moritzstraße, direkt an die Andreasstraße (Rubenmarkt) angrenzend.

Im Jahr 1354 ließen sich zwei jüdische Familien in Erfurt nieder; 1357 wurde eine neue Gemeinde gegründet; 1389 lebten 89 steuerzahlende erwachsene Juden und 25 nicht Steuerzahlende Arme in Erfurt. Diese Juden siedelten im gleichen, auch von Christen bewohnten Stadtviertel wie vor 1349. Hinter dem Rathaus lag die Synagoge, die die Stadt Erfurt den 1357 zurückgekehrten Juden erbaute; 1390 ist die daneben liegende Frauensynagoge bezeugt. Außerdem besaß die Gemeinde ein Tanzhaus, Fleischbänke und ein Backhaus. Der vor 1349 bestehende Friedhof wurde nach 1357 wieder benutzt und 1375 sowie erneut 1409

erweitert. Von zahlreichen Häusern ist bekannt, dass sie sich zeitweise im Besitz von Juden befanden.

In dieser Zeit bestand in Erfurt zudem eine Jeschiwa (= jüdische theologische Hochschule), an der berühmte Rabbiner wie Rabbi Samuel Ben Menachem Halevi, Rabbi Simcha Ben Gerschon, Rabbi Alexander Süsskind sowie Rabbi Jacob Weil tätig waren.

1453 kündigte der Rat an, den Juden den Schutz zu entziehen. Im Laufe der Jahre 1453 und 1454 haben daher die Juden die Stadt Erfurt verlassen. Der Erzbischof von Mainz, der sich 1458 mit der Vertreibung einverstanden erklärte, bot den Juden zwei nahe gelegene Dörfer (Daberstedt und Hochheim) als Wohnorte an.

Die Synagoge wurde 1461 in ein städtisches Zeughaus umgewandelt, Judenhäuser wurden in der Folge an Christen verkauft, Grabsteine des Friedhofes zum Straßen- und Befestigungsbau verwendet. Das Badehaus an der Gera gelangte in den Besitz des Reiches. Die Reste der Synagoge bzw. des Zeughauses fielen dem großen Stadtbrand zum Opfer und wurden 1736 abgetragen.

Standort der Synagoge der Gemeinde bis 1454: Gera-Ufer hinter dem Rathaus.

Im Jahre 1608 erfolgte ein vergeblicher Versuch von Juden, sich erneut in Erfurt anzusiedeln. Erst 1768 erhielt ein einzelner Jude eine Ausnahmegenehmigung zum Aufenthalt in der Stadt.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts kam es zu einem größeren Zuzug von Juden nach Erfurt: 1806, als die Stadt bereits preußisches Territorium war, konnten wieder Gottesdienste in einer Betstube („Betlokal“) abgehalten werden. 1807 wurde der „Leibzoll für Juden“ aufgehoben. 1810 schließlich gab es den ersten jüdischen Bürger in Erfurt nach dem Mittelalter – David Salomon Unger. Seine Familie und er sind die Gründer der „neuen“ Kultusgemeinde, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts bereits über eine Betstube und ab 1811 über einen eigenen Friedhof am Brühler Tor verfügte. Als 1823 der Betsaal für die ständig wachsende Gemeinde (ihr gehörten schon über 300 Juden an) zu klein wurde, kaufte Dr. Unger das „Haus zur großen und kleinen Weinkrause“ und errichtete gegenüber der 1736 abgebrannten einstigen Synagoge ein Haus, das den freien Platz zur Gera hin abschließt: die neue Synagoge, die am 10. Juni 1840 durch Rabbiner Dr. Ludwig Philippsohn eingeweiht wurde. Im Keller dieses Gebäudes, das Synagoge sowie die Wohnungen für Rabbiner, Lehrer und Synagogendiener beherbergte, befand sich 1838 bereits eine Mikwe, die später umgebaut wurde. Bis 1938 hieß die Straße hinter dem Rathaus, in der die Synagoge stand, offiziell „An der Jüdenschule“, danach erhielt sie den heutigen Namen „An der Stadtmünze“.

Doch schon bald war auch dieses Gebäude nicht mehr in der Lage, den immer zahlreicher werdenden Gemeindemitgliedern Platz zu bieten. So entschloss man sich um 1880 zum Kauf eines größeren Grundstücks am Kartäusering. 1885 wurde das Bauwerk des früheren „Gemeindezentrums“ an einen Nichtjuden veräußert, der es nach Umbauten als Fasslager und Produktionsstätte für Essenzen und Spirituosen nutzte. Die Mikwe im Keller wurde gleichfalls umgebaut, das Tauchbecken zugeschüttet. 1918 – das Gebäude war in der Zwischenzeit städtisches Eigentum geworden – wurde es als Wohnhaus umgebaut. Bis 1992 wurde es für Wohnzwecke genutzt.

Standort des „Gemeindezentrums“ (mit Gemeindesynagoge, Mikwe und Wohnungen der Kultusbeamten) von 1840 bis 1884: An der Stadtmünze 5.



Gemeindesynagoge 19. Jahrhundert



Überlauf der Mikwe



Mikwe während der Restaurierungsarbeiten

Dieses Gebäude ist – wenn auch umgebaut – in der Bausubstanz noch fast vollständig erhalten. Es wurde 1992 in die Liste der Gebäude mit Denkmalstatus aufgenommen. 1993 konnte die Mikwe im Keller anhand alter Dokumente ausgeschachtet werden; im Februar 1995 wurden weitere historische Funde gemacht. Inzwischen ist dieses Bauwerk – in dem noch Aron Hakodesch, Überschriften über dem Thoraschrein und Mikwe vorhanden sind – renoviert und zur Begegnungsstätte „Kleine Synagoge“ mit ständiger Dokumentation und Fachbibliothek, ständiger Exposition sowie wechselnden Ausstellungen der Stadt Erfurt bzw. des Landes Thüringen ausgebaut worden.

Mit der Gründung einer neuen Gemeinde zu Beginn des 19. Jahrhunderts war auch die Anlage eines eigenen jüdischen Friedhofes notwendig geworden. Der neuzeitliche jüdische Friedhof wurde um 1820 vor dem Brühler Tor in der Cyriakstraße, am Fuße des heutigen EGA-Berges installiert. Er bestand – wenn auch ab 1873 nicht mehr für Bestattungen genutzt – bis zum 9. November 1938. In der „Kristallnacht“ wurde er zerstört. Einige Grabsteine wurden auf den 1873 eingerichteten neuen Friedhof an der Thüringenhalle verbracht.

Standort des „alten“, aufgelösten jüdischen Friedhofes: Vor dem Brühler Tor am Beginn der Cyriakstraße (Nähe Gothaer Platz, die Cyriakstraße ist allerdings von diesem Platz nicht befahrbar), am südlichen Fuße des heutigen EGA-Berges. An den einstigen Friedhof, von dem nichts mehr erhalten ist, erinnert ein 1996 auf der linken Straßenseite (vor dem unbebauten Grundstück Nr. 3) aufgestellter Gedenkstein mit der Inschrift: DER ALTE FRIEDHOF / DER JÜDISCHEN GEMEINDE ERFURT / BESTAND AN DIESER STELLE / BIS 1952. / HIER RUHEN ZAHLREICHE / BEDEUTENDE ERFURTER JUDEN. / WIR ERINNERN. FREISTAAT THÜRINGEN – JÜDISCHE LANDESGEMEINDE THÜRINGEN – LANDESHAUPTSTADT ERFURT.

1882 begann man mit dem Bau einer neuen Synagoge, die am 4. September 1884 für die 479 Mitglieder zählende Kultusgemeinde durch Rabbiner Dr. KRONER eingeweiht wurde. Diese Synagoge war der größte jüdische Kultbau der Stadt Erfurt. Das Gebäude wurde in der „Reichskristallnacht“ 1938 vernichtet. Zwei Thorarollen wurden in der Nacht durch einen katholischen Geistlichen gerettet und durch die gesamte NS-Zeit versteckt. Sie sind heute wieder im Besitz der Gemeinde. Von den über 1000 Gemeindemitgliedern gelang etwa 200 die Auswanderung, etwa 800 wurden deportiert, fast alle wurden ermordet – nur 15 kehrten wieder nach Erfurt zurück. Standort der Synagoge von 1884 bis 1938: Kartäuser Ring 14 (jetzt Juri-Gagarin-Ring 16).

Nach dem Zusammenbruch NS-Deutschlands entstand mit 15 zurückgekehrten Gemeindemitgliedern wieder eine neue Kultusgemeinde: die Jüdische Landesgemeinde Thüringen. Ihre ersten Gottesdienste hielten die Gemeindemitglieder in einem provisorischen Betsaal ab. Standort des Betsaales: Am Anger 30/32.

Da die Zahl der Gemeindemitglieder ständig wuchs (1946 lebten in Erfurt 170, 1949 über 650 Juden) begann man mit dem Neubau einer Synagoge, die am 31. August 1952 als erster Synagogenneubau in der damaligen Deutschen Demokratischen Republik eingeweiht wurde. Das Gebäude wurde auf dem Grund der 1938 zerstörten Gemeindesynagoge errichtet. Es enthält neben einem großen und einem kleinen Synagogenraum Verwaltungs- und Konferenzräume sowie weitere Räumlichkeiten, die für religiöse Belange (z. B. Seder an Pessach, Channukafeiern, u.s.w.) genutzt werden.

Standort des heutigen Gemeindezentrums (mit Synagoge) der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen: Juri-Gagarin-Ring 16.



Neue Synagoge: Tafel, Innenraum

Der 1873 angelegte Gemeindefriedhof wird heute noch in seiner ursprünglichen Funktion genutzt. Lage des Friedhofes: Im Süden der Stadt, links von der Thüringenhalle, Werner-Seelenbinder-Straße 3.

Standort: Von der Synagoge fährt man eine kurze Strecke den Juri-Gagarin-Ring in Richtung Hauptbahnhof. An der ersten Ampelkreuzung biegt man rechts in die Löberstraße ab (in Richtung Autobahn) und bleibt auf dieser Straße, die in die Arnstädter Straße übergeht. Wenn die B 4 halbrechts in Richtung Autobahn abbiegt, bleibt man auf der geradeaus führenden Arnstädter Straße bis zum Schützenplatz, wo man links in die Werner-Seelenbinder-Straße einbiegt. Die

Situation wird von der Thüringenhalle auf der rechten Straßenseite beherrscht. Unmittelbar daneben, ebenfalls auf der rechten Straßenseite, befindet sich das Friedhofsgelände mit dem Eingangstor in der Mitte (Werner-Seelenbinder-Straße 3). Zustand: Sehr gut gepflegt.

Allgemeine Übersicht: Die etwa 10.000 Quadratmeter umfassende Friedhofsfläche ist an der Straße von einer stabilen Mauer mit Holzzaun, an den Seiten auch von Maschendraht- und Holzzaun umgeben. Vom Haupteingang – einem großen Holztor und einer kleineren Holztür zwischen Steinsäulen – in der Werner-Seelenbinder-Straße 3 geht man gerade durch eine Baumallee zur Tahara-Halle, einem großen roten Backsteinbau mit einer Kuppel. Rechts und links der Hauptallee erkennt man zwei große Hauptabteilungen mit über 800 Grabstellen; in beiden Abteilungen befinden sich alte und neuere Gräber. Die neuesten Grabstellen sind links von der Allee zu finden. Rechts neben dem Eingang steht ein steinerne Spendenstein mit folgender Inschrift: MILDTÄTIGKEIT RETTET VOM TODE.

Das rechte große Gräberfeld ist durch Wege und Gänge mehrmals unterteilt. Hier befinden sich u. a. die Gräber bedeutender Persönlichkeiten, z. B. von Rabbiner Dr. Max SCHÜFTAN s.A., u.v.a.m.

















Das linke große Gräberfeld ist gleichfalls durch Wege und Hecken mehrfach aufgeteilt. Vorne am Wege befinden sich zahlreiche (95) Kindergräber. Dahinter kann man ältere, neuere und neueste Gräber erkennen. Hier befindet sich die letzte Ruhestätte weiterer bedeutender jüdischer Persönlichkeiten.

Auf der äußersten linken Abteilung, hinter einer Hecke, befindet sich das Grab des früheren Gemeindepräsidenten Rafael Scharf-Katz.



*Denkmal an die Gefallenen
des 1. Weltkriegs*



*Friedhof, Gedenkstein für
die ermordeten
Gemeindeangehörigen*



*Gedenkstein für
die übriggebliebenen
Grabsteine*



*Gedenkstein für
die ermordeten Juden
auf dem Hauptfriedhof*

Links vor der Tahara-Halle befindet sich der am 12. September 1948 enthüllte Gedenkstein für die von 1933–1945 ermordeten Gemeindeangehörigen mit der Inschrift: IN STILLEM GEDENKEN AN UNSERE ERMORDETEN BRÜDER UND SCHWESTERN 1933–1945.

Die Tahara-Halle ist ein großer roter Backsteinbau mit einem Davidstern darauf. Auf der Vorderseite kann man im Eingangsbereich ein großes hölzernes Doppeltor sehen; rechts davon befindet sich eine kleinere Eingangstür, links zwei ebenfalls hölzerne Türen. Rechts und links des großen Eingangsportals kann man jeweils einen Gedenkstein mit den Namen der im Ersten Weltkrieg als Soldaten gefallenen Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Erfurt sehen.

Auf einem eigenen Areal links vom Tahara-Haus befinden sich 28 Grabsteine – unter ihnen auch wenige mittelalterliche – vom zerstörten Friedhof in der Cyriakstraße. Ein Denkmal in Form eines steinernen Quaders mit der folgenden Inschrift

erinnert an ihr Schicksal: GEDENKSTEIN – HIER STEHEN DIE ÜBERIGGEBLIEBENEN GRABSTEINE VOM ALTEN FRIEDHOF IN DER CYRIAKSTRASSE DER AM 9. NOVEMBER 1938 – DER KRISTALLNACHT – ZERSTÖRT WORDEN IST.

Auf dem Hauptfriedhof der Stadt Erfurt befindet sich ein weiteres Denkmal für die in der NS-Zeit ermordeten Juden. Im Ehrenhain für die Opfer des Nationalsozialismus kann man unter mehreren Gedenksteinen eine Stele mit der folgenden Inschrift vorfinden: IM EHRENDEN GEDENKEN / AN DIE DURCH DEN FASCHISMUS / IN DEN JAHREN 1933–1945 / ERMORDETEN 850 JÜDISCHEN BÜRGER / DER STADT ERFURT. Lage des Friedhofs: Binderslebener Landstraße 75.

Standort des Ehrenhains: Vom Friedhofseingang in der Binderslebener Landstraße 75 hält man sich rechts und geht auf dem Hauptgang entlang. Man biegt, nachdem man rechts an den Feierhallen vorbeigegangen ist, direkt vor dem Wirtschaftshof in den Nebengang ab. Nach etwa 150 Metern befindet sich der Ehrenhain auf der rechten Seite des Weges.

Gehaus (Landkreis Wartburgkreis)

Hier haben die Freiherren von Boineburg seit dem Ende des 16. Jahrhunderts Schutzjuden aufgenommen. Bis 1730 waren es allerdings nie mehr als acht Familien. Daraus entwickelte sich eine Jüdische Synagogengemeinde, die wohl um die Jahrhundertwende in eine Israelitische Kultusgemeinde umgewandelt wurde und bis 1938 bestand. Ihr gehörten 1826 64 Familien mit 248 Mitgliedern an (das war fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung des Ortes), 1861 waren dann 213 Juden, 1895 noch 63 und 1910 immer noch 36, 1919 wieder 60, 1920 41 und 1924/25 noch 39 Juden Mitglieder der Kultusgemeinde. Am 9. Mai 1942 wurden die letzten jüdischen Einwohner von Gehaus in den Tod deportiert.

Zunächst wurden die Gottesdienste in der Betstube eines der jüdischen Privathäuser abgehalten, dessen Standort nicht mehr festgestellt werden konnte. Nach 1840 wurde auf einem Grundstück der Freiherren von Boineburg eine Synagoge errichtet, die bis in die 1930er-Jahren genutzt und am 9. November 1938 durch SA-Männer aus Dermbach verwüstet wurde; Mobiliar und Ritualien wurden vernichtet. Wegen Brandgefahr für die benachbarten Gebäude wurde der Kultbau jedoch nicht angezündet. 1945 ging das Grundstück mit einstiger Synagoge in den Besitz der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen – dem Rechtsnachfolger der Israelitischen Kultusgemeinde Gehaus – über, die das Bauwerk an Privatleute ver-

Ehemalige jüdische Häuser

äußerte, welche es nun als Werkstätte nutzten. Ein Schadenfeuer am 9. Juni 1975 vernichtete die einstige Synagoge, deren Reste (Grundmauern) abgerissen wurden. Auf dem Platz, auf dem einst die Synagoge stand, befindet sich heute ein privates Wohnhaus mit einer Raumausstatterwerkstatt.

Standort der einstigen Synagoge: Mittlere Straße Nr. 22.

Auch eine Schule wurde als Religionsschule ab der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts von den Juden von Gehaus unterhalten – dies kann durch ein Emp-

fehlungsschreiben aus dem Jahr 1745 nachgewiesen werden. Sie wurde um 1830 in eine einklassige jüdische Elementarschule umgewandelt, die von etwa 50 Kindern besucht wurde. 1867 baute man das Schulgebäude um und erweiterte es um eine Lehrerwohnung (für den Lehrer und Schächter Cahn). Im gleichen Jahr wurde die Schule mit der zweiklassigen christlichen Schule zur Simultanschule vereinigt. Die Zahl der jüdischen Kinder nahm immer mehr ab; 1895 waren noch elf von 152 Schülern Juden. Erst 1933 wurde die Simultanschule aufgelöst. Das frühere jüdische Schulgebäude mit der Lehrerwohnung ist heute noch in seiner Bausubstanz erhalten. Es wird als Wohngebäude genutzt. Standort der einstigen jüdischen Elementarschule: Hauptstraße 123.

Die Versorgung der jüdischen Einwohner von Gehaus mit koscherem Fleisch übernahm bis 1925 die koschere Metzgerei, betrieben von Jacob Nußbaum s.A. im früheren Haus Nr. 31. Das Gebäude wurde Mitte der 1960er-Jahre wegen des schlechten baulichen Zustandes abgebrochen und an gleicher Stelle ein neues Wohnhaus errichtet. Standort der einstigen koscheren Metzgerei: Mittlere Straße 31.

Seit 1745 gab es in Gehaus auch einen jüdischen Friedhof: die jüdische Gemeinde hatte oberhalb des Dorfes am alten Weilarischen Weg ein Stück Land als Begräbnisplatz von den Boineburgs gegen Pachtzins erworben. In der Folgezeit wurde dieser Friedhof immer wieder erweitert. In den Jahren 1875/80 soll dann ein Teil des Friedhofs im Zuge der Feldseparation wieder abgetrennt worden und danach verschwunden sein. Lage des Friedhofs: Sanfte Anhöhe südöstlich von Gehaus „Beim Judengottesacker“.

Standort: Von Stadtlengsfeld kommend fährt man auf der Hauptstraße in den Ort hinein und biegt am Geschäft „Nahkauf“ links in die asphaltierte Straße „Am Eichsfeld“ ein, auf der man bis zum Ortsende weiterfährt. Man bleibt auf dieser Straße, die nun in einen bergan führenden Schotterweg übergeht, etwa 200 Meter, bis zur zweiten Abzweigung, wo man nach links in einen Feldweg abbiegt. Diesem Feldweg folgt man noch etwa 300 Meter, dann findet sich rechter Hand eine der Grenzen des Friedhofes. Nachdem man daran vorbeigefahren ist, geht man rechts an einer Naturmauer aus Steinen (die hier die Begrenzung des Friedhofes bildet) bergan hoch. Nach etwa 60 Metern rechts liegt der Friedhofseingang direkt vor Einem. Dank der hohen Nadelbäume ist das Gelände des Friedhofs von Weitem sichtbar.

Zustand: gepflegt.

Allgemeine Übersicht: Begrenzung teilweise durch einen Holzzaun, teilweise durch eine Natursteinmauer, teilweise auch durch eine lebende Hecke; mit Fichten und einigen Laubbäumen bewachsen; Eingang: Holztor zwischen zwei massiven Steinpfosten; rechts vom Eingang alter Teil des Friedhofs (mit alten und sehr alten Grabsteinen); links des Eingangs neuerer Teil mit neuen Grabsteinen; Fläche des alten Teils ganz, Fläche des neuen Teils nur zur Hälfte mit Gräbern; noch etwa 150 Grabsteine vorhanden; an zwei alten Grabsteinen können Jahreszahlen (1769 und 1777) erkannt werden; diverse Schändungen vor und auch nach 1945; ein großes Grabmal aus schwarzem Marmor für ein in Theresienstadt verstorbenes Opfer des NS-Staates.







Grabsteine Gehaus

Geisa (Landkreis Wartburgkreis)

1450 erscheint Geisa als Herkunftsort eines in Hildesheim wohnhaften Juden. In Geisa selbst ist erst zwischen 1571 und 1600 die Anwesenheit von Juden bezeugt. Aus der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts fehlen Belege. 1671 wurden die im Stift Fulda lebenden Juden durch Ausweisungsanordnung des Fürstbistums vertrieben.

1786 ließ sich in Geisa ein jüdischer Lehrer nieder; zu diesem Zeitpunkt dürfte bereits wieder eine Gemeinde bestanden haben. 1808 wurden die in Geisa (damals zum Königreich Westfalen gehörend) lebenden Juden verpflichtet, feste Familiennamen anzunehmen. Die Mitgliederzahl der Gemeinde hat sich im Laufe der Zeit beachtlich gesteigert: Im Jahr 1861 lebten 180 Juden in Geisa, fast elf Prozent der Einwohnerschaft. 1879 wurde erstmals ein Jude in den Gemeinderat gewählt.

Die Kultusgemeinde Geisa besaß seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts einen Friedhof, der 1857 erweitert wurde, eine in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts errichtete Synagoge auf dem „Judenhaugk“ und ab 1840 eine eigene jüdische Schule mit Lehrerwohnung.

Durch einen großen Stadtbrand 1858 wurde das Synagogengebäude vernichtet. Nun mussten Gottesdienst und Religionsunterricht in Privatunterkünften durchgeführt werden. Das änderte sich, als 1861/62 an der gleichen Stelle, an der die alte Synagoge gestanden hatte, ein neuer Kultbau – ein imposantes Backsteingebäude mit einer großen Freitreppe und einer großen runden Kuppel – errichtet wurde, dessen feierliche Einweihung am 5. September 1862 stattfand.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts ging die Zahl der Gemeindemitglieder infolge Abwanderung stetig zurück: 1895 lebten hier noch 131 Juden. Dieser Abwärtstrend setzte sich bis 1933 stetig fort: 1910 lebten hier noch 93 Juden, 1925 noch 85 und 1933 waren es nur 67. Infolge Mangels an jüdischen Schülern musste die jüdische Schule 1924 geschlossen werden.

Am 9. November 1938 wurde die Synagoge zerstört (1940 abgerissen), der Friedhof verwüstet, Geschäfte demoliert und geplündert. Der Zerstörung der Kultstätten folgte systematisch die Vernichtung der Gemeinde: in Etappen wurde ab Ende 1941 die Gemeinde – im Jahre 1938 zählte sie immer noch 37 Mitglieder, 1942 noch 22 – durch Deportation in die Vernichtungslager ausgelöscht. Ende 1942 hatte die Kultusgemeinde aufgehört zu existieren.



Gedenkstein an die Synagoge

Am 50. Jahrestag der „Reichskristallnacht“ wurde an der Stelle, an der bis 1938 die Synagoge gestanden hatte, eine Gedenktafel mit der folgenden Inschrift enthüllt: „Zum Gedenken / der jüdischen Gemeinde / und ihrer im Nov. 1938 / zerstörten Synagoge“.

Standort der einstigen Synagoge und des Denkmals heute: Schloßberg (früher „Judenhaugk“), Verbindung vom Schloss zur Athanasius-Kircher-Straße.

Seit 1882 lebte und wirkte in Geisa der jüdische Lehrer Moritz Goldschmidt (1863–1916), der sich in enger Zusammenarbeit mit dem Apotheker A. Geheeb der Erforschung der Blütenpflanzen in der Rhön widmete. Er war Vorstandsmitglied im Geisaer Zweigverein des Rhönklubs, der 1922 auf dem Rockenstuhl eine Ehrentafel anbrachte, die 1933 zerstört wurde. 1990 wurde an gleicher Stelle eine gemeinsame Gedenktafel für A. Geheeb und M. Goldschmidt errichtet. Schon 1971, als der Rhönklub im Osten Deutschlands noch verboten war, hatte der Zweigverein Tann auf dem Küppelchen bei Neuswarts einen Gedenkstein für M. Goldschmidt enthüllt. Der Text auf der Bronzeplatte lautet: „Dem Botaniker der Rhön Moritz Goldschmidt aus Geisa 1863 bis 1916“.

An Goldschmidt erinnert auch eine 1989 in Anwesenheit seines Enkels Dr. E. Schragenheim am Gebäude der einstigen jüdischen Schule angebrachte hölzerne Gedenktafel mit der folgenden Inschrift: HIER LEBTE UND WIRKTE DER BOTANIKER DER RHÖN, DER JÜDISCHE LEHRER MORITZ GOLDSCHMIDT GEB.1863 – GEST.1916. Da die jetzigen Besitzer des Hauses keine Gedenktafel am Haus wünschen, soll sie gegenüber angebracht werden. Standort der einstigen jüdischen Schule: Brunnengasse (Schulstraße/Ecke Brunnengasse).

An den jüdischen Arzt Dr. Koch (gest. 1870, begraben auf dem Friedhof seines Heimatortes Stadtlengsfeld), dessen Söhne später die Kochsche Stiftung gründeten und viel zur Erweiterung des Krankenhauses taten, erinnert eine Gedenktafel im ehemaligen Krankenhaus. Standort des Krankenhauses (jetzt Seniorenheim): Bahnhofstraße 29.

Lage des Friedhofs: Am Bocksberg, südlicher Rand der Stadt Geisa, etwa 600-700 Meter vom Stadtzentrum. Standort: Vom Rathaus kommend biegt man nach links ab und fährt auf der Hauptstraße stadtauswärts. Am Ende dieser Straße biegt man nach rechts in die vorfahrtberechtigte Straße nach Spahl/Wiesenfeld ab und dann, noch im Kreuzungsbereich, gleich wieder in den ersten befestigten Weg nach links, der auf beiden Seiten von Bäumen gesäumt ist. Auf diesem Weg bleibt man ca. 150 Meter, bis der Baumbewuchs auf der rechten Seite aufhört. Hier, nach dem letzten Haus auf der linken Seite, ist einem unbefestigten Feldweg zu

folgen, der parallel zu der zuerst beschrifteten Straße verläuft. Nach etwa 200 Metern muss links ca. 50 Meter eine Wiese überquert werden, dann steht man vor dem Eingang des Friedhofes.

Zustand: gut gepflegt.

Allgemeine Übersicht: Der im 18. Jahrhundert errichtete und 1857 erweiterte Friedhof besteht aus einem (älteren) offenen Teil an einem bewaldeten Hang ohne Umzäunung mit 27 noch erkennbaren Grabsteinen und einem von einer Baumreihe bzw. Sträuchern begrenzten (neueren) geschlossenen Teil. Die Zahl der Bestattungen in beiden Bereichen wird mit ca. 200 angenommen. Der älteste Grabstein stammt aus dem Jahr 1829; der Friedhof ist jedoch älter.

1938 wurde der Friedhof verwüstet, bald nach 1945 wieder in Ordnung gebracht; die Grabsteine wurden restauriert. Die Gedenktafel für die jüdischen Gefallenen des Ersten Weltkrieges, die sich in der Synagoge befunden hatte und dort nach 1938 von aufrechten Menschen geborgen worden war, wurde als Denkmal aufgestellt. Neben Grabsteinen aus der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts (auf dem „alten“ Teil) sind zahlreiche Grabmale von der Jahrhundertwende bis 1943 zu sehen – u. a. das Grab von Moritz Goldschmidt s.A., und seiner Tochter Henriette Schragenheim s.A. (letzte Beerdigung, 1943).



*Gedenkstein für die Gefallenen
des 1. Weltkriegs auf dem Friedhof*







Gera (kreisfreie Stadt)

1331 bestätigte Kaiser Ludwig dem Vogt Heinrich von Gera die Rechte über Juden in seinem Gebiet. Unter den Opfern der Verfolgung von 1349 waren auch Juden aus Gera. Zu den Überlebenden dürfte Abraham von Gera gehört haben, der 1357 in Erfurt wohnte. Die „Jüdengasse“ war vielleicht auch in der Folgezeit von Juden bewohnt. Unter anderem sind 1478, 1491 und 1502 Juden in Gera belegt, der Hofjude Meyer erhielt 1502 die „Judenschule“ (wohl die ehemalige Synagoge) und ein Haus in der Vorstadt. Um 1500 soll es eine Vertreibung der Juden gegeben haben.

Bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts hinein gibt es dann keine Hinweise mehr auf Juden in der Stadt. Am 1. März 1882 eröffnete der Jude Hermann Tietz (Namensgeber des späteren Warenhauskonzerns) ein kleines Geschäft, 1886 folgte die Gründung einer „Chewra Kadischa“ (Heilige Bruder- bzw. Schwesternschaft für rituelle Beerdigungen), 1896 dann die eines Israelitischen Frauenvereins.

Seit dem 1. August 1885 gab es in Gera eine Israelitische Kultusgemeinde (IKG bzw. IsrKG) als sogenannte „freie Vereinigung“, zu deren Gründungsmitgliedern Hermann Tietz gehörte. Ihre erste Synagoge (Tempel) befand sich in der Leipziger

Straße. Wie lange dieses Kultgebäude genutzt wurde ist nicht bekannt. Ab dem Ende des Ersten Weltkrieges jedoch wurden die Gottesdienste in einem Hintergebäude des damaligen Hotels „Kronprinz“ am Roßplatz (später „Platz der Republik“) abgehalten. Daneben wurden Beträume verschiedener orthodoxer Richtungen in wechselnden Örtlichkeiten für gottesdienstliche Zwecke genutzt. 1924/25 zählte die Kultusgemeinde 500 Mitglieder; 1933 war die Zahl auf 378 gesunken.

Am 10. November 1938 wurde der Betsaal durch NS-Anhänger ausgeräumt; die Einrichtungs- und Kultgegenstände wurden verbrannt.

Die jüdische Schule im ehemaligen Meistergässchen neben dem Walkmühlenplatz (heute einer neuen Straßenführung gewichen) erlitt das gleiche Schicksal.

Der Vernichtung der Kultbauten Betsaal und Schule folgte die Vernichtung der Gemeinde durch Deportationen in die Vernichtungslager: lebten am 24. April 1942 in Gera noch 42 Juden, so hatte sich die Zahl bis zum Juli auf nur noch 14 verringert: die Gemeinde hatte aufgehört zu existieren.

Im November 1989 wurde an der Stelle, wo sich einst das im Krieg zerstörte Hotel Kronprinz (mit dem Betsaal im Hintergebäude) befunden hatte, ein Denkmal für die vernichtete Synagoge enthüllt.

Dieses Denkmal besteht aus vier Teilen: einem zerbrochenen Synagogeneingang (Tor) mit der Inschrift SYNAGOGE / ZU GERA / 9.11.1938 und drei Steinplatten, die davor im Boden angebracht worden sind. Während die rechte Steinplatte eine Menora zeigt, kann man auf der mittleren lesen: DIE POGROMNACHT DES / 9. NOVEMBER 1938 BRACHTE / ZERSTÖRUNG, UNENDLICHES / LEID UND TOD / ÜBER UNSERE / JÜDISCHEN MITBÜRGER und auf der linken SECHS MILLIONEN JUDEN / WURDEN VON 1933 BIS 1945 / OPFER DES DEUTSCHEN FASCHISMUS.

Synagogendenkmal





Synagogendenkmal

Standort des Synagogendenkmals:
Schülerstraße / Ecke Anna-Schneider-
Weg.

Die Existenz von Juden seit langer
Zeit bezeugt auch das Vorhandensein
der „Jüdengasse“; es ist möglich, dass
hier früher die Juden wohnten oder
ihre Verkaufsstände hatten.

Ihre Toten begruben die Angehö-
rigen der Israelitischen Kultusgemein-
de Gera zunächst bis kurz nach 1885
auf dem alten, dann geschlossenen Tri-
nitatisfriedhof. Dieser existiert heute
nicht mehr, an seiner Stelle befindet
sich ein Park. Auf diesem Friedhof be-
fanden sich drei jüdische Gräber. Da-
nach erfolgten die Bestattungen auf
dem neuen Südfriedhof, der ab 1883
benutzt wurde.

Standort des Südfriedhofs: Wiese-
straße 103.

Grabsteine auf dem Hauptfriedhof





Durch Zunahme der Bevölkerung wurde die Anlage eines weiteren städtischen Friedhofs notwendig. Auch in verschiedenen Abteilungen des Ostfriedhofes (heute Hauptfriedhof) sind Juden beigesetzt worden. Lage des Friedhofs: Im Osten der Stadt Gera, Friedhofstraße 10.

Allgemeine Übersicht: Die jüdischen Gräber sind in verschiedenen Abteilungen zu finden. Einzelgrabmale befinden sich in Abt. B (Familie Halpert), Abt. E (Familie Biermann) und Abt. II (Familie Hirsch). In der am Zaun gelegenen Abt. VI e liegen mit den Grabmälern Pollak, Rose, Brug, Schalcha, Salomon, Karlsruher, Barasch, Weber und Hirsch (direkt neben einem großen Gräberfeld für sowjetische Kriegstote) Gräber aus der Zeit der Verfolgung, teilweise auch von KZ-Opfern. In der Abt. VI c (am Weg direkt vor Abt. VI e) wurde ein Denkmal für 446 jüdische Opfer des NS-Rassenwahns aus den Nebenlagern des KZ Buchenwald in Rehmsdorf und Gleina bei Zeitz errichtet. Auf einem großen Gedenkstein liest man unter einem Davidstern folgende Inschrift: HIER RUHT / DIE ASCHE VON 446 / JÜDISCHEN OPFERN / DES FASCHISMUS. Davor sind im Boden vier symmetrisch angeordnete Bronzeplatten mit den Namen der Opfer der Schoa angebracht worden.

Ein weiteres jüdisches Grab – das der Familie Bloch – ist auf dem Friedhof Untermhaus zu finden.

Standort des Untermhäuser Friedhofs: Untermhäuser Straße.



*Denkmal für die Opfer aus Nebenlagern
des KZ Buchenwald*

GERBERSHAUSEN (Landkreis Eichsfeld)

Hier lebten im letzten Viertel des 16. Jahrhunderts einzelne Juden unter Schutz der Herren von Hanstein. Spätere Belege fehlen.

Gleicherwiesen (Gem. Gleichamberg, Landkreis Hildburghausen)

Gleicherwiesen war ein reichsritterschaftliches Dorf im Besitz der Herren / Freiherrn von Bibra. Deshalb ist zu vermuten, dass die vier ersten jüdischen Familien, die 1680 Schutzbriefe erhielten, aus Bibra zugezogen sind, wo zu diesem Zeitpunkt schon länger Juden lebten. 1786 schlossen sich die in Gleicherwiesen und im benachbarten Simmershausen lebenden Juden zu einer Kultusgemeinde zusammen. Diese errichtete eine Synagoge (Weihe 1787), eine Mikwe, ein Schulhaus mit Lehrerwohnung, ein Back- und ein Schächthaus: Die Synagoge erhielt 1817 einen Anbau. 1836 wurde eine neue Mikwe errichtet. Daneben gab es eine private Mikwe. Der 1846 angelegte Friedhof wurde am 12. Februar 1847 geweiht;

bis dahin hatten die Juden ihre Toten nach Kleinbardorf (in Bayern) bringen müssen.

Waren nach Gleicherwiesen zunächst nur vier jüdische Familien zugezogen, so stieg die Zahl der Juden im Ort erheblich: 1810 waren ein Drittel der Ortsbevölkerung Juden; 1833 lebten 256 Christen und 189 Juden in Gleicherweisen; 1853 waren es 244 Christen und 188 Juden; 1875 hatte die Kultusgemeinde (zu der auch die Juden aus Simmershausen gehörten) 233 Mitglieder. Danach gingen die Zahlen zurück: 1898–184 Personen; 1913–86; 1920–80 in etwa 20 jüdischen Familien; 1924–64 Personen in 20 Haushaltungen; 1933 nur noch 26 Personen. Im Mai und im September 1942 wurden die letzten Juden aus Gleicherwiesen in Vernichtungslager abtransportiert.

Am 9. / 10. November 1938 wurde die Synagoge geschändet und zerstört: Bänke und Kultgegenstände wurden zerschlagen, herausgeworfen und auf dem „Gänsrasen“ verbrannt. Von der Synagoge ist heute nichts mehr zu sehen. Auf ihrem Areal befindet sich heute ein Garten.



Auch die 1787 neben der Synagoge neu erbaute Schule, in der im Jahr 1847 23 jüdische Kinder unterrichtet worden waren, wurde verwüstet und abgerissen. Auf der Fläche, wo einst die Schule stand, befindet sich heute ebenfalls ein Garten. Standort der Synagoge und der früheren jüdischen Schule: Mittelgasse (neben Haus Nr. 5).

Das Haus, in dem geschächtet wurde, ist noch vorhanden. Es befindet sich in Privatbesitz und wird als Wohnhaus genutzt. Standort des Schächthauses: Am Marktplatz (hinter dem Kinderspielplatz).

Im Ort gab es drei rituelle Tauchbäder (Mikwaot): eine alte Mikwe bis 1836, eine neue ab 1836 und eine private (Besitzer Abraham Herz). Das Schicksal dieser Kultgebäude ist nicht bekannt; auch ihre Standorte konnten bis heute nicht gefunden werden. Lage des Friedhofs: etwa 1 Kilometer nordöstlich des Ortes auf dem „Judenberg“.

Standort: Von Linden kommend fährt man auf der Lindener Straße in den Ort hinein (in Richtung Simmershausen) und biegt in der Ortsmitte nach rechts in den







asphaltierten Weg „Trinkhügel“ ein; ausgeschildert ist der „Sportplatz“. Nach etwa 1,5 Kilometern befindet sich, sofort nach der Abzweigung zum örtlichen Sportplatz, auf einem sanft ansteigenden Hügel rechts der Straße der Eingang zum Friedhof.

Zustand: gut gepflegt.

Allgemeine Übersicht: Das etwa 1050 Quadratmeter große Friedhofsgelände (35m x 30m) ist durch einen neuen Holzlattenzaun begrenzt. Am Eingang ein Holzlattentor; links daneben liegen die beiden massiven Steinpfosten des Original-Tores; rund um das Friedhofsareal Bewuchs mit alten Laubbäumen; 195 erkennbare Grabstellen – 181 Grabsteine sind vorhanden: viele Kohanim und Leviim, auch

andere Symbole (z.B. Buch für Lehrer) und Ornamente sind vorhanden; ein Grabstein mit einer Plastik erkennbar; zahlreiche Grabsteine werden durch die Umwelt „vernichtet“. Erste Bestattung am 12. Februar 1847, letzte im Jahre 1940; der Friedhof wurde ab 1885 von der Kultusgemeinde Simmershausen mitbenutzt.

Goldlauter (Stadt Suhl)

Ein hier ansässiger Jude wird im Schutzbrief des Grafen von Henneberg aus dem Jahr 1552 genannt. Er dürfte von der Vertreibung der Juden aus dem Territorium nach 1555 betroffen gewesen sein.

Gompertshausen (Landkreis Hildburghausen)

Das Oberhaupt einer in den 1530er-Jahren hier lebenden jüdischen Familie wurde von einem Einwohner des Nachbarortes Streufdorf erschlagen. Die Klage

seiner Witwe aus dem Jahr 1533 ist der einzige Beleg für die Anwesenheit von Juden am Ort.

Gotha (Landkreis Gotha)

Nach Gotha nannte sich ein Jude, dem um die Mitte des 13. Jahrhunderts ein Haus in Köln gehörte. Spätestens um diese Zeit waren also Juden in Gotha ansässig. Sie lebten am Markt (in der Nähe der Augustinerkirche), wo eine Judengasse und eine Mikwe belegt sind. Eine Nachricht zu einer Plünderung im Jahr 1212 ist wenig glaubwürdig. Verfolgungen gab es im März 1303 und im Februar 1349. Danach ist erst 1379 wieder ein Jude in Gotha belegt. 1418 lebten in der Stadt zehn steuerpflichtige Juden (Familienoberhäupter), insgesamt 98 Personen. In Gotha bestand ein jüdisches Gericht, dem die Juden in den übrigen Gebieten der Landgrafschaft Thüringen unterworfen waren. 1391 sollen die Gothaer Judenhäuser von Bauern geplündert worden sein. Um 1465 erfolgte die Vertreibung der Juden aus Gotha. Von den Ausweisungsmandaten der Jahre 1536, 1539 und 1543 waren wohl keine in Gotha lebenden Juden mehr betroffen.



Straßenschild „Judenstraße“

Erst am 8. Juni 1768 wurde die Wiederansiedlung von Juden (Kaufleuten) in Gotha gestattet. Im gleichen Jahr erlaubte man ihnen auch, einen Begräbnisplatz vor dem Siebleber Tor anzulegen. Sie durften in den von ihnen bewohnten Häusern auch Privatgottesdienste abhalten. Im Jahre 1829 wurde den Juden von der Regierung des Herzogtums Gotha die Errichtung eines neuen Begräbnisplatzes „neben dem Siechhofe am Wege nach Kindleben“ – an der ehemaligen Chaussee Siebleben – Erfurt (der heutigen Erfurter Landstraße) – gestattet.

Von diesen beiden Begräbnisstätten, die sehr dicht beieinander lagen (es ist auch möglich, dass es sich 1829 nur um eine Erweiterung des Friedhofes von 1768 handelt), ist heute nichts mehr vorhanden.

Erst im Jahre 1866 durfte sich in der damaligen Residenzstadt eine aus sechs Familien bestehende jüdische Gemeinde bilden. Die Mitglieder dieser Kultusgemeinde hielten die Gottesdienste in Betstuben in den folgenden Privathäusern ab: zuerst im Eichelschen Haus (Hauptmarkt 36), danach im Liebensteinschen Haus (Schwabhäuser Straße 6) und ab 1877 im Rudolphschen Haus (Siebleber Straße 8). Die Kultusgemeinde unterhielt in einem Raum der Amtsschule in der Augusterstraße ab 1867 eine Religionsschule; 1867 unterrichtete hier ein jüdischer

*Häuser, in denen sich zeitweise
Betstuben befanden:*

Straßenschild „An der Synagoge“



Hauptmarkt



Siebleber Straße 8



Häuser, in denen sich zeitweise Betstuben befanden: Schwabhäuser Straße



Religionslehrer 31 Schüler im Fach jüdische Religionslehre.

Standorte der einstigen Betstuben:

- Haus Hauptmarkt 36 (Eichelsches Haus, heute Geschäftshaus, renoviert)
- Haus Schwabhäuser Straße 6 (Liebensteinsches Haus, 1994 Abriss und Neubau)
- Haus Siebleber Straße 8 (Rudolphsches Haus, heute: Ev.-Freikirchliche Gemeinde, renoviert).

Am 5. Juli 1870 gewährte die Regierung des Herzogtums Gotha der „Israelitischen Kultusgemeinde zu Gotha“ den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die Mitgliederzahl der Gemeinde wuchs zusehends: waren im Jahre 1875 noch 169 Juden in Gotha, so betrug die Zahl am 1. Dez. 1885 bereits 244. Im Jahre 1896 war sie auf 297 angewachsen, 1900 lebten 296 Juden in Gotha, in den Jahren 1910 und 1913 dann 372, 1923/24 waren es 400, 1933 schließlich 494.

Neben religiösen Vereinigungen war ab 1888 auch ein israelitischer Frauenverein in der Stadt tätig. Da die Betsäle für die große Anzahl von Gemeindemitgliedern zu klein waren, ging die Gemeinde an den Bau einer Synagoge. Diese wurde im Jahre 1904 fertiggestellt und am 11. Mai 1904 von Landesrabbiner Dr. Prager feierlich eingeweiht. In der Reichspogromnacht 1938 wurde auch diese Synagoge geschändet und in Brand gesetzt. In den Jahren 1938–1941 erfolgte der Abbruch des Kultgebäudes.

In der Nähe der Stelle, an der früher die Synagoge stand, wurde später ein Denkmal aufgestellt. Unter einem Davidstern kann man die folgende Inschrift lesen: AN DIESER STELLE STAND DIE IM JAHRE 1904 GEWEIHTE SYNAGO-

GE DER JÜDISCHEN GEMEINDE GOTHA. SIE WURDE IN DER POGROMNACHT DES 9. NOVEMBER 1938 VON DEN FASCHISTEN DURCH BRANDSTIFTUNG ZERSTÖRT.



Synagogendenkmal

Standort des Synagogendenkmals: Moßlerstraße (früher Hohenlohestraße 1/ Ecke Dammweg 10). Um die Ecke die kleine Straße „An der Synagoge“. Der zehngeschossige Neubaublock, vor dem das Denkmal steht, soll 2006 gesprengt werden. Daher wird eine Umsetzung des Denkmals vorbereitet.

Der jüdische Friedhof vor dem Siebleber Tor neben dem Siechhof am Weg nach Kindleben wurde ab 1869 nicht mehr für Bestattungen benutzt. Dafür erwarb die Kultusgemeinde im Jahre 1882 ein neues Friedhofsgrundstück in der Eisenacher Straße. Dort wurden ab 1882 die Bestattungen durchgeführt. Dieser Friedhof existiert heute noch.

Lage des Friedhofs: Stadtrand: Eisenacher Straße (B 7) – rechte Seite in Richtung Eisenach.

Standort: Von der Stadtmitte kommend folgt man immer den Wegweisern in Richtung Eisenach. Kurz vor

dem Ortsende von Gotha liegt der Friedhof auf der rechten Straßenseite zwischen der Auffahrt zum Studentenwohnheim und der rechts abbiegenden Straße „In der Klinge“ gegenüber dem Doppelhaus Eisenacher Straße 41/43 auf der linken Straßenseite.

Zustand: sehr gut gepflegt.

Allgemeine Übersicht: Leicht hügelige Lage; ca. 165 Grabsteine (ältester aus dem Jahre 1878, jüngster aus dem Jahre 1940; danach wurden 1942 noch mindestens sieben Bestattungen vorgenommen, aber keine Grabsteine gesetzt) auf einem trapezförmigen Grundstück, das teilweise von einem Drahtzaun, teilweise auch von einem Lattenzaun umgeben ist; zwei stets verschlossene Eingangstore:

Friedhof: Eingangstor





ein kunstschmiedeeisernes (mit einem Davidstern) an der Eisenacher Straße und ein weiteres (größeres) an der Straße „In der Klinge“. Hinter ersterem steht ein schlichtes Hinweisschild mit folgender Aufschrift: „Jüdischer Friedhof (hebräisch: Guter Ort) – Begräbnisstätte der Jüdischen Gemeinde von Gotha seit 1870 mit etwa 150 Grabsteinen, aufgrund der physischen Vernichtung der jüdischen Bürger während des dritten Reiches 1933–1945 fand die letzte Bestattung im Jahr 1942 statt“. Gegenüber dem großen (neueren) Eingang steht zwischen Nadelbäumen ein Gedenkstein (zu dem Treppen hinaufführen) mit folgender Inschrift: IN STILLEM GEDENKEN AN UNSERE ERMORDETEN BRÜDER UND SCHWESTERN 1933–1945; der 1988 errichtete Gedenkstein befindet sich an der Stelle, an welcher sich bis 1982 die Taharahalle befand.



Gedenkstein an die ermordeten Juden

Gräfenthal (Landkreis Saalfeld-Rudolstadt)

Hier sind im Jahr 1421 vier Juden belegt. Sie haben wohl der „Judengasse“ in Gräfenthal den Namen gegeben. Weitere Juden, die sich nach Gräfenthal nannten, lebten in Saalfeld. Über eine Vertreibung ist nichts bekannt, zu späteren Belegen ebenso wenig.

Erst nach 1871 sind wieder einzelne Juden in Gräfenthal wohnhaft gewesen.

Greußen (Landkreis Kyffhäuserkreis)

Hier haben Juden gelebt, die 1298 bei der „Rindfleisch-Verfolgung“ erschlagen wurden. Ein Jude, der sich nach Greußen nannte, gehörte 1357 zu den Wiederbegründern der Gemeinde in Erfurt. Daher ist zu vermuten, dass sich nach 1298 wieder Juden am Ort ansiedelten und zumindest Jakob von Greußen die Verfolgung von 1349 überlebt hat.

Diese im Mittelalter in Greußen lebenden Juden dürften namengebend geworden sein für die Flurbezeichnung IM JUDENRIETH für ein Gelände, das nach 1945 bebaut wurde.

Außer dem sicheren Wissen um die Ausrottung der Gemeinde 1298 und dem Vorhandensein der historischen Flurbezeichnung IM JUDENRIETH gibt es heute keine weiteren Zeugnisse jüdischer Vergangenheit mehr in der Stadt Greußen.

Heilbad Heiligenstadt (Landkreis Eichsfeld)

Hier existierte vielleicht schon 1212, sicher 1335 („Heiligenstädter Willkür“) eine jüdische Gemeinschaft. Während der Verfolgung von 1349 wurde die Mehrzahl der Juden in Heiligenstadt ermordet; Überlebende sind 1365 in Erfurt und 1389 in Frankfurt am Main bezeugt.

Ein um 1400 verfasster Anhang zur „Willkür“ enthält einen Judeneid, wohl ein Hinweis für die mögliche Anwesenheit von Juden in der Stadt wie der 1469 erwähnte „Juddenhov“ (Straßenname „Am Jüdenhof“) in der Nähe des alten Marktes. 1541 erhielt ein Jude vom Erzbischof von Mainz die Erlaubnis, sich in Heiligenstadt anzusiedeln. Er ist später andernorts belegt, hat also von dieser Erlaubnis keinen Gebrauch gemacht.

1796 gab der Erzbischof von Mainz die Zustimmung zur Aufnahme von vier bis fünf jüdischen Familien im Eichsfeld – gegen den Widerstand des Magistrats von Heiligenstadt. Im Folgejahr bemühten sich Juden aus Göttingen um die Genehmigung für den Zuzug ins Eichsfeld (Duderstadt oder Heiligenstadt). Im Januar 1803 lebten in Heiligenstadt sechs Juden (bei insgesamt 2796 Einwohnern); 1818 waren es bereits 52 Juden. Dieser kleinen jüdischen Gemeinschaft bestätigte der Magistrat am 25. Oktober 1817 den Standort des jüdischen Friedhofes „auf der kleinen alten Wiese unter dem Iberg“, auf dem im gleichen Jahr ein jüdisches Kind bestattet wurde, dessen Grabstein nicht mehr vorhanden ist. Seit der Mitte des

19. Jahrhunderts stieg die jüdische Bevölkerungszahl an. 1850 lebten 76 Juden in Heiligenstadt, 1871 waren es 91, im Jahr 1882 war mit über 100 der Höhepunkt erreicht. Nach der Jahrhundertwende ging die Zahl der jüdischen Einwohner des Ortes durch Wegzug in Industriegebiete zurück: 1912 gab es hier noch 60 Juden, bis 1926 sank deren Anzahl auf 39; am 20. Juni 1938 lebten noch 32 Juden in Heiligenstadt. Nach der Reichspogromnacht am 9./10. November 1938, in deren Verlauf sieben Juden verhaftet wurden, ging die Zahl der jüdischen Ortsbewohner im Jahre 1940 auf 14 zurück. Mit dem Abtransport der letzten Juden aus der Stadt im Juni und September 1942 endete die Existenz der jüdischen Kultusgemeinde.

Zur Zeit Ihrer Blüte besaß die Kultusgemeinde auch eine Synagoge; vorher wurde der Gottesdienst wohl in einem Betsaal in einem jüdischen Privathaus abgehalten. 1870 kaufte die Gemeinde ein Gebäude (Reihenhaus) in der Stubenstraße 14, das 1872 umgebaut und am 10. September 1873 feierlich eingeweiht wurde. 1898 wurden die Thorarollen restauriert.



Haus mit Synagogengedenkstein

Am 9./10. November 1938 wurde auch in der Synagoge der Israelitischen Kultusgemeinde Heiligenstadt Feuer gelegt, das jedoch kurz darauf erstickt wurde, um die angrenzenden Gebäude nicht zu gefährden. Im März 1940 wurde die Repräsentanz der Gemeinde – die am 5. Mai 1939 noch eine Feuerversicherung für ihre Synagoge abgeschlossen hatte – gezwungen, das Kultgebäude zu verkaufen. Nach 1945 wurde es umgebaut und wird seit damals als Wohnhaus im Besitz der Stadt genutzt.

Am 3. November 1988 wurde am Synagogengebäude eine Gedenktafel mit dem folgenden Wortlaut angebracht: EHEMALIGE SYNAGOGE/AM 10. 9. 1873 GEWEIHT/AM 9.11.1938 GESCHÄNDET / EHRENDES GEDENKEN DEN VOM FASCHISMUS / VERTRIEBENEN UND ERMORDETEN BÜRGERN / JÜDISCHEN GLAUBENS. Standort des einstigen Synagogengebäudes (mit Gedenktafel): Stubenstraße 14.

An die frühere Anwesenheit von Juden am Ort erinnert heute auch noch das Vorhandensein einer Straße mit dem Namen AM JÜDENHOF.

Lage des Friedhofs: Im südwestlichen Teil der Stadt (Schillerstraße/Ecke Ibergstraße), am Hange des Iberges.

Standort: Vom Rathaus in der Aegidienstraße geht man einige Meter stadtauswärts bergauf und biegt dann rechts in die Duvalstraße ein, auf der man bleibt, bis sie auf die Ibergstraße stößt. Hier biegt man nun links in die Ibergstraße ein und geht auf ihr bergauf stadtauswärts. Nach ca. 150 Metern ist rechts in die Gasse „Am jüdischen Friedhof“ einzubiegen, auf der sich nach ca. 5 Metern auf der linken Seite der Eingang zum jüdischen Friedhof befindet.

Zustand: sehr gut gepflegt.



Friedhof: Eingang





Allgemeine Übersicht: Umgeben von allen Seiten mit einem Holzzaun; Eingang: Schmiedeeisernes Tor zwischen zwei Steinpfosten; Gelände sanft ansteigend. Das Areal wird vom Tor aus durch einen Gang in zwei Bereiche aufgegliedert: auf dem linken Teil befinden sich zwei Gräberreihen, auf dem Rechten sechs Reihen; auffallend ist ein großes Grabmal aus Metall. Relativ viele Gräber sind mit schmiedeeisernen Metallgittern eingezäunt. 75 deutlich erkennbare Grabstellen (49 mit Namen und Datum, zwei ohne Stein aber mit Namen in der Einfassung, 24 ohne jegliche Beschriftung).

Heinrichs (kreisfreie Stadt Suhl)

In Heinrichs entstand zu Beginn des 18. Jahrhunderts eine jüdische Gemeinde, zu der aus dem 18. Jahrhundert zahlreiche Dokumente erhalten geblieben sind. Sie gehörte anfangs (1725) noch zur Kultusgemeinde Schleusingen. 1811 lebten in zehn Häusern 17 jüdische Haushalte; ein weiteres Haus diente als Lehrerwohnung, Schule und Synagoge; vermutlich gab es auch eine Mikwe. Der Friedhof dieser Gemeinde ist heute noch vorhanden. Beim Übergang an Preußen im Jahr 1815 gehörte Heinrichs neben Schleusingen und Schwarza zu den im Kreis Schleusingen bestehenden jüdischen Gemeinden. 1859 bildete sich eine Synagogengemeinde mit dem Namen „Heinrichs mit Suhl“; in Heinrichs lebten 19, in Suhl zehn Familien. Da sich der Schwerpunkt verlagerte, wurde die Gemeinde 1871 umbenannt (Suhl mit Heinrichs), die Synagoge in Heinrichs wurde 1872 verkauft, das Gebäude in den 1960er Jahren abgerissen; heute ist das Grundstück unbebaut.

Standort: die von den Juden bewohnten Häuser, auch die Synagoge, haben sich auf der Nordseite der Meininger Straße (gegenüber dem Rathaus) befunden, die Synagoge im Hofbereich des ehemaligen Hauses Meininger Straße 110.

Der bereits im 18. Jahrhundert angelegte Friedhof existiert heute noch. Er steht unter Denkmalschutz.

Lage des Friedhofs: südlich oberhalb des Stadtteils an einem Waldhang

Standort: Man verlässt die Autobahn A 73 an der Anschlussstelle „Suhl-Mitte“ und fährt in Richtung Stadtzentrum. Nach ca. 1,5 Kilometern biegt man vom Autobahn-Zubringer nach links in die Albert-Schilling-Straße ein.

Aus der Innenstadt von Suhl kommend fährt man auf der Würzburger Straße in Richtung Meiningen und folgt dann der Beschilderung zur Autobahn A 73. Nach

der Unterquerung der Eisenbahn sind es noch ca. 500 Meter bis zur Albert-Schilling-Straße, in die rechts einzubiegen ist.

Der Albert-Schilling-Straße folgt man ca. 150 Meter, biegt vor dem Gewerbegebiet nach links auf den asphaltierten, bergauf führenden Weg ab und folgt ihm bis zum „Wendelsgarten“, den man linker Hand liegen lässt. Auf dieser Straße weiterführend, nach der dritten Abbiegung rechts, ist nach ca. 350 Metern auf der rechten Seite des Weges eine kleine Parkfläche zu finden. Von dort aus erblickt man links im Wald schon den Friedhofszaun. Unterhalb des Waldes befindet sich ein Wegweiser.

Zustand: sehr ordentlich.

Allgemeine Übersicht: Schöne Waldlage; Bewuchs mit Nadelbäumen; von einem Holzzaun (mit Tor) umgeben; eigenartige Formen einzelner Grabsteine („Schlumpfenmützen“!); Grabstätte der Familie Simson (Fabrikanten, Gründer der Simson-Werke); z. T. sehr schöne Grabsteine; letzte Bestattung 1903.

Friedhof







Grabstätte der Familie Simson



Heldrungen (Landkreis Kyffhäuserkreis)

1418 beteiligten sich Juden aus Heldrungen an der Zahlung einer außerordentlichen Reichssteuer. Juden mit der Herkunftsbezeichnung „von Heldrungen“ sind in Erfurt, Eisenach und Mühlhausen belegt. Spätere Zeugnisse finden sich nicht.

Herbsleben (Landkreis Unstrut-Hainich-Kreis)

Hier existierte im 14. Jahrhundert eine jüdische Gemeinschaft – vielleicht sogar eine kleine Kultusgemeinde – die jedoch im Zuge des „Pest-Pogroms“ (wegen angeblicher Brunnenvergiftung) in den Jahren 1348/49 ausgerottet wurde.

Danach gibt es keinerlei weitere Zeugnisse mehr über einstiges jüdisches Leben in Herbsleben.

Herpf (Landkreis Schmalkalden-Meiningen)

Hier ist von 1543 bis 1555 ein einzelner Jude belegt, der im Schutz der Grafen von Henneberg lebte und daher wohl von der Vertreibung der Juden aus diesem Territorium mit betroffen war.

Heyda (Landkreis Ilm-Kreis)

Hier ist 1568 ein einzelner Jude ansässig; spätere Nachrichten fehlen.

Hildburghausen (Landkreis Hildburghausen)

1331 überließ Graf Berthold von Henneberg die Abgaben der in Hildburghausen lebenden Juden der Stadt. Von der Verfolgung von 1349 waren auch die hier lebenden Juden betroffen. Ein Überlebender ließ sich 1367 in Erfurt nieder. Zwischen 1388 und 1412 lebte am Ort der Jude Gutkind, der große Kredite vergeben konnte, in einem eigenen Haus wohnte und ein Siegel führte. Zwischen 1423 und 1425 zogen weitere Juden zu; die weniger Begüterten lebten in einem urkundlich

belegten „Judenhaus“. Im Jahr 1420 wurde den Juden ein eigener Badetag in der Stadtbadestube eingerichtet. Diese Juden dürften von der 1430/36 einsetzenden Vertreibung aus den wettinischen Gebieten betroffen worden sein. Der JUDEN-GRABEN beim Stadtteil Wallrabs, 1461 belegt, bezeichnet wohl die älteste jüdische Begräbnisstätte.

Im Jahre 1680 genehmigte der Herzog von Sachsen-Hildburghausen die Errichtung eines Begräbnisplatzes in Weitersroda, der bis 1885 von den Juden der Kultusgemeinden Hildburghausen und Simmershausen benutzt wurde. 1714 wurde ein Jude vom Herzog zum Hoffaktor ernannt. 1726 lebten 12 Familien von Schutzjuden am Ort. Obwohl es mehrfach zu Vertreibungen kam (z.B. in den Jahren 1729 und 1743 Ausweisungen aus der Residenzstadt), entstand in Hildburghausen eine selbstständige jüdische Gemeinde. Ihre Mitglieder hatten noch keine eigene Synagoge, sondern hielten die Gottesdienste in einem Betsaal im Hinterhaus eines von Juden zur Miete bewohnten Privathauses ab. Die Kinder wurden ab 1729 in einem Schullokal im Hofe des Privathauses in der damaligen Unteren Marktstraße 31 unterrichtet.

Standort des Betsaals (bis 1811):
Untere Marktstraße 16.

Im 18. Jahrhundert wuchs die Zahl der Mitglieder der Kultusgemeinde beständig an: gehörten ihr 1743 acht Familien an, 1748 bereits 13 und 1796 schon 22 Familien mit 128 Personen. Durch Zuzug vergrößerte sich die Gemeinde zu Beginn des 19. Jahrhunderts weiter. Der Höhepunkt war 1833 erreicht: 146 jüdische Bürger lebten in Hildburghausen. Danach ging die Zahl zurück, zunächst leicht, nach 1900 stärker: 1848 113 Personen; 1856 38 Familien mit 106 Personen; 1898 114 Personen, 1924/25 noch 60, 1933 nur noch 25.



Betsaal Untere Marktstraße

Die Kultusgemeinde besaß seit dem 30. August 1811 eine eigene Synagoge im Hinterhaus des Anwesens des Hoffaktors Simon Levi Simon s. A., eine 1824 gegründete jüdische Schule und ein rituelles Tauchbad sowie einen Friedhof in der Gemeinde Weitersroda.

Diese Synagoge, 1811 im Hinterhaus des späteren (jüdischen) Bankhauses Strupp (nach 1945 befand sich hier die Staatsbank der DDR, heute die Dresdner Bank) eingeweiht, wurde nach der Enteignung des Bankhauses am 1. Oktober 1933 geschlossen und abgerissen. Von der ehemaligen Synagoge sind nur noch Mauerreste im Hinterhof der Bank vorhanden. Das Wohnhaus des Hoffaktors Simon Levi Simon s.A. hingegen ist erhalten geblieben. Es steht unter Denkmalschutz und ist Eigentum der Dresdner Bank. Standort der Synagoge: Untere Marktstraße 4.



Bankhaus Strupp, Untere Marktstraße



*Mauer der einstigen
Synagoge im Hinterhof
Untere Marktstraße*

Ab dem 1. Oktober 1933 wurde im Gartenhaus des jüdischen Fabrikanten Gasenheimer (spätere Firma Kätsch) eine neue Synagoge eingerichtet. Sie wurde am 9. November 1938 geschändet, die Inneneinrichtung herausgebracht und verbrannt. Dieses Gebäude, das sich nach 1945 auf dem Gelände der volkseigenen Handelsorganisation befand, verfiel in der Folge immer mehr und wurde Ende 2005 abgerissen – ungeachtet der Bemühungen von K. H. Roß um den Erhalt. Ehemaliger Standort des letzten Synagogengebäudes von Hildburghausen: Gerbergasse / Heimstraße.



*Notsynagoge im Hinterhof,
Untere Marktstraße*

*Frühere jüdische Schule in der
Unteren Braugasse*



Die Jüdische Schule wurde am 27. September 1824 als Schenkung des herzoglichen Hoffaktors Simon Levi Simon gegründet. Im Schulhaus war neben den Unterrichtsräumen für die Kinder auch eine Wohnung für den Vorsänger und Lehrer vorhanden. Im Jahre 1922 musste die Schule (letzter Lehrer war Jacob Mühlfelder s.A.) wegen Schülermangels geschlossen werden. Das Gebäude ist heute noch als Bauwerk erhalten. Standort der einstigen jüdischen Schule: Untere Braugasse 10.

Die Mikwe, die allen Gemeindemitgliedern zur Verfügung stand, befand sich im Hinterhof eines jüdischen Geschäftshauses. Dieses Gebäude ist, wenn auch umgebaut, heute noch erhalten, während von dem Ritualbad nichts mehr vorhanden ist. Standort der einstigen Mikwe: Ecke Obere Marktstraße 41 / Knappengasse.

Weitere Zeugnisse jüdischer Existenz sind der auf dem Marktplatz neu aufgestellte Herzog-Georg-Brunnen, der von dem am 11. Mai 1852 in Eisfeld geborenen Juden und späteren Ehrenbürger der Stadt Hildburghausen Max Michaelis s. A. gestiftet wurde. Der Brunnen hat sogar die NS-Zeit unbeschadet überstanden, wurde zu DDR-Zeiten am Theater der Stadt aufgestellt und ist ab 1995 wieder an seinem ursprünglichen Standort auf dem Marktplatz zu sehen. Daneben gibt es eine nach Max Michaelis benannte Straße.

In Hildburghausen gab es ab 1795 ein (Sachsen-Hildburghäusisches, ab 1826 Sachsen-Meiningisches) Lehrerseminar, an dem neben den christlichen auch die jüdischen Lehramtsanwärter ausgebildet wurden; letztere sogar in speziellen jüdischen Fächern! Hier unterrichteten bedeutende jüdische Persönlichkeiten, z. B. Salomon Steinhardt, s. A. und Julius Rosenthal, s. A. Das letzte Schulgebäude des Seminars (erbaut 1897/98) ist noch erhalten: Es beherbergt jetzt die Regelschule II „Joliot Curie“. Links vom Hauptgebäude befindet sich ein kleineres Bauwerk, die frühere Taubstummenschule, an der auch jüdische Lehrer unterrichteten. Standort des Lehrerseminars: Geschwister-Scholl-Straße 13.



*Einstige Mikwe:
Obere Marktstraße / Knappengasse*



ehemaliges Lehrerseminar (jetzt Gymnasium)

Hohengandern (Landkreis Eichsfeld)

Hier waren um 1600 Juden im Schutz der Herren von Hanstein ansässig.

Ilmenau (Landkreis Ilm-Kreis)

Die mittelalterliche Schreibweise des Ortsnamens führt zu häufigen Verwechslungen mit Stadtilm, wo im Mittelalter (anders als in Ilmenau) auch Juden lebten.

Erst im 16. Jahrhundert sind in Ilmenau Juden belegt; einzelne Nachrichten stammen aus den Jahren 1531, 1538/40, 1547, 1553–1558, 1560–1562 und 1565. Auch die in Ilmenau lebenden Juden dürften davon betroffen gewesen sein, dass im Jahr 1555 die Schutzbriefe für die in der Grafschaft Henneberg lebenden Juden nicht mehr verlängert wurden. An ihre Anwesenheit erinnern das vermut-

lich erst Mitte des 16. Jahrhunderts errichtete „Judentor“ und die von diesem zum Markt führende, noch im 19. Jahrhundert so genannte „Judengasse“ (später in Weimarer Straße umbenannt).

Erst nach 1870 siedelten sich wieder Juden in Ilmenau an. Ab 1880 entwickelte sich eine jüdische Kultusgemeinde („Israelitische Religionsvereinigung“) mit zunächst acht (1880), später 52 (1895) und schließlich 80 Mitgliedern. Sie besaß keine eigene Synagoge; für kultische Zwecke benutzte sie ab 1891 Räume im Hintergebäude des Wohnhauses Burggasse 4. Hier war auch ein Betsaal vorhanden, der am 9. November 1938 geplündert und geschändet wurde; die Inneneinrichtung und die Ritualien wurden auf dem Marktplatz verbrannt. Vermutlich ab dem gleichen Jahr wurde dieses Hintergebäude als Wohnung genutzt und schließlich um 1987/88 wegen Baufälligkeit abgerissen. Die Verstorbenen der Israelitischen Religionsvereinigung wurden auf dem jüdischen Friedhof in der Stadt Plaua beerdigt.

Standort des einstigen jüdischen Betsaals: Burggasse 4 (früheres Hintergebäude).

An die Existenz von Juden in Ilmenau erinnert heute eine Gedenktafel für die jüdische Familie Gronner mit folgendem Wortlaut: „Dieses Geschäftsgebäude wurde im Jahre 1929/von Samuel und Helene Gronner an der Stelle des/ehemaligen Pfarramtes Ilmenau erbaut. Das/nationalsozialistische Gewaltregime deportierte/beide am 5. Mai 1942 nach dem Osten in den /sicheren Tod./Diese Tafel dient ihrer Erinnerung und als stete/Mahnung an kommende Geschlechter zur /menschlichen und gegenseitigen Toleranz./Datum der Weihung Juli 1993.“

Standort der Gedenktafel: Friedrich-Hofmann-Straße 7.



Gedenktafel

Immenrode (Landkreis Kyffhäuserkreis)

Hier sind handeltreibende Juden seit dem zweiten Viertel des 18. Jahrhunderts belegt. 1720 erfolgte der erste vergebliche Versuch eines Juden um Aufnahme in jenem zur Unterherrschaft [Schwarzburg-] Rudolstadt gehörigen Dorf. Doch erst sieben Jahre später, am 6. August 1727, erteilte Fürst Friedrich Anton von Schwarzburg-Rudolstadt zwei jüdischen Familien den fürstlichen Schutzbrief. Bis 1737 ließen sich weitere neun Familien am Ort nieder, womit sie einen Bevölkerungsanteil von 10 Prozent bei ca. 500 Einwohnern stellten. Zur Unterscheidung eines gleichnamigen Ortes bei Nordhausen und da es die größte Gemeinde im Schwarzburg-Rudolstädter Territorium wurde (zeitweise waren bis zu 18 Prozent der Einwohner Juden), nannte man es „Juden-Immenrode“. 1750 gab es 18 jüdische Haushalte und 1853/54 lebten hier 145 Juden (24 Familien). Danach setzte im Zuge des Emanzipationsprozesses eine Abwanderung ein. 1872 lebten 44, 1907 noch elf und 1913 nur noch sieben Juden im Dorf. Sie bewohnten bis ins 19. Jahrhundert ein eigenes, eingezäuntes Viertel; das Ghetto befand sich im oberen Teil des Dorfes.

Seit Anfang der 30er-Jahre des 18. Jahrhunderts nutzte die Gemeinde eine gemietete Scheune provisorisch als Synagoge. Per Dekret vom 18. November 1750 erhielten sie vom Fürsten Johann Friedrich von Schwarzburg-Rudolstadt die Genehmigung zur Errichtung einer Synagoge. Das schließlich bis in das 20. Jahrhundert benutzte Gebäude wurde 1926 verkauft und zwischen 1933 und 1935 abgerissen. Standort der einstigen Synagoge: Grundstück Hauptstraße 20, einst von der Straße etwas zurückversetzt gelegen (zwischen den Häusern Hauptstraße 19 und 21 und dem rückwärtigen Teil des Gebäudes Kirchstraße 1). Die Gemeinde besaß außerdem eine Mikwe, deren Erbauungszeit und Standort bisher nicht ermittelt werden konnten. Bekannt ist nur, dass den Frauen für ihr rituelles Tauchbad 1750 ein öffentlicher, abgelegener Brunnen zugewiesen wurde. Daneben hatte die jüdische Gemeinde eine eigene jüdische Schule. Der seit ungefähr 1752 mit Unterbrechungen durchgeführte Unterricht war 1873 eingestellt worden, da nur noch ein schulpflichtiges jüdisches Kind in Immenrode lebte. Die jüdische Schule, die sich zuletzt im Wohnhaus des Lehrers befand, wurde zwischen 1951 und 1955 abgerissen. Das Gebäude stand vorher Evakuierten zur Verfügung. Standort des einstigen jüdischen Schulhauses: Grundstück Hauptstraße 4.

Außerhalb des Dorfes befindet sich der Friedhof der jüdischen Gemeinde. Lage des Friedhofs: auf dem Müllerberg etwa 2,5 Kilometer südöstlich des Ortes, neben einer Waldinsel.







Standort: Man verlässt Immenrode von der Ortsmitte (Kirche) in Richtung Himmelsberg / Sondershausen. Kurz vor dem Ortsende biegt man von der Hauptstraße links in eine befestigte Gasse ab, die zum Sportplatz führt (Hinweisschild „Sportstätte“). Auf diesem befestigten Weg bleibt man, den Sportplatz rechts neben sich lassend, auch nach dem Ortsende, wo er in einen relativ festen Feldweg übergeht. Diesem Feldweg folgt man noch ca. 1,8 Kilometer, bis linker Hand eine Waldinsel zu sehen ist, zu der ein breiter, ebenfalls unbefestigter Feldweg direkt hinführt, der links vom ersten Feldweg abzweigt. An dieser Abbiegung kann das Fahrzeug abgestellt werden um zu Fuß auf dem links abbiegenden Feldweg weiterzulaufen. Man überschreitet nach ca. 150 Metern eine kleine Steinbrücke und geht dann, schräg über eine Wiese, auf die Spitze der Waldinsel zu. Zwischen Wiese und Waldrand ist ein Graben, an dem man rechts bis zu seinem Ende (und dem anderen Ende der Waldinsel) entlanggeht. Sofort nach dem Ende der Waldinsel schließt sich eine ca. 0,15 ha große Fläche an, die mit Laub- (und z. T. mit Obstbäumen) bewachsen und von einer Hecke (ab 1871) umgeben ist. Wenn man durch die Hecke tritt, ist der Friedhof erreicht.

Zustand: Rest eines Friedhofes mit einigen wenigen Grabsteinen und Grabsteinfragmenten. Es ist zu erkennen, dass der Friedhof gesäubert und auch zeitweise betreut wird. Allgemeine Übersicht: Wahrscheinlich um 1750, möglicherweise aber bereits früher angelegt; Begrenzung des Friedhofsareals durch eine Hecke; alle Grabsteine sind umgestürzt; in der Mitte der Fläche sind noch etwa 13 neuere Grabsteine (z.B. die des Mendel Heilbrunn s.A., gest. 18. Mai 1887; Selig David, gest. 1865; Selig Peiser, gest. 1890; Beritz Baumann, gest. 1867), und Grabsteinfragmente sind erkennbar; mehrere Grabeinfassungen sind noch vorhanden; auf der Fläche zwischen der Grabsteingruppe in der Mitte des Friedhofes und dem Waldrand sind deutlich ca. 12 sehr alte Grabsteine zu sehen, die aber bereits zu 90 Prozent im Boden versunken sind; Schändung am 9. November 1938 durch Dorfbewohner; zu einem späteren Zeitpunkt sollen Grabsteine entwendet und zu christlichen Grabsteinen „umgearbeitet“ worden sein; letzte Bestattung im Jahre 1937, das Grab ist aber nicht auffindbar.

Jena (kreisfreie Stadt)

1379 wird in einer Urkunde ein in Jena wohnhafter (namentlich nicht genannter) Jude erwähnt. 1406 sind „Jüdengasse“ (vier Häuser) und „Jüdengraben“ (jetzt: Rathenaustraße) belegt; 1418 lebten in Jena 12 erwachsene Männer und vier Frauen jüdischer Religionszugehörigkeit. Die Juden erhielten Schutzbriefe vom Landesherrn, dem Landgrafen von Thüringen. Sie verfügten über eine Synagoge (Judenschule an der Ecke der Leutragasse, 1431). Vielleicht schon 1431, spätestens 1452 wurden die Juden aus Jena vertrieben.

Das gesamte, im Mittelalter von den Juden bewohnte Areal ist heute völlig anders strukturiert. Die alten Straßenzüge sind nicht mehr erkennbar, auf dem Gelände steht jetzt ein Hochhaus (zunächst Universität, jetzt Sitz der Firma Intershop). Standort des Hochhauses: Leutragraben 2.

1784 / 85 stimmten die Herzöge von Sachsen, die Unterhalter der Universität waren, der Immatrikulation nicht getaufter Juden an der Universität zu. Die dauerhafte Ansiedlung in der Stadt wurde den Juden jedoch erst 1825 wieder gestattet. Diese gründeten später eine jüdische Gemeinde, die „Israelitische Religionsgemeinschaft“, die jedoch nicht den Status einer Kultusgemeinde im Sinne einer Körperschaft des öffentlichen Rechtes hatte. Mitgliederzahlen: 30 (1880), 64

Häuser in denen sich zeitweise der Betsaal befand: Scheidlerstraße 3/Friedrich-Engels-Straße 52



(1890), 85 (1895), 61 (1900), 145 (1905), 168 (1924/25), etwa 150 (1932/33), 111 (16. Juni 1933) und noch 34 im Jahr 1938. Die Gemeinde besaß keine Synagoge, wohl aber einen Betsaal im Haus Scheidlerstraße 3 (im Haus des Gemeindegliedes Hermann Friedmann) und möglicherweise zeitweilig auch im Haus Schützenstraße 52. Standorte des jeweiligen Betsaals: Scheidlerstraße 3; Friedrich-Engels-Straße 52 (früher Schützenstraße 52).

Beide Bauwerke, in denen sich einst ein als Betsaal genutzter Raum befand, existieren heute noch als Privatbesitz. An die frühere Existenz der kleinen jüdischen Gemeinde erinnert heute daher nur noch bürgerliches Engagement, das die Erinnerung wachhält.

Kahla (Landkreis Saale-Holzland-Kreis)

Die hier lebenden Juden wurden im Jahr 1349 Opfer der Verfolgung. Danach ist erst 1382 wieder ein Jude in Kahla belegt. Aus den Jahren 1423 bis 1425 finden sich Belege für vier in Kahla ansässige, berufstätige Juden (drei Männer, eine Frau). Letzte Belege stammen aus dem Jahr 1432.

Danach gibt es keinerlei weitere Zeugnisse jüdischen Lebens mehr in Kahla.

Kaltennordheim (Landkreis Wartburgkreis)

Einer der Juden, die 1552 einen Schutzbrief des Grafen von Henneberg erhielten, lebte in (Kalten-) Nordheim. Er dürfte mit den übrigen Juden nach 1555 aus der Grafschaft vertrieben worden sein. 1574 wurde hier ein namentlich nicht bekannter Jude hingerichtet.

Schon vor 1848 betrieb in Kaltennordheim ein Jude sein Geschäft im Wirtshaus „Zum Hirsch“. Er hatte allerdings über Nacht in seinen Wohnort (Aschenhausen) zurückkehren müssen. Erst nach 1848 konnten sich Juden am Ort ansiedeln. 1895 waren es 48 Personen (von 1636 Einwohnern). Diese Juden besaßen keine Synagoge, sondern für kurze Zeit lediglich eine Betstube im Haus Sonder (Meininger Straße 10).

Die letzten in Kaltennordheim lebenden Juden wurden 1942 in einem im Besitz der Familie Richheimer (Tuchhändler) befindlichen Haus am Neumarkt zusammengetrieben und am folgenden Tag deportiert.

Standort des Hauses, in dem einst die Kulthandlungen stattfanden: Meininger Straße 10.

Außer Urkunden gibt es heute keinerlei Zeugnisse jüdischer Vergangenheit mehr in Kaltennordheim.

Kapellendorf (Landkreis Weimarer Land)

Der Rat der Stadt Erfurt, der Ort und Burg Kapellendorf gehörten, stellte 1381 einen Schutzbrief für einen Juden aus, der sich in Kapellendorf oder Mühlberg niederlassen sollte. 1382 ist in der Tat ein in Kapellendorf wohnhafter Jude belegt. Spätere Nachrichten fehlen.

Kölleda (Landkreis Sömmerda)

Im Jahr 1303 wurden zahlreiche Juden in Weißensee und benachbarten Orten, auch Kölleda, umgebracht. Einzelne Belege, dass Juden in Kölleda ansässig waren, stammen aus den Jahren 1360 und 1526. Spätere Nachrichten fehlen.

Königsee (Landkreis Saalfeld-Rudolstadt)

Hier lebten Juden, die 1298 im Zuge der „Rindfleisch-Verfolgung“ ermordet wurden. Danach gibt es keine weiteren Zeugnisse jüdischer Vergangenheit mehr in Königsee.

Marisfeld (Landkreis Hildburghausen)

Am 26. September 1679 erhielt der Marisfelder Schlossherr Johann Friedrich Marschalk von Ostheim durch Herzog Friedrich I. von Sachsen-Gotha die Erlaubnis, einen „Schirm- und Schutzbrief“ für einen Juden auszustellen. Seitdem war es Juden möglich, sich in Marisfeld anzusiedeln. 1822 lebten hier 121, 1831 etwa 160 und 1865 etwa 200 Juden bei insgesamt ungefähr 600 Einwohnern. Sie arbeiteten in der Landwirtschaft, als Viehhändler und Fuhrleute. Nach dem großen

Dorfbrand von 1866 zogen viele jüdische Familien nach Themar oder Meiningen. 1942 wurden die drei letzten in Marisfeld ansässigen jüdischen Bürger deportiert.

Als Wohnhaus für die im 17. Jahrhundert zugezogenen Juden diente zunächst der „Judenbau“, ein dreistöckiges Gebäude in unmittelbarer Nähe der Kirche, in dem auch die Synagoge untergebracht war und das 1867 abgerissen wurde. Die Fundamente konnten bei der Erneuerung des Dorfplatzes festgestellt werden, sind jetzt aber nicht mehr zu sehen. Standort des „Judenbaus“: Dorfplatz vor der Kirche.



Ehemalige Synagoge

Bereits 1832 wurde eine neue Synagoge gebaut, weil in dieser Zeit der kleine Betsaal für die wachsende Gemeinde nicht mehr ausreichte. Sie wurde bis in die 1930er-Jahre genutzt, ging dann in private Hände über und blieb deshalb von einer Zerstörung durch die Nationalsozialisten verschont. Das Gebäude dient heute als Wohnhaus; Spuren der ursprünglichen Funktion sind nicht mehr feststellbar. Standort der neuen Synagoge: Themarer Straße.

Das alte jüdische Schulgebäude hat neben dem Gutsbrauhaus und der Branntweinbrennerei gestanden. Als es für die wachsende Schülerzahl zu klein geworden war, wurde es vom Gutsbesitzer zum Abbruch verschenkt. 1832 erwarb die jüdische Gemeinde ein neues Schulhaus unmittelbar neben der neuen Synagoge; in der Folgezeit sind hier jährlich etwa 20 Kinder unterrichtet worden. 1861 erhielt das Gebäude ein zweites Stockwerk. Auf der Grundlage des Volksschulgesetzes kam es 1875 zur Vereinigung von jüdischer und christlicher Schule. Das Gebäude ging in privaten Besitz über, wurde später als Gastwirtschaft und Wohnhaus genutzt. Standort: Themarer Straße.

Für die rituellen Waschungen wurde der Gemeinde zunächst ein herrschaftliches Gebäude zur Verfügung gestellt, in das die Mikwe eingebaut werden konn-

te; sie hatte eine ausgemauerte Quelle mit Zu- und Abfluss und einen Wasserstand von 1,70 Metern. 1837 wurde eine neue Mikwe im Garten neben der Synagoge gebaut und das alte Bad wurde zugeschüttet. Von der neuen Mikwe ist nichts mehr erhalten. Standort: Garten neben Synagoge und Judenschule, Themarar Straße.



Ehemaliges Schulhaus

Von der Zugehörigkeit jüdischer Bürger zur Dorfgemeinschaft zeugt die Westfassade eines Wohnhauses in der Dillstädter Straße, an der ein geschiefelter Davidstern zu sehen ist. Standort: Dillstädter Straße, nach der Kreuzung mit der Schmeheimer Straße etwa 200 Meter Richtung Dillstädt.

Vermutlich wurde bereits im 17. Jahrhundert vom Gutsherrn ein Grundstück zur Verfügung gestellt, das als Friedhof genutzt werden konnte. 1848 wurde der jüdischen Gemeinde vom Gutsherrn, Freiherrn v. Stockmar, ein Friedhofsgrundstück von etwa 4000 Quadratmetern überlassen. Bestattet wurden hier auch jüdische Verstorbene

aus dem nahe gelegenen Themar. Heutiger Eigentümer ist die jüdische Landgemeinde.

Standort: Auf dem Guhligsberg, etwa 1,5 Kilometer östlich des Ortes. Von der Ortsmitte (Kirche) in Richtung Themar, unmittelbar nach dem Dorfende biegt links ein 200 Meter langer, befahrbarer Weg zum Friedhof ab. Zustand: Ordentlich.

Allgemeine Übersicht: Das rechteckige Friedhofsareal, das sich auf sehr feuchtem Boden befindet, ist von einem Holzzaun umgeben und besitzt zwei Eingänge. Am Zugang vom Dorf her sind die alten Türpfosten noch erhalten; am rechten Pfosten ist das Datum 1853 zu erkennen. Erkennbar sind noch 158 Grabstätten; einige Grabsteine sind gänzlich im Erdboden versunken. Die ältesten Stelen tragen hebräische Schriftzeichen und sind z.T. sehr verwittert, deshalb kaum noch lesbar; zu erkennen sind Symbole wie der Davidstern, Segenshände und die Levitenkanne. Die neueren Grabsteine tragen Inschriften in hebräischer und deutscher Schrift. 1938 erfolgte die letzte Bestattung. Der Friedhof wurde im 3. Reich geschändet.





Meiningen (Landkreis Schmalkalden-Meiningen)

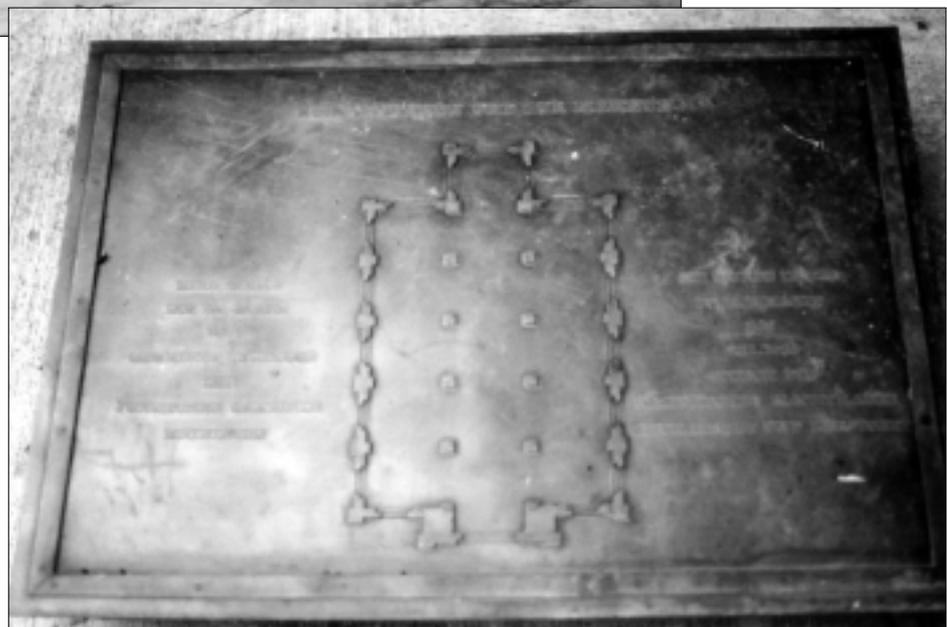
Die Judengemeinde in Meiningen ist mehrfach (1243, 1298) Opfer von Verfolgung geworden. Am 10. April 1349 wurde ein Teil der Juden erschlagen, andere wurden am 17. Juli 1349 verbrannt. Ein Überlebender ließ sich 1357 in Erfurt nieder. Die leerstehende Synagoge wurde 1384 in eine Marienkapelle umgewandelt. 1373 soll es wieder Juden in der Stadt gegeben haben. 1377 ist ein nach Meiningen benannter Jude in Rothenburg ob der Tauber belegt. 1422 wurde festgestellt, dass an Juden weder Wohnungen vermietet noch verkauft werden durften.

Im November 1486 verkaufte ein Meininger Bürger ein vor dem Unteren Tor gelegenes Grundstück auf einem Flecken namens „Judengrab“; dabei dürfte es sich um den ehemaligen Judenfriedhof gehandelt haben; das Gelände, inzwischen ein Gemüsgarten, wurde im Dezember 1497 dem Hospital vermacht. 1525 forderten die Bürger zu Meiningen vergeblich die Vertreibung der Juden. 1542 kam Meiningen im Tausch vom Hochstift Würzburg an die Grafen von Henneberg, die es schon zuvor zeitweise als Pfand besessen hatten. 1543 und 1552 wird ein am Ort lebender Jude erwähnt, der aber nach 1555 wie alle Juden die Grafschaft verlassen musste. Aus der Folgezeit gibt es nur wenige Belege für die Anwesenheit einzelner Juden (1561, 1621).

Standort der historischen Synagoge: am Kapellenplatz. Der genaue Standort des historischen Friedhofes konnte nicht ermittelt werden. Vor dem unteren Tor liegt heute der Englische Garten.

Erst im 19. Jahrhundert konnten sich in Meiningen wieder Juden niederlassen. Zuvor hatten Juden lediglich Genehmigungen zur Eröffnung von Geschäften erhalten; wohnhaft waren und blieben diese Juden, darunter der Gründer der Firma Strupp, im nahe gelegenen Dreißigacker. Noch im Jahr 1819 wehrten sich die Meininger Bürger gegen den Zuzug und die geschäftliche Tätigkeit von Juden, die Häuser erworben hatten. 1831 wurde außerhalb der Stadt an der heutigen Bernhardstraße ein jüdisches Kauf- und Gewerbehaus errichtet („Basar“, später Lutherschule). 1837 wohnten zwei jüdische Familien (beide namens Romberg) in der Stadt und 1844 gab es wieder 29 Juden in Meiningen. 1856 erhielten die im Herzogtum Sachsen-Meiningen lebenden Juden die bürgerliche Gleichberechtigung; 1869 fielen die letzten Beschränkungen. 1866 wurde die Israelitische Kultusgemeinde Meiningen gegründet, die aus 28 Familien bestand und der sich 1867 die in Dreißigacker lebenden Juden anschlossen. Ab 1871 war Meiningen

auch Sitz des Landrabbinats für Sachsen-Meiningen. Die Gemeinde erwarb 1870 einen eigenen Friedhof an der Nordseite des christlichen Friedhofes an der Berliner Straße; bis dahin waren die Juden aus Meiningen in Dreißigacker oder Walldorf begraben worden. Am 13./14. April 1883 wurde am Pulverrasenweg/Ecke Mauergasse die neue Synagoge eingeweiht; der Pulverrasenweg wurde in Synagogenstraße umbenannt. 1895 lebten von den 1428 im Herzogtum wohnenden Juden 470 in der Residenzstadt. Die Israelitische Religionsschule wurde 1898 von 58 jüdischen Schulkindern besucht. Diejenigen Juden, die noch nicht ausgewandert waren, wurden 1941 in einem so genannten „Judenhaus“ konzentriert und im Mai bzw. September 1942 in die Vernichtungslager deportiert.



Synagogendenkmal

In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 war die Synagoge verwüstet worden und ausgebrannt, die Trümmer wurden später beseitigt. Im Jahre 1988 wurde auf dem einstigen Synagogengrundstück ein Gedenkstein mit der folgenden Inschrift errichtet: HIER STAND / DIE IM JAHRE 1883 / GEWEIHTE SYNAGOGE / DER / JUEDISCHEN GEMEINDE / MEININGEN / SIE WURDE IN DER/ POGROMNACHT / AM / 9.11.1938 / DURCH DIE / NAZISTISCHEN MACHTHABER/ GESCHÄNDET UND ZERSTÖRT.

Standort der Synagoge (heute des Gedenksteins): Am Pulverrasen (von 1887 bis 1933 „Synagogenstraße“. Diese Umbenennung wurde bis heute nicht rückgängig gemacht).

Ab 1941 mussten alle noch in Meiningen verbliebenen Juden bis zu ihrer endgültigen Deportation im Jahre 1942 in die Todeslager des Ostens in einem ghettoartigen „Judenhaus“ – der Brockenburg – ein menschenunwürdiges Dasein fristen. Dieses Gebäude gibt es heute noch. 1988 wurde daran eine Gedenktafel mit der folgenden Inschrift angebracht: „In diesem Haus wurden während / der faschistischen Diktatur / jüdische Bürger unter / ghettoartigen Bedingungen / bis zu ihrer Deportation / in Vernichtungslager / gefangen gehalten.“

Standort des Ghetto-Hauses „Brockenburg“: Sachsenstraße 5/6.

In Meiningen wurde am 12. Juni 1890 Fritz (Peretz) Bernstein geboren, einer der Gründer des Staates Israel. Bernstein (gest. 1971), der neben D. Ben Gurion und dem Religionsminister auf dem berühmten Foto zu sehen ist, das bei der Verlesung der Unabhängigkeitserklärung entstand, war Vorsitzender der liberalen Partei und zeitweilig Minister für Handel und Industrie. Das Geburtshaus (Georgstraße 4) wurde vor längerer Zeit abgerissen, das Grundstück neu bebaut. Die Anbringung einer Erinnerungs-Plakette ist in Vorbereitung.

Lage des Friedhofs: In der Stadt an der Nordseite des christlichen Friedhofs in der Berliner Straße.

Standort: Berliner Straße.

Von der Ortsmitte von Meiningen fährt man stets den Hinweisschildern in Richtung Bahnhof und Suhl nach. Unmittelbar hinter der großen Eisenbahnunterführung (Tunnel) biegt man nach rechts in die Berliner Straße ab und bleibt auf dieser. Nach etwa 600 Metern befindet sich auf der linken Seite der Eingang zum Städtischen Friedhof. Direkt nach dem Eingang biegt man scharf links ab und geht diesen Friedhofsweg geradeaus entlang. Am Ende dieses Weges – noch vor dessen Abbiegung nach rechts – beginnt der jüdische Friedhof (der jüdische Teil des Städtischen Friedhofes Meiningen). Zustand: ordentlich.

Allgemeine Übersicht: Die Begrenzung des Friedhofs wird teilweise durch eine Mauer, einen Holzzaun und eine Hecke (und im oberen Teil durch ein Leichenhaus) gebildet. Auf der rechten Seite (vom Eingang aus gesehen) ist der jüdische Friedhof gegen den christlichen durch eine Steinmauer abgegrenzt. Aufgeteilt ist der Friedhof in drei Teile auf verschiedenen Ebenen. Es befinden sich dort Grabsteine aus allen Epochen von 1874 bis 1941. Auf der mittleren Fläche (von der unteren Fläche durch sechs Stufen zu erreichen) befinden sich keine Gräber. Dort sind aber auf der rechten Seite (an der Mauer zum christlichen Friedhof) heute noch – leider nicht mehr lesbar – die Überreste eines Denkmals für die jüdischen Gefallenen des Ersten Weltkrieges erkennbar, auf der linken Seite ein heute nicht mehr genutzter separater Eingang. Der Friedhof ist mit zahlreichen Laubbäumen (Linden, Flieder) bewachsen. Ein früherer Mittelgang (= Lindenallee) ist auch jetzt noch gut zu erkennen.





Mittelhausen (Stadt Erfurt)

1565 lebte im Dorf für kurze Zeit ein einzelner Jude. Spätere Belege fehlen.

Mühlhausen (Landkreis Unstrut-Hainich-Kreis)

Juden haben sich wohl schon vor der Mitte des 13. Jahrhunderts in Mühlhausen niedergelassen, da in der Folgezeit mehrfach an anderen Orten Juden belegt sind, die sich nach Mühlhausen nennen, also von dort stammen. Juden, die am Ort Handel trieben, erwähnt auch das zwischen 1220 und 1266 entstandene Mühlhäuser Rechtsbuch. Die Einwohner von Mühlhausen, Christen und Juden, wurden 1278 durch den Landgrafen von Thüringen von bestimmten Abgaben befreit. 1302 gestattete der Rat den Juden den Erwerb von Höfen in der Stadt. Im Februar 1320 wurde die Stadt durch einen päpstlichen Beauftragten aufgefordert, bestimmte, namentlich genannte Juden wegen zu hoher Zinsen zu vertreiben. Im Frühjahr 1349 rief der Landgraf von Thüringen dazu auf, die Juden nicht länger als „Brunnenvergifter“ umzubringen. Am 21. März 1349 wurde die Mehrzahl, darunter der Rabbiner Elieser, erschlagen. Im Anschluss kam es zu einem erbitterten Streit um die Habe dieser Juden. Einzelne jüdische Überlebende sind in den 1360er Jahren in Erfurt nachweisbar.

In Mühlhausen war Juden seit 1374 wieder die Niederlassung erlaubt. Schon kurze Zeit später sind die ersten Juden wieder am Ort wohnhaft; 1406 waren es sechs, 1418 18, 1445 elf und 1452 zehn Familien. Diese Juden lebten – ohne strenge Trennung von den Christen – im Bereich der heutigen Judenstraße, wo sich auch die Synagoge (1380 / 1407) und die Schule (1407) befanden. Der Friedhof, erstmals 1417 belegt, lag vor der Burgpforte (Judenberg). Vorstand der Gemeinde (Parnas) war zwischen 1406 und 1411 Moses von Nordhausen. 1431 wurde der Rabbiner Simon von Magdeburg in Mühlhausen aufgenommen. An der Spitze der Gemeinde standen vom Rat der Stadt eingesetzte Parnassim. Der Rat beanspruchte das alleinige Recht zur Aufnahme von Juden. Er versuchte einerseits, ihre Zahl zu regulieren, andererseits aber auch, seine Mitglieder vor finanziellen Forderungen des Reiches zu schützen.

Im Herbst 1452 kam es zu einem erneuten Pogrom in Mühlhausen: die Juden wurden inhaftiert, aber nach kurzer Zeit wieder freigelassen. Die Mehrzahl verließ daraufhin die Stadt auf Dauer. Einzelne, in der Stadt ansässige Juden aber sind

zwischen 1455 und 1510 immer wieder belegt; nach 1471 gibt es Belege für die Existenz einer Kultusgemeinde, die aber 1511 ein abruptes Ende fand. Die Gründe werden aus den Quellen nicht deutlich, können aber im harten Vorgehen des Rates gegen einzelne Juden 1507 und 1510 gelegen haben. Die Synagoge wurde 1513 verkauft; 1561 wurde vom Rat festgestellt, dass die Juden für alle Zeit aus der Stadt verbannt bleiben sollten.

Nach 1635 bemühte sich die Stadt wieder um die Ansiedlung von Juden. Deren Zahl blieb allerdings zunächst klein. 1670 erwog die Stadt, die alte, vermutlich ungenutzte Synagoge abzureißen. 1781 lebten 14 jüdische Familien in der Stadt; 1793 waren es 78 Personen. Für durchziehende Juden gab es eine Herberge (am Petristeinweg). 1777 und 1826 diente ein Haus in der Georgi-Vorstadt (Sondershäuser Str. 27) dem gleichen Zweck. Standort der „Judenherberge“: Sondershäuser Str. 27; das Haus wurde 2000 abgerissen.

Von 1802 bis 1807 und erneut nach 1815 war Mühlhausen preußisch; von Juli 1807 bis 1815 gehörte es zum Königreich Westfalen. 1806 kam es zur Gründung



Gedenktafel an der Villa Oppé

Judenherberge (inzwischen abgerissen)

einer Jüdischen Gemeinde. Nach 1807 nahmen die Juden feste Familiennamen an. 1808 beantragten sie die Erlaubnis zum Abhalten von Gottesdiensten. Zu diesem Zeitpunkt waren elf jüdische Familien in der Stadt wohnhaft; 1827 lebten hier 103 Juden, 1854 waren es bereits 191. Am 2. Mai 1839 wurde der Antrag für den Bau einer Synagoge auf dem rückwärtigen Teil des Grundstücks Judenstraße 866 (später Nr. 13, heute Nr. 24) gestellt, Anfang 1840 eine Baugenehmigung erteilt; 1841 oder 1842 fand die Einweihung statt. Innerhalb neuer Rahmenbedingungen (Preußisches Gesetz über den jüdischen Kultus vom 23. Juli 1847) durfte sich die Jüdische Gemeinde seit dem 6. März 1853 „Synagogengemeinde“ nennen; 1855 erhielt sie Statuten; 1881 hatte sie 196 Mitglieder. Diese Gemeinde besaß neben der Synagoge auch eine Religionsschule in der Judenstraße 13 (Vorderhaus). Diese Schule besuchten in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts durchschnittlich 20 bis 40 jüdische Kinder. Im 19. und 20. Jahrhundert gab es in Mühlhausen mehrere Vereine, unter anderem den jüdischen Frauenverein, den Humanitätsverein für Handwerker und Lehrlinge sowie die Chewra Kadischa (Beerdigungsverein).

Zentrum des gesellschaftlichen Lebens der Juden war im 19. Jahrhundert das Oppésche Haus am Lindenbühl. Hier wurde – zum Gedenken für die ermordeten Juden Mühlhausens – am 10. September 1985 eine steinerne Gedenktafel mit folgendem Wortlaut enthüllt: „Zum Gedenken / an die jüdischen Opfer des / Faschismus von Mühlhausen / 1933–1945“. Standort der Villa Oppé mit Gedenktafel: Lindenbühl 17 (früher Leninstraße).

Am 10. November 1938 drangen Angehörige der SA und der NSDAP in die Synagoge ein, zerstörten die Inneneinrichtung und die Ritualien. Das Gebäude blieb jedoch erhalten. Auch das Inventar des jüdischen Gemeindehauses wurde vernichtet. Die Juden wurden in sogenannte „Judenhäuser“ (= Ghettos) zusammengepfercht. Von hier mussten sie die Fahrt in die Vernichtungslager antreten. Mit den Deportationen der Mitglieder der jüdischen Gemeinde am 10. Mai 1942 und 19. September 1942 (Sammeltransporte) bzw. mehreren Einzelverhaftungen zwischen Oktober 1943 und Februar 1945 erlosch das jüdische Leben in Mühlhausen – die Gemeinde war ausgerottet worden.

Standorte der einstigen „Judenhäuser“: Bastmarkt 1; Kilianistraße 47; Steinweg 45; Judenstraße 13.

Um 1947 wurde in der Stadt eine neue jüdische Kultusgemeinde innerhalb des Landesverbandes jüdischer Gemeinden in Thüringen wiederbegründet. Sie wurde zwar formell nie aufgelöst, musste aber infolge des Wegzuges der meisten Mit-

glieder und der Überalterung der Verbliebenen schon Mitte der 1950er Jahre ihre Aktivitäten beenden.

Seit 1998 ist das Ensemble von jüdischem Gemeindehaus (Vorderhaus) und Synagoge (Hofgebäude) in der Judenstraße 24 (früher Nr. 13, bis zur Rückbenennung am 25. Juni 1990: Wahlstraße 24) saniert und wird zurzeit als Dokumentations-, Gedenk- und Begegnungsstätte genutzt. Die Eigentümerin, die Jüdische Landesgemeinde Thüringen (Sitz Erfurt) strebt an, dass die 1998 erneut geweihte Synagoge längerfristig wieder das Zentrum einer jüdischen Gemeinschaft wird.

Nach ihrer Schändung und Verwüstung 1938 diente die Synagoge als Lagerraum. Während der Almemor und die Bänke in der Mitte der Männersynagoge zerstört und entfernt worden waren, blieb der Aron Hakodesch auf der Längsseite, drei Türen auf der Nordseite, mehrere Original-Fenster und Einteilung in Männer- und Frauensynagoge (Empore) gut erkennbar. Der ursprüngliche Entwurf des städtischen Baumeisters Hofmeister verband viele Merkmale der ländlichen Hinterhaussynagogen mit repräsentativen Formen des Klassizismus. Die gottesdienstlich notwendigen Einbauten erfolgten 1998 als Ersatz der Zerstörungen in modernen Formen, um die Geschichte des Gebäudes sichtbar zu lassen. In der



Synagoge



Gemeindehaus/Schule



Synagoge

Synagoge selbst gibt es außer rituellen Gegenständen in Vitrinen keine musealen Expositionen.

Das Vorderhaus, früheres Gemeindehaus (mit Religionsschule und Rabbiner- oder Vorbeterwohnung), seit 1840 im Besitz der jüdischen Gemeinde, wurde ab 1938 als „Judenhaus“ (= Sammelstelle zur Deportation in die Konzentrationslager) missbraucht. Nach der Ausrottung der Gemeinde wurde es 1944 zum „Reichseigentum“ im Besitz des NS-Staates deklariert. Seit 1998 befindet sich im ehemaligen Schulzimmer eine kleine Bibliothek zum Judentum und in ehemaligen Nebenräumen eine Ausstellung zur regionalen jüdischen Geschichte.

Gemeindehaus und Synagoge können (außer Samstags und an hohen jüdischen Feiertagen) besichtigt werden. Interessenten setzen sich bitte mit der Mühlhäuser „Tourist-Information“ in Verbindung: Ratsstraße 20, D-99974 Mühlhausen (direkt neben dem Rathaus), Tel.: 03601 / 40 47 70; Fax: 03601 / 40 47 711; E-Mail: service@touristinfo-muehlhausen.de; Internet: <http://www.touristinfo-muehlhausen.de>



Synagoge

sen.de; Öffnungszeiten: Montag–Freitag: 9.00–17.00 Uhr; Samstag und Sonntag: 10.00–16.00 Uhr.

Die jüdische Gemeinde in Mühlhausen besaß wohl schon im Mittelalter einen eigenen Friedhof, der sich im Norden vor den Mauern der Stadt (heutige Straße „An der Burg“ – der Kaiserpfalz) befand. Seine Pforte ermöglichte den Zugang von Westen, von der heutigen „Stätte“ aus. Von hier aus zog sich das Friedhofsgelände schlauchförmig an der Stadtmauer entlang. Der 1417 erstmals urkundlich erwähnte Friedhof hat aber mit großer Wahrscheinlichkeit schon vor den ersten Judenverfolgungen 1349 an gleicher Stelle existiert.

1613, als in Mühlhausen schon keine Juden mehr lebten, wurde von der Stadt ein in der Nähe des Friedhofes befindlicher Rest des Burgwalls der Jahrhunderte zuvor von den Bürgern zerstörten Pfalz erhöht und nach dem jüdischen Friedhof „Judenberg“ benannt. Die erste Friedhofsmauer wurde 1767 errichtet (1849 eingestürzt), die Zweite 1874. Das Bemühen der Synagogengemeinde zu Mühlhausen in den Jahren 1851 bis 1870, den Friedhof zu erweitern, scheiterte. Am 20. August 1889 erhielt die Kultusgemeinde den Auftrag, den Friedhof „An der

Burg“ zu räumen, da die Stadt dort eine Straße bauen wollte. 1900/1901 wurde der gesamte Friedhof mit etwa 70 noch erkennbaren Grabstätten eingeebnet. Einige Gräber sind auf den „neuen“ jüdischen Friedhof der Stadt überführt worden. Vom ersten jüdischen Friedhof „An der Burg“ existierte nur noch ein Mauerrest, der allerdings 1998 beim Bau eines benachbarten Gewerbeobjektes abgetragen wurde. Standort des einstigen jüdischen Friedhofes: Gelände zwischen den Straßen „An der Burg“, „Stätte“ und dem Einkaufszentrum „Burggalerie“.

1872 wurde der jüdischen Gemeinde eine eigene Fläche auf dem damaligen ersten zentralen und überkonfessionellen städtischen Friedhof zugewiesen. Diese „jüdische Abteilung“ des städtischen Friedhofes mit einer Fläche von etwa 1000 Quadratmetern war für rund 230 Grabstellen geplant, von denen heute noch 151 nachweislich belegt sind. Einige der alten Grabsteine im Südteil (im Halbrund in zwei Reihen aufgestellt) stammen vom ersten jüdischen Friedhof. Im neueren Teil sind Gräber bis 1940 vorhanden. Nach 1945 wurde dieser Friedhof, der in der Pogromnacht 1938 dank des Einsatzes des damaligen Friedhofswärters Christian Tuchscher unversehrt blieb, mehrfach geschändet – unter anderem Anfang 1988.

Lage des Friedhofs: Eisenacher Straße/H.-Pfeiffer-Straße, südlich des Stadtzentrums, neben dem Finanzamt, östlich des aufgelassenen christlichen Friedhofes.

Standort (Anfahrt Pkw): Von der Stadtmitte kommend fährt man auf der Langensalzaer Straße (B 247/249) in Richtung Eisenach. Vor dem Kreiskrankenhaus biegt man rechts in die Martinistraße und danach wieder rechts in die Eisenacher



Friedhofstor





Straße ab. Man fährt nochmals rechts in die H.-Pfeifer-Straße (Wegweiser: „Finanzamt“) bis zu einem Parkplatz am Ende der Straße. Links unterhalb dieses Parkplatzes befindet sich der Friedhof und das Eingangstor.

Der Schlüssel zum Friedhof wird beim städtischen Grünflächenamt im Rathaus aufbewahrt (über die Tourist-Information erreichbar; vgl. Synagoge).

Zustand des Friedhofes: ordentlich.

Allgemeine Übersicht: Der Friedhof ist von der Eingangsseite (Westen) her – hier sind zwei Eingangstore aus Eisen (Kunstschmiedearbeiten) vorhanden – von einem ebenfalls kunstschmiedeeisernen Zaun mit Davidsternen, von den drei anderen Seiten von Maschendrahtzaun umgeben. Vom verschlossenen Haupteingang auf der Längsseite führt ein breiter Weg auf den Friedhof. Auf der gegenüberliegenden Längsseite des Tores ist ein Grabstein mit reicher figürlicher Darstellung zu sehen (er gehört eigentlich nicht zum jüdischen Friedhof). Rechts dieses Weges ist ein Heckenspalier angepflanzt. In der Mitte des Spaliers biegt der Weg im rechten Winkel ab. Ab hier ist die Friedhofsfläche in fünf Teile aufgegliedert: jeweils zwei Abteilungen rechts und links des Weges, von dem in der Mitte nach rechts und links je ein Seitenweg abzweigt. Eine fünfte Fläche erstreckt sich über die gesamte Breite der Stirnseite des Friedhofes; in deren Mitte befindet sich das auffallend große Grabmal von Louis Oppé. Vor dieser Fläche führen von dem „Hauptweg“ nochmals je ein Seitenweg nach rechts und links ab. Während (vom Eingang her gesehen) die beiden Abteilungen auf der linken Seite fast vollständig belegt sind, ist nur die hintere rechte Abteilung voller Gräber; auf der vorderen rechten befinden sich lediglich ganz vorne drei Gräber und davor, auf einer sanften Anhöhe rechts der Grabstätte von Louis Oppé, eine Gruppe alter Grabsteine und kunstvoller Grabsteinaufsätze, die von dem alten Friedhof stammen. Insgesamt sind auf dem Friedhof 151 Grabstellen (häufiger vorkommende Namen: Bachrach, Cohn, Wallach, Heilbronn, Mankiewitz, Loebenstein, Rosenberg) vorhanden; 21 Grabsteine wurden zerstört, viele noch existierende weisen deutliche Spuren jüngerer Verwüstungen und Schändungen auf.

Neubrunn (Kreis Schmalkalden-Meiningen)

Hier lebte 1491 ein einzelner Jude. Spätere Belege fehlen.

Neustadt an der Orla (Landkreis Saale-Orla-Kreis)

1287 wird ein in Neustadt lebender Jude erwähnt. Nach Neustadt nannte sich außerdem ein Jude, der sich 1360 in Erfurt niederließ. Zeugnisse jüdischen Lebens sind am Ort nicht erhalten geblieben.

Nordhausen (Landkreis Nordhausen)

Im Oktober 1290 traf König Rudolf von Habsburg Bestimmungen zu den Steuern der in Nordhausen lebenden Juden; dies ist das früheste Zeugnis zur Anwesenheit von Juden am Ort. Die Reichssteuern der Juden wurden 1330 an den Landgrafen von Thüringen verliehen. Die Aufnahme von Juden war jedoch Sache der Stadt, die 1333 ihr Einverständnis dazu erklärte, dass innerjüdische Streitigkeiten durch ein rabbinisches Gericht entschieden würden.

Die mittelalterliche Judensiedlung lag im Bereich der „Judenstraße“. Dort waren etliche Häuser in jüdischem Besitz. Juden wohnten jedoch auch in anderen Straßen der Stadt. Die Gemeinde besaß um 1300 eine Hofstätte, einen Judenbrunnen und eine Mikwe. Ihre Synagoge wurde 1324 ausgeplündert und zerstört. Eine neue Synagoge wurde in der Judenstraße errichtet. Im Mai 1349 forderte der Landgraf von Thüringen die Stadt Nordhausen auf, die Juden als „Brunnenvergifter“ umzubringen. Der Rat kam dem nach, die Juden wurden verbrannt. Der Besitz der toten Juden, wurde von König Karl IV. an mehrere Grafen übertragen, deren Rechte der Rat von Nordhausen aufkaufte.

Einzelne Überlebende sind später in Erfurt und Frankfurt am Main nachzuweisen. Bereits 1350 wurde wieder ein Jude als Nordhäuser Bürger aufgenommen. 1360/62 lebten hier vier erwachsene, männliche Juden, Mitte des 15. Jahrhunderts sechs Familienoberhäupter (davon eine Frau). Diese Juden standen unter dem Schutz der Stadt, der Rat regelte die Zuwanderung und stellte Schutzbriefe aus. Die Mehrzahl lebte in der „Judenstraße“, wo sich auch Synagoge (1421) und Mikwe befanden. Einzelne Familien wohnten im 15. Jahrhundert in

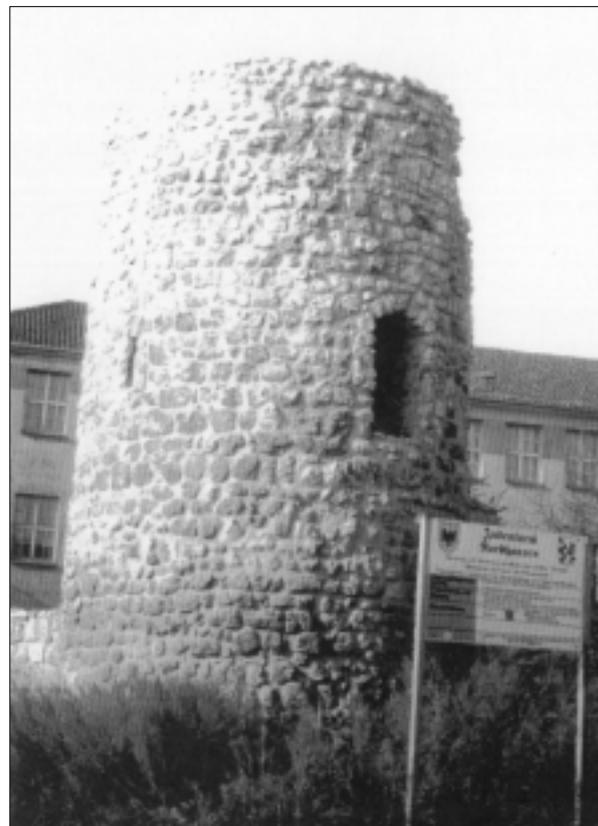
anderen Stadtvierteln. Der Friedhof aus der Zeit vor 1350 wurde weiterhin genutzt; er lag nahe der Stadtmauer im Südosten von Nordhausen zwischen der Stadt und dem Dorf Alt-Nordhausen. Die in diesem Bereich gelegenen Türme der Stadtmauer hießen daher „Judentürme“.

1447 wurden die Juden vertrieben; sie kehrten jedoch spätestens 1454 zurück. Die Anzahl der in Nordhausen lebenden Juden dürfte jedoch nie besonders groß gewesen sein. 1544 verkaufte der Rat das sogenannte „Judenhaus“, in dem auswärtige Juden während der Märkte Quartier nehmen mussten; 1546 erließ er ein gegen die Juden gerichtetes Mandat; 1551 wurden einige in der Stadt lebende Juden ausgewiesen. Einer davon klagte vor dem Reichshofrat in Wien gegen diese Ausweisung; er scheint später wieder in Nordhausen gewohnt zu haben. Nach 1630 kam es kurzfristig wieder zu einer Niederlassung von Juden in Nordhausen, auf Dauer erfolgte dies jedoch erst nach 1808.

Von den Straßenbezeichnungen existieren heute nur noch die Jüdenstraße und die Frauenberger Stiege. Die Standorte der mit Sicherheit nicht mehr vorhandenen Gebäude, in denen sich einst Synagogen und Mikwe befanden, konnten trotz intensiver Suche nicht ermittelt werden.

Der mittelalterliche Friedhof unweit des Standortes der ersten Synagoge wurde, ebenso wie eine spätere Begräbnisstätte, deren Standort unbekannt ist, abgeräumt. An den ersten Friedhof der Kultusgemeinde erinnert heute noch der Judenturm in der unmittelbaren Nähe der Petersbergschule.

Erst seit dem Beginn dem 19. Jahrhunderts gab es in Nordhausen wieder jüdische Einwohner: 1808 wurde unter dem Vorsitz von Meyer Abraham Ilberg eine jüdische Gemeinde als Privatgemeinde gegründet. Von 1821 an stand den Gemeindemitgliedern (1812 waren es 56, 1816 bereits 99) ein Betlokal im Haus Ritterstraße 4 zur Verfügung. Dieses Haus existiert,



Judenturm

wenn auch umgebaut und modernisiert, heute noch (das Tor ist fast im Original erhalten, ebenso das Fenster des Betsaales rechts vom Tor). Es befindet sich in Privatbesitz und wird als Wohnhaus genutzt.

Standort des früheren Betsaales: Dr.-Külz-Str. 4 (ehemals Ritterstraße 4).

1820 wurde auch ein neuer Friedhof eingerichtet, der in den Jahren 1826 bis 1828 eine Steinmauer erhielt. Da die Gemeinde ständig wuchs (1840 waren es 210 Mitglieder; 1861 bereits 397) wurde der Friedhof in den Jahren 1854 sowie 1865 flächenmäßig erweitert. 1867 errichtete man zudem eine Tahara-Halle.

1842 begann die Gemeinde, für die das Betlokal in der Ritterstraße 4 zu klein war, mit dem Bau einer Synagoge in der Stadtmitte, am Pferdemarkt. Diese wurde am 12. September 1845 feierlich eingeweiht. Zwei Jahre später erhielt die bis dahin private jüdische Gemeinde den offiziellen Status als Synagogengemeinde. 1888 wurde die Synagoge renoviert, 1919 eine Gedenktafel für die im Ersten Weltkrieg für Deutschland gefallenen 12 jüdischen Soldaten eingeweiht.

Die seit Beginn des 20. Jahrhunderts ständig ansteigende Zahl der Gemeindemitglieder erreichte 1910 mit 452 Juden ihren Höhepunkt. Danach begann, wenn auch langsam, ein Rückgang der Anzahl der Gemein-

demitglieder: 1927 waren es 450, im Jahre 1933 438, 1934 noch 394 und 1937 immer noch 386. 1939 gab es in Nordhausen noch immer etwa 180 Juden, obwohl auch hier in der „Reichskristallnacht“ die Synagoge niedergebrannt und das Gemeindehaus verwüstet worden waren. Diese Zahl nahm jedoch ab 1939 weiterhin kontinuierlich ab. 90 Juden hatten die Nationalsozialisten 1938 in das KZ Buchenwald deportiert. Weitere Deportationen erfolgten während des Krieges. Allerdings gab es in der Stadt bis 1945 (aufgrund des nahen KZ-Lagers „Mittelbau-Dora“ und seines Außenlagers in der „Boelcke-Kaserne“) wohl immer Juden.



Betsaal

Die Synagoge und das Gemeindehaus waren 1938 vollkommen vernichtet worden. 1988 errichtete man in der Nähe des einstigen jüdischen Gemeindezentrums einen Gedenkstein mit der folgenden Inschrift unter einem Davidstern: UNWEIT DIESER STELLE STAND / DIE SYNAGOGE / DER JÜDISCHEN GEMEINDE / NORDHAUSEN / GEWEIHT 1845, ZERSTÖRT UNTER / FASCHISTISCHER HERRSCHAFT / IN DER POGROMNACHT / AM 9. NOVEMBER 1938 / VERGESST ES NIE!

Standort der Synagoge und des Gemeindehauses: Pferdemarkt 9/10.

Standort des Synagogendenkmals: Ecke Pferdemarkt / Wolfstraße (schräg gegenüber der St. Blasii-Kirche).

Der 1820 errichtete und in den Jahren 1854 und 1865 erweiterte Friedhof ist noch vorhanden. Lage des Friedhofs: Am Ammerberg, im östlichen Teil der Stadt.

Standort: Von der Stadtmitte kommend begibt man sich in Richtung Halle auf die Hallesche Straße. Auf dieser fährt man stadtauswärts bis zur Straße „Taschenberg“, in die man nach links einbiegt. Vom Taschenberg biegt man die zweite Querstraße rechts in die Straße „Weinberg“ und hier sofort wieder scharf links in die Straße „Ammerberg“ ab. Nach Überquerung der Kreuzung mit der Kleiststraße befindet sich auf der linken Straßenseite ein großer Kiosk (auf der gegenüberliegenden Straßenseite ist das Seniorenheim „Hermann Arnold“). Links von diesem Kiosk führt ein ungeteilter Weg entlang, auf dem man ca. 20 Meter geht. Auf der rechten Wegseite befindet sich nun der Eingang des jüdischen Friedhofes.

Zustand: hervorragend gepflegt.



Friedhofstor





Allgemeine Übersicht: Die etwa 5000 Quadratmeter große trapezförmige Friedhofsfläche mit mehr als 300 Grabstellen ist zum Teil von einer massiven Steinmauer, zum Teil von einem Lattenzaun, lebender Hecke und auch von einem Maschendrahtzaun umgeben. An der Westseite kann man ihn durch ein schönes schmiedeeisernes Tor betreten. Rechts und links des Tores sind Schilder angebracht. Das linke Schild informiert mit folgendem Text den Besucher über die Geschichte der Friedhöfe Nordhausens:

Bereits im 13. und 14. Jahrhundert existierte in Nordhausen eine jüdische Gemeinde mit einer Synagoge und einem Begräbnisplatz am „Rähmen“ vor dem „Judenturm“. Um 1820 wurde der jüdische Friedhof an den Ammerberg verlegt, 1854 und in den Sechzigerjahren des 19. Jahrhunderts vergrößert. Die meisten Gräber stammen aus der Zeit der Jahrhundertwende bis Anfang der Dreißigerjahre, als Nordhausen eine stattliche jüdische Gemeinde von etwa 450 Personen zählte. Über 200 von ihnen fielen der Nazibarbarei zum Opfer. Nur wenige Gräber stammen aus der Zeit nach 1945.

Das rechte Schild enthält Angaben über Öffnungszeiten, Verhaltensmaßregeln u.s.w. Auf der dem Eingangstor gegenüberliegenden Ostseite steht ein Wohnhaus (evtl. früher Haus der Friedhofswärter). Vom Eingangstor bis zu dem Wohnhaus führt ein gepflegter Weg. Während links dieses Mittelganges ca. 17 Reihen neuer Grabsteine (darunter auch Kindergräber) zu sehen sind, kann man rechts des Ganges ca. 19. Reihen neuer, alter und sehr alter Grabsteine (unter ihnen auch zwei Grabmale aus Metall) erkennen. An der Sandsteinmauer rechts vom Eingang lehnen weitere alte Grabsteine. Einige der alten und sehr alten Grabsteine weisen eine ausgeprägte Ornamentik auf. An der Ostseite des Friedhofes befindet sich rechts vom Wohnhaus eine Gruppe von 7 halbkreisförmig aufgestellten Urnengräbern. Der Friedhof steht Besuchern offen und kann – außer am Shabbath und an jüdischen Feiertagen – besucht werden.

An die Existenz von Juden erinnern neben der Judenstraße, dem Friedhof, dem Synagogendenkmal, dem Portal des Hauses, das im 19. Jahrhundert die Betstube beherbergte und dem Judenturm auch Straßen, die nach jüdischen Persönlichkeiten benannt wurden, z. B. die nach dem Bankier und Stifter des einstigen Plaut-Stifts benannten Jacob-Plaut-Straße und Jacob-Plaut-Treppe sowie die nach dem USPD-Reichstagsabgeordneten benannte Oskar-Cohn-Straße.

Nordhausen-Krimderode (Stadt Nordhausen, Landkreis Nordhausen)

KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora

Neben mehreren Zeugnissen einstiger jüdischer Existenz in der Stadt Nordhausen gibt es auf der Gemarkung von Nordhausen-Krimderode in der Nähe des „Kohnsteins“, einer Hügelkette, ein weiteres Zeugnis jüdischer Vergangenheit in Thüringen, das jedoch vom Martyrium und vom Sterben vieler Juden aus ganz Europa hier kündigt.

Auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers „Mittelbau-Dora“ befindet sich eine zentrale Gedenkstätte, in der auf einzelnen Steinblöcken mit metallenen Ländernamen darauf der Opfer aus dem jeweiligen Land (z. B. Polen, Frankreich, Italien u. a. m.) gedacht wird. Im Jahre 1994 wurden zwei neue Steine errichtet: einer trägt die Aufschrift JUDEN, der andere Sinti und Roma.

Der Stein mit den Metallbuchstaben JUDEN erinnert an die 7000 jüdischen KZ-Häftlinge (unter ihnen auch Heinz Galinski s. A. und Rafael Scharf-Katz s. A.), die im Stollensystem des Stammlagers oder in einem der 30 Außenlager Sklavenarbeit leisten mussten. Wie viele bei der Zwangsarbeit, bei der Räumung des Lagers und während der „Evakuierungsmärsche“ (= Todesmärsche) ihr Leben lassen mussten ist unbekannt, denn die Zahl der jüdischen KZ-Toten konnte bis heute nicht ermittelt werden.

Zentrale Gedenkstätte





KZ-Einfahrt

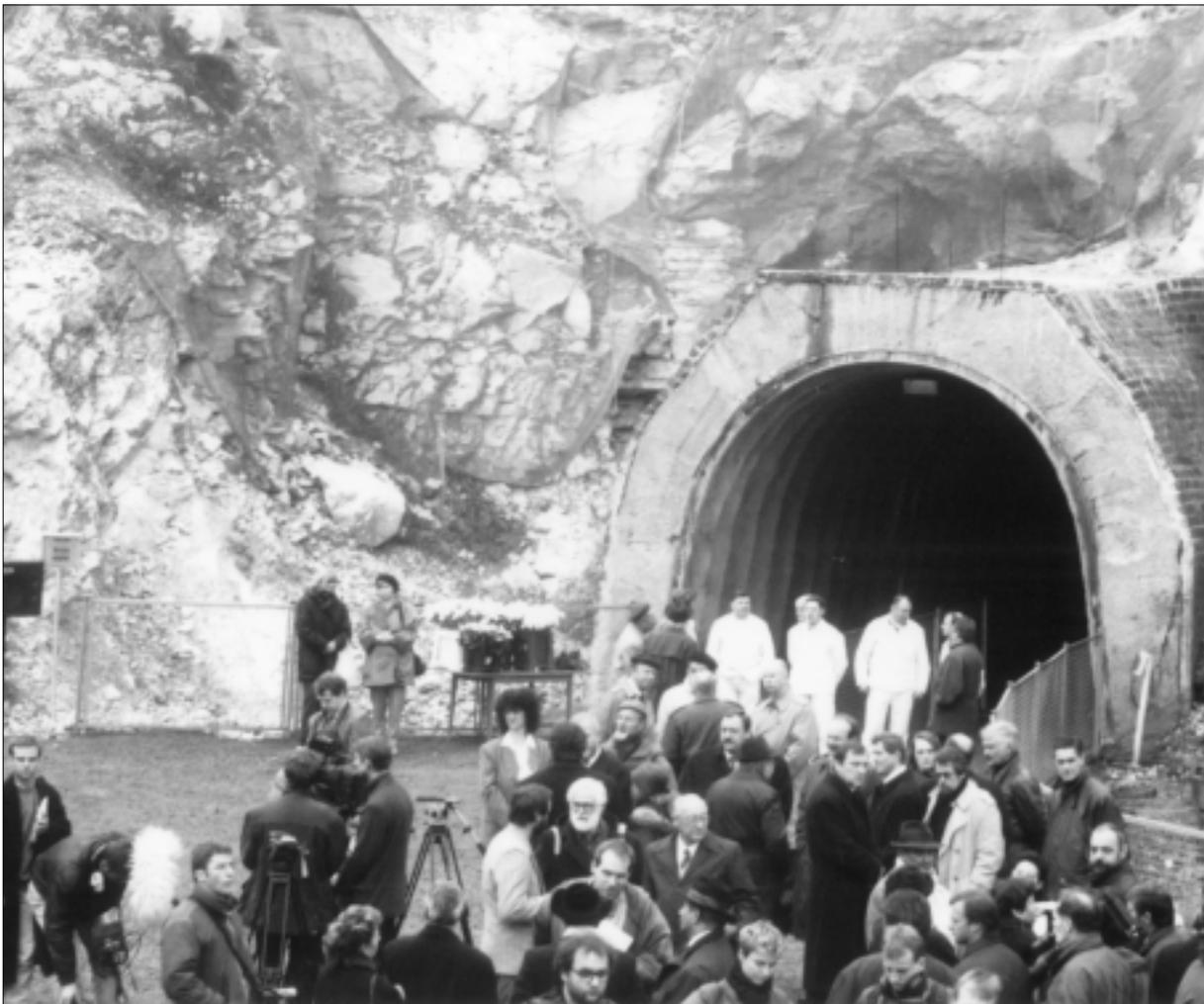


Standort des Denkmals: Direkt nach dem Eingang zur KZ-Gedenkstätte. Der Stein mit der Aufschrift JUDEN ist links von dem Weg zu finden.

Am 11. April 1995 wurde anlässlich des 50. Jahrestages der Befreiung des Lagers durch die US-Armee ein Stolleneingang sowie ein Teil des Stollensystems, in dem die Häftlinge Sklavenarbeit leisten mussten und in dem so viele den Tod fanden, als weitere Gedenkstätte der Öffentlichkeit übergeben.

Zu dem Konzentrationslager gehörte auch ein Außenlager in der „Boelcke-Kaserne“ in der Stadt Nordhausen. Hier waren nicht nur KZ-Häftlinge untergebracht, die Zwangsarbeit leisten mussten, hier befanden sich Ende Januar 1945 auch einige Tausend Häftlinge aus verschiedenen Konzentrationslagern.

Öffnung des Tunnels am 50. Jahrestag der Befreiung, 11. April 1995





Inneres des Tunnels

Die hier vor und während der Befreiung Ermordeten wurden auf Befehl der US-Armee auf dem jetzigen Ehrenfriedhof an der linken Seite des Stresemannrings – gegenüber dem Hauptfriedhof angelegt – bestattet. Dort befinden sich heute mehrere Gedenksteine (Inschriften: EHRENFRIEDHOF / FÜR DIE OPFER / DES FASCHISTISCHEN TERRORS / VON 1939–1945; HIER RUHEN OPFER DES FASCHISMUS / AUS ZWÖLF LÄNDERN) sowie ein kleiner sowjetischer Soldatenfriedhof. Im oberen Teil des Ehrenfriedhofs wurde Mitte der 1990er-Jahre eine Gedenkstätte (ein nach oben offener Gebetsraum) errichtet, in dessen Innenwände die Namen der 1945 geborgenen Toten im Außenlager „Boelcke-Kaserne“ eingraviert sind. Standort des Ehrenfriedhofs: Stresemannring, linke Abzweigung von der Halleschen Straße (B 80) am Ortsausgang in Richtung Halle.

Im April 1945 versuchten diejenigen, die für die Errichtung, den Betrieb und die Verbrechen im KZ Mittelbau-Dora verantwortlich waren, die Spuren ihrer

grausamen Taten zu beseitigen. Die KZ-Opfer sollten an anderen Orten „arbeiten“, auf keinen Fall aber als Zeugen lebendig in die Hände der Alliierten fallen. Daher wurden sie „in Marsch gesetzt“: der Todesmarsch der Häftlinge des KZ Mittelbau-Dora und seiner Außenlager endete für sehr viele der Opfer (unter ihnen auch viele Juden) tödlich.

Ehrenfriedhof



Der Todesmarsch führte durch die folgende Orte: Buchholz – Ellrich – Harzungen – Ilfeld – Netzkater – Neustadt – Niedersachswerfen – Nordhausen – Stempe-da – Woffleben.

Noch in DDR-Zeiten wurden in diesen Orten Denkmäler für die Opfer der Todesmärsche errichtet. Die meisten von ihnen existieren gegenwärtig noch.



Todesmarsch-Denkmal

Oberdorla (Landkreis Unstrut-Hainich-Kreis)

Hier war nach 1559 für kurze Zeit ein einzelner Jude ansässig. Spätere Nachrichten fehlen.

Oberhof (Landkreis Schmalkalden-Meiningen)

Mit der Entwicklung Oberhofs zum Erholungsort entstand auch der Bedarf nach Unterkunft und koscherer Verpflegung für jüdische Gäste. Auf diese Bedürfnisse ging insbesondere das 1924 von Benjamin Blum übernommene Hotel ein, das auch einen Betsaal besaß. Die jüdischen Betriebe wurden 1938 zwangsweise „ariisiert“, die Inhaber vertrieben. Das ehemalige „Hotel Blum“ brannte 1941 ab.

Obermaßfeld (Landkreis Schmalkalden-Meiningen)

Hier war 1554 ein einzelner Jude ansässig, der wohl von der Vertreibung der Juden aus der Grafschaft Henneberg mit betroffen war.

Oepfershausen (Landkreis Schmalkalden-Meiningen)

Ein am Ort wohnender Jude namens Nathan ist 1537 belegt. Er dürfte für die 1658 erwähnte „Judengasse“ namengebend gewesen sein.

Nach 1866 zogen nach Oepfershausen einige Juden aus dem benachbarten Aschenhausen zu; sie gehörten weiterhin zur dortigen Kultusgemeinde. 1910 lebten in Oepfershausen zwei jüdische Einwohner. Ihre Nachkommen, inwischen Christen, hatten nach 1933 Repressalien und Konzentrationslager zu ertragen.

Ohrdruf (Landkreis Gotha)

In der Stadt Ohrdruf steht in der Ortsmitte, neben der Kirche, ein Denkmal, das an Leiden und Sterben – auch an jüdisches Leiden und Sterben – erinnert.

Das KZ S III Ohrdruf – ein Außenlager des KZ Buchenwald (S III = Sondervorhaben) – befand sich auf dem Gelände des Übungsplatzes (bis 1992 von der Roten Armee genutzt, heute Übungsplatz der Bundeswehr, der nicht betreten werden darf). Hier waren in der Zeit von September 1944 bis April 1945 KZ-Häftlinge untergebracht, die als Sklaven in die Muschelkalkfelsen im Jonastal Stollen für das letzte „Führerhauptquartier“ graben mussten. Vom Baubeginn Anfang 1944 bis zum 4. April 1945 starben hier etwa 10 000 Häftlinge an der Sklavenarbeit, während und bei der Räumung des Konzentrationslagers und während des Evakuierungsmarsches nach Buchenwald.

Wie viele von den 10 000 KZ-Toten Juden waren, ist nicht bekannt. Durch Dokumente konnte jedoch nachgewiesen werden, dass zu den Zwangsarbeiten neben „gemischten“ auch „rein jüdische Transporte“ aus verschiedenen anderen KZs gebracht wurden, z.B.:

1.278 ungarische Juden	aus Sachsenhausen
1.000 Juden verschiedener Nationalitäten	aus Stutthof
353 polnische Juden	aus Plaszow

Wie viele von ihnen hier ihr Leben verloren haben, ist unbekannt. Heute erinnert ein vor vielen Jahren errichteter Gedenkstein mit der Inschrift: DEN 5000 IM K.Z. OHRDRUF /ERMORDETEN KAMERADEN /ZUM GEDENKEN an die KZ-Opfer von Ohrdruf.

Standort des Denkmals: Waldstraße (neben der Kirche).



Denkmal

Plaue (Landkreis Ilm-Kreis)

Hier sind 1434 Juden bezeugt, die zusammen mit den übrigen Juden der Grafen von Schwarzburg eine Reichssteuer entrichteten. Weitere Nachrichten fehlen.

Nach 1820 ließen sich in Plaue zwei jüdische Viehhändler und sechs Schnittwarenhändler mit ihren Familien als „Schutzverwandte“ nieder; diese Familien stammten aus Franken. Zwischen 1836 und 1840 wurden sechs Juden als Bürger der Stadt Plaue aufgenommen. Um 1830 bildete sich die jüdische Gemeinde mit acht Mitgliedern. Sie besaß ab 1840 einen Betsaal im Wohnhaus von Eduard Bamberg (neben dem Rathaus) sowie ein Badehaus in einem Garten „Am Mühlendamm“ (ehem. Gasthaus „Zum Adler“). Zwischen 1845 und 1866 wanderten mehrere Juden nach Amerika aus, nach 1875 setzte die Abwanderung nach Arnstadt ein.

Von der Existenz einer jüdischen Gemeinde kündigt heute nur noch das Vorhandensein eines Friedhofes „Am Burgweg“, am südwestlichen Ortsrand unterhalb der Burgrunie Ehrenburg.

Standort: Von Ilmenau kommend fährt man auf der Hauptstraße durch die Stadt in Richtung Arnstadt. Kurz vor dem Ortsende, in Höhe des Hotels „Ehrenburg“, biegt man von der Hauptstraße links in die (ungeteerte) Zimmertalstraße ab. Nach etwa 100 Metern befindet sich auf der linken Straßenseite der christliche Friedhof. Hier kann das Fahrzeug abgestellt werden, um auf der Straße am Friedhof bis zu dessen Ende weiterzulaufen, wo man links in einen Feldweg einbiegt. Auf diesem bleibt man, immer am Zaun des Friedhofes den Hügel hinauf entlanggehend, bis zum Ende der Friedhofsfläche, dann biegt man wiederum links in einen Hohlweg oberhalb des christlichen Friedhofes ab. Nach etwa 10 Metern befindet sich, wenige Meter von der rechten Wegseite entfernt, der Eingang zum jüdischen Friedhof.

Zustand: ordentlich.





Allgemeine Übersicht: Der 1826 angelegte Friedhof, auf dem bis 1926 auch die Juden aus Arnstadt beerdigt wurden, ist an einem mittel bis stark ansteigenden Hügel unterhalb der Ehrenburg gelegen. Das etwa 400 Quadratmeter umfassende Gelände ist von einem Holzzaun umgeben. Zum Eingangstor (mit der Tafel „Gedenkstätte Jüdischer Friedhof“) führen vier Steinstufen hinauf. Danach gelangt man auf einem Weg durch eine unbelegte Fläche auf steilen Steintreppen zu drei terrassenförmig übereinander angelegten Gräberfeldern. Im Anschluss an diese Gräberfelder (auf deren rechter oberer Seite zwei Reihen von kleinen Steinpfählen zu sehen sind) weitet sich die Friedhofsfläche nach rechts hin aus. Auf den terrassenförmigen Grabfeldern befinden sich neuere Grabsteine (unter ihnen auch ein Soldatengrab), im erweiterten hinteren Teil ältere Gräber. Zwischen den etwa 24 Grabstellen wachsen Laub- und Nadelbäume. Eine zweite Pforte befindet sich am äußersten rechten oberen Zaunabschnitt.

Pößneck (Landkreis Saale-Orla-Kreis)

Juden lebten in Pößneck bereits zu Beginn des 14. Jahrhunderts, da die Grafen von Schwarzburg im Jahr 1310 deren Abgabe, vier fette Gänse, an den Rat der Stadt abtraten. 1372 ist wieder ein ansässiger Jude belegt, 1423 bis 1425 ein Jude aus Pößneck, als Gläubiger der Grafen von Orlamünde. Spätere Nachrichten fehlen.



*Privathaus David Binder,
Breite Straße 2*

Vom Ende des 19. Jahrhunderts bis etwa 1938 existierte in der Stadt eine kleine Jüdische Gemeinschaft; eine Kultusgemeinde gab es offensichtlich nicht. 1895 war mit 51 Juden der numerische Höhepunkt erreicht (1880: 20; 1898: 20; 1924/25 und 1932/33 jeweils 16). Ihre religiösen Aktivitäten verrichteten diese Juden mit großer Wahrscheinlichkeit in einem Raum des Privathauses des Kaufmanns David Binder in der Breiten Straße 2. Dieses Gebäude existiert heute noch als Geschäftshaus. Standort der Betstube: Breite Straße 2.

Römhild (Landkreis Hildburghausen)

Die in Römhild lebenden Juden waren 1298 von der „Rindfleisch-Verfolgung“ betroffen. Danach haben sich wieder einzelne Juden in Römhild angesiedelt: ein 1363 in Frankfurt lebender Jude nannte sich nach Römhild; weitere Herkunftsbezeichnungen „von Römhild“ sind 1414 und 1459 belegt. 1525 erhielt ein in der Stadt lebender Jude Geleit von den aufständischen Bauern. Die Wettiner, die die Herrschaft Römhild 1555 kauften, duldeten in ihrem Territorium keine Juden mehr.



Gedenktafel



Gedenkstätte
auf dem Friedhof

Erst im 19. Jahrhundert siedelten sich wieder Juden in der Stadt an: 1869, also kurz nach der Einräumung der Freizügigkeit, kamen Juden aus den benachbarten Gemeinden nach Römhild. Hier wohnten jedoch nie mehr als 20 bis 30 Personen in vier bis fünf Familien. Sie gehörten der Kultusgemeinde Bibra an, nutzten jedoch in Römhild auch einen Betsaal im Rokoko-Stil im Hinterhaus des Anwesens Heurichstraße 8. Dieses Gebäude gehörte dem jüdischen Kaufmann Adolf Kahn und wurde in der NS-Zeit als so genanntes „Judenhaus“ benutzt: hier wohnten zwangsweise alle Juden der Stadt bis zu ihrer Deportation in die Vernichtungslager des Ostens (1942). Nach 1945 diente der einstige Betsaal zunächst als Fotoatelier. Heute ist der Raum ungenutzt; das Haus ist ein normales Wohnhaus.

Im Herbst 1988 wurde an der Vorderfront des Gebäudes eine Gedenktafel mit folgendem Wortlaut angebracht: ZUM GEDÄCHTNIS AN / DIE JÜDISCHEN BÜRGER / DER STADT RÖMHILD / DIE DER FASCHISTISCHEN / BARBAREI ZUM OPFER / FIELEN. Inzwischen wurde diese Tafel bei einer Restaurierung des Hauses wieder abgenommen. Bemühungen, sie wieder anzubringen, laufen. Standort des früheren Betsaales und der heutigen Gedenktafel: Heurichstraße 8.

Weg des Gedenkens am Großen Gleichberg



Ein weiteres Zeugnis neuer jüdischer Vergangenheit – eigentlich jüdischen Sterbens – kann man auf der Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus auf dem Römhilder Friedhof finden. Hier sind Namen von 169 Opfern des von der SS auf Wunsch des Bürgermeisters von Römhild eingerichteten „Arbeitserziehungslagers ‚Großer Gleichberg‘“ – unter ihnen auch der des deutschen Juden Israel Schönthal s.A. – zu lesen. Die Arbeitssklaven der SS mussten u. a. auch Basaltbrocken aus dem Berg brechen.

Etwa vier Kilometer von Römhild entfernt, rechts von der Straße von Römhild nach Hildburghausen, im Stadtteil Waldhaus, wird man durch den „Weg des Gedenkens“ an das grausame Schicksal von vielen KZ-Opfern (unter ihnen mit Sicherheit auch Juden) erinnert. Links des Steinsburgmuseums findet man zwei geschnitzte Holztafeln mit den Inschriften WEG DES GEDENKENS und links darunter 1943–1945 GESCHUNDEN, ABER NICHT VERGESSEN. NIEDERGEKNÜPPELT, ABER NICHT WIDERLEGT. Man geht von hier etwa 250 Meter steil bergauf und

Gedenktafel am Großen Gleichberg



biegt dann, wenn man auf einen Waldweg stößt, auf diesem nach links ab. Nach etwa 150 Metern befindet sich rechts von dem Waldweg ein von Balken verschlossener ehemaliger Stollen. In diesen Stollen ließ 1945 der damalige Bürgermeister von Römhild, SS-Obersturmführer Alfred Schmitt, 70 erschöpfte und kranke KZ-Häftlinge treiben; dann wurde der Eingang gesprengt. Erst am 5. Februar 1947 wurde dieses schreckliche Massengrab entdeckt. Eine Metalltafel erinnert heute noch an das grausame Verbrechen: 70 KZ-HÄFTLINGE / VERSCHIEDENER / NATIONEN / WURDEN HIER IM MÄRZ / 1945 ERMORDET.

Ein zu DDR-Zeiten errichteter, gut gekennzeichnete Weg führt weiter zu zwei Friedhöfen, dem unteren und dem oberen Friedhof. Auch zeugen zwei Tafeln von dem Verbrechen, das an

schuldlosen KZ-Opfern begangen wurde. Während es auf der einen hölzernen Tafel heißt ZUM EHRENDEN GEDENKEN AN 44 ERMORDETE DES SOWJETISCHEN VOLKES UND DER ALLIIERTEN NATION, steht auf der anderen geschnitzten Holztafel HIER RUHEN /64 ANGEHÖRIGE DER /ALLIIERTEN NATIONEN.



Tafel auf dem Friedhof am Großen Gleichberg

Rudolstadt (Landkreis Saalfeld-Rudolstadt)

Ein 1357 in Erfurt lebender Jude nannte sich nach Rudolstadt; er hat möglicherweise bis zur Verfolgung von 1349 dort gelebt. 1434 trugen Juden aus Rudolstadt mit anderen Juden aus dem Territorium der Grafen von Schwarzburg zu einer Reichssteuer bei. Spätere Nachrichten fehlen. 1496 wurden die Juden aus der Grafschaft Schwarzburg vertrieben. 1554 lebte am Ort noch eine einzige Jüdin.

Hier existierte vom Jahre 1784 bis 1874 eine kleine jüdische Gemeinde, deren Mitglieder zu den Juden oder ihren Nachkommen gehörten, denen Fürst Ludwig



Häuser in denen sich zeitweise ein Gebetsraum befand: Markt/Marktstraße und Brückenstraße

Günther II. von Schwarzburg-Rudolstadt am 7. Januar 1784 und am 3. März 1784 die Ansiedlung und die Berufsausübung genehmigt hatte. Sie besaßen seit 1796 eine Synagoge (= Betstube) in der Altstadt – in jenem Jahr wurden die Juden von Fürst Ludwig Friedrich II. von Schwarzburg-Rudolstadt offiziell als vollberechtigte Religionsgemeinschaft anerkannt. Die Kulthandlungen wurden in einer Synagoge in der Wohnung des Kaufmannes David Hirsch Schwabe im Eckhaus Markt / Untere Marktgasse abgehalten. Es ist möglich, dass sie ab 1802 im Haus Brückengasse Nr. 3 – dieses Haus hatte Schwabe inzwischen gekauft – stattfanden. Einige zum Inventar der Synagoge gehörende Gegenstände befinden sich heute im Thüringer Landesmuseum Schloss Heidecksburg in Rudolstadt. Mit dem Tode des letzten Gemeindevorstandes Gustav Callmann endete 1874 die Existenz der Jüdischen Kultusgemeinde Rudolstadt.

Standorte der Bauwerke, in denen sich vermutlich die Synagoge befand: 1784 bis 1802: Haus Ecke Markt/Marktstraße (früher Untere Marktstraße); 1802 bis 1874 Haus Brückengasse Nr. 3.

Die Jüdische Gemeinde Rudolstadt besaß zudem seit 1800 einen Friedhof in der Debrastraße: dafür mussten sie das ursprünglich am 29. Dezember 1798 erworbene Friedhofsgrundstück bei der Siechenbrücke am Scheitgarten am 9. Februar 1800 eintauschen. Das neue Areal befand sich im „Eisertal“ links der Abzweigung des steilen Fußweges zum Sonnenberg, im Volksmund auch „Schweinskopf“ genannt. Da die 369 Quadratmeter große Fläche nur zum Teil benutzt wurde, verkauften die Gemeindemitglieder 1809 einen Teil (153 Quadratmeter) an die Besitzer der angrenzenden Porzellanmanufaktur. Die letzte Bestattung – Frau Hildegard Callmann s.A. – fand am 22. November 1911 statt. 1935 wurde der Friedhof, auf dem sich 21 Grabstätten (Grabsteine mit hebräischen und deutschen Inschriften, darunter auch die der Gemeindegründer – Marcus Aron, Calmon Isaac und David Hirsch Schwabe – und ihrer Familien) befanden, eingeebnet. Spätestens 1937 gehörte das Gelände zur Porzellanmanufaktur, deren Besitzer schon 1880 den Friedhof unter bestimmten Bedingungen käuflich erworben hatten. Heute ist auf der früheren Friedhofsfläche keine Spur mehr vom einstigen Friedhof zu finden. Standort des historischen Friedhofes: Debrastraße, links der Abzweigung des steilen Fußweges zum Sonnenberg.

Außer den Ritualien im Museum, den Dokumenten im Stadtarchiv und den beiden (ehemals jüdischen) Bauwerken, in denen sich einst Betstuben befanden, erinnert heute nichts mehr an die einstige Jüdische Gemeinde Rudolstadt. Ebenso ist von der ehemaligen Mikwe in der Rudolstädter Ludwigsburg, dem ehemaligen fürstlichen Apanagesitz und Sitz des heutigen Thüringer Landesrechnungshofes, kein Baubefund mehr vorhanden. Die Mikwe befand sich von 1796 bis 1816 in jenem „kleinen Residenzgebäude“.

Rüdigershagen (Landkreis Eichsfeld)

In Rüdigershagen hatte der Gutsbesitzer Erich Carl vom Hagen in der napoleonischen Zeit den Zuzug von Juden als neue Einnahmequelle entdeckt. 1808 lebten fünf jüdische Familien am Ort, 1823 waren es 40 Personen; 1840 war mit 75 Personen der Höhepunkt erreicht; 1852 lebten in Rüdigershagen 41, im Jahr 1871 nur noch 16 Juden. Diese Gemeinde besaß eine 1847 erwähnte, auf der Schäferei des Gutes errichtete Synagoge („Juden-Tempel“) und einen Friedhof außerhalb des Ortes an einem recht steilen Waldhang oberhalb der Straße nach Hüpstedt.

Das „gottesdienstliche Versammlungshaus“ (Synagoge), dessen Zustand bereits 1850 als dürftig bezeichnet worden ist, wurde nach 1860 lange Jahre als Werkstatt genutzt und 1994 abgerissen. Erhalten geblieben ist jedoch noch das „Judenhaus“ (hier lebten bis in die 1920er-Jahre Juden), hinter dem sich der „Juden-Tempel“ befand.

Standort der einstigen Synagoge: Garten des Hauses ohne Nummer zwischen den Häusern Karl-Marx-Straße 42 und 43 (im Bereich des ehemaligen Rittergutes).

Der jüdische Friedhof befand sich außerhalb des Ortes auf ursprünglich gemeindlichem Besitz im Waldstück „überm Kutschenloch“ auf einer Anhöhe unterhalb des Dünkammes. Ältere Dorfbewohner können sich angeblich noch an Grabsteine erinnern.

Am 27. Januar 1901 erhielt Eberhardt vom Hagen den jüdischen Friedhof als Entschädigung für den, der politischen Gemeinde Rüdigershagen überlassenen gemeinschaftlichen Besitz. Die letzte Bestattung soll hier 1908 erfolgt sein. Im November 1989 sollen angeblich auf dem einstigen hügeligen Friedhofsgelände im Wald noch Grabsteine bzw. Bruchstücke davon gefunden worden sein.

Standort der einstigen Synagoge



Trotz intensiver Recherchen konnten im April 1995 auf dem einstigen Friedhofsgelände keinerlei Grabsteine oder auch nur Bruchstücke davon gefunden werden. Ältere Bewohner erinnern sich aber noch, dass es hier früher mehrere hölzerne Grabstelen und mindestens ein metallenes Grabdenkmal gegeben hat. Lage des historischen Friedhofes: Südlich des Ortes im Wald unterhalb des Dünkammes.

Standort: Von der Ortsmitte von Rüdigershagen kommend fährt man die Straße in Richtung Hüpstedt / Mühlhausen. Etwa 50 Meter nach dem Ortsende stellt man zweckmäßigerweise das Fahrzeug auf einer Wiese links der Straße ab und geht von dort zu Fuß. Man folgt der Straße, die eine Kurve macht und biegt dann, etwa 250 Meter hinter dieser Kurve, rechts in einen Waldweg ab. Diesem recht steilen Waldweg folgt man und hält sich bei jeder Gabelung nach links. Etwa 100 Meter nach der letzten Gabelung führt der Weg auf eine größere Fläche im Wald, die nicht allzu dicht mit Laubbäumen bewachsen ist (an einem der Bäume kann man eine Futterstelle für Rehe erkennen). Diese Fläche ist das Areal des einstigen jüdischen Friedhofes.

Saalfeld (Landkreis Saalfeld-Rudolstadt)

Spätestens zu Beginn des 14. Jahrhunderts lebten Juden in Saalfeld. 1310 überließen die Grafen von Schwarzburg deren Abgaben, vier fette Gänse, dem Rat der Stadt. Auch die in Saalfeld lebenden Juden wurden Opfer der Pogrome von 1349. Überlebende gehörten 1357 in Erfurt zu den Gründern der jüdischen Gemeinde. Die Synagoge in Saalfeld wurde 1364 vom Grafen von Schwarzburg an einen örtlichen Bürger verkauft. 1389 ging Saalfeld in den Besitz der Wettiner über; in diesem Jahr ist erstmals wieder ein in der Stadt wohnender Jude belegt; 1418 waren es zehn geschäftlich tätige und steuerpflichtige Personen (neun Männer und eine Frau). Aus den folgenden Jahren gibt es einzelne Nachrichten zu Kreditgeschäften der Juden in Saalfeld. Sie dürften von den Vertreibungen aus den wettinischen Territorien mit betroffen gewesen sein, auch wenn es keine auf Saalfeld bezüglichen Nachrichten dazu gibt. An diese Juden erinnerte lediglich die schon 1468 genannte „Judengasse“ (südlich von Markt und Rathaus).

Erst im 19. Jahrhundert ließen sich wieder mehrere Juden in Saalfeld nieder. Sie bildeten eine lose religiöse Gemeinschaft, keine Gemeinde. Im Jahr 1895 lebten in der Stadt 31 Angehörige der jüdischen Religionsgemeinschaft; 1909, 1924/25 und 1932/33 waren es jeweils 33. Der Gottesdienst an den Hohen Feier-

tagen wurde zusammen mit den Juden aus Rudolstadt in einer Betstube in einem Privathaus - möglicherweise im Haus Saalstraße 18/Ecke Gerbergasse - gehalten, dieses Haus wurde um 1970 abgerissen.

So bilden heute nur die JUDENGASSE und zahlreiche Dokumente in Archiven die Zeugnisse jüdischer Vergangenheit in der Stadt Saalfeld.

Salza (Landkreis Nordhausen)

Hier hat von 1554 bis mindestens 1570 der aus Nordhausen vertriebene Jude Joachim Ferber (gest. 1581) gelebt, der deswegen gegen die Stadt Nordhausen vor dem Reichshofrat Klage erhob. Spätere Belege fehlen.

Schleiz (Landkreis Saale-Orla-Kreis)

Kurz vor 1450 zog ein Jude von Kronach nach Schleiz. Aus den Jahren 1473 und 1490 stammen weitere Einzelzeugnisse. Danach gibt es keine Belege mehr für Juden in Schleiz.

Schleusingen (Landkreis Hildburghausen)

In Schleusingen lebende Juden wurden bei der „Rindfleisch-Verfolgung“ 1298 und beim Pest-Pogrom 1349 ermordet. Danach sind Juden erst Jahrhunderte später wieder in Schleusingen, damals Residenz der Grafen von Henneberg, ansässig gewesen (vielleicht schon 1526, sicher nach 1534). Der Schutzbrief der Grafen aus dem Jahr 1552 für die im Territorium lebenden Juden nennt in Schleusingen drei Familienoberhäupter, darunter Jakob von Schleusingen, der gegenüber dem Landesherrn für die Schutzgelder der Juden verantwortlich war. 1556 wurde den Juden der Schutz aufgekündigt, in den Folgejahren haben sie die Grafschaft verlassen.

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts ließ der Landesherr, Herzog Moritz von Sachsen-Weitz, die Niederlassung von Juden wieder zu; die ersten erhaltenen Schutzbriefe datieren aus dem Jahr 1704. Im Jahr 1712 erhielt David Hertz das Bürgerrecht; er erwarb ein Wohnhaus am Markt. 1713 forderte die in Schleusin-

gen ansässige „Oberaufsicht“ die Bildung einer gemeinsamen Kultusgemeinde für die Juden in Heinrichs und Schleusingen. 1724 lebten sieben jüdische Familien am Ort. 1725 wurde das Statut der jüdischen Kultusgemeinde Schleusingen (mit Heinrichs) bestätigt. 1815 (beim Übergang an Preußen) bestanden die Kultusgemeinden Schleusingen, Heinrichs und Schwarza. Die Zahl der ortsansässigen Juden wuchs im 19. Jahrhundert weiter an (1828 – 39 Personen; 1837 – 55; 1871 – 89; 1895 – 41). Nachdem die Synagoge 1876 einem Großbrand zum Opfer gefallen war, wurde im Oktober 1881 ein Neubau eingeweiht. Dieses Gebäude diente der Gemeinde bis 1938; 1933 lebten noch 33 Juden am Ort. In der Reichspogromnacht wurde die Synagoge innen völlig zerstört. Nach Umbauten, sowohl des Hausinneren als auch der Außenfassade, wird die einstige Synagoge seit 1945 als Wohnhaus genutzt.



Einstiges Synagogengebäude



Gedenktafel am Gebäude

Standort des einstigen Synagogengebäudes: Walchstraße 2 (Ecke Bertholdstr.).

Eine Informations- und Gedenktafel am einstigen Synagogengebäude erinnert heute mit folgendem Wortlaut an die frühere Funktion des Gebäudes: NEUE SYNAGOGE /Eingeweiht am 26. Oktober 1881. Zerstört /durch die Nationalsozialisten in der /Pogromnacht des 9. November 1938. /Zum Gedenken an die Opfer. /Den Lebenden zur Mahnung.

Ab 1743 war die Kultusgemeinde im Besitz einer Begräbnisstätte im „Judengrund“, einem Flurstück außerhalb der Stadt (der Name „Judengrund“ ist heute noch gebräuchlich). Dort wurden die Verstorbenen von 1743 bis 1937 bestattet.

Lage des Friedhofs: „Im Judengrund“, Waldgebiet nordwestlich der Stadt.

Standort: Vom Marktplatz Richtung Ilmenau, unmittelbar nach Überquerung der Bahngleise nach links in die Straße „Am Säckel“ (Richtung St. Kilian), dieser folgend sanft bergab (in Richtung des Ortes St. Kilian). Nach etwa 500 Metern fährt man unter der Autobahn durch, nach weiteren 200 Metern befindet sich unter einer Gruppe hoher Bäume auf der linken Straßenseite der Friedhof.

Zustand: ordentlich.

Allgemeine Übersicht: Der Friedhof besteht aus einem hinteren (alten) Teil, der von drei Seiten mit einer Steinmauer (teilweise erneuert) umgeben ist und einem vorderen (jüngeren) Teil, den an drei Seiten ein Holzzaun (Latten- und Jägerzaun) umgibt. Während der hintere Teil, welcher flächenmäßig ein wenig tiefer liegt, ganz mit alten und sehr alten Grabsteinen belegt ist, ist der neue, flächenmäßig ein wenig höhergelegene Teil, vom Eingang aus gesehen, nur auf der linken Friedhofsseite mit neueren und neuen Gräbern belegt; letzte Bestattung: Nathan Frankenberg s. A. im September 1937. An der dem Eingangstürchen (Holztürchen zwischen zwei Steinpfosten) gegenüberliegenden Steinmauer wurden Grabsteine und Grabsteinfragmente deponiert. Der Friedhof ist rundum mit Laubbäumen eingefasst.

Der Friedhof lässt Rückschlüsse auf (mehrere) mögliche Schändungen zu: viele der Grabsteine auf dem alten und fast alle auf dem neuen Teil sind seitenverkehrt aufgestellt, einige alte Grabsteine weisen Spuren absichtlicher Zerstörung auf. Ein Grabstein im alten Teil wies im Mai 1994 frische Spuren von Gewaltanwendung auf.





Schmalkalden (Landkreis Schmalkalden-Meiningen)

Bereits von der „Rindfleisch-Verfolgung“ 1298 waren auch Juden in Schmalkalden betroffen. 1349 sollen 18 Juden wegen „Brunnenvergiftung“ erschlagen und an einer Stelle begraben worden sein, die seitdem JUDENTELLE heißt. Überlebende waren später in Erfurt ansässig. 1375 wohnten auch wieder Juden in Schmalkalden.

Aus dem 15. Jahrhundert sind gelegentlich Nachrichten zu einzelnen am Ort lebenden Juden erhalten; aus dem Jahr 1435 datiert eine unsichere Nachricht zu

einer Verfolgung. 1493 bat die Gräfin von Henneberg den Landgrafen Wilhelm, einen mit Familie neu zugezogenen Juden wieder auszuweisen, nachdem sein Vater (Landgraf Heinrich, gest. 1483) und ihre Räte alle in Schmalkalden lebenden Juden vertrieben hatten; 1499 lebte in Schmalkalden ein jüdischer Arzt namens Adam. Auch aus dem 16. Jahrhundert gibt es immer wieder Nachrichten, dass einzelne Juden am Ort ansässig waren (1510, 1552); nach 1570 war dies nicht mehr der Fall. 1611 gestattete Landgraf Moritz von Hessen-Kassel vier jüdischen Familien aus Hessen die Ansiedlung in Schmalkalden, unter ihnen auch Isaak Schmuel, der bereits 1622 in einem Hofe im Winkel der Judengasse eine Synagoge, einen kleinen niedrigen Bau, errichtete. Sie wurde im gleichen Jahr feierlich eröffnet.

1639 lebten 21 jüdische Familien in der Stadt, danach ging deren Zahl leicht zurück (1666: elf Familien mit 53 Seelen). Sie besaßen neben Synagoge, Mikwe und Schule auch einen eigenen Friedhof am Stiller Tor. Die Synagoge fiel zusammen mit vier weiteren „Judenhäusern“ in der Judengasse in der Nacht vom 6. zum 7. Juni 1717 einem Brand zum Opfer; im folgenden Jahr wurde sie wieder aufgebaut.

Im den Jahren 1823 und 1833 wurde die Jüdische Gemeinde Schmalkalden, die zur Rabinat Fulda gehörte, wie alle israelitischen Gemeinden Kurhessens der

Staatsaufsicht unterstellt. 1929/30 wurde die alte Synagoge im Zuge der verkehrsmäßigen Erschließung der Judengasse umgebaut, der Neubau an gleicher Stelle 1930 wieder eingeweiht.

Schon bald kam das Ende der Gemeinde, der 1933 etwa 95 Juden und 1936 noch 20 jüdische Familien angehörten: In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 wurde die Synagoge von Angehörigen der SA und SS in Brand gesteckt und brannte völlig aus. Die noch übriggebliebenen Mauern wurden von der SS gesprengt und das Inventar auf dem Altmarkt verbrannt.



Gedenktafel an die einstige Synagoge

Die noch am Ort wohnenden Gemeindemitglieder wurden im Mai und im September 1942 mit wenigen Ausnahmen in die Vernichtungslager deportiert und dort fast alle ermordet.

Judentelle ist eine heute noch gültige Flurbezeichnung für ein Gebiet zwischen den Straßen Eichenbach, Mühlengasse und dem ehemaligen Bahndamm. Die Fläche ist bebaut und wird von der Post genutzt. Daneben gibt es die Flurbezeichnung „Am Judenrain“ oberhalb der Bergstraße in der Nähe des Rötberges. 1939 wurde die Straße „Judenrain“ umbenannt in „Rötbergrain“.

Im Jahre 1989 brachte man an einem Hause, das später an der Stelle der einstigen Synagoge errichtet wurde, eine Gedenktafel mit folgender Inschrift an: HIER STAND DIE SYNAGOGE / 1622 ERRICHTET – 1717 ABGEBRANNT / 1718 NEU AUFGEBAUT – 1929/30 UMGEBAUT / 1930 WIEDEREINWEIHUNG / IN DER POGROMNACHT / AM 9. NOVEMBER 1938 / WURDE DAS GOTTESHAUS / VON DEN FASCHISTEN ZERSTÖRT / VERGESST ES NIE!

Standort der einstigen Synagoge (heute des Hauses mit Gedenktafel): Judengasse 5–7. (von 1938 bis 1991 hieß diese Straße „Hoffnung“).

Der im 17. Jahrhundert angelegte jüdische Friedhof am Stiller Tor wurde 1962 abgeräumt und bebaut, die Grabsteine wurden auf dem 1898 neu angelegten jüdischen Friedhof aufgestellt. Standort der Schule (mit der 1995 wiederentdeckten Mikwe) und Resten des alten jüdischen Friedhofes: Näherstiller Straße 3 (unmittelbar vor dem Osttor der Stadt).

Der „neue“ jüdische Friedhof am Eichelbach wurde 1898 neben dem städtischen Friedhof eingerichtet. Lage des Friedhofs: neben dem städtischen Friedhof am westlichen Stadtrand nördlich der Straße nach Wernshausen (und weiter nach Meiningen und Eisenach). Standort: Vom Rathaus rechts in die Auer Gasse bis zur Einmündung in die Bahnhofstraße (stadtauswärts in Richtung Meiningen / Eisenach). Weiter auf der Bahnhofstraße, bis diese nach links abgeht. Hier biegt man rechts in die Straße „Eichelbach“ ein und geht auf dieser (nach Überquerung der Schmalkalde und links am Kreiskrankenhaus vorbei) etwa 700 Meter leicht bergan. Auf der linken Straßenseite kann nun der Eingang zum städtischen Friedhof gesehen werden. Unmittelbar davor befindet sich, ebenfalls auf der linken Straßenseite, der verschlossene jüdische Friedhof.

Zustand: gepflegt.

Allgemeine Übersicht: Zugang zum jüdischen Friedhof, der durch einen Zaun vom christlichen abgetrennt ist, durch ein eigenes Tor (Schlüssel im Friedhofsbüro erhältlich). Die Friedhofsfläche von etwa 2700 Quadratmeter ist rundherum von

Maschendrahtzaun umgeben; belegt mit 108 sehr schönen, langsam zerfallenden Grabsteinen vom alten Friedhof am Stiller Tor (ältester Grabstein aus dem Jahre 1652) auf der linken Seite des Friedhofes. Auf der rechten Friedhofsseite stehen 46 neuere Grabsteine, zumeist hebräisch und deutsch beschriftet, der jüngste aus dem Jahr 1939. Die letzte Bestattung fand 1942 statt (Regine Heinemann, kurz vor der Deportation verstorben), der anschließend aufgestellte Grabstein verschwand kurze Zeit darauf.

Grabsteine vom alten Friedhof





Ein Gedenkstein mit folgender Inschrift (unter einem Davidstern) weist auf das Schicksal des alten Friedhofs hin: ISKOR / DIESE GRABDENKMÄLER / BEFANDEN SICH AUF / DEM ALTEN JÜDISCHEN / FRIEDHOF UND WURDEN / HIER AUFGESTELLT, / ALS DIESER IM ZUGE DER / NEUEN STADTPLANUNG / EINGEEBNET WERDEN MUSSTE. / SCHMALKALDEN – / IM JAHRE 1962 (5722).



Gedenktafel auf dem Friedhof

Schwallungen (Landkreis Schmalkalden-Meiningen)

Hier war von 1543 bis 1555 ein Jude ansässig, der wohl von der sich anschließenden Vertreibung der Juden aus der Grafschaft Henneberg betroffen war.

Schwarza (Landkreis Schmalkalden-Meiningen)

In Schwarza lebten bereits unter dem Schutz der Grafen von Henneberg-Schwarza einzelne Juden (Eberle, später in Suhl wohnhaft, 1520 ff.; Jonas, 1569; Moses, 1570). Die Reichsgrafen von Stolberg erlaubten nach dem Dreißigjährigen Krieg Juden wieder die Ansiedlung in Schwarza. Der erste Beleg stammt aus dem Jahr 1652, als Joseph Aaron mit Familie aus Schmalkalden zuzog. Bis zum Ende des Jahrhunderts wurde 12 Familien die Ansiedlung gestattet. 1680 begannen diese Juden mit dem Bau einer Synagoge, die 1686 fertiggestellt war. 1699 lebten acht jüdische Familien mit 40 Personen in Schwarza. Im 18. Jahrhundert wuchs deren Anzahl weiter an: 1753 19 Familien, 1774 17 Familien, 1804 153 Juden, 1823 196 in 18 Häusern, 1829 225 in 21 Häusern, 1847 schließlich 287 jüdische Einwohner. Danach ging ihre Zahl kontinuierlich zurück, sodass 1920 nur noch 25 Juden (in sieben Familien), 1933 noch zehn und schließlich bis Mai 1942 nur noch vier jüdische Einwohner in Schwarza wohnten.

Die örtlichen Juden, die wohl schon vor 1685 eine eigene Kultusgemeinde bildeten, verfügten über eine 1686 feierlich eingeweihte und 1841 baulich erweiterte Synagoge, eine Mikwe, eine jüdische Schule, eine „Judenbettelherberge“ eine koschere Metzgerei, eine koschere Bäckerei und seit 1680 über einen eigenen Friedhof.

Die Synagoge wurde 1938 nicht vernichtet, jedoch drangen NS-Anhänger gewaltsam in den Kultbau ein und entwendeten die Gebetbücher, welche dann auf einem Scheiterhaufen vor dem Synagogenbau verbrannt wurden. Das Synagogengebäude wurde später als Busgarage verwendet; 1980/81 wurde der herrliche Fachwerkbau wegen Einsturzgefahr abgerissen. Vom Bauwerk sind heute nur noch die Grundmauern im Garten des Anwesens Irma-Stern-Straße (früher Hüttingasse, auch Judengasse genannt) Nr. 17 zu sehen.

Standort der einstigen Synagoge: im Hof des Grundstücks Irma-Stern-Str. 17.

Eine erste jüdische Schule gab es schon im 18. Jahrhundert (1774 urkundlich erwähnt); diese wurde 1803/04 aufgegeben, der Unterricht bis 1868 in einem



*Grundmauern der
Synagoge*

Jüdische Schulhäuser: Irma-Stern-Straße 10, Dolmarstraße 3



anderen Gebäude, ab 1880 in der Veilchengasse – heute Dolmarstraße 3 – durchgeführt; danach – es gab nicht mehr genügend jüdische Kinder – ging sie vom Gemeinde- in Privatbesitz über und wurde als Wohnhaus genutzt. Das Bauwerk ist heute noch erhalten.

Standort der früheren (ersten) jüdischen Schule (1774 bis 1803/04): Irma-Stern-Straße 10.

Standort der späteren (zweiten) jüdischen Schule (1803/04 bis 1868/80): Eichengasse 6, (danach – ab 1880 – in der Veilchengasse), heute Dolmarstraße 3.

Auch die Häuser, in denen sich die koschere Metzgerei und die koschere Bäckerei befunden haben, sind heute noch erhalten. Sie befinden sich in Privatbesitz und werden als Wohnhäuser genutzt.

Standort der früheren koscheren Bäckerei: Dolmarstraße 4.

Standort der früheren koscheren Metzgerei: Irma-Stern-Straße 2.

Die Mikwe, die sich einst auf dem Grundstück Siechenweg / Ecke Siechengasse befand, ist heute nicht mehr erhalten, wohl aber die starke Quelle, die sie (aus dem Wilbertstall über Holzrohre) speiste. Das Gebäude des Ritualbades wurde nach dem Bau der Hauptstraße 1830 abgerissen und zwischenzeitlich überbaut.

Standort der einstigen Mikwe: Grundstück Hauptstraße 156.

Jüdische Bäckerei



Koschere Metzgerei



Wohnhaus Irma Stern



Die „Judenbettelherberge“ brannte bereits vor langer Zeit ab. Heute befindet sich auf dem einstigen Areal, das zum Haus Dolmarstraße 3 (früher Eichengasse) gehört, ein stallähnliches Bauwerk.

Standort der einstigen „Judenbettelherberge“: Gelände bei dem Haus Dolmarstraße 3.

Eine Straße in Schwarza trägt den Namen der jüdischen Frau, die am 10. Mai 1942 als letzte jüdische Einwohnerin mit ihren zwei Kindern – 6 und 3 Jahre alt – und ihrer Mutter in das KZ Litzmannstadt (Lodz) und von dort in den Tod deportiert worden war: die Irma-Stern-Straße.

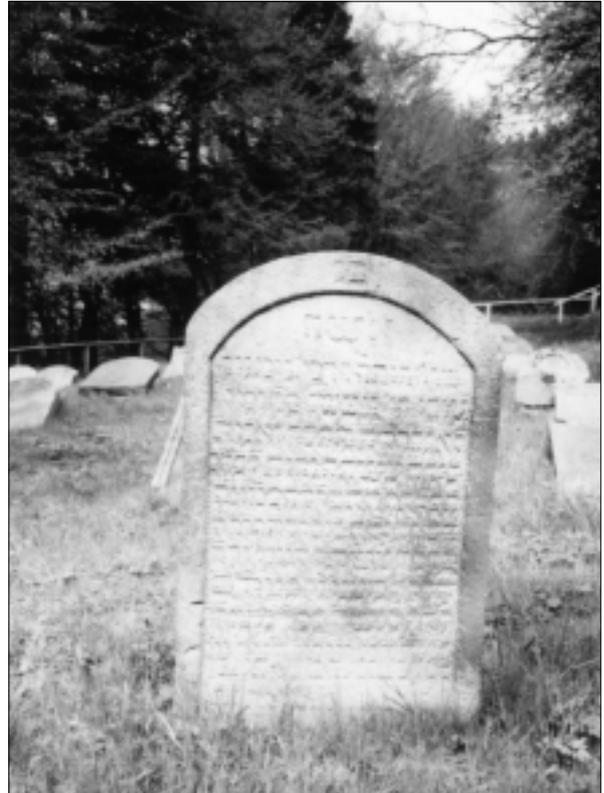
Lage des Friedhofs: Auf dem Lindenrain, südlich des Ortsausganges.

Standort: Von der Kirche kommend fährt man in Richtung Rohr, an der nach rechts abbiegenden Irma-Stern-Straße vorbei. Etwa 50 Meter vor dem Ortsende biegt man von der Hauptstraße links ab und folgt dem Hinweisschild „Judenfriedhof“ auf einer geteerten Straße. Man fährt über eine sehr alte Steinbrücke (= alte Straße nach Rohr); danach stellt man den Wagen ab, biegt von der nicht mehr geteerten Straße links in einen Feldweg ab, auf dem man bis zum Fuße eines Hügels läuft. Nun biegt man wiederum links ab und geht dann auf Stufen längs den Hügel hinauf bis zum Eingangstor des Friedhofes.

Zustand: parkähnlich angelegt und gepflegt.







Allgemeine Übersicht: Größe ein Hektar; Flurteil „Judenleite“; Eingang durch ein Metalltor (mit Davidstern) zwischen zwei Original-Steinpfeilern; parkartige Hanglage; Mehrzahl der Gräber auf dem Plateau; auf der rechten Seite des Weges zum Friedhof bergauf versinkende bzw. bereits im Erdboden versunkene alte Grabsteine; Richtung der Grabsteine ist Süden, Mehrzahl der 78 Grabsteine ist auf der Vorderseite hebräisch, auf der Rückseite deutsch beschriftet; viele Grabsteine weisen Ornamente (Blumen, Rosetten, u.a.m.) auf; auf der Rückseite von zwei Grabsteinen ist eine Schabbathlampe gut zu erkennen; die

Grabsteine auf dem hinteren Teil des Friedhofes sind auf Sockeln liegend befestigt; erste Bestattung erfolgte 1680, letzte 1936.

Simmershausen (Gem. Gleichamberg, Landkreis Hildburghausen)

Hier wurde am 11. August 1711 durch den Herzog von Sachsen-Hildburghausen der erste Schutzjude aufgenommen. Der Kultusgemeinde gehörten 1748 vier, 1767 dann sieben und 1768 acht Familien an. Sie besaß eine eigene Synagoge, eine 1767/68 von Isaak Levi ohne Genehmigung errichtete jüdische Schule und eine Mikwe.

1786 schlossen sich die in Simmershausen lebenden Juden mit denen im benachbarten Gleicherweisen zu einer Kultusgemeinde zusammen. Im Dezember 1833 lebten 57 Juden am Ort; 1853 wurde mit 60 Personen der Höhepunkt erreicht; im Jahr 1871 lebten 23; 1895 immer noch 26 und 1913 nur noch 18 jüdische Bewohner am Ort. Um 1930 haben die letzten Juden Simmershausen verlassen. Ihre Toten hatten sie bis 1885 auf dem Friedhof Weitersroda, danach auf dem in Gleicherwiesen bestattet. Die jüdische Schule wurde 1839 von neun, 1847 nur noch von fünf Kindern besucht. 1855 wurde der Unterricht eingestellt, die Kinder gingen fortan zum Unterricht nach Gleicherwiesen.

Trotz intensiver Recherchen war es nicht möglich, das Schicksal und den Standort eines der jüdischen Kultgebäude in Erfahrung zu bringen. So legen nur noch Urkunden Zeugnis über früheres jüdisches Leben in Simmershausen ab.

Sollstedt (Landkreis Nordhausen)

Hier lebte 1554 ein Jude, 1570 fünf Juden mit ihren Familien. Spätere Nachrichten fehlen.

Sondershausen (Landkreis Kyffhäuserkreis)

Juden, die sich nach Sondershausen nannten, sind 1320 und 1341 in Nordhausen und Mühlhausen bezeugt. Durch den archäologischen Befund einer mittelalterlichen Mikwe, die bereits vor dem Bau der Stadtmauer um 1300 am westlichen

Rand des Altstadtkerns bestand, ist belegt, dass Juden schon im ausgehenden 13. Jahrhundert in Sondershausen lebten. Sie fielen 1349 dem Pest-Pogrom zum Opfer.

In den folgenden Jahrhunderten sind keine Sondershäuser Juden nachweisbar. Eine jüdische Gemeinde existierte hier erst wieder am Ende des 17. Jahrhunderts. 1695 erhielten die Juden der schwarzburgischen Residenzstadt den Status von Schutzbürgern. 1698 wird eine Betstube und eine jüdische Schule in einem (wohl in der Hauptstraße gelegenen) jüdischen Privathaus urkundlich erwähnt, 1699 dann der Kauf des Areals für eine jüdische Begräbnisstätte südlich der Stadt am Spatenberg. Eine „Judengasse“, die vom Markt in die Kirchgasse (heute Kirchstraße) führte, ist noch 1798 nachweisbar. Vom Beginn des 18. Jahrhunderts bis 1826 befanden sich Betstube und Schule im ehemaligen Wohnhaus des „Hofjuden“ Wallich (gest. um 1740) in der Bebrastraße 31. 1825/26 errichtete die Gemeinde, die zu dieser Zeit aus mindestens 26 Familien bestand, eine Synagoge, einen bescheidenen Bau im Hinterhaus der Bebrastraße 6; am 1. September 1826 wurde sie feierlich eingeweiht. Am 3. Januar 1860 ordnete ein Gesetz die Schaffung einer Synagogengemeinde für die Juden des Fürstentums Schwarzburg-Sondershausen an, deren Mitglieder in den Städten Sondershausen und Arnstadt wohnten; die Juden von Arnstadt bildeten ab 1. Juli 1884 eine eigene Gemeinde. Die Sondershäuser Synagoge wurde bis zu ihrer Schändung 1938 von den Mitgliedern der Synagogengemeinde Sondershausen, die 1880 130 und 1924/25 noch immer 75 Mitglieder hatte, als Kultgebäude genutzt. Die baulichen Reste des bei einem Bombenangriff 1945 ausgebrannten Gebäudes sind um 1960 beim teilweisen Abriss des Straßenzuges beseitigt worden. Der Platz ist heute neu bebaut. Eine Gedenktafel erinnert an den Standort der Synagoge.

Die Synagogengemeinde besaß eine jüdische Schule, die jedoch bereits 1840 den städtischen Schulanstalten angegliedert und auf den Religionsunterricht reduziert wurde. Ab 1842 gab es in Sondershausen ein privates jüdisches Knabenspensionat, das der israelitische Religionslehrer und Prediger, ab 1845 Rabbiner Philipp Heidenheim (1814 – 1906), der zugleich als Lehrer an der Realschule tätig war, unterhielt. Die israelitische Religionsschule und das Pensionat befanden sich anfangs im Vorderhaus der Synagoge (Bebrastraße 6), 1847 wurde der Unterricht in die städtischen Schulgebäude in der Pfarrstraße, ab 1903 in das Staatsschulgebäude in der Güntherstraße verlegt.

Die ehemalige, aus dem 13. Jahrhundert stammende Mikwe befindet sich im Stadtzentrum, unter dem Gebäude der „Galerie am Schlossberg“. Der Eingang

befindet sich in der von der Hauptstraße abzweigenden Gasse „Am Durchbruch“.

Eine Besichtigung ist möglich nach Anmeldung beim Schlossmuseum Sondershausen (Tel.: 036 32 / 62 24 20 oder eMail: schlossmuseum@sondershausen.de).

Jüdischer Friedhof

Lage: südlich außerhalb der Stadt, am Spatenberg. Vom Stadtzentrum (Busbahnhof) kommend biegt man zunächst links in die Güntherstraße und fährt weiter geradeaus durch die Puschkin-Promenade, biegt dann rechts in die Posenallee. Auf dieser Allee fährt man immer geradeaus bis zum Waldrand, wo das Fahrzeug abgestellt werden kann. Man folgt dem linken Waldweg bergauf und befindet sich nach etwa 250 Metern vor dem (verschlossenen) Eingang zum Friedhof links des Weges.

Zustand: sehr gut gepflegt.

Grabsteine







Gedenktafel am Friedhof

Allgemeine Übersicht: Der Friedhof, dessen Fläche annähernd die Form eines Dreiecks hat, ist mit einem stabilen Holzzaun umgeben. Vom verschlossenen Jägerzauntor bis zur gegenüberliegenden Längsseite ist ein Gang zu erkennen, der das etwa 3.000 Quadratmeter große Areal mit 180 erhaltenen Grabstellen in zwei Flächen aufteilt: Auf der Fläche links des Eingangstores sind etwa 25 Reihen zum Teil sehr alter Grabsteine zu erkennen; die ältesten stammen aus dem frühen 18. Jahrhundert. Auf der Fläche rechts vom Tor stehen sieben Reihen neuerer Grabsteine der Jahre 1885–1939 und ein Denkmal für die Opfer der NS-Verfolgung. Auf dem Mahnmal, einem Findling, zu dem man über Stufen gelangt, kann man die folgende Inschrift lesen: IN STILLEM GEDENKEN AN UNSERE ERMORDETEN BRÜDER UND SCHWESTERN 1933–1945. An mehreren Grabsteinen in beiden Feldern sind deutliche Spuren von Verwüstungen und Schändungen (letzte 2003) zu erkennen. Eine Holztafel rechts vom Eingang mit der Inschrift GEDENKSTÄTTE JÜDISCHER FRIEDHOF, ERÖFFNET 1699 weist auf die einstige Funktion hin.

Gedenkstein auf dem Friedhof



Sonneberg (Landkreis Sonneberg)

Erste Belege für die Anwesenheit und die Geschäftstätigkeit von Juden stammen aus dem 18. Jahrhundert (1716, 1792 und 1799). Ein verstärkter Zuzug, vor allem von Geschäftsleuten, erfolgte erst nach 1870. Die Zahl der ansässigen Israeliten wird 1882 mit 18, 1895 mit 40, 1899 mit 21, 1924/25 mit 50 und 1932/-33 mit 25 angegeben. Sie gehörten der um 1898 (Datum nicht gesichert!) gegründeten Israelitischen Gemeinde Sonneberg an. Diese kleine Gemeinde besaß keine Synagoge. Es ist aber sehr wahrscheinlich, dass Kulthandlungen in einer Betstube in einem jüdischen Privathaus durchgeführt wurden. Trotz intensiver Recherchen war es bis heute nicht möglich, den Standort dieser (vermuteten) Betstube zu finden.

Ihre Toten begruben die Juden von Sonneberg überwiegend auf dem jüdischen Friedhof in der benachbarten Stadt Coburg. Es ist nicht bekannt, wann sich die Kultusgemeinde aufgelöst hat, aber es ist durchaus möglich, dass dies in der ersten Hälfte der 1930er-Jahre der Fall war.

Zur Blütezeit von Sonneberg (vor 1914) wurden die bedeutendsten Kaufhäuser von Juden geführt (Rosenthal, Speyer). Der jüdische Rechtsanwalt Dr. Eduard Lasker vertrat den Wahlkreis Sonneberg-Saalfeld im Reichstag; Hugo Karl Liman war von 1893 bis 1909 Bürgermeister von Sonneberg. In der Mitte der 1920er-Jahre schlug die bis dahin tolerante Stimmung um. Bis 1938 war die Mehrzahl der in jüdischem Besitz befindlichen Unternehmen „arisiert“, darunter das 1895 gegründete Konfektionshaus S. Speyer in der Bahnhofstraße (2004/5 abgebrochen).

Stadtilm (Landkreis Ilm-Kreis)

Hier lebten bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts Juden, die Opfer des Pest-Pogroms wurden. Danach sind erst 1398 wieder Juden in Stadtilm belegt. 1428 lebte der Jude Isaak in der Stadt, dieser war eine Art „Hofjude“ des Grafen von Schwarzburg-Wachsenburg. Er erhielt einen vorteilhaften Schutzbrief und wurde mit der – wohl aus der Zeit vor 1349 stammenden – Synagoge belehnt; Isaak ist noch 1434 in Stadtilm belegt. 1452 erteilt Graf Heinrich von Schwarzburg die Erlaubnis, aus der Synagoge eine christliche Kapelle zu machen. Danach gibt es keine Zeugnisse jüdischen Lebens mehr in Stadtilm.

Name und Standort der nicht mehr existierenden Kapelle konnten nicht ermittelt werden. So bilden heute nur noch Urkunden und Akten Zeugnisse einstigen jüdischen Lebens in Stadtilm.

Stadtlengsfeld (Landkreis Wartburgkreis)

Stadtlengsfeld (Lengsfeld) war seit 1494 im Besitz derer von Boineburg. Als Angehörige der Reichsritterschaft war ihnen gestattet, Schutzjuden aufzunehmen. Dies erfolgte wohl gegen Ende des 16. Jahrhunderts. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts besaß diese jüdische Gemeinde einen Friedhof. 1731 lebten in Stadtlengsfeld 24 jüdische Familien und fünf Witwen unter dem Schutz der Freiherren von Boineburg. Im Jahr 1800 haben am Ort 800, 1825 noch 566, 1826 dann 542 Juden in 145 Familien gewohnt. Seit etwa 1870 wird auch hier die Gemeinde immer kleiner: 1893 lebten hier 114 steuerpflichtige Juden, 1895 noch 97, 1910 dann 64, 1913 58, 1924/25 noch 38, 1932/33 dann 32 und 1935 nur noch 30 jüdische Einwohner.

Ehemalige Synagoge





Ehemalige Schule

Wohnhaus des Landrabbiners Dr. Wiesen



Den Mitgliedern der Kultusgemeinde standen eine Synagoge, eine Mikwe (im Hof des mit einer hohen Steinmauer eingefriedeten Synagogengrundstücks), seit 1799 eine jüdische Schule (die mit der Synagoge durch einen geschlossenen und überdachten Brückengang in Höhe des ersten Stockwerks verbunden war), eine koschere Metzgerei mit einem Schächter und ein im 18. Jahrhundert angelegter Friedhof zur Verfügung. 1850 wurden auf Wunsch der christlichen und jüdischen Gemeinde die Konfessionsschulen des Ortes aufgelöst und in eine vereinigte Bürgerschule überführt. Seit 1824 war Stadtlengsfeld Sitz des Landrabbinats für das Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach (der letzte Landrabbiner war Dr. Joseph Wiesen).

Das Ende der Gemeinde, die sich bereits ab der Mitte des 19. Jahrhunderts beständig verkleinerte (1911 zog Rabbiner Dr. Wiesen weg), kam mit dem Dritten Reich. Im November 1938 wurde die Synagoge verwüstet, aber trotz Vorsatz nicht angezündet. Bis Ende 1938 verließen alle noch verbliebenen Juden den Ort. Mehr als 30 dieser vormaligen jüdischen Einwohner Stadtlengfelds wurden durch die Nationalsozialisten in den Konzentrationslagern ermordet.

Das Gebäude, in dem sich die Synagoge (mit der 1938 beseitigten Mikwe) befand, existiert heute noch, wenn auch umgebaut. Es befindet sich in Privatbesitz und wird gegenwärtig als Wohnhaus (mit Quelle-Verkaufsstelle im Erdgeschoss) genutzt. Standort der Synagoge mit Mikwe: Amtsstraße 8.

Auch das jüdische Schulhaus, das die israelitische Gemeinde 1860 der Stadt schenkte, und das frühere Wohnhaus von Rabbiner Dr. Wiesen existieren noch. Sie werden als private Wohnbauten genutzt. Standort der jüdischen Schule: Ratsgasse 15. Gebäude, in dem Rabbiner Dr. Wiesen zur Miete wohnte: Marktstraße 15. Das Gebäude, in dem sich bis in die 1930er-Jahre die koschere Metzgerei befand, wurde abgerissen. Heute ist das Gelände unbebaut. Standort der einstigen koscheren Metzgerei: Freier Platz in der Burgstraße (zwischen Wohnhaus an der Ecke und Garage).

Aus der jüdischen Gemeinde der Stadt gingen bekannte Persönlichkeiten hervor bzw. wirkten in ihr wie zum Beispiel Dankmar Adler, der 1844 als Sohn des Landrabbiners und Lehrers Liebmann Adler in Lengsfeld geboren wurde und in den USA einer der bekanntesten Architekten wurde. An der vereinigten Bürgerschule zu Lengsfeld unterrichtete viele Jahre Julius Löwenheim, geboren in Gehaus. Er verfasste bedeutsame pädagogische und methodische Schriften und war Ende des 19. Jahrhunderts ein bekannter Regionalpolitiker. Genannt werden kann auch Dr. Kroner, der bis 1883 Landrabbiner in Lengsfeld war. In Erfurt erwarb er

sich bedeutende Verdienste bei der Erforschung der jüdischen Geschichte dieser Stadt.

Lage des Friedhofes: Im Süden von Stadtlengsfeld, Roter Graben / Ecke Dermbacher Straße auf einer kleinen Anhöhe inmitten von Gärten.

Standort: Vom Rathaus fährt man in die Amtsstraße und biegt dann an deren Ende links in die Burgstraße ein, welche auf die Dermbacher Straße führt. Auf dieser fährt man über eine Brücke und unter der Bahnlinie durch bis kurz vor dem Ortsausgang Richtung Kaltennordheim, wo man rechts in die Straße „Roter Graben“ abbiegt. Auf dieser Straße fährt man noch etwa 130 Meter, dann befindet sich auf der rechten Straßenseite der Eingang zum Friedhof.

Zustand: sehr gut gepflegt. Der Eingang des Friedhofes ist verschlossen. Anmeldungen zu Führungen im Rathaus der Stadt.

Allgemeine Übersicht: Die etwa 1000 Quadratmeter große Friedhofsfläche mit 603 Grabsteinen hat die Form eines unregelmäßigen Dreiecks, dessen Spitze nach Nordosten zeigt. Begrenzt wird der Friedhof teilweise durch eine Mauer, eine Ori-

Friedhofstor









ginal-Mauer aus Sandstein (am ältesten Teil) und durch einen Maschendrahtzaun. Großer Eingang mit der Jahreszahl 1928; es folgen zwei Tore hintereinander: großes Steintor mit zwei schmiedeeisernen Flügeln, rechteckiger, 4 Meter breiter und 12 Meter langer Eingangsbereich, dahinter weiteres schmiedeeisernes Tor zwischen zwei Sandsteinpfeilern, die mit hebräischen Sprüchen versehen sind, und kleines Tor an der gegenüberliegenden Begrenzung; vom großen Tor aus breiter, unbefestigter Weg, der im rechten Winkel abbiegt; weiterer Weg nach 20 Meter, der den Friedhof fast bis zu dessen Ende aufteilt. Auf beiden Seiten des Weges Grabsteine; mehrere Gräberfelder (aus verschiedenen Epochen) zeigen in verschiedene Richtungen; besonderes Denkmal für zwei Soldaten des Ersten Weltkrieges; Grabstein des Großherzoglichen Landrabbiners von Sachsen-Weimar-Eisenach Dr. Moses Salzer; letzte Bestattung 1940; Bewuchs mit Laub- und Nadelbäumen; einzelne Grabsteine sind in Bäumen „eingewachsen“; einige Grabsteine zerfallen infolge Umweltverschmutzung schichtweise.

Es hält sich außerdem in Stadtlengsfeld ein Gerücht, dass es noch einen zweiten jüdischen Friedhof gegeben haben soll, der bis heute jedoch nicht lokalisiert werden konnte. In Veröffentlichungen der evangelischen Gemeinde von Stadtlengsfeld wird seine Lage mit der Flurbenennung „Über dem Wasser“ angegeben. Bis jetzt ist nicht bekannt, wo sich dieses Flurstück befindet.

Stepfershausen (Landkreis Schmalkalden-Meiningen)

Hier lebte zwischen 1552 und 1555 ein einzelner Jude, der danach wohl wie die übrigen Juden aus der Grafschaft Henneberg vertrieben worden ist.

Sülzhayn (Stadt Ellrich, Landkreis Nordhausen)

Im Jahr 1568 wurden Juden, die aus Nordhausen vertrieben worden waren, durch die Herren von Spiegel als Schutzjuden in Sülzhayn aufgenommen. Vom ersten Drittel des 18. bis zum frühen 19. Jahrhundert existierte am Ort, der damals zum Kurfürstentum Hannover gehörte, eine jüdische Gemeinde. Sie besaß vermutlich Kultstätten und nachweislich einen eigenen Friedhof, von denen jedoch trotz intensiver Recherchen keinerlei Spuren gefunden werden konnten.

Außer dem durch Urkunden belegten Nachweis einer zeitweisen Anwesenheit von „jüdischen Asylanten aus Nordhausen“ und ihres Friedhofes gibt es keinerlei Zeugnisse jüdischen Lebens in Sülzhayn.

Sünna (Landkreis Wartburgkreis)

Hier lebten einzelne, zur Gemeinde im nahen Vacha gehörende Juden; Belege stammen aus den Jahren 1610 bis 1650.

Suhl (kreisfreie Stadt)

Ab 1533 war in Suhl ein Jude namens Eberle/Eberlin ansässig, welcher zuvor in Schwarza gewohnt hatte. Im Schutzbrief des Grafen von Henneberg aus dem Jahr 1552 werden zwei Juden in Suhl genannt; sie waren die Haushaltsvorstände, die Zahl der am Ort lebenden Juden war größer. 1556 wurde diesen Juden der Schutz aufgekündigt, in den Folgejahren haben sie Suhl verlassen müssen. An sie erinnerte lediglich eine „Judengasse“.

Die im 19. Jahrhundert nach Suhl zuziehenden Juden gehörten zunächst zur Gemeinde Heinrichs, die 1871 in „Suhl mit Heinrichs“ umbenannt wurde, nachdem sich der Schwerpunkt nach Suhl verlagert hatte. Diese Gemeinde existierte bis zum September 1942. Sie besaß eine Synagoge in Suhl, nutzte bis 1903 den Friedhof am Schießgrund oberhalb von Heinrichs und ab diesem Zeitpunkt den Friedhof am Hoheloh (Mitteloh). In Suhl waren mehrere jüdische Organisationen tätig.

Der Gemeinde stand von 1871 bis 1906 nur eine Betstube zur Verfügung, die sich in einem Saal am (historischen) Mühlplatz 7, im ersten Stock des Harras'schen Hauses befand. Das Harras'sche Haus wurde abgerissen, den Mühlplatz gibt es nicht mehr.

Standort des Betsaals: historischer Mühlplatz (in der Nähe von Stadthalle und Waffenmuseum an der Friedrich-König-Straße).

1905 wurde der Bornmüllersche Garten in der Hohelohstraße für den Bau einer Synagoge erworben. Diese Synagoge wurde am 7. August 1906 eingeweiht. Der Kultusgemeinde gehörten im Jahre 1905 etwa 150 Mitglieder (davon nur 40 Steuerpflichtige) an. Zwanzig Jahre später lebten in Suhl noch 121 Juden.

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurde die Suhler Synagoge von SA-Leuten niedergebrannt. Bald folgte auch das Ende der Gemeinde: von den 1938 in Suhl und Umgebung lebenden 90 Juden wurden im Mai 1942 zunächst 29 in die Vernichtungslager in Polen und im September des gleichen Jahres weitere 10 nach Theresienstadt deportiert. Mit dem Abtransport der letzten Juden war die Kultusgemeinde Suhl ausgerottet worden.

In den 1980er Jahren errichtete die Stadt an der Stelle, an der einst die Synagoge gestanden hatte, ein würdiges Denkmal mit der Inschrift: AN DIESER STELLE STAND DIE SYNAGOGE DER JÜDISCHEN GEMEINDE. SIE WURDE 1906 GEWEIHT. IN DER POGROMNACHT AM 9. NOVEMBER 1938 WURDE SIE DURCH BRANDSTIFTUNG VON DEN FASCHISTEN ZERSTÖRT.

Standort der Synagoge und des Denkmals: Straße der Opfer des Faschismus (OdF) zwischen den Häusern Nr. 5 a und Nr. 11 – gegenüber dem Stadtpark.

Bis 1903 benutzte die Kultusgemeinde Suhl den jüdischen Friedhof in Heinrichs „Am Schießgrund“. Im gleichen Jahr begann sie mit der Benutzung des inzwischen angelegten neuen jüdischen Friedhofes am Hoheloh, gegenüber dem Städtischen Friedhof. Hier war auch eine Tahara-Halle vorhanden.

Lage des Friedhofs: Gegenüber dem städtischen Friedhof in der Straße der Opfer des Faschismus.

Standort: Von der evangelischen Kreuzkirche läuft man die Straße der Opfer des Faschismus (Straße der OdF) bergauf in Richtung Sternwarte/Planetarium.



Friedhof



Gedenkstein für die Synagoge



Grabstein

Man schreitet links an dem Synagogendenkmal, an den Einmündungen der Grünewaldstraße sowie der Riemenschneiderstraße vorbei und überquert dann die Bebelstraße – Wertherstraße. Nachdem man links am Eingang des städtischen Friedhofes, rechts an einer Kraftfahrzeugwerkstatt und einem Garagenhof vorbeigegangen ist, befindet sich leicht hügelauflauf auf der rechten Seite der Straße der Eingang des jüdischen Friedhofes.

Zustand: sehr gepflegt.

Allgemeine Übersicht: Umgeben von einem Holzzaun befindet sich ein großes Holztor zwischen zwei gemauerten Original-Pfosten; rechts daneben ein kleiner Eingang; auf dem massiven Pfosten ist ein Schild mit der Aufschrift „Gedenkstätte Jüdischer Friedhof Suhl“ zu sehen. Rechts neben dem Eingang ist eine kleine Tahara-Halle, davor ein Brunnen zum Händewaschen. Die Friedhofsfläche ist in eine rechte und eine linke Seite durch eine Baumallee geteilt; nur die linke Friedhofseite ist mit Gräbern belegt; vorne einige alte Grabsteine (vom Beginn des 20. Jahrhunderts), hinten, in der Nähe des Tores neue und sehr neue Grabsteine; im vorderen Teil zwei größere Grabmale; erste Bestattung 1903, letzte jüdische Bestattung 1966. Etwa 40 Grabsteine sind vorhanden.

Tambach (-Dietharz, Landkreis Gotha)

Juden, die sich nach Tambach nannten, erscheinen 1334 als Besitzer eines Hauses in Köln. Örtliche Belege für die Anwesenheit von Juden gibt es offenbar nicht.

Thamsbrück (Stadt Bad Langensalza, Landkreis Unstrut-Hainich-Kreis)

Thamsbrück gehört zu den Orten, an denen Juden Opfer des Pest-Pogroms von 1349 wurden. Später gibt es keinerlei Zeugnisse mehr für jüdisches Leben in Thamsbrück.

Themar (Landkreis Hildburghausen)

Hier existierte bereits im 13. Jahrhundert eine jüdische Gemeinde, die jedoch im Zuge der „Rindfleisch-Verfolgung“ im Jahre 1298 ausgerottet worden ist. 1500 war hier ein einzelner Jude ansässig.

Erst im 19. Jahrhundert gab es in Themar wieder eine jüdische Gemeinde: 1865 zogen fünf jüdische Familien aus Bibra, im Folgejahr sechs jüdische Familien aus Marisfeld zu. 1871 lebten 93 Juden in Themar, die seit 1870 über einen Bet-saal und einen Schulraum im Haus Oberstadt Nr. 205 verfügten. 1877 wurde die Synagoge eingeweiht, gleichzeitig konstituierte sich eine jüdische Kultusgemeinde. 1898 gehörten dieser 97 Mitglieder (in 25 Familien) an, 1924/25 lebten hier 70, 1932/33 64, 1935 69, 1938 48 Personen. Von diesen konnten 15 emigrieren; 1939 lebten noch 33 Juden in Themar. Diese wurden 1942 nach Belzyce und Theresienstadt verschleppt, der letzte am Ort lebende Jude wurde 1943 verhaftet.

Die Kultusgemeinde hatte 1894 im Haus Oberstadt 205 eine Schule mit Lehrerwohnung eingerichtet. Sie besaß mit großer Wahrscheinlichkeit auch eine Mikwe. Die Toten wurden auf dem jüdischen Friedhof von Marisfeld bestattet.



*Gebäude der
ehemaligen Synagoge*

Nach 1938 wurde das Synagogengebäude – es war in der „Kristallnacht“ nicht beschädigt worden – verkauft. Auch das Gebäude mit dem zuvor genutzten Betraum, mit Schulraum und Lehrerwohnung existiert heute noch. Nach Umbauten wird es, nachdem es kurz nach 1945 zeitweise als Schule gedient hatte, seit den 1950er-Jahren als Wohnhaus genutzt, in den letzten Jahren gründlich renoviert (und verändert). Standort des ehemaligen Synagogengebäudes: Ernst-Thälmann-Straße 17 (früher Oberstadt Nr. 205, danach Hildburghäuser Straße 17).

Treffurt (Landkreis Wartburgkreis)

Eine Jüdin, die sich nach Treffurt nannte und wohl von dort stammte, wohnte in den 1320er-Jahren in Erfurt. 1452 ist in Mühlhausen ein Jude belegt, der aus Treffurt stammte; 1598 war in der Stadt selbst ein Jude ansässig. Weitere Nachrichten fehlen.

Vacha (Landkreis Wartburgkreis)

In Vacha existierte eine bereits 1323 urkundlich belegte jüdische Gemeinde. Diese Juden waren von der Verfolgung des Jahres 1349 betroffen. Sie dürften vor allem in der „Judengasse“ gewohnt haben. Dort befanden sich auch von Christen bewohnte Häuser; 1343 und 1359 wird ein *Sythus* erwähnt, bei dem es sich um ein Sudhaus oder Brauhaus handeln könnte. Dies hat zu der Vermutung geführt, dass die Judengasse mit der heutigen Braugasse identisch sein könnte; dies ist jedoch unsicher. Vermutlich besaß bereits die 1349 ausgerottete Gemeinde eine Synagoge und eine Mikwe.

Im Jahr 1399 wurde Juden die Niederlassung im Stift Fulda gestattet; als Ansiedlungsorte werden Fulda, Hammelburg und Vacha genannt. 1414 war wieder ein Jude in Vacha ansässig. Späteren Steuerverzeichnissen ist zu entnehmen, dass bis in das 16. Jahrhundert hinein stets ein oder zwei Familien in Vacha wohnten. Zwischen 1527 und 1570 fehlen Nachrichten. Spätestens seit 1590 scheinen wieder Juden dauerhaft in Vacha ansässig gewesen zu sein. Um 1630 lebten zehn jüdische Familien in der Stadt; ihnen war der Gottesdienst in Privathäusern gestattet. Nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges hatte sich

die Einwohnerschaft von Vacha erheblich verringert; 1652 lebte hier nur noch ein Jude.

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts ist eine erneute Zuwanderung von Juden nach Vacha festzustellen; 1702 werden acht jüdische Steuerzahler genannt. 1777 entstand eine jüdische Kultusgemeinde, die eine (möglicherweise 1786 zusammen mit der Schule errichtete) Synagoge, eine Mikwe und einen bereits 1732 erwähnten Friedhof besaß. Die Synagoge wurde 1829 umgebaut und erweitert, da die Kultusgemeinde weiter gewachsen war; 1924/25 gehörten ihr noch 90 Juden an. 1938 wurde die Synagoge nicht zerstört, ihre Inneneinrichtung war jedoch schon am 10. Oktober 1938 vernichtet worden. Das Gebäude wurde kurz nach dem Pogrom zwangsweise an die Stadt „verkauft“ und im Jahre 1955 abgerissen.

Auf der gegenüberliegenden Straßenseite wurde 1998 eine Kellermikwe entdeckt, die wohl nicht im Besitz der Gemeinde, sondern von Privatleuten war. Das dort befindliche Gebäude wurde 1998 abgerissen und durch einen Erweiterungsbau der Vitusschule ersetzt. Die Mikwe im Keller kann nach Voranmeldung besichtigt werden.

Standort der früheren Synagoge Schulstraße 24, hinter der Garage. Standort der Mikwe: Schulstraße 9 (Anbau, ehemals Schulstr. 11). An der Vitusschule ist eine Gedenktafel angebracht, die auf Synagoge und Mikwe verweist.

Lage des Friedhofs: „Am Judenfriedhof“, am westlichen Hang des Hedwigsberges.

Standort: Von der Ortsmitte kommend fährt man, den Hinweisschildern folgend, immer in Richtung Völkershausen. Kurz vor dem Ortsende – an einer Bergkuppe – biegt man links von der Straße ab und fährt einen teilweise asphaltierten, teilweise geschotterten Weg steil bergauf. Nach etwa 300 Metern befindet sich links des Weges auf einem Feld der Eingang des Friedhofes.

Zustand: Im Mai 1994 zeigte der Friedhof deutliche Anzeichen lange zurückliegender Schändungen.

Allgemeine Übersicht: Es handelt sich bei diesem Friedhof wohl um den Nachfolger des früheren Vachaer Judenfriedhofes. 1425 wird eine Flurbezeichnung JUDENHAUGER (ab 1598: JUDENHAUCK) genannt, möglicherweise in Erinnerung an einen ersten Friedhof der bis 1349 bestehenden Gemeinde. 1647 befand sich dieser Platz im gleichen Flurstück wie der heutige Judenfriedhof, der 1732 erstmals erwähnt wird; der älteste Grabstein datiert jedoch aus dem Jahr 1718. Zu diesem heute noch – wenigstens zum Teil vorhandenen – Friedhof kaufte in den Jahren 1778, 1830 und 1882 die Jüdische Kultusgemeinde Vacha von der Stadt



Geschändeter Friedhof



Land hinzu. Der Friedhof ist mit einem Holzzaun umgeben; Bewuchs mit einigen Obst- und Nadelbäumen; Eingang: Holztor zwischen zwei massiven Steinpfosten. Rechts vom Eingang 20 Gräber (fünf Reihen zu je vier Gräbern); links vom Eingang eine kleine Baumreihe, dahinter 35 Gräber (sieben Reihen zu je fünf Gräbern). An der dem Eingang gegenüberliegenden Friedhofsseite am Holzzaun etwa 12 stehende bzw. umgelegte Grabsteine, darunter in der Mitte ein sehr schöner Kohen. Letzte Bestattung (Mathilde Strauß s.A.) 1936; etwa ein Drittel der einstigen Gesamtfläche wurde 1945/46 im Rahmen der Bodenreform enteignet, der Friedhof massiv geschändet: die Grabsteine wurden damals umgeworfen, „verlagert“, zerschlagen oder zweckentfremdet; von den heute noch vorhandenen 64 Grabsteinen – die sich bereits seit den Schändungen in den Jahren nach dem Kriegsende in der jetzigen Lage befinden – sind gegenwärtig noch 17 lesbar. 1994 erfolgte durch das Beschmieren der Grabsteine eine erneute Friedhofsschändung. Auf dem Friedhof wurde am 17. November 1998 ein Gedenkstein enthüllt.



Vachdorf (Landkreis Schmalkalden-Meiningen)

Hier ist 1552 ein einzelner Jude belegt, der schon kurze Zeit später, wie die übrigen Juden aus der Grafschaft Henneberg vertrieben worden sein dürfte.

Völkershausen (Landkreis Wartburgkreis)

Hier lebten spätestens seit 1584 Juden, die von den Herren von Völkershausen als Schutzjuden im Dorf angesiedelt worden waren. 1602 lebten am Ort vier jüdische Familien, bis 1650 wuchs diese Zahl weiter. Der Kultusgemeinde gehörten im Jahre 1780 fünf Schutzjuden (mit Familien), 1861 dann 57 und 1895 immer noch 33 Mitglieder an. Sie besaß im Ort eine 1815/16 erbaute Synagoge, eine 1834 errichtete Schule sowie eine 1830 bis 1858 mehrfach genannte Mikwe („Judenweiberbad“). Vom 17. bis zum 19. Jahrhundert gab es in Völkershausen auch eine „Judengasse“, die spätere „Karl-Alexander-Straße“, heutige „Vachaer Straße“.

Da seit 1840 und noch stärker nach 1860 die Zahl der Gemeindemitglieder durch Abwanderung rapide sank, erfolgte 1903 die Selbstauflösung der Kultusgemeinde. Die hier noch wohnenden zwei jüdischen Familien schlossen sich am 21. August 1903 der benachbarten Kultusgemeinde Vacha an. Nach 1914 lebten keine Juden mehr im Dorf. Die verstorbenen Juden von Völkershausen wurden stets auf dem jüdischen Friedhof zu Vacha beigesetzt – die letzten aus Völkershausen waren Therese und Meier Baumgart s. A., geboren in Völkershausen, später umgesiedelt nach Vacha.

Mit der Auflösung der Kultusgemeinde ging das 1815/16 (eine andere Quelle nennt das Jahr 1718) erbaute und in den Jahren 1864 und 1871 renovierte Synagogengebäude in den Besitz der Jüdischen Kultusgemeinde Vacha über. Es wurde zu einem späteren Zeitpunkt teilweise abgerissen. Die Reste der einstigen Synagoge sind heute als Teil einer Garage erhalten.

Standort der einstigen Synagoge: Anwesen des Grundstücks Friedensplatz Nr. 7.

Die Wetterfahne der Synagoge von Völkershausen mit der gut erkennbaren Zahl 1816 ist heute noch vorhanden. Sie befindet sich im Besitz der Familie Ap-pelt, Friedensplatz 7.

Die jüdische Schule hatte nur kurzen Bestand: 1834 errichtet, wurde sie nach Streitigkeiten in den Jahren 1868/70 mit der jüdischen Schule von Vacha verei-

nigt. Standort der einstigen jüdischen Schule: Anwesen hinter der einstigen Synagoge, zum Grundstück Friedensplatz 7 gehörig.

Wahlhausen (Landkreis Eichsfeld)

Hier sind zwischen 1523 und 1576 mehrfach einzelne, am Ort lebende Juden erwähnt. Spätere Nachrichten fehlen.

Walldorf (Landkreis Schmalkalden-Meiningen)

Walldorf war im Besitz von drei adligen Familien, die ihre Anteile vom Bischof von Würzburg zu Lehen hatten und sich der Reichsritterschaft anschlossen. Alle drei Ortsherren nahmen Schutzjuden auf; der Graf von Henneberg forderte 1560 vergeblich die Vertreibung dieser Juden; 1574 und 1575 sind in Walldorf Juden wohnhaft. Danach fehlen für mehrere Jahrzehnte die Belege.

Aus kleinen Anfängen entwickelte sich seit dem 17. Jahrhundert die größte Kultusgemeinde zwischen Rennsteig und Rhön. Sie ist zudem die einzige, deren Archiv erhalten geblieben ist (heute in Berlin). Da alle drei Ortsherren Schutzjuden aufnahmen und diesen gestatteten, je eine Kultusgemeinde zu gründen, verfügte zunächst jede dieser Gemeinden über einen eigenen Betsaal und gegen Ende des 18. Jahrhunderts auch über eine eigene Schule. Seit 1737 besaß man einen Friedhof, der 1790 erweitert wurde. Nach dem Zusammenschluss der drei Gemeinden (1789) beschloss die Kultusgemeinde Walldorf den Neubau von Synagoge und Schule. Die Synagoge wurde 1845 durch einen Anbau erweitert. 1829 wurden Bad und Backhaus errichtet; sie brannten mit der Schule 1836 ab; 1840 konnte jedoch eine neue Schule in Betrieb genommen werden. Von 1839 bis 1869 war Walldorf Sitz des für das Herzogtum Sachsen-Meiningen zuständigen Landrabbinats.

Im Dezember 1833 lebten im Ort 537 Juden; 1839 besuchten 31 Kinder die Schule; 1851 lebten 562 Juden in Walldorf, wo es 1851 auch zwei private jüdische Lehranstalten gab, die aber 1856 mit der Gemeindeschule zusammengeführt wurden. Um 1870 begann der Fortzug in die Städte, vor allem in das nahe gelegene Meiningen. Bis 1895 war die Zahl der jüdischen Einwohner des Ortes auf 108 zurückgegangen, 1898 lebten hier noch 98 Juden in 29 Haushaltungen, 14 Kinder



Synagogendenkmal (1995, inzwischen nicht mehr am Ort)



Jüdisches Schulhaus

besuchten die jüdische Schule, die 1909 mit der christlichen Schule vereinigt wurde. In den folgenden Jahren nahm die Zahl der Mitglieder der jüdischen Gemeinde weiter ab: 1913 betrug sie 60, 1924/25 war sie auf 40 und 1932/33 auf 32 Mitglieder gesunken; 1939 lebten noch vier jüdische Familien mit 19 Personen in Walldorf. Davon war es einigen wenigen Juden noch möglich auszuwandern, die Übrigen wurden 1942 und 1944 deportiert. Ein Überlebender kehrte 1945 nach Walldorf zurück.

In der Pogromnacht wurde die Synagoge verwüstet; 1939 musste sie an die politische Gemeinde abgetreten werden. Das Gebäude, zunächst als Lagerraum benutzt, zerfiel und wurde 1949 abgerissen. An der Stelle, an der sich die Synagoge befunden hatte, wurde später ein Denkmal errichtet, das mit der Synagoge und mit der vernichteten jüdischen Gemeinde nichts zu tun hatte. Es war in den 1990er-Jahren noch vorhanden und trug die Inschrift: 17. NOVEMBER / 1923 – 1968 / Und ob wir dann noch /leben werden /leben wird /unser Programm /Karl Liebknecht; inzwischen wurde es entfernt.

Standort der Synagoge: „Am Tanzberg“ (höchster Punkt der Ortsdurchfahrt). Nur noch wenige Überreste sind zu erkennen. Standort der einstigen jüdischen Schule: Freier Platz 4 (frühere Gemeindeverwaltung). Lage des Friedhofs: In der Aalleite, nordöstlich des Ortes.

Standort: Von Westen (Fulda /Meiningen, Landsberger Straße) in den Ort einfahrend bleibt man auf der Hauptstraße am links gelegenen ehemaligen jüdischen Schulhaus. Vorbei am Denkmal für die Synagoge, der Straße in Richtung Bahnhof entlang (auf die B 19 Richtung Eisenach zu), biegt man hinter der

Friedhofstor







Sparkasse nach links in die Pfarrgasse ab, passiert die rechts gelegene Kirchenburg, folgt der Pfarrgasse, dann der Straße „Schafhof“, indem man sich immer rechts hält, bis zum christlichen Friedhof. Dieser liegt oberhalb des Weges. Dort biegt man rechts in einen befestigten Feldweg (Werra-Radwanderweg) ab. Nach etwa 150 Metern liegt der Friedhofseingang, zu dem ein Pfad hinaufführt, auf einer Anhöhe links des Feldweges.

Zustand: ordentlich.

Allgemeine Übersicht: Der Friedhof wird durch ein großes Tor – bestehend aus 2 großen und 2 kleinen Torflügeln (jeder Flügel mit einem Davidstern versehen) – betreten. Die Fläche ist stark hügelig. Vom Tor bis zur gegenüberliegenden Begrenzung führt eine Birkenallee. Im vorderen Bereich, links vom Tor, stehen sehr alte Grabsteine. Auf einer dahinterliegenden steilen Hanglage befindet sich, fast bis zum Zaun – in mehreren Reihen eine große Anzahl sehr alter und schöner Grabsteine. Links des „Friedhofsweges“ sind nur wenige Grabsteine in einer Reihe – alle aus diesem Jahrhundert – erkennbar. Der Friedhof wird teilweise durch einen Maschendrahtzaun, teilweise auch durch einen Holzzaun begrenzt. Die Stätte ist mit zahlreichen Laub-, im mittleren Teil auch mit Nadelbäumen bewachsen.

Waltershausen (Landkreis Gotha)

Hier lebten 1566 – trotz der früheren Ausweisungsmandate der Wettiner – zwei Juden. Spätere Belege fehlen.

Wasungen (Landkreis Schmalkalden-Meiningen)

Bei der Verfolgung von 1298 wurden auch in Wasungen Juden ermordet. Zu den Wiederbegründern der Erfurter Gemeinde gehörte 1357 ein Jude, der sich nach Wasungen nannte. Demnach hat es in der Zwischenzeit wieder Juden in Wasungen gegeben. 1384 erwarben der Jude Löw von Wasungen und seine Frau Esther von Adligen pfandweise Güter in Schwallungen, darunter eine Kemenate. 1525, 1526 und 1552 sind erneut einzelne in Wasungen wohnhafte Juden belegt. 1555 wurde den Juden durch die Grafen von Henneberg der Schutz aufgekündigt.

Im Siebenjährigen Krieg stießen am Jüdeküppel (nördlich der Stadt, Anstieg der Bundesstraße Richtung Schwallungen) Preußen und Kaiserliche zusammen. Die dabei gefallenen Soldaten wurden im Jüdegärtle begraben (am Ende des Anstieges rechts der Straße). Daneben stellen die Bezeichnungen Judenturm (am Amtshof, Teil der mittelalterlichen Wehranlage aus dem 13. Jahrhundert, heute noch gebräuchlich) und Judengasse (Lage nicht mehr identifizierbar) die einzigen Zeugnisse jüdischer Existenz in Wasungen dar.

Weida (Landkreis Greiz)

Juden in Weida sind 1351 und 1353 belegt. Aus Weida stammende Juden lebten 1357 in Erfurt. 1418 lebten fünf erwachsene, steuerpflichtige jüdische Männer am Ort; man wird mit etwa 25 Familienangehörigen zu rechnen haben. In Weida ist eine Judengasse belegt, die gegenüber dem Rathaus endete. Synagoge und Friedhof befanden sich außerhalb der Stadt. Über Vertreibungen aus Weida ist nichts bekannt.

Weimar (kreisfreie Stadt)

Juden, die sich nach Weimar nannten und wohl von dort stammten, sind 1323, 1327 und 1338 belegt. Die Juden in Weimar gehörten zu den Opfern der Verfolgung von 1349. Danach werden erst 1379 und 1390 wieder Weimarer Juden erwähnt. 1418 lebten acht erwachsene, steuerpflichtige Juden am Ort (sechs Männer, zwei Frauen). Vermutlich waren die Juden von den Vertreibungen aus den wettinischen Gebieten mit betroffen; konkret ist jedoch von Vertreibungen aus Weimar nichts bekannt. Nach 1529 lebte hier der angesehene, im Dienst des Kurfürsten von Sachsen stehende Arzt Moses Staffelsteiner (gest. wohl 1554).

Eine neue jüdische Gemeinschaft (keine offizielle Kultusgemeinde) entstand, nachdem am 7. April 1770 Herzogin Anna Amalia den Jacob Elkan (aus Schwanfeld/Bayern) zum Hofjuden im Fürstentum Weimar ernannt hatte. Ihm folgten in den kommenden Jahren weitere Israeliten nach, so dass im Jahre 1789 drei bedeutende jüdische Familien in Weimar wohnten: Elkan, Löser und Ulmann. Wenn

Wohnhaus Jacob Elkan (mit Betsaal)



diese auch keine offizielle Kultusgemeinde bildeten, so schlossen sie sich doch zu einer „Privatgemeinde“ zusammen. Jacob Elkan errichtete 1805 eine Synagoge – eigentlich einen Betsaal in seinem Hause – und eine Mikwe. Außerdem gab es in Weimar einen 1774 errichteten und 1808 erweiterten jüdischen Friedhof. Bis zum Tode von Jacob Elkan fanden in der Privatsynagoge in seinem Wohnhaus in der Windischenstraße (heute noch durch die Kartusche mit den Initialen J. E. im Schlussstein über dem Portal erkennbar) die Gottesdienste statt. Danach wurde das Haus nur noch zu Wohnzwecken genutzt. Vom einstigen Synagogenraum ist heute nichts mehr erhalten. Standort des einstigen Betsaales: Windischenstraße 25.

1880 lebten in Weimar 80 Juden. 1903 schloss sich ein Teil im „Israelitischen Religionsverein“ zusammen; ihm gehörten 1924/25 noch 25 Mitglieder an.

Jacob Elkan ließ 1774 auch einen Friedhof einrichten, auf dem 1775 die erste Bestattung erfolgte. 1808 wurde dieser Friedhof von Gabriel Ulmann um eine weitere kleine Fläche erweitert. Nach der letzten Bestattung 1898 verfiel das Gelände immer mehr. In nichtjüdischen Besitz übergegangen, wurde er bis in die 1980er-Jahre als Obstgarten genutzt. Unter der Erde verborgen, überdauerten einige Grabsteine die Zeiten; die sichtbaren Stelen wurden zerstört. Am 20. November 1983 wurde ein Teil des einstigen jüdischen Friedhofs als Mahnmal und Gedenkstätte wiederhergestellt.

Ursprüngliche Lage des Friedhofs: Gebiet zwischen Leibnitzallee und dem Rothäuserbergweg, gegen Osten von der Musäusstraße begrenzt. Standort: Gegenüber Haus Leibnitzallee 8 / Ecke Musäusstraße (rechts neben Haus Leibnitzallee 11).

Zustand: sehr gut gepflegt.

Allgemeine Übersicht: Erste Bestattung 1775, letzte 1898; in diesem Jahrhundert zum Teil zerstört; Fläche früher: 926 Quadratmeter; lange Zeit als Obstgarten genutzt; heute nur noch kleine Fläche; umgeben ist der Friedhof rechts des Eingangs mit einem Lattenzaun, gegenüber dem Eingang mit einem Maschendrahtzaun (erlaubt den Blick auf den früheren Teil des Friedhofes), auf der rechten Friedhofsseite mit der Original-Steinmauer, auf der linken mit einer Garagenmauer; Teil der Ostmauer erhalten; zwei Torpfosten mit originalem schmiedeeisernen Tor als Eingang zum Friedhof vorhanden; am linken Torpfosten Tafel mit folgender Inschrift: JÜDISCHER FRIEDHOF / GEDENKSTÄTTE / Begräbnisplatz der einstigen / jüdischen Gemeinde seit 1775 / 1983 wiedererrichtet / Im Gedenken an die Pogromnacht / des 9. November 1938 / Jüdische Landesgemeinde Thüringen /

Tafel „Jüdischer Friedhof – Gedenkstätte“



Gedenkstein auf dem Friedhof





Stadt Weimar. Direkt gegenüber dem Eingangstor ein Gedenkstein mit folgender Inschrift: DEN LEBENDEN / ZUR MAHNUNG / ZUM GEDENKEN / AN DIE JÜDISCHEN / OPFER DES / FASCHISMUS / 1933 – 1945 / 20. Nov. 1983 – 14. Kislew 5744. Zehn Grabsteine, u. a. auch von Mitgliedern der Familien Elkan, Callmann, Ullmann, Lichtenstein und Clar, sind vorhanden.

Auf dem städtischen Friedhof in der Berkaer Straße kann man noch einen weiteren Zeugen jüdischen Sterbens in Weimar finden: den Grabstein des ehemaligen KZ-Häftlings Nr. 125789 in Buchenwald, Josef Cygler, geb. 10.12.1900 in Miechow / Polen, gest. 1.8.1945 im städtischen Krankenhaus Weimar. Das Grab befindet sich in der Mitte des Gräberfeldes Abt. 14 Süd. Der Grabstein des (jüdischen) Hofkapellmeisters Eduard Lassen, der sich auf dem historischen Friedhof befindet, steht unter Denkmalschutz.

Städtischer Friedhof, Abt. für die Opfer des Faschismus



Grabstein Cygler

Auf dem gleichen Friedhof befindet sich als eigene Abteilung eine Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus, unter denen sich mit Sicherheit auch mehrere Juden befunden haben.

Weißensee (Landkreis Sömmerda)

Hier existierte bereits gegen Ende des 13. Jahrhunderts eine jüdische Gemeinschaft, wohl eine kleine Kultusgemeinde. Im Frühjahr 1303 wurden 126 namentlich bekannte Juden aus Weißensee wegen angeblicher Ritualmorde umgebracht. Bei dieser Gelegenheit wurden auch Juden in den benachbarten Orten (Gotha, Kölleda, Tennstedt) erschlagen. Überlebende dieses Massakers oder neu zugezogene Juden, die sich bald danach wieder in einer kleinen Gemeinde organisierten, starben als Opfer des Pest-Pogroms (wegen angeblicher Brunnenvergiftung) im Februar/März 1349. Danach sind erst 1390 wieder Juden in Weißensee belegt; 1418 gab es hier 13 steuerpflichtige Juden (12 Männer und eine Frau), die vor allem Geldhandel betrieben.



Im Ort wird heute noch eine Gasse JUDENGÄSSCHEN genannt.

Es lässt sich bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht eindeutig nachweisen, ob der Davidstern am „Fischerbrunnen“ mit der Existenz einer Kultusgemeinde in Beziehung steht.

Außer den durch Dokumente gesicherten Tatsachen und dem JUDENGÄSSCHEN gibt es heute keinerlei Zeugnisse mehr für einstiges jüdisches Leben in Weißensee.

Davidstern am Fischerbrunnen

Weitersroda (Stadt Hildburghausen, Landkreis Hildburghausen)

In Weitersroda gab es niemals eine jüdische Gemeinde. Auf der Gemarkung des Ortes existiert jedoch der 1680 mit Genehmigung des Herzogs angelegte Friedhof für die Juden von Hildburghausen, der bis 1885 auch von den Juden der Kultusgemeinde Simmershausen mitbenutzt wurde. 1720 ging er in den Besitz der jüdischen Gemeinde über, die ihn 1720 und 1806 erweiterte. Er ist heute noch gut erhalten. Lage des Friedhofs: Östlich von Hildburghausen.

Standort: Von der Stadtmitte Hildburghausens, etwa 300 Meter vor dem Ortsbeginn von Weitersroda liegt der Friedhof ca. 30 Meter vom rechten Straßenrand entfernt. Bei der alternativen Anfahrt von der B 89 in Heßberg muss erst der Ort Weitersroda durchquert werden; der Friedhof liegt dann auf der linken Straßenseite. Zustand: Sehr ordentlich.

Taharahalle

Allgemeine Übersicht: Die 1944 Quadratmeter große Friedhofsfläche ist von einem Holzzaun mit Hecke umgeben. Der Friedhof kann durch ein schönes schmiedeeisernes Tor betreten werden. Direkt neben dem Eingangstor befindet sich eine große Taharahalle mit Davidsternen. Darin waren lange Zeit die zerschlagenen Ehrentafeln für die im Ersten Weltkrieg gefallenen jüdischen Soldaten der Kultusgemeinde Hildburghausen zu sehen. Auf dem Friedhofsgelände sind zwei ineinander übergehende Grabflächen festzustellen, auf denen sich 246 Grabstellen mit 233 Grabsteinen befinden: vorne an der Taharahalle ist das Areal mit den neueren Grabsteinen (letzte Bestattung 1941), darunter auch die von zwei Gefallenen des Ersten Weltkrieges, der des Oberlehrers JAKOB MÜHLFELDER s.A. und des Justizrates DAVID MICHAELIS s.A. Auf der von der Taharahalle weiter entfernten Fläche sind die älteren Grabsteine (ältester von 1680) vorhanden, u. a. auch der des Hofagenten LOUIS SIMON s.A. mit einem Marmorbildnis (Medaillon). Besonders die älteren Grabsteine sind sehr schön und weisen eine reiche Ornamentik auf.







Werna (Stadt Ellrich, Landkreis Nordhausen)

Hier sind 1568 aus Nordhausen vertriebene Juden aufgenommen worden. Im ersten Drittel des 18. Jahrhunderts entstand am Ort, der damals zum Kurfürstentum Hannover gehörte, eine bis nach 1812/13 - möglicherweise bis 1834 - existierende jüdische Gemeinde. Sie besaß eine 1793 erbaute Synagoge und wohl auch eine Mikwe. Der Standort des Kultgebäudes konnte nicht ermittelt werden. Daher gibt es heute keinerlei Zeugnisse jüdischen Lebens mehr in Werna.

Wiehe (Landkreis Kyffhäuserkreis)

1315 und 1316 werden in Wiehe lebende Juden erwähnt. Bei den Judenverfolgungen im Februar/März 1349 wurden auch die Juden in Wiehe - möglicherweise eine kleine Gemeinde - ermordet. Danach lebten in Wiehe über Jahrhunderte keine Juden mehr.

Erst ab 1824 waren hier einige wenige Israeliten ansässig, die jedoch keine eigene Gemeinde bildeten. Ihre Toten begruben sie nahe des Ortes – am so genannten „Galgenberg“ – so hieß das Areal von „Herrn Kreisrichter Köhlaus Acker“ (im Volksmund wurde die Fläche auch „Judengräber“ genannt). Standort der historischen jüdischen Begräbnisstätte: „Galgenberg“.

Zella-Mehlis (Landkreis Schmalkalden-Meiningen)

Hierher sind Ende des 19. Jahrhunderts Geschäftsleute und später Ärzte zugezogen. Diese Juden gehörten zur Kultusgemeinde Suhl. Wer nicht emigriert oder fortgezogen war, wurde im Herbst 1942 deportiert. Einige Wohnhäuser stehen noch, auf dem Gelände des Konfektionsgeschäfts Rothschild (Ecke Bahnhofstr./ Kirchstr.) befindet sich jetzt das „Bermuda-Center“.

Verzeichnis hebräischer Fachausdrücke

Aron Hakodesch

(Auch Ahron Hakodesch, Kodesch, Hechal, Heilige Lade)

Die Lade oder Heilige Lade befindet sich in fast allen Synagogen und Betstuben – westlich von Jerusalem – in der Mitte der Ostseite. Zur Zeit des Talmud richtete man die Synagoge in gewisser Weise wie die Stiftshütte ein, die die Israeliten einst in der Wüste bauten, oder ähnlich dem Tempel in Jerusalem. Der Eingang war an der Ostseite und die Lade, die das Allerheiligste darstellen sollte, im Westen. Die Lade war, wie die ursprüngliche Heilige Lade, beweglich. Man nannte sie TEWA, wörtlich „Kasten“, um sie von der ursprünglichen Heiligen Lade zu unterscheiden. Die Nische, in der sie aufbewahrt wurde, war der HECHAL oder KODESCH – das „Heiligtum“. Die TEWA scheint sowohl als Aufbewahrungsort für die Thorarollen gedient zu haben wie als Pult zum Vorlesen. Heute ist der Ahron Hakodesch der Aufbewahrungsort für die Thorarollen.

Bet Haknesset

(auch Beth Haknesseth = Synagoge)

Jüdische Gebetsstätte. Solche Gebetsstätten wurden errichtet, wo immer sich Juden ansiedelten. Ihr Hauptzweck war die gemeinsame Andacht; doch dienten sie auch anderen Zwecken – in der Tat jeder heiligen, guten und edlen Sache. Das Bet Haknesset war das Versammlungshaus, die Synagoge, in dem die Angelegenheiten der Gemeinde erledigt wurden. Der Jugend diente es als Schule; die Erwachsenen empfingen religiöse Unterweisung und fanden hier Gelegenheit zum Studium der Thora; Arme und Fremde erhielten dort Unterstützung und Bewirtung. In der Synagoge gibt es zwei wichtige charakteristische Stellen, das Podium (Bima), auf dem die Thora am Schabbath gelesen wird und ein Behältnis für Thorarollen (Aron Hakodesch).

Bima

Podium in der Mitte der Synagoge. Von dieser aus werden die Abschnitte aus der Thora und aus den Propheten (Haftara) gelesen sowie alles, was sonst direkt oder indirekt an die Gemeinde gerichtet wird, vorgetragen.

Chewra Kaddischa

„Heilige Vereinigung“; Organisation jüdischer Männer/Frauen in Form einer Bruder-/Schwesternschaft, die den/die Tote/n für die Beerdigung vorbereiten. Sie führen die rituellen Waschungen (Tahara) durch, kleiden den/die Tote/n in Totengewänder und „sargen“ ihn/sie ein.

Davidstern, siehe **Magen David**

Haftara

Vorlesung aus den Propheten, wird am Schabbath und an den Feiertagen nach der Thoravorlesung vorgenommen. In orthodoxen und konservativen Gemeinden erfolgt die Vorlesung in hebräischer Sprache. Derjenige, der die Prophetenlesung vornimmt, ist der MAFTIR.

Haggada

Buch mit dem liturgischen Text, der während des Seder an Pessach gelesen wird.

Halacha

Auslegung der in der (schriftlichen und mündlichen) TORA festgelegten Religionsgesetze, der Ge- und Verbote.

Hawdalah

Wörtlich: Trennung. Zeremonie am Schabbathabend zum Zeichen des Schabbathausganges und des Beginns einer neuen Woche.

Israel

Jüdischer Vorname; Bezeichnung des Landes; dritte der drei „Schichten“, in die das jüdische Volk aufgeteilt ist: KOHANIM (COHEN, KOHEN = Priester), LEVIIM (LEVITEN = Diener der Priester, die ihnen vor dem Segnen die Hände waschen) und ISRAELIM (ISRAEL = gewöhnlicher Jude).

Jom Kippur

Versöhnungstag; ein strenger Fast- und Bußtag, der am 10. Tischri begangen wird; höchster jüdischer Feiertag.

Kaddisch

Lobgebet, das Gott preist; es wird gewöhnlich von Trauernden nach der Beerdigung und im Gedenken an Verstorbene am Jahrestag des Ablebens gesagt.

Kaschrut

Zusammenfassende Übersicht aller rituellen jüdischen Reinheitsvorschriften.

Ketuba

Jüdischer Ehevertrag, in dem die finanziellen Verpflichtungen (besonders im Falle einer Scheidung) sehr genau geregelt werden. Das Unterzeichnen der Ketuba ist ein Teil der Trauungszeremonie.

Kohen, Cohen, Kahn, Kahane, Katz

Angehöriger der aus dem Stamm LEVI hervorgegangenen „Priesterkaste“, der den Dienst am Heiligtum, dem Allerheiligsten versehen musste. Die Priester unterliegen besonderen Gesetzen und Vorschriften, die noch strenger sind als die der „normalen“ frommen Juden. Der „Titel“ wird nur vom Vater auf den Sohn weitervererbt, er kann durch nichts erworben werden.

Konservativ

Eine der drei Hauptrichtungen des Judentums, die zwischen dem orthodoxen Judentum und dem Reformjudentum steht. Es werden möglichst viele der traditionellen Vorschriften und Gesetze eingehalten, soweit sie mit dem „gegenwärtigen Leben“ (gemeint sind moderne Lebensumstände und neueste wissenschaftliche Erkenntnisse) übereinstimmen.

Koscher

Alles, was für Juden zum Verzehr und auch zum Gebrauch rituell geeignet ist.

Levi

Angehöriger des Stammes LEVI und gleichzeitig der zweiten „Schicht“ des jüdischen Volkes. Die LEVIIM (LEVITEN) unterstützen die KOHANIM bei ihrer Arbeit und wuschen ihnen vor dem Segnen des Volkes die Hände.

Magen David

(auch Davidstern oder Judensterne)

Der MAGEN DAVID war in der NS-Zeit das Kennzeichen für Juden, das an der Kleidung getragen werden musste. Auch heute ist er ein Kennzeichen des Judentums – er ist Bestandteil der Nationalflagge des Staates ISRAEL.

Matza, Mazza, Mazze

(Plural: Matzot, Mazzot, Mazzes)

Ungesäuertes Brot, das während des Pessach-Festes (8 Tage) gegessen wird.

Megillah

Eine Schriftrolle (z.B. MEGILLA ESTHER, MEGILLA): ein Buch, das nicht zur Thora gehört.

Menora, Menorah

Siebenarmiger Leuchter, wie er der Überlieferung nach in der Stiftshütte und danach im Tempel stand. Wohl das älteste Kennzeichen des Judentums.

Mazewa, Mazewe

Grabstein; wird ein Jahr nach der Bestattung gesetzt.

Mesusa, Mesuse

Jüdisches Türpfostensymbol; an der rechten Seite (oberes Drittel) der Tür angebrachte Kapsel mit einem Stück Pergament, auf das die ersten zwei Abschnitte des jüdischen Glaubensbekenntnisses, der Kernsatz des Judentums, SCHMA ISRAEL = HÖRE ISRAEL geschrieben sind. Das Pergament wird zusammengerollt, in eine kleine Hülse gelegt und an dem rechten Türpfosten befestigt.

Mikwe

(Plural: Mikwaot)

Ritueller Tauchbad. Beim Bau der Mikwe müssen ganz besondere Vorschriften beachtet werden, z.B. dass der Mindestgehalt von 800 Liter lebendigem (= flie-

ßendem) Wasser eingehalten wird. Die MIKWE dient der „Reinhaltung des jüdischen Ehelebens“. Hier müssen Frauen unmittelbar vor der Hochzeit und danach verheiratete Frauen nach der monatlichen Menstruation eintauchen, um für ihren Ehemann rituell (wieder) rein zu sein (zu werden).

Minjan

Zehn jüdische männliche Personen ab 13 Jahren bilden eine Gemeinde, und ihre gemeinsame Andacht bildet einen öffentlichen (orthodoxen) Gottesdienst. Erst 10 Männer machen einen Gottesdienst möglich; Frauen zählen (außer in nichtorthodoxen Gemeinden) nicht zum MINJAN.

Ner Tamid

„Ewiges Licht“: stets brennende Lampe in einer genutzten Synagoge (meist rotes, manchmal auch weißes Licht) in der Nähe des Thoraschreins.

Orthodox

Strenggläubig; eine der drei „Hauptrichtungen“ des Judentums: ORTHODOXES (recht-, strenggläubiges), KONSERVATIVES und REFORMJUDENTUM. Der ORTHODOXE hält mit großer Gewissenhaftigkeit an allem Althergebrachten fest und lehnt beharrlich jegliche Erneuerung oder gar Änderung entschieden ab.

Pessach, Passah

PASSAH-FEST, Fest zum Gedenken an den Auszug der Israeliten (=Juden) aus Ägypten; während der acht Tage PESSACH sind besondere Speisegesetze (KOSCHER-LE-PESSACH) zu beachten.

PN oder PT

Abkürzung auf allen jüdischen Grabsteinen, über der Inschrift: PN = PO NIK-BAR = „hier ist begraben“; PT = PO TAMUN = „hier liegt begraben“ (oder „hier wurde hingelegt“).

Rabbiner, Rabbi, Raw

Kultusbeamter und Richter der jüdischen Gemeinden, meist auch deren religiöses Oberhaupt. Der Rabbiner hält die Gottesdienste und die Predigten. Zudem nimmt er sonstige anfallende religiöse Handlungen (z. B. Trauungen, Bar Mizwot, Beerdigungen) vor. Der Rabbiner ist jedoch (außer wenn er ein COHEN ist) kein Priester.

Reformjudentum

Jüngste der drei Hauptrichtungen des Judentums. Nur die für die Existenz des Judentums als unbedingt wichtigen Vorschriften werden eingehalten. Es wird der Versuch unternommen, sich dem jeweiligen Land (soweit es die jüdischen Gesetze erlauben) anzupassen. Auf die Einhaltung einiger nicht mehr zeitgemäßer Gebote und Vorschriften wird kein besonders großer Wert gelegt.

Ritualien

Gegenstände, die benötigt werden, um den Ritus, d.h. religiöse Handlungen, zu vollziehen. Zu den wichtigsten Ritualien eines einfachen frommen Juden können gehören: TALLIT (= Gebetsmantel), TEFILLIN (=Gebetsriemen); SIDDUR (=Gebetbuch), dazu kommen noch einige andere Gegenstände an Feiertagen. Dass ein frommer Jude stets den Kopf mit einem Käppchen (KIPPA, JARMULKE) bedeckt haben muss, ist bekannt.

Rosch Haschana

Jüdisches Neujahrsfest. Einer der beiden „Hohen Feiertage“ (neben dem JOM KIPPUR) am 1. und 2. TISCHRI.

s. A. = seeligen Andenkens

Zeichen, dass die Person(en) verstorben ist (sind) bzw., dass die Kultusgemeinden ausgelöscht worden sind.

Sabbatlampe, Schabbathlampe

(Jidd. Schabbeslampe)

Metallene Hängelampe mit Öllämpchen, die zu Schabbatbeginn angezündet wurden. Ab dem Mittelalter symbolisierte diese Lampe das „jüdische Haus“. Sie wurde später auch zum Zeichen (z. B. auf einem Grabstein – Schwarzta) für jüdische Menschen (Mann oder Frau), die den Schabbat gewissenhaft einhielten (SCHOMER (m.) / SCHOMERET (w.) SCHABBAT).

Seder

Wörtlich: Ordnung. Ein rituelles Mahl, das am Passahfest in jüdischen Häusern stattfindet; dabei wird die Geschichte des Auszugs aus Ägypten erzählt und neben anderen auch eine ganze Reihe symbolischer Speisen verzehrt.

Schawuot

Wochenfest; findet sieben Wochen nach dem 2. Tag Pessach zur Erinnerung an die Übergabe der Thora durch GOTT an sein Volk ISRAEL auf dem Berg SINAI statt.

Schächten

Religiöse Funktion: Rituelles Schlachten von koscheren Tieren durch einen speziell dafür ausgebildeten frommen Menschen (SCHOCHET).

Schofar

Widderhorn; wird an (und während einiger Wochentagsgottesdienste vor) den „Hohen Feiertagen“ (ROSCH HASCHANA, JOM KIPPUR) geblasen, neuerdings auch am JOM HA'AZMAUTH (Unabhängigkeitstag des Staates Israel). An den Hohen Feiertagen darf das Widderhorn nur geblasen werden, wenn diese nicht auf einen Schabbath fallen.

Stele

Senkrecht stehender Stein (z. B. Grabstein), dessen Höhe stets die Breite übertrifft.

Synagoge siehe **Beth Haknesset**

Tewa siehe **Ahron Hakodesch**

Tahara-Halle

„Leichenhalle“; Halle in einem Bauwerk auf dem Friedhofsgelände, in dem die rituelle Reinigung (TAHARA) und die anschließende Einsargung des Leichnams durch die CHEWRA KADDISCHA durchgeführt wird.

TNZBH

Abkürzung (5 Buchstaben), die auf fast jedem jüdischen Grabstein zu finden ist: TIHIJE NISCHMATO ZRURA BIZROR HACHAJIM = „Möge seine/ihre Seele eingebunden sein im Bunde des (ewigen) Lebens“ (mehrere andere, inhaltlich ähnliche Übersetzungen sind gebräuchlich).

Tallit, Tallith

Gebetsmantel oder viereckiges Kleidungsstück (TALLITH KATAN = kleiner TALLITH) mit „Troddeln“ an jeder Ecke (ZIZITH). Es gibt den kleinen TALLITH, der während des ganzen Tages unter den Oberkleidern getragen wird. Das andere große „Kleidungsstück“, das während des Morgengottesdienstes über der Kleidung getragen wird, ist der „große TALLITH“ (= großes Tuch).

Talmud

Religiöses jüdisches Gesetzbuch, das eine Fülle von Auslegungen enthält.

Tefillin

Gebetsriemen mit einer Kapsel, in der auf Pergament geschriebene Abschnitte aus der Thora enthalten sind. Es gibt zwei Gebetsriemen: derjenige, der um den Kopf gelegt wird (TEFILLA SCHEL ROSCH) und derjenige, der um den linken Arm gelegt wird (TEFILLA SCHEL JAD). Das Anlegen und Tragen während des Morgengottesdienstes geschieht nach ganz besonderen Vorschriften.

Das Gebot des Anlegens der Gebetsriemen obliegt allen männlichen jüdischen Personen ab ihrem 13. Lebensjahr.

Thora

(Tora)

Die Thora (oder das Gesetz) ist in fünf Bücher Moses geteilt und wird daher auch CHUMASCH oder PENTATEUCH (fünffältig oder Fünfbuch) genannt. Die Namen der fünf Bücher sind: 1. BERESCHIT (Genesis, Schöpfung); 2. SCHMOT (Exodus, Auszug der Israeliten aus Ägypten); 3. WAIJKRA (Leviticus, Gesetze, betreffend Leviten und Priester); 4. BAMIDBAR (Numeri, Erzählungen in der Wüste); 5. DEWARIM (Deuteronomium, Wiederholung des Gesetzes).

Jeden Schabbath wird ein Abschnitt aus der Thora gelesen, der genau festgelegt ist.

Thoraband

(auch Thorawimpel)

Band, mit dem die beiden Teile der Thorarolle zusammengehalten werden, wenn sie nicht benutzt wird.

Thorakrone

(auch Keter Tora)

Schmuck für die Thora in Form einer Krone, die über beide oberen Enden der Stäbe der Rollenhalter aufgesetzt wird.

Thoramantel

Umhüllung der Thorarolle aus Seide oder anderen kostbaren Stoffen, die beim Lesen aus der Thora abgenommen werden muss.

Thoraschild

Eine metallene, von den beiden Stäben an einer Kette herabhängende Schmuckplatte, die manchmal kleine, auswechselbare Tafeln hat, auf denen die Namen einzelner Feste oder der fünf Bücher Moses angezeigt sind.

Thoraschrein-Vorhang

(Parochet)

In aschkenasischen Synagogen ein bestickter Vorhang vor dem Thoraschrein.

Thorazeiger

(Hand, Jad)

Ein schmaler Stab aus Holz oder Edelmetall, meist in Form einer Hand, dessen sich der Vorleser der THORA bedient, um dem Text folgen zu können, ohne die THORA mit der Hand zu berühren.

Literatur

ADLER, Hans-Günther:

Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974.

ADLER-RUDEL, S.:

Zehn Jahre jüdische Berufsberatung. In: Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik, Berlin 1932.

ALBERT, Reinhold:

Zeitzeugen berichten: Kriegsende 1945 und Nachkriegszeit im Königshöfer Grabfeld (Schriftenreihe des Vereins für Heimatgeschichte im Grabfeld 7), Bad Königshofen i. Gr. 1995.

ALBERTUS, Heinz:

Kinder und Jugendliche im KZ Buchenwald (Buchenwald-Heft 12), Weimar-Buchenwald⁵1989.

ALTWASSER, Elmar:

Die Alte Synagoge in Erfurt. Ihre Baugeschichte bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts. In: Synagogen im alten Erfurt (Kleine Schriften des Vereins für Geschichte und Altertumskunde von Erfurt 1), Erfurt 1995 S. 19–57.

Anatomie des SS-Staates, 2 Bände, München 1989.

ANDREE, R.:

Zur Volkskunde der Juden, Bielefeld 1881.

ARNDT, Siegfried Theodor /ESCHWEGE, Helmut /HONIGMANN, Peter /MERTENS, Lothar:

Juden in der DDR, Duisburg 1988.

AULEPP, Rolf:

Die Mühlhäuser Synagogen und der jüdische Friedhof nach der ‚Kristallnacht‘ von 1938. In: Mühlhäuser Beiträge 10, 1987 S. 98.

BACH, Gundela:

Ein Ensemble jüdischer Geschichte in Berkach, Berkach 1996.

BAECK, Leo:

Wege im Judentum, Berlin 1933.

BÄRNIGHAUSEN, B[ettina]:

Zur Geschichte der Juden in Schwarzburg-Sondershausen. In: Püstrich. Mitteilungsblatt des Geschichts- und Altertumsvereins für Sondershausen und Umgebung 2, 1991 Heft 7 S. 2–16.

BAHR, Thomas:

Die Rosewitz, Prager, Lichtenstein. Erinnern heißt Leben – Vergessen heißt Gefangenschaft, Apolda 1992.

BAHR, Thomas (Hrsg.):

Beiträge zur Geschichte jüdischen Lebens in Thüringen (Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte, Beiheft 29), Jena 1996.

BAHR, Thomas:

Die Emanzipation der Juden in Sachsen-Weimar-Eisenach im 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Bahr, Beiträge S. 105–109.

BARTHEL, Rolf:

Zur Geschichte der jüdischen Gemeinden auf dem Eichsfeld und in Mühlhausen. In: Eichsfelder Heimathefte 28, 1988 Heft 2 S. 116–132, Heft 3 S. 195–215, Heft 4 S. 349–354.

BAUER, Antje / WEIß, Ulman:

Synagogen im alten Erfurt – Erforschung – Erhaltung – Nutzung (Kleine Schriften des Vereins für die Geschichte und Altertumskunde von Erfurt), Erfurt 1995.

BECHSTEIN, Karl:

Schlösser und Gärten in Altweimar, Weimar 1936.

BEHR, Stephan:

Der Bevölkerungsrückgang der deutschen Juden, Frankfurt/Main 1932.

BERGMANN, Gerd:

Erinnerung und Mahnung – 50 Jahre ‚Kristallnacht‘, Eisenach 1988.

BERGMANN, Gerd:

Schicksal der Eisenacher Juden. In: Bahr, Beiträge S. 163–168.

BERGNER, Heinrich:

Ein Judenhandel in der Stadt Kahla. In: Mitteilungen des Vereins für Geschichts- und Altertumskunde zu Kahla und Roda 5/1 (1895) S. 113 ff.

BERLINER, Abraham:

Aus dem inneren Leben der deutschen Juden im Mittelalter, zugleich ein Beitrag für die Kulturgeschichte, Berlin 1871.

BERLINER, Abraham:

Berichte jüdischer Zeugen und Zeitgenossen über die Judenverfolgungen während der Kreuzzüge, Berlin 1919.

BERLINER, Abraham:

Berichte des Zentralkomitees der Befreiten Juden in der US-Zone, 1946/47.

BERNFELD, S.:

Juden und Judentum im 19. Jahrhundert, Berlin 1898.

BESSENRODT, Dr.:

Juden in Gotha. In: Gothaisches Tageblatt, Jahrgang 16/Nr. 2 vom 19.01.1939 und Jahrgang 16/Nr. 3 vom 2. Febr. 1939, Beilage Rund um den Friedenstein/ Blätter für Thüringer Geschichte und Heimatgeschehen.

BLASCHKE, Karlheinz:

Politische Geschichte Sachsens und Thüringens (Hefte zur bayerischen Geschichte und Kultur; Bd.13), München 1991.

BÖHL, Felix:

Die hebräischen Handschriften zur Verfolgung der Juden Nordhausens und ihrem Tanz zum Tode im Jahre 1349. In: Franz Link (Hrsg.), Tanz und Tod in Kunst und Literatur, Berlin 1933.

BOLLMANN, Winfried:

Jüdische Einwohner in Plaue. In: Aus der Vergangenheit von Arnstadt und Umgebung 3, 1993 S. 91–93.

BORNEMANN, Manfred:

Geheimprojekt Mittelbau: Die Geschichte der deutschen V-Waffen-Werke. München 1971.

BORNEMANN, Manfred / Broszat, Martin:

Das KL Dora-Mittelbau. In: Studien zur Geschichte der Konzentrationslager, Stuttgart, 1970.

BRAUN, Ernst Edler v.:

Die Stadt Altenburg in den Jahren 1350–1525, Altenburg 1872.

BROCKE, Michael / RUTHENBERG, Eckehart / SCHULENBURG, Kai Uwe:

Stein und Name – Jüdische Friedhöfe in Ostdeutschland (Neue Bundesländer/DDR und Berlin) (Veröffentlichung aus dem Institut Kirche und Judentum 22), Berlin 1994.

BRÜLL, Adolf:

Monatsblätter zur Belehrung über das Judentum für Gebildete aller Konfessionen. Organ des Mendelssohn-Vereins in Frankfurt a.M. 1881–1908.

BRUNNER, Reinhold:

Der Pogrom in Eisenach 1938: eine Quellenkritik und der Versuch, die Ereignisse zu rekonstruieren. In: Wartburgland 30, 1999 S. 40–49.

BRUNNER, Reinhold:

Die Verfolgung, Vertreibung und Ermordung der jüdischen Menschen Eisenachs 1938 bis 1942 (Schriften des Eisenacher Geschichtsvereins), Eisenach 1999.

BRUNNER, Reinhold:

Von der Judengasse zur Karlstraße. Jüdisches Leben in Eisenach, Weimar 2003.

BUBER, Martin:

Die jüdische Bewegung, Berlin 1920.

BUCHMANN, Gerhard:

Jenaer Judengeschichte (Thüringer Untersuchungen zur Judenfrage 4), Weimar 1940 [antisemitisch].

CARO, Georg:

Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Juden im Mittelalter und in der Neuzeit, 2 Bände, Frankfurt 1924.

CLEVE, H. B. X.:

Denkschrift über die Anforderungen der Juden, München 1828.

COHEN, Daniel J.:

Die Landjudenschaften in Deutschland als Organe jüdischer Selbstverwaltung von der frühen Neuzeit bis ins neunzehnte Jahrhundert. Eine Quellensammlung (Fontes ad res Judaicas spectantes). Bd. I, Jerusalem 1996; Bd. II, 1997; Bd. III, 2002.

COHEN, Gustav:

Der jüdische Friedhof. Seine geschichtliche und kulturgeschichtliche Entwicklung, Frankfurt 1930.

COOPER, R.W.:

Der Nürnberger Prozeß, Krefeld 1947.

Damit die Nacht nicht wiederkehre. Gedenken an die faschistische Pogromnacht vom 9. November 1938. Eine Dokumentation, hrsg. vom Verband der Jüdischen Gemeinden in der DDR, Berlin 1988.

DAVID, R.:

Geschichte der Synagogengemeinde Sondershausen, Sondershausen 1926.

DENNER, Richard:

Jahrbücher zur Geschichte der Stadt Kahla, [Kahla 1938].

DEUBLER, Heinz:

Die Jüdische Gemeinde des 18. und 19. Jahrhunderts zu Rudolstadt. In: Rudolstädter Heimathefte 1989, Heft 9/10 S. 203–205.

Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. 4 Bände, München 1997–1997:

1. Bd. 1600–1780, von Mordechai Breuer und Michael Graetz.

2. Bd. 1780–1871, von Michael Brenner, Stefi Jersch-Wenzel und Michael A. Meyer.

3. Bd. 1871–1918, von Steven M. Lowenstein, Paul Mendes-Flohr, Peter Pulzer und Monika Richarz.

4. Bd. 1918–1945, von Avraham Barkai, Paul Mendes Flohr und Steven M. Lowenstein.

DE VRIES, Simon Philip:

Jüdische Riten und Symbole, Wiesbaden 2005.

DIAMANT, Adolf:

Jüdische Friedhöfe in Deutschland – eine Bestandsaufnahme, Frankfurt a.M. 1982.

DIAMANT, Adolf:

Geschändete jüdische Friedhöfe in Deutschland 1945–1980, Frankfurt a.M. 1982 (Anlage zur Dokumentation Jüdische Friedhöfe in Deutschland).

DIAMANT, Adolf:

Materialien zur Geschichte der Juden in der Deutschen Demokratischen Republik. Ein wissenschaftliches Fragment, Frankfurt a. M. 1984.

DIEDRICH, Hans-Joachim:

Zur 500-jährigen Geschichte der Jüdischen Gemeinden in Bleicherode und Umgebung. In: Nachrichtenblatt der Jüdischen Gemeinde von Berlin und des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin/Dresden 1973–1975.

Die jüdischen Gefallenen 1914–1918.

Ein Gedenkbuch, hrsg. vom Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, Berlin 1932.

DINKLER, Friedrich Adolf:

Chronik der Stadt Frankenhausen, 1. Teil, Frankenhausen 1864.

DOHM, Christian Wilhelm von:

Über die bürgerliche Verbesserung der Juden, 2 Teile, Berlin/Stettin 1781;
Nachdruck Hildesheim New York 1973.

DUBNOW, Simon M.:

Die jüdische Geschichte, Berlin 1898.

DUBNOW, Simon:

Weltgeschichte des jüdischen Volkes. Von seinen Uranfängen bis zur Gegenwart. Bd. VIII: Das Zeitalter der 1. Emanzipation (1789–1815); Bd. IX: Das Zeitalter der 1. Reaktion und der 2. Emanzipation (1815–1881), Berlin 1925–1929.

EBERHARDT, Hans:

Weimar zur Goethezeit. Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur (Weimarer Schriften zur Heimatgeschichte und Naturkunde 34), Weimar 1980; Neuauflage (Tradition und Gegenwart. Weimarer Schriften 31), Weimar 1988.

EHRlich, Ernst Ludwig:

Geschichte der Juden in Deutschland (Geschichtliche Quellenschriften), Düsseldorf 1957.

EISFELD, Rainer:

Die unmenschliche Fabrik: V2-Produktion und KZ ‚Mittelbau-Dora‘ (Hrsg. Kulturamt des Landkreises Nordhausen, KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora), Nordhausen o.J.

ELBOGEN, Ismar:

Geschichte der Juden in Deutschland, Berlin 1935.

ELBOGEN, Ismar/STERLING, Eleonore:

Die Geschichte der Juden in Deutschland, Wiesbaden 1982.

ENGELMANN, Bernt:

Deutschland ohne Juden, Berlin 1988.

ERLÖSER, Arthur:

Vom Ghetto nach Europa (Das Judentum im geistigen Leben des 19. Jahrhunderts), Berlin 1936.

ESCHWEGE, Helmut:

Die Synagoge in der deutschen Geschichte, Dresden 1980.

ESCHWEGE, Helmut:

Die jüdische Bevölkerung der Jahre nach der Kapitulation Hitlerdeutschlands auf dem Gebiet der DDR bis zum Jahre 1953. In: Arndt Siegfried Theodor/Eschwege, Helmut u.a.: Juden in der DDR – Geschichte – Probleme – Perspektiven, hrsg. von Julius H. Schoeps. Bd. 4, Köln 1988.

ESCHWEGE, Helmut:

Geschichte der Juden im Territorium der ehemaligen DDR, [Selbstverlag] 1991.

FLOSSMANN, Hartwig:

Geschichte der Bibraer Bürger der israelitischen Kultusgemeinde (unveröffentlichtes Manuskript).

FRANZ, Peter:

Beobachtungen zum Antisemitismus im 20. Jahrhundert bezogen auf die Region Apolda. In: Bahr, Beiträge S. 141 – 162.

FRÜHAUF, Stefan:

Die jüdischen Familien Frühauf aus Aschenhausen und Stadtlengsfeld. In: Familie und Geschichte 2–6, 1997 S. 498–511.

Führer durch die Jüdische Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege in Deutschland 1932–33, hrsg. von der Zentralwohlfahrtsstelle der Deutschen Juden.

GÄNTHER, Heinz:

Die Juden in Deutschland, Almanach, Hamburg 1951/52 bis 1958/59.

Gefallen für Deutschland. Die jüdischen Gefallenen des deutschen Heeres, der deutschen Marine und der deutschen Schutztruppen 1914–1918. Ein Gedenkbuch, Moers 1979.

GEIST, Robert Raphael:

Vom unbekanntem Judentum, Freiburg 1961.

GELLRICH, Christian:

Jüdisches Leben im Eichsfeld. Ein Forschungsbericht zur Wiederansiedlung im 19. Jahrhundert. In: Jahrbuch für mitteldeutsche Kirchen- und Ordensgeschichte 1, 2005 S. 99–106.

Germania Judaica

Bd. I.: Von den ältesten Zeiten bis 1238, nach dem Tode von M. Brann hrsg. von I. Elbogen, A. Freimann, H. Tykocinski, Tübingen 1963.

Bd II.: Von 1238 bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts. 1. Halbband. Aachen bis Luzern, 2. Halbband, Maastricht – Zwolle. Hrsg. von Zvi Avneri, Tübingen 1968.

Bd. III.: 1350–1519: 1. Teilbd. Ortsartikel Aach – Lychen, hrsg. Arye Maimon, Tübingen 1987. 2. Teilbd. Ortsartikel Mährisch-Budwitz – Zwolle, Hrsg. Arye Maimon, Mordechai Breuer, Yacov Guggenheim, Tübingen 1995. 3. Teilbd. Gebietsartikel, Einleitungsartikel und Indices, Hrsg. Arye Maimon, Mordechai Breuer, Yacov Guggenheim, Tübingen 2003.

GILBERT, Martin:

Atlas of the Holocaust, London, 1982.

GOTTWALDT, Alfred, u. SCHULLE, Diana:

Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941–1945. Eine kommentierte Chronologie, Wiesbaden 2005.

GRÄTZ, Heinrich:

Volkstümliche Geschichte der Juden, Berlin 1923.

GÜNTHER, Gerhard:

Zur Geschichte der Juden in Mühlhausen im 16. Jahrhundert. In: Mühlhäuser Beiträge 14, 1991 S. 52–59.

GÜNTHER, Gitta / WALLRAFF, Lothar (Hrsg.):

Geschichte der Stadt Weimar, 2. Aufl., Weimar 1976.

GUGGENHEIM, Yacov:

Die jüdische Gemeinde. Gesellschaft und Kultur. In: Germania Judaica 3, 3 S. 2079–2138.

HAGKE, Friedrich Bernhard von:

Urkundliche Nachrichten über die Städte, Dörfer und Güter des Kreises Weißensee, Weißensee 1867.

Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege, 1924/25.

Handbuch Jüdischer Gemeinden in Deutschland, Berlin 1907.

HARTUNG, Fritz:

Das Großherzogtum Sachsen unter der Regierung Carl Augusts 1775–1828, Weimar 1923.

HASELHUHN, Paul:

Beiträge zur Stadtgeschichte: Über die Juden von Frankenhausen 1349–1933. Manuskript im Stadtarchiv Bad Frankenhausen, 1972; Ergänzungen zu den Beiträgen „Zur Geschichte der Juden in Frankenhausen“, Nr. I–V. Manuskript im Stadtarchiv Bad Frankenhausen; Beiträge zur Geschichte der Judenverfolgungen 1792, 1735/36, 1787 – Nr. VII, VIII, IX. Manuskript im Stadtarchiv Bad Frankenhausen.

HAUSEN, L. von:

Zeugnisse jüdischer Kultur in Schwarzta. In: 1165 Jahre Schwarzta 827–1992. Festschrift, hrsg. von der Verwaltungsgemeinschaft Dolmar in Zusammenarbeit mit dem Festkomitee 1165 Jahre Schwarzta, der Interessengemeinschaft Heimatgeschichte und den Vereinen, Schwarzta 1992 S. 38–41.

HAUSNER, Gideon:

Die Vernichtung der Juden. Das größte Verbrechen der Geschichte, München 1979.

HAVERKAMP, Alfred (Hrsg.):

Geschichte der Juden im Mittelalter von der Nordsee bis zu den Südalpen. Teil 1, Kommentarband; Teil 2, Ortskatalog; Teil 3, Karten (Forschungen zur Geschichte der Juden Abt. A: Abhandlungen Bd. 42), Hannover 2002.

HESS, Moses:

Sozialistische Aufsätze, Berlin 1921.

HOEFERT, Gerlinde:

Spurensuche – Fragmentarisches zur Geschichte der jüdischen Gemeinde Ilmenau. In: Heimatjahrbuch 1992 der Landkreise Kaiserslautern und Ilmenau S. 139–148.

HÜLLMANN, Carl Dietrich:

Staatsverfassung der Israeliten, Leipzig 1834.

HUMAN, Armin:

Geschichte der Juden im Herzogtum Sachsen-Meiningen-Hildburghausen (Schriften des Vereins für Sachsen Meiningische Geschichte und Landeskunde 30), Hildburghausen 1898 [2. Aufl. in der Reihe Thüringer Untersuchungen zur Judenfrage 2, Weimar 1939] [antisemitische Züge].

IGNASIAK, Detlef:

Juden in Jena – eine Übersicht vom Mittelalter bis 1945. In: Bahr, Beiträge S. 133–139.

Im Gedenken der Opfer der faschistischen Pogromnacht vom 9. November 1938. Staatsrat und Volkskammer der DDR, Berlin 1988.

IMMIG, Eberhard:

Zur Geschichte der Erfurter Synagogen. In: Aus der Vergangenheit der Stadt Erfurt 1, 1955 S. 133–140.

JACOBSON, J.:

Akten-Inventar der Synagogengemeinde Walldorf a. Werra. In: Mitteilungen des Gesamtarchivs der Deutschen Juden 6, 1926 S. 54–66 [das Archiv befindet sich jetzt im Archiv der Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“ in Berlin].

JÄHNICHEN, Ulrike:

Die jüdischen Friedhöfe in Heinrichs und Suhl, Suhl 2002.

Jahrbuch für jüdische Volkskunde, vordem: Mitteilungen zur jüdischen Volkskunde, Bd. 25 (1923) bis 26/27 (1924/25).

JARACZEWSKY, Adolph:

Die Geschichte der Juden in Erfurt nebst Noten, Urkunden und Inschriften aufgefundenener Leichensteine, Erfurt 1868; Neuauflage Erfurt 1995.

JANSON, Friedrich/STEIN, Erwin:

Die Wartburgstadt Eisenach, Berlin-Friedenau 1929.

JERSCH-WENZEL, Stefi/RÜRUP, Reinhard (Hrsg.):

Quellen zur Geschichte der Juden in den Archiven der neuen Bundesländer Bd. 1. Eine Bestandsübersicht, München 1996.

JOST, Isaak M.:

Geschichte der Israeliten seit der Zeit der Maccabäer bis auf unsere Tage Bd. 10, Abt. I: Neuere Geschichte der Israeliten von 1815 bis 1845. Deutsche Staaten, Berlin 1846; Bd. 10 Abt. III: Culturgeschichte zur neueren Geschichte der Israeliten, Berlin 1847.

Juden in Jena. Eine Spurensuche, hrsg. vom Jenaer Arbeitskreis Judentum, Jena 1998.

Juden in Schwarzburg. Festschrift zu Ehren Prof. Philipp Heidenheims

(1814–1906). Bd. 1, Beiträge zur Geschichte der Juden Schwarzburgs, Dresden 2006.

Juden in Thüringen 1933–1945: Biographische Daten, hrsg. vom Europäischen Kulturzentrum in Thüringen, Erfurt, Forschungsgruppe „Geschichte der Juden im nationalsozialist. Thüringen“, Bd. 1, Erfurt 1996, Bd. 2, Erfurt 1997.

KÄPPLINGER, Markus:

Die Juden in Meiningen. In: Meiningener Schüler-Rundbriefe 64, 1993 S. 97–103; 65, 1994 S. 83–88; 66, 1994 S. 108–112.

KAHL, Monika:

Zeugnisse jüdischer Kultur in Thüringen (Thüringisches Landesamt für Denkmalpflege, kulturgeschichtliche Reihe 2), Bad Homburg 1997.

KAMPMANN, Wanda:

Deutsche und Juden. Die Geschichte der Juden in Deutschland vom Mittelalter bis zum Beginn des ersten Weltkrieges, Heidelberg 1963.

KATZ, Jacob:

Zur Assimilation und Emanzipation der Juden. Ausgewählte Schriften, Darmstadt 1982.

KESSLER, Gerhard:

Die Familiennamen der Juden in Deutschland, Leipzig 1935.

KIRCHHOFF, Alfred:

Die ältesten Weisthümer der Stadt Erfurt über ihre Stellung zum Erzstift Mainz. Aus den Handschriften herausgegeben, erklärt und mit ausführenden Abhandlungen versehen. Ein Beitrag zur Verfassungs- und Culturgeschichte der deutschen Städte. Halle 1870.

KIRCHSCHLAGER, Andrea:

Zur Genealogie jüdischer Einwohner in Arnstadt. In: Aus der Vergangenheit von Arnstadt und Umgebung 11, 2001 S. 79–93.

KIRCHSCHLAGER, Andrea:

Die jüdischen Gemeinden in Arnstadt und Plaue. In: Juden in Schwarzburg Bd. 1 S. 19–34.

KISCH, Guido:

Jüdisches Recht und Judenrecht, Berlin, 1937.

KLEWITZ, Bernd:

Die Münchmühle, Außenkommando des KZ Buchenwald: Eine Fallstudie (Buchenwald-Heft 33), Weimar-Buchenwald 1989.

KOCH, Heinz:

Nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald: Geschichte ihrer Entstehung (Buchenwald-Hefte 3), Weimar-Buchenwald 1988.

KOCH, Herbert:

Das Geschoßbuch der Stadt Jena vom Jahre 1406, Jena 1932.

KOGON, Eugen:

Der SS-Staat: Das System der deutschen Konzentrationslager, München 1989.

KRAUTHEIMER, Richard:

Mittelalterliche Synagogen. Berlin 1927.

KRONER, Theodor:

Die Geschichte der Juden in Erfurt. Festschrift zur Einweihung der neuen Synagoge in Erfurt am 4. September 1884, Erfurt, 1885.

KRONER, Theodor:

Die Erfurter hebräischen Grabinschriften. In: Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums 33, 1884 S. 349–363.

KRÜGER, Renate:

Die Kunst der Synagoge, Leipzig 1966.

KÜHNERT, Herbert:

Das Eindringen der Hennebergischen Handelsjuden in die Suhler Waffen-Industrie (Thüringer Untersuchungen zur Judenfrage 3), Erfurt 1944 [antisemitisch].

KUHLBRODT, Peter:

Die Synagoge in Ellrich (1730–1938). In: Beiträge zur Heimatkunde aus Stadt und Kreis Nordhausen, 1992 S. 72–77.

KUHLBRODT, Peter:

„Mittelbau-Dora“ bei Nordhausen: 1943–1945. Ein Überblick, Nordhausen 1991.

LANDSBERGER, Arthur:

Das Volk des Ghetto, München 1916.

LEVI, Franz:

The Jews of Sachsen-Meiningen and the Edict of 1811. In: Leo Baeck Institute Yearbook 38, 1993 S. 15–32.

LEVI, Franz/LIEDTKE, Rainer/WENDEHORST, Stefan:

Die Frühphase der Judenemanzipation in Sachsen-Meiningen (mit Urkundenedition). In: Bahr, Beiträge S. 39–58.

LEVI, Franz unter Mitarbeit von Johannes MÖTSCH und Katharina WITTER:

12. Gulden vom Judenschutzgeld ... Jüdisches Leben in Berkach und Südwestthüringen (Veröffentlichungen der historischen Kommission für Thüringen, Große Reihe 7), München Jena 2001.

LIEBE, Georg:

Das Judentum in der deutschen Vergangenheit, Leipzig, 1903.

LIESENBERG, Carsten:

Zur Geschichte der Juden in Mühlhausen und Nordthüringen und die Mühlhäuser Synagoge (Mühlhäuser Beiträge, Sonderheft 11), Mühlhausen 1998.

LITT, Stefan:

Juden in und um Arnstadt im 16. und 17. Jahrhundert. In: Aus der Vergangenheit von Arnstadt und Umgebung 9, 1999 S. 58–60.

LITT, Stefan:

Juden in Thüringen in der Frühen Neuzeit (1520–1650) (Veröffentlichungen der historischen Kommission für Thüringen, Kleine Reihe 11), Köln Weimar Wien 2003.

LÖWENBRÜCK, Anna-Ruth:

Juden in Thüringen (Blätter zur Landeskunde, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen), Erfurt 1995.

LÖWENBRÜCK, Anna-Ruth/OLBRISCH, Gabriele:

Juden in Thüringen. In: Karl Schmitt (Hrsg.), Thüringen (Jenaer Beiträge zur Politikwissenschaft 4), Weimar 1996 S. 218–226.

LOMBROSO, C.:

Antisemitismus und die Juden im Lichte der modernen Wissenschaft, Leipzig 1894.

MARTIN, J. E. August:

Urkundenbuch der Stadt Jena und ihrer geistlichen Anstalten Bd. 1 (Thüringische Geschichtsquellen 6), Jena 1888.

MENZEL, Eberhard:

Vom Wandel jüdischer Grabkultur in Erfurt. In: Bahr, Beiträge S. 117–132.

MEYER, Karl:

Die Juden in Nordhausen. In: Blätter für Handel, Gewerbe und soziales Leben (Beiblatt zur Magdeburgischen Zeitung) Nr. 38–41, 1903.

MICHELSEN, A. L. J.:

Zur Beurkundung des Judensturms zu Erfurt im Jahre 1349. Urkundlicher Nachtrag zur mittelalterlichen Geschichte der Juden in Erfurt. In: Zeitschrift des Vereins für thüringische Geschichte und Alterthumskunde 4, 1860 S. 145–158 u. 319–330.

MIEHLKE, Inga:

Die Synagoge in Bibra, Manuskript, 1988.

Monumenta Judaica. 2000 Jahre Geschichte und Kultur der Juden am Rhein. Katalog, Ausstellung im Kölnischen Stadtmuseum 1963–1964; Handbuch, im Auftrage der Stadt Köln hrsg. von Konrad Schilling, Köln 1963.

MUDRING, Günther:

Dreißigacker und die Juden. Manuskript von 1990.

MÜLLER, Erika:

Jüdische Familien in Weimar vom 19. Jahrhundert bis 1945, ihre Verfolgung und Vernichtung (Weimarer Schriften 55), Weimar 1998.

Nachrichtenblatt des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der Deutschen Demokratischen Republik, mehrere Jahrgänge.

NEUFELD, Siegbert:

Die Vertreibung der Juden aus Sachsen und Thüringen. In: Thüringisch-Sächsische Zeitschrift für Geschichte und Kunst 15, 1927 S. 181 ff.

NEUFELD, Siegbert:

Die Juden im thüringisch-sächsischen Gebiet während des Mittelalters. Bd. 1: Von den ältesten Zeiten bis zum „schwarzen Tod“ 1348, Berlin 1917. Bd. 2: Vom „schwarzen Tod“ bis zum Ausgang des Mittelalters, Halle/S. 1927.

NEUFELD, Siegbert:

Jüdische Gelehrte in Sachsen-Thüringen während des Mittelalters. In: Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums 69 / N.F. 33, 1925 S. 181 ff.

NOTHNAGEL, Hans:

Juden zwischen Rennsteig und Rhön geschützt und gejagt: ein historischer Report 1323–1993 – 670 Jahre jüdischer Geschichte in Südthüringen. In: Das neue Heimatbuch 4, 1994 S. 96–134.

NOTHNAGEL, Hans/DÄHN, Ewald:

Juden in Suhl, Konstanz 1995.

NOTHNAGEL, Hans:

Juden in Südthüringen geschützt und gejagt. Eine Sammlung jüdischer Lokalchroniken in sechs Bänden, Suhl 1998–1999:

Bd. 1: Über jüdisches Leben und Erbpflege im Evangelischen Kirchenkreis „Henneberger Land“, 1998. [Betr.: Suhl, Schleusingen, Schwarzta]]

Bd. 2: Juden in den ehemaligen Residenzstädten Römheld, Hildburghausen und in deren Umfeld, 1998. [Betr.: Römheld, Hildburghausen, Gleicherwiesen, Simmershausen, Themar, Marisfeld]

Bd. 3: Juden in der ehemaligen Residenzstadt Meiningen und deren Umfeld, Meiningen 1999. [Betr.: Meiningen, Bauerbach, Berkach, Bibra, Mühlfeld, Walldorf]

Bd. 4: Kurt Pappenheim: Die jüdische Gemeinde Schmalkalden und ihr Ende im Holocaust, 1999.

Bd. 5: Jüdische Gemeinden in der Vorderrhön, 1999. [Betr.: Stadtlengsfeld, Kaltennordheim, Oepfershausen, Gehaus, Dermbach, Geisa, Vacha, Völkershäusen]

Bd. 6: Über Jüdisches Leben im mittleren Werra- und Rennsteiggebiet, 1999. [Betr.: Barchfeld/Werra, Bad Salzungen, Bad Liebenstein, Breitung, Oberhof, Zella-Mehlis, Ilmenau, Sonneberg, Gräfenenthal]

NÜBLING, E.:

Die Judengemeinden des Mittelalters, Ulm 1896.

OLBRISCH, Gabriele:

Landrabbinate in Thüringen 1811–1871 (Veröffentlichungen der historischen Kommission für Thüringen Kleine Reihe 9), Köln Weimar Wien 2003.

OPPENHEIMER, John:

Lexikon des Judentums, Gütersloh 1967.

Ortsverzeichnis vom Großherzogthum Sachsen, Herzogthum Sachsen-Altenburg und den Fürstenthümern Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg Rudolstadt, Reuß Aelterer Linie und Reuß Jüngerer Linie auf Grund der Volkszählung vom 1. Dezember 1890, hrsg. vom Statistischen Bureau Vereinigter Thüringischer Staaten in Weimar, Weimar 1891.

OVERMANN, Alfred:

Erfurt in zwölf Jahrhunderten. Eine Stadtgeschichte in Bildern, Erfurt 1929.

PACHALY, Erhard/PELNY, Kurt:

Konzentrationslager Mittelbau-Dora: Zum antifaschistischen Widerstandskampf im KZ Dora 1943 bis 1945, Berlin, 1990.

PÖTZSCH, Horst:

Thüringen: geschichtlicher Abriß. In: Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen (Informationen zur politischen Bildung 230), Bonn 1991.

POST, Bernhard / WAHL, Volker (Hrsg.):

Thüringen-Handbuch. Territorium, Verfassung, Parlament, Regierung und Verwaltung in Thüringen 1920 bis 1995 (Veröffentlichungen aus thüringischen Staatsarchiven 1), Weimar 1999.

PRIJS, Leo:

Einführung in die jüdische Religion, München 1973.

Quellen zur älteren Geschichte des Städtewesens in Mitteldeutschland, hrsg. vom Institut für Deutsche Landes- und Volksgeschichte an der Universität Leipzig, Weimar 1949.

REICH, Jürgen:

Die Erinnerung verblaßt ... aber es lebten auch in Sonneberg Juden, o. Ort 1988.

REINHOLD, Josef:

Die Deportation der letzten Juden aus Heiligenstadt nach Belzyce und Theresienstadt. In: Eichsfeld 45, 2001 S. 422–425.

RICHARZ, Monika (Hrsg.):

Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1780–1871, Stuttgart 1976.

RIEGER, Paul:

Vom Heimatrecht der deutschen Juden, Berlin 1930.

RÖNNE, Ludwig von/SIMON, Heinrich:

Die früheren und gegenwärtigen Verhältnisse der Juden in den sämtlichen Landesteilen des Preußischen Staates, Breslau 1843.

ROSENFELD, Hans:

Deutschtum und Judentum, Leipzig 1925.

ROSENSTRAUCH, Hazel (Hrsg.):

Aus Nachbarn wurden Juden. Ausgrenzung und Selbstbehauptung 1933–1945, Berlin 1988.

ROSS, Karl-Heinz:

Die bedeutende jüdische Familie Simon zu Hildburghausen: geliebt, verehrt, bewundert ... verfolgt und vernichtet. In: Hans-Jürgen Salier (Hrsg.), Hildburghäuser Lesebuch, Hildburghausen 1999 S. 156–157.

ROTH, Ernst:

Zur Halacha des jüdischen Friedhofs. In: UDIM. Zeitschrift der Rabbinerkonferenz der BRD 4, 1973 S. 97–120.

ROTH, Ernst:

Die Grabsteine des jüdischen Friedhofs. In: UDIM 5, 1974/75 S. 89–124.

ROTH, Ernst:

Luther und die Juden, wie ich es sehe. Zur 500. Wiederkehr von Martin Luthers Geburtstag am 10. November 1983, Frankfurt am Main, 1983.

RÜCKERT, Otto:

Die Geschichte des Lehrerseminars zu Hildburghausen von 1795–1895. Festgabe zur 100-jährigen Jubelfeier der Anstalt, Hildburghausen [1895].

RÜRUP, Reinhard (Hrsg.):

Juden in Deutschland zwischen Assimilation und Verfolgung. In: Geschichte und Gesellschaft 9/3, 1983 S. 332–478.

RUF, Reinhold:

Studien zur Geschichte der Juden in Erfurt in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts, Magisterarbeit Universität Trier 2002.

SÄNGER, Adalbert:

Die Erfurter Juden. In: Erfurter Heimatbrief Nr. 56 / Juni 1988.

SALFELD, Siegbert (Hg.):

Das Martyrologium des Nürnberger Memorbuches (Quellen zur Geschichte der Juden in Deutschland, Band 3), Berlin 1898.

Schlüsselverzeichnis der Städte und Gemeinden Thüringens, Stand 1.7.1994

(Kommunale Neugliederung), hrsg. vom Thüringer Landesamt für Statistik, Heft Nr. 134/94.

SCHMIDT, Eva:

Jüdische Familien im Weimar der Klassik und Nachklassik. In memoriam Dr. Else Behrend-Rosenfeld (Tradition und Gegenwart. Weimarer Schriften 48), Weimar 1993.

SCHMIGALLA, Hans (Hrsg.):

Judenhaß und Judenmord – Unerklärlich! Unbegreiflich? (Jenaer Reden und Schriften 1990), Jena 1990.

SCHOEPS, H. J.:

Israel und Christenheit. Jüdisch-Christliche Religionsgespräche, Frankfurt/Main, 1961.

SCHOEPS, Julius H. (Hrsg.):

Neues Lexikon des Judentums, Gütersloh München 1992.

SCHRAMM, Reinhard:

Ich will leben – Bericht über Juden einer deutschen Stadt. Naumburg 1990.

SCHRAMM, Ulrike: Zur „Judenfrage“ im Landtag von Sachsen-Weimar-Eisenach (1823–1850). In: Bahr, Beiträge S. 111–115.

SCHRAMM-HÄDER, Ulrike:

Jeder erfreuet sich der Gleichheit vor dem Gesetze, nur nicht der Jude. Die Emanzipation der Juden in Sachsen-Weimar-Eisenach (1823–1850) (Veröffentlichungen der historischen Kommission für Thüringen, Kleine Reihe 5), München Jena 2001.

SCHRÖTER, Manfred:

Die Judenverfolgung im Jahre 1938 in Nordhausen. In: Nordhäuser Nachrichten 7, 1998 S. 1–3.

SCHRÖTER, Manfred:

Die Verfolgung der Nordhäuser Juden 1933 bis 1945. Bad Lauterberg 1992.

SCHUDER, Rosemarie/HIRSCH, Rudolf:

Der gelbe Fleck. Wurzeln und Wirkungen des Judenhasses in der deutschen Geschichte, Berlin 1987.

SCHULTHEIS, Herbert (Hg.):

Die Reichskristallnacht in Deutschland nach Augenzeugenberichten, Bad Neustadt a.d.S. 1986.

SCHWÄMMLEIN, Thomas:

Jüdische Bürger und jüdisches Leben in Sonneberg. In: 650 Jahre Stadt Sonneberg 1349–1999, Sonneberg 1999 S. 351–353.

SCHWIERZ, Israel:

Für das Vaterland starben: Denkmäler und Gedenktafeln für jüdische Soldaten in Thüringen, Aschaffenburg 1996.

SEIDEL, Dagmar:

Schicksal jüdischer Bürger der Stadt Meiningen 1933–1945 (Schriften zur Stadtgeschichte Meiningens 2), Meiningen 1995.

SIDORI, K. (Isidor Kaim):

Geschichte der Juden in Sachsen, Leipzig 1840.

SIEVERS, Leo:

Juden in Deutschland, Die Geschichte einer 2000-jährigen Tragödie, Hamburg 1977, weitere Auflagen 1978 u. 1981.

SINGERMANN, F.:

Über Juden-Abzeichen, Berlin 1915.

SONNE, H. D. A.:

Beschreibung des Königreiches Hannover, München 1834.

Staatshandbuch für das Großherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach 1885,
Weimar, 1885.

STEIN, Harry:

Der gelbe Stern in Weimar: ein jüdisches Schicksal. Eduard Rosé (1859–1943), weltberühmter Cellist, 1900–1926 Konzertmeister am Weimarer Hoftheater. In: Weimar Kultur Journal 6, Heft 11 1997 S. 15–16.

STERLING, Eleonore:

Er ist wie du. Aus der Frühgeschichte des Antisemitismus in Deutschland 1815–1850, München 1956.

STERN, Bruno:

So war es, Sigmaringen 1985.

STERN, Heinrich:

Geschichte der Juden in Nordhausen, Nordhausen 1927.

STERN, Ludwig:

Die Vorschriften der Thora, welche Israel in der Zerstreung zu beachten hat, Frankfurt/Main 61913.

STERN, Moritz:

Die israelitische Bevölkerung der deutschen Städte (ein Beitrag zur deutschen Städtegeschichte), Frankfurt a. M. 1890.

STERN, Moritz:

Hofjuden des 18. Jahrhunderts, Kiel 1892.

STERN, Paula:

Arnstadt – Seattle via Auschwitz. Paula Stern beschreibt ihren Lebensweg. In: Aus der Vergangenheit von Arnstadt und Umgebung 7, 1997 S. 7–14.

STERN, Selma:

Der preußische Staat und die Juden, Tübingen 1962.

STOBBE, Otto:

Die Juden in Deutschland während des Mittelalters, Braunschweig 1866.

STRASSMANN, Ingolf:

Über das Schicksal Altenburger Juden: Juden, die in Altenburg und im Landkreis aufgewachsen sind, in Zahlen. In: Altenburger Geschichts- und Hauskalendar N.F. 4, 1995 S. 57–60.

STRASSMANN, Ingolf:

Die Juden in Altenburg – Stadt und Land. Woher kamen sie und wo sind sie geblieben. Altenburg /Langenweißbach 2004.

SÜSSMANN, Arthur (Hrsg.):

Das Erfurter Judenbuch (1357–1407). In: Mitteilungen des Gesamtarchivs der deutschen Juden 5, 1914 S. 1–126. Auch als Sonderabdruck, Leipzig 1915.

Synagogen im alten Erfurt. Erforschung, Erhaltung, Nutzung (Kleine Schriften des Vereins für Geschichte und Altertumskunde von Erfurt 1), Erfurt 1995.

THEOBALD, Alfred Udo:

Der jüdische Friedhof. Zeuge der Geschichte – Zeugnis der Kultur, Karlsruhe 1984.

THIELE, Manfred:

Im Schatten des gelben Sterns: Schicksale Mühlhäuser jüdischer Bürger. Mühlhausen 1990.

THIEME, Karl (Hrsg.):

Judenfeindschaft, Frankfurt/Main 1963.

Thüringen in Zahlen, hrsg. vom Thüringer Landesamt für Statistik, Ausgabe 1993, Erfurt 1993.

TITTELBACH-HELMRICH, Wolfgang:

Arnstadts jüdische Mitbürger. Arnstadt 1995.

TOCH, Michael:

Geldleiher und sonst nichts? Zur wirtschaftlichen Tätigkeit der Juden im deutschen Sprachraum des Spätmittelalters. In: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 22, 1993 S. 117–126.

TREPP, Leo:

Das Judentum. Geschichte und lebendige Gegenwart. Reinbeck bei Hamburg³1979.

UDIM – Zeitschrift der Rabbinerkonferenz in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von der Rabbinerkonferenz, Bd. I–IX, Frankfurt 1968–1987.

UNGER, Peter / Ziegenhardt, Andrea:

Kleine Chronik zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Arnstadt (1273 – 1944). In: Beiträge zur Heimatgeschichte Stadt und Kreis Arnstadt 10, 1988 S. 11–27.

UNGER, Peter:

Zeittafel zur Geschichte der Stadt Arnstadt (Veröffentlichungen der Museen der Stadt Arnstadt 4), Arnstadt 1979.

Verzeichnis der Anschriften der Gemeindeverwaltungen und Verwaltungsgemeinschaften Thüringens, hrsg. vom Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt 1993.

VOGT, Hannah:

Joch und Krone. Geschichte des jüdischen Volkes vom Exodus bis zur Gründung des Staates Israel, Frankfurt a.M. 1963.

VOLKMAR, Karl:

Tausend Jahre Barchfeld (Werra). Auf Grund der Urkundensammlung der Freifrau Frieda von Stein-Schlotheim dargestellt, Schmalkalden 1933.

WAGNER, Jens-Christian:

Das KZ Mittelbau-Dora 1943–1945, Erfurt 2006.

WISCHNITZER-BERNSTEIN, Rachel:

Alte Friedhofskunst. In: Der Jude Heft 10/11, 1918 S. 682–691.

WISCHNITZER-BERNSTEIN, Rachel:

Die Synagoge in Ellrich am Südharz. In: Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums 83 / N.F. 47, Januar/Dezember 1939, erschienen Tübingen 1963 S. 493–508.

WISCHNITZER-BERNSTEIN, Rachel:

Symbole und Gestalten der jüdischen Kunst, Berlin-Schöneberg 1935.

WÖLFING, Günther:

Wasungen. Eine Kleinstadt im Feudalismus vom 9. bis 19. Jahrhundert, Weimar 1980.

ZANDER, C. (Hg.):

Handbuch enthaltend die sämtlichen Bestimmungen über die Verhältnisse der Juden im Preußischen Staate, Leipzig 1885.

ZEGENHAGEN, Torsten:

Zur Geschichte der Juden in Erfurt, Ein Rundgang durch das jüdische Wohnviertel, Erfurt/Greifswald 1992.

ZUCHT, Olaf:

Die Geschichte der Juden in Erfurt von der Wiedereinbürgerung 1810 bis zum Ende des Kaiserreiches. Ein Beitrag zur deutsch-jüdischen Geschichte Thüringens. Erfurt 2001.

Dank

Folgenden Damen und Herren ist für die in den 1990er Jahren bzw. 2006 in unterschiedlicher Weise geleistete Unterstützung des Projekts zu danken:

Adler, Rudolf, s.A.; Laudenbach/Main
Albert, Reinhold; Sternberg im Grabfeld
Angerstorfer, Dr. Andreas; Regensburg
Armbruster, Fritz; Wasserburg
Bach, Gundela; Berkach
Bärnighausen, Bettina; Sondershausen
Bahr, Dr. Thomas; Weimar
Baumbach, Rosemarie; Gleicherwiesen
Brodale, Klaus; Gera
Brunner, Dr. Reinhold; Eisenach
Cramer, Peter; Ohrdruf
Ditzel, Olaf; Vacha
Ebert, Elke; Suhl-Albrechts
Ebert, Rolf; Suhl-Albrechts
Emig, Dr. Joachim; Altenburg
Faienstein, Dr. Morris M.; Landstuhl und U.S.A.
Floßmann, Hartwig; Bibra
Frieße, Wolfgang; Heilbad Heiligenstadt
Fröhling, Stefan; Bamberg
Gellrich, Christian; Erfurt
Goldschmidt, Kurt Nathan; Ramat Gan/Israel
Göring, Helmut; Marisfeld
Gramlich, Ursula; Schleusingen
Greifzu, Claudia M.; Kaltennordheim
Hahn, Erich; Vacha
Hahnemann, Dr. Ulrich; Bad Frankenhausen
Hartwich; Andrea; Gotha
Hausen, von, Lothar; Schwarza
Hesselmann, Gerda; Kaltennordheim
Hoefert, Gerlinde; Ilmenau

Hübscher, Norbert; Meiningen
Jacoby, Mario und Ruthy; Kfar Haroe/Israel
Jäger, Erika; Erfurt
Janischewski, A.; Nordhausen
Kirchschlager Andrea; Arnstadt
Kleber, Heinz; Geisa
Kuhlbrodt, Dr. Peter; Nordhausen
Kutscha, Hannelore; Immenrode
Lauterbach, Doris; Rüdigershagen
Lauterbach, Otto; Rüdigershagen
Leimbach, Rolf; Stadtlengsfeld
Leinwand, Kenneth, J.; Würzburg und U.S.A.
Liesenberg, Dr. Carsten; Rostock
Mann, Constanze; Jena
Narr, Claudia Miriam; Schmalkalden
Nossen, Wolfgang; Erfurt
Post, Dr. Bernhard; Weimar
Reich, Dr. Jürgen; Sonneberg
Römhild, Michael; Hildburghausen
Romer, Benjamin; Heidelberg und USA
Rosenberg, Leibl, M.A.; Nürnberg
Rosenfeld, Hans; New York / U.S.A.
Ross, Karl-Heinz; Hildburghausen
Saam-Bloch, Anni; Mizpeh Netufa/Israel und Frankfurt/Main
Saam-Bloch, Yoram; Mizpeh Netufa/Israel und Frankfurt/Main
Scharf-Katz, Raphael, s.A.; Erfurt
Schilling, Lutz; Gotha
Schlegel, G.; Weißensee
Schmidt, Gerald; Rohr
Schmidt, Gerhard; Krautheim
Schmitt, Jürgen; Weimar
Schneider, Kerstin; Römhild
Schramm, Prof. Dr. sc.techn., Reinhard; Ilmenau
Schultheis, Dr. Herbert; Würzburg
Schwämmlein, Thomas; Sonneberg
Schwierz-Jozefson, Tanya B.A.; Haifa/Israel

Schwierz, Judith; Würzburg und Karmiel/Israel
Schwierz, Peter-Josef; Würzburg und Haifa/Israel
Seidler, Manfred; Barchfeld/Werra
Simon, Ute; Schmalkalden
Simsohn, Werner; Gera
Stein, George M.; Geebung/Australien
Stein, Dr. Harry; Weimar (Buchenwald)
Stenzel, Astrid; Bad Frankenhausen
Trudeau-Ben David, Miriam; Eilath/Israel, Bad Windsheim und U.S.A.
Valtin, Jörg; Jena
Vintz, Carl; Mühlhausen
Walter, Anett; Bleicherode
Walter, Dr. Ludwig; Würzburg
Walther, Andrea; Suhl
Weiß, Dr. Ulman; Erfurt
Wiesemann, Dr. Falk; Düsseldorf
Winker, Doreen; Rudolstadt
Witter, Katharina; Eisfeld

Fotonachweis:

Dr. Liesenberg Seite 181, 182

alle anderen Fotos Israel Schwierz, Aufnahmedatum ca. 1990